REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 395 · 17.10.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Deutschland schiebt ab - Kt.
2. Rambos ausgebremst - gg.
3. In eigener Sache - ak-Redaktion
4. Castor-Alarm. Nix hoch 3. Wir stellen uns quer! - gg.
5. Kein Tarzan, kein Heiligenschein. Paco Ignacio Taibo II über Che Guevara in Belgisch Kongo - Al., Nürnberg
6. NATO: Kraft-Ei mit feinen Rissen - Vo
7. FREIe HEIDe. Neuer Kristallisationsort der Friedensbewegung? - Vo
8. Der kurze Frühling einer Unibewegung. Rückblick auf den Berliner StudentInnenstreik - Peter Nowak
9. Studiere immer brav und fleißig ... Zur BAföG-Novelle - Hugo Buron
10. Zurück in Chaos und Tod. Schnelle Abschiebung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex- Jugoslawien - Ulla Jelpke, Katina Schubert
11. LÜbeck: Widersprüche über Widersprüche. Interview mit Rechtsanwältin Gabriele Heinecke
12. Buchempfehlung: Der Lübecker Brandanschlag - ga.
13. Gefährlicher ak-Autor. Verfassungsschutz überwacht Rolf Gössner - ga.
14. Kein Ecstasy-Boom trotz Time-Lag - Ivo Bozic
15. Autokorsos, Musik und Miniröcke. Nicaragua: Politiker aller Parteien versprechen blühende Landschaften - Infobüro Nicaragua
16. Das Gespenst des Kommunismus. Zwischenbilanz der italienischen Mitte-Links-Regierung - Js.
17. Die Sezession des Nordens fand nicht statt. Auch nach dem "Padania"-Spektakel bleibt die Lega Nord gefährlich - Js.
18. Opposition in der Opposition? Die spanische Linke nach den Wahlen im März - Dirk Hempel
19. Baskische Gefangene im Hungerstreik. Krach in der Madrider Regierungskoalition - Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
20. Kampf, Konkurrenz und Kapitulation. Die jüngsten Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan - Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommering
21. Appell zur Hilfe für bedrängte KurdInnen - initiiert vom Projekt Genocide Watch u.a. Dokumentation
22. Irakisch-Kurdistan: Neuer Staat - aber keine neue Gesellschaft - Jan Keetmann
23. Libanon nach dem Bürgerkrieg. Teil 3: Ökonomische Krise und soziale Spannungen
24. Der Feind steckt hinter jedem normalen Bürger. Reaktion der mexikanischen Regierung auf neoliberale Verelendung - Chile AG Braunschw.
25. Der schnelle Tod ist ein Meister aus Deutschland - Al., Nürnberg
26. Konstruktiver Umgang mit der EPR. Anmerkungen zum Artikel "Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko?" in ak 394 - Chile AG Braunschweig
27. Nachhaltigkeit und Macht - Buchvorstellung - gg.
28. Grüne Anlagen. Kritische Anmerkungen zu einem Ratgeber - Werner Ruhoff
29. Die größte Geiselnahme der Geschichte. Zu Yehuda Bauers Buch "Freikauf von Juden" - Kt.
30. Hessische Knastmauern - grün gestrichen - Carsten Bertram
31. Self-Fulfilling Prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und Radikale Linke - Teil 2 - Günther Jacob
32. Versuch einer internationalen Debatte. Pietro Ingraos und und Rossana Rossandas Angebot an die europäische Linke - Js.
33. Verabredungen mit wem? Ein Beitrag zur Diskussion der Thesen von Ingrao und Rossanda - Karl Heinz Roth
34. Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend. Zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover - Anti-EXPO-AG
35. Bries Rechenschaftsbericht - Peter Nowak
36. Ken Saro-Wiwa Woche in Köln

37. Einsprüche! Inge Vietts Briefe aus dem Gefängnis - Ivo Bozic
38. Quelldatei 24.htm
39. Quelldatei 32.htm
40. Quelldatei 35.htm
41. Quelldatei 39.htm

1. Deutschland schiebt ab

Autor: Kt. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:40

Dateiname: absch.txt , ak: 395

Redaktion: kt., Erfassung: kt.

VP-Bearbeitung/Rechner: kt.

Korrekturen/Rechner: th/at8

Deutschland schiebt ab

Deutsche PolitikerInnen sind offenbar wild entschlossen, die hier lebenden rund 440.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien so schnell wie möglich abzuschieben. Die liberale Öffentlichkeit, die vor ein paar Jahren noch allerlei Lichtlein hochhielt, um auf uns Deutschen nicht den Ruf der AusländerInnenfeindlichkeit sitzen zu lassen, gibt keinen Laut. Das menschenfreundliche deutsche Kleinbürgertum hat sich längst wieder neuen Modethemen zugewandt.

Deutschland schiebt ab: 120.000 Flüchtlinge aus Serbien, überwiegend AlbanerInnen aus dem Kosovo. Ein entsprechendes Abkommen hat Innenminister Kanther soeben mit seinem Belgrader KollegInnen abgeschlossen. Am 1. Dezember soll es in Kraft treten. Daß die albanische Minderheit im Kosovo in einer Weise unterdrückt wird, die den vereinbarten europäischen Normen widerspricht, hat bisher kaum jemand angezweifelt. Macht aber nichts, abgeschoben werden soll trotzdem. Unter den Flüchtlingen sind viele politische DissidentenInnen und junge Männer, die sich durch ihre Flucht dem Kriegsdienst in der serbischen Armee entzogen haben. Macht ebenfalls nichts, zurück müssen sie alle.

Deutschland schiebt ab: 320.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Hercegovina. Zwar nicht alle auf einmal und nicht alle sofort, aber so schnell wie nur möglich. Da legt Bonn sich ohne weiteres auch mit der UNO an, die einen klaren Drei-Stufen-Plan für die Rückkehr der Flüchtlinge ausgearbeitet hat. Danach sind die ins Ausland Geflüchteten erst ganz zuletzt dran. So lange will man in Bonn und in den Bundesländern aber nicht warten. Daß eine Störung des UNO-Plans die Flüchtlingsprobleme und das Konfliktpotential zwischen den Bevölkerungsgruppen in Bosnien-Hercegovina erheblich verschärfen wird, interessiert deutsche PolitikerInnen nicht. Als Anschub für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr hat Bosnien-Hercegovina seinen Dienst getan, mehr wollte man in Bonn ja nie.

Deutschland schiebt ab. Im Fall der bosnischen Flüchtlinge geht das aus außenpolitischen Gründen nicht ganz so einfach und schnell, wie unsere PolitikerInnen es eigentlich am liebsten hätten. Also wird eine zynische und verlogene "Doppelstrategie" praktiziert, wie sie der deutschen Tradition entspricht: Mit der Abschiebung Einzelner (dafür eignen sich besonders gut verurteilte StraftäterInnen) und kleiner Gruppen kann man sofort beginnen. Den übrigen Flüchtlingen macht man durch Schikanen das Leben immer schwerer, verunsichert sie durch widersprüchliche Terminsetzungen für den generellen Abschiebungsbeginn und stempelt sie in der Öffentlichkeit auf menschenverachtende Weise permanent als unerwünschte, kaum noch erduldbare Personen ab. Gestern nannte man sie noch "Nachbarn in Not"; heute sind sie nur noch lästige FresserInnen, denen man ständig vorhält, was sie uns pro Jahr kosten.

Der Zweck ist klar: Möglichst viele Flüchtlingsfamilien sollen veranlaßt werden, Deutschland "freiwillig" den Rücken zu kehren. Irgendwann wird dann vermutlich die so erzwungene Ausreise einiger Zehntausend Menschen als Beweis dafür benutzt, daß sich die Situation in Bosnien-Hercegovina normalisiert habe, um mit unverstellter Staatsgewalt auch die übrigen Flüchtlinge abzutransportieren.

Deutschland schiebt ab: Auch die bosnischen Waisenkinder, die man 1992 in einer eher fragwürdigen Aktion in die Bundesrepublik geholt hat, sollen jetzt mit Gewalt "heimgebracht" werden in ein Land, das sie nie bewußt erlebt haben. Die Kleinsten waren damals noch Säuglinge, die Ältesten vier Jahre alt. Die schon geplante "Rückführung" wurde also erst einmal zurückgestellt, was selbstverständlich nicht heißt, daß sie nicht irgendwann doch noch vollstreckt wird.

Deutschland schiebt ab. Die SPD insgesamt etwas zögerlicher und lustloser als die CDU/CSU. Grundsätzliche Einwände gegen die barbarische zweite Massen-Vertreibung der jugoslawischen Flüchtlinge macht auch die SPD nicht. Wie könnte sie auch, nachdem sie an der Liquidierung des deutschen Asylrechts mitgewirkt hat und nachdem sie ihre "Ausländerpolitik" darauf abgestellt hat, nicht in Konflikt mit den Stammtisch-Ressentiments zu geraten. Die SPD spielt lediglich hier und da ein bißchen auf Zeitgewinn, verzögert den Beginn der Abschiebungen. Das hilft den Menschen aus dem früheren Jugoslawien nur vordergründig. Tatsächlich spielt die SPD die "Doppelstrategie" der Regierungskoalition mit, die Flüchtlinge zu verunsichern, ihnen eine selbstbestimmte Lebensplanung unmöglich zu machen und möglichst viele jetzt schon zur "freiwilligen" zu drängen.

Deutschland schiebt ab. Warum eigentlich? Selbst aus einer noch so verschrobenen rechtsbürgerlichen Sicht gibt es keinen vernünftigen Grund, diese knappe Halbe Million Menschen - zweifellos keine "Wirtschaftsflüchtlinge", sondern Opfer eines grausamen, bis heute nicht definitiv beendeten Bürgerkrieges - nicht einfach in Ruhe zu lassen, bis sie in einigen Jahren unter besseren Bedingungen selbst entscheiden können, wo sie leben möchten.

Mit den Abschiebungen wird in erster Linie ein inhumanes Prinzip um seiner selbst willen durchgesetzt. Der Abschiebe-Wahn stellt den Umgang mit Menschen auf eine Stufe, die kaum noch über der "Entsorgung" von lästigem Müll liegt. Es muß nicht einmal individuell bewiesen werden, daß diese Menschen nach bürgerlichen Begriffen für irgendjemanden wirklich eine Belastung darstellen, denn darauf kommt es überhaupt nicht an. Der Abschiebe-Wahn interessiert sich nicht für Unterschiede zwischen Sozialfällen und wirtschaftlich Unabhängigen. Der Abschiebe-Wahn schreckt nicht einmal davor zurück, in Deutschland aufgewachsene Kinder und Jugendliche gewaltsam in ein Land abzutransportieren, dessen Sprache und Kultur sie nicht kennen und in dem sie keinerlei menschliche Kontakte haben.

Deutschland schiebt ab. Zunehmend wird das offenbar auch zum Leitprinzip im Umgang mit der einheimischen Armut. In Hamburg beispielsweise denkt die SPD öffentlich darüber nach, wie man am wirkungsvollsten die Verelendeten aus dem Stadtzentrum verbannen kann. Dazu gehört das handgreiflich durchgesetzte Bettelverbot in den U-Bahnen ebenso wie die Verdrängung der Drogenabhängigen und Obdachlosen vom Hauptbahnhof durch permanente Polizei-Schikanen. Der Bürgermeister persönlich stellt öffentlich sichtbare Arme als Störung des allgemeinen Wohlbefindens auf eine Stufe mit Schmutz und Schmierereien. Da die Hamburger SPD offiziell behauptet, für die Armen sei so vorzüglich gesorgt, daß niemand betteln müsse, steht einem allgemeinen Verbot moralisch kaum noch etwas im Wege. In anderen Städten wird es bereits praktiziert.

Inhumane Lösungen sind wieder gefragt in Deutschland. Eine Bürokratie, die sich nicht dafür interessiert, warum etwas geschieht, ob es sinnvoll und moralisch vertretbar ist, sondern die stur die Vorgaben der PolitikerInnen vollstreckt, stellt für solche Lösungen eine zentrale Voraussetzung dar.

Kt.

Deutschland schiebt ab

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland schiebt ab. Die SPD insgesamt etwas zögerlicher und lustloser als die CDU/CSU. Grundsätzliche Einwände gegen die barbarische zweite Massenvertreibung der jugoslawischen Flüchtlinge macht auch die SPD nicht. Wie könnte sie auch, nachdem sie an der Liquidierung des deutschen Asylrechts mitgewirkt hat und nachdem sie ihre "Ausländerpolitik" darauf abgestellt hat, nicht in Konflikt mit den Stammtisch-Ressentiments zu geraten. Die SPD spielt lediglich hier und da ein bißchen auf Zeitgewinn, verzögert den Beginn der Abschiebungen. Das hilft den Menschen aus dem früheren Jugoslawien nur vordergründig. Tatsächlich spielt die SPD die "Doppelstrategie" der Regierungskoalition mit, die Flüchtlinge zu verunsichern, ihnen eine selbstbestimmte Lebensplanung unmöglich zu machen und möglichst viele jetzt schon zur "freiwilligen" Rückkehr zu drängen.

Deutschland schiebt ab. Warum eigentlich? Selbst aus einer noch so verschrobenen rechtsbürgerlichen Sicht gibt es keinen vernünftigen Grund, diese knappe halbe Million Menschen - zweifellos keine "Wirtschaftsflüchtlinge", sondern Opfer eines grausamen, bis heute nicht definitiv beendeten Bürgerkrieges -

nicht einfach in Ruhe zu lassen, bis sie in einigen Jahren unter besseren Bedingungen selbst entscheiden können, wo sie leben möchten.

Mit den Abschiebungen wird in erster Linie ein inhumanes Prinzip um seiner selbst willen durchgesetzt. Der Abschiebe-Wahn stellt den Umgang mit Menschen auf eine Stufe, die kaum noch über der "Entsorgung" von lästigem Müll liegt. Es muß nicht einmal individuell bewiesen werden, daß diese Menschen nach bürgerlichen Begriffen für irgendjemanden wirklich eine Belastung darstellen, denn darauf kommt es überhaupt nicht an. Der Abschiebe-Wahn interessiert sich nicht für Unterschiede zwischen Sozialfällen und wirtschaftlich Unabhängigen. Der Abschiebe-Wahn schreckt nicht einmal davor zurück, in Deutschland aufgewachsene Kinder und Jugendliche gewaltsam in ein Land abzutransportieren, dessen Sprache und Kultur sie nicht kennen und in dem sie keinerlei menschliche Kontakte haben.

Deutschland schiebt ab. Zunehmend wird das offenbar auch zum Leitprinzip im Umgang mit der einheimischen Armut. In Hamburg beispielsweise denkt die SPD öffentlich darüber nach, wie man am wirkungsvollsten die Verelendeten aus dem Stadtzentrum verbannen kann. Dazu gehört das handgreiflich durchgesetzte Bettelverbot in den U-Bahnen ebenso wie die Verdrängung der Drogenabhängigen und Obdachlosen vom Hauptbahnhof durch permanente Polizeischikanen. Der Bürgermeister persönlich stellt öffentlich sichtbare Arme als Störung des allgemeinen Wohlbefindens auf eine Stufe mit Schmutz und Schmierereien. Da die Hamburger SPD offiziell behauptet, für die Armen sei so vorzüglich gesorgt, daß niemand betteln müsse, steht einem allgemeinen Verbot moralisch kaum noch etwas im Wege. In anderen Städten wird es bereits praktiziert.

Inhumane Lösungen sind wieder gefragt in Deutschland. Eine Bürokratie, die sich nicht dafür interessiert, warum etwas geschieht, ob es sinnvoll und moralisch vertretbar ist, sondern die stur die Vorgaben der PolitikerInnen vollstreckt, stellt für solche Lösungen eine zentrale Voraussetzung dar.

Kt.

2. Rambos ausgebremst

Autor: gg. · Rubrik: Sozialbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:41

Die Unternehmer wollen die sich seit Monaten hinziehenden Auseinandersetzungen im Einzelhandel nicht mit ins bevorstehende Weihnachtsgeschäft schleppen.

Die Verbandsführer von Gesamtmetall, aber auch andere Hardliner unterschätzten offensichtlich, welch hohen Stellenwert die Lohnfortzahlung bei den abhängig Beschäftigten besitzt. In den Betrieben wird sehr genau erkannt, daß ein kampfloses Hinnehmen des "glatten Tarifvertragsbruchs", wie er von Gesamtmetall propagiert und von einigen Konzernen umgesetzt wurde, die Kräfteverhältnisse auf Dauer zu Ungunsten der Gewerkschaften verschlechtert hätte. Damit würden Branchengewerkschaften noch mehr zu Betriebsgewerkschaften verkommen - eine Tendenz, die schon seit Jahren existiert und u.a. durch den unsäglichen "Bündnis für Arbeit"-Vorschlag des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel verstärkt wurde.

Endgültig das Faß zum Überlaufen brachte die Ankündigung einiger Großkonzerne aus der Metall- und Elektrobranche - allen voran der Daimler-Benz-Konzern -, man werde die gesetzliche Regelung ab dem 1. Oktober anwenden - trotz bestehender tariflicher Regelungen. Zusätzlich kündigten die regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie die Verträge über Urlaubsgeld und Zusatzgratifikationen fristgerecht zum Monatsende. Auf einem Treffen von IG-Metall-Betriebsräten aus über 60 Großbetrieben, darunter allen Automobilkonzerne, wurde am 23. September massiver Widerstand gegen die Kürzungspläne angekündigt. Auch die offensichtlich kämpferische Stimmung in den Betrieben hielt Daimler-Benz nicht davon ab, am nächsten Tag die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelung für den 1. Oktober anzukündigen. Die Betriebsräte bei Daimler-Benz reagierten mit einer sofortigen Verweigerung von Überstunden.

Die Aufkündigung der Genehmigung von Sonderschichten oder die Ablehnung von Überstunden durch die Daimler-Betriebsräte sollten allerdings nicht überbewertet werden, denn bis zum 24. September war der Gesamtbetriebsrat von Daimler-Benz an Gesprächen über betriebsinterne Sparprogramme beteiligt, bei denen es um die Einsparung von rund einer Milliarde (!) DM in den nächsten zwei Jahren ging. Wie nachgiebig einzelne Daimler-Betriebsräte sein können, wurde noch am 23. September im Kasseler Werk deutlich. Dort verzichtet die Konzernleitung vorerst auf betriebsbedingte Kündigungen und Auslagerungen. Im Gegenzug stimmte der Betriebsrat Kürzungen der Brutto-Einkommen um 5 Prozent zu.

Am 26. September legten 25.000 Beschäftigte bei Mercedes die Arbeit nieder. Immer wieder kam es in den folgenden Tagen zu Streiks, Betriebsversammlungen und Demonstrationen. Erster Höhepunkt des Protestes war der 1. Oktober. Rund 150.000 ArbeiterInnen und Angestellte beteiligten sich an Warnstreiks und Demonstrationen, darunter 100.000 Beschäftigte des Daimler-Benz-Konzerns. Bei Opel/Bochum traten alle drei Schichten mit 15.000 Beschäftigten in den Streik. Bei Opel/Rüsselsheim waren es vormittags 13.000, und bei Ford/Köln befanden sich rund 11.000 Beschäftigte im Warnstreik. Dem größten deutschen Konzern brachte das Rambo-Spielen Produktionsausfälle von mehr als 200 Mio. DM.

Wurden die Verhandlungsangebote der Gewerkschaft Mitte September von Gesamtmetall noch dankend abgelehnt, haben nunmehr die Kampfmaßnahmen die Verhandlungsbereitschaft bei den Kapitalisten erhöht. Dabei ist ihre Zielsetzung eindeutig: Die Grundeinkommen sollen weitgehend unangetastet bleiben, real aber auch nicht erhöht werden, und die Lohnzusatzkosten sollen deutlich gesenkt werden. Die IGM-Spitze hat bereits erklärt, daß sie Kostensenkungen mittragen wird. Der baden-württembergische IGM-Bezirksleiter Gerhard Zambelli, der schon im Frühjahr mit Vorschlägen zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle aufgetreten war, durfte auch jetzt wieder Klartext reden. 100 Prozent Lohnfortzahlung ja, nur die Berechnungsgrundlage wird geändert. In Zukunft sollen die Überstunden nicht mehr einbezogen werden. "Damit lasse sich in etwa soviel einsparen wie durch die gesetzlich vorgesehene Kürzung auf 80%". (Handelsblatt, 11.10.96)

Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine Einzelmeinung. Auch IGM-Vize Walter Riester verkündete, die IG Metall sei bereit, für die bundeseinheitliche Regelung einen Preis zu zahlen. In einem internen Rundschreiben der Bezirksleitung Küste vom 24. September heißt es in aller Deutlichkeit: "... möchten wir Euch mitteilen, daß wir in keinem Tarifgebiet, also auch nicht in unserem Bezirk, die Tarifverträge kündigen

werden. Es soll vielmehr versucht werden, über Massenmobilisierungen so viel Druck zu erzeugen, daß eine für alle verbindliche Kompromißlinie (Hervorhebung ak) gefunden werden kann."

Die große Beteiligung an den Protest- und Kampfmaßnahmen haben die Unternehmer schnell an den Verhandlungstisch gebracht. Gesamtmetall wies seine Mitglieder an, vorläufig auf Kürzungen der Lohnfortzahlungen zu verzichten, Fehlzeiten auf gesonderten Konten zu erfassen und später nach der neuen tariflichen Regelung zu bezahlen. Im Gegenzug stellte die IG Metall ihre Protestaktionen ein.

Gesamtmetall-Präsident Stumpfe fordert eine Vorverlegung der diesjährigen Tarifrunde und eine Verhandlung über ein Gesamtpaket (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lohnforderungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Öffnungsklauseln bei Sonderzahlungen). In der IG Metall ist die weitere Vorgehensweise umstritten. Leute wie der Dortmunder Bezirksleiter Schauer oder der oben erwähnte baden-württembergische Bezirksleiter Zambelli wollen sich auf die Gesamtpaketverhandlungen einlassen. Aus anderen Bezirken kommt die Forderung, zunächst die Frage der Lohnfortzahlung zu klären und erst danach mit der Tarifrunde zu beginnen. Letztere Vorgehensweise würde es der IG Metall ermöglichen, weiter begleitende Kampfmaßnahmen durchzuführen. Würde, wie von Gesamtmetall gefordert, schon am 21. Oktober mit der vorgezogenen Tarifrunde begonnen werden, würde der bundesweite Aktionstag der IG Metall ins Wasser fallen: Geplant ist er für den 24. Oktober, auf den Tag genau 40 Jahre nach Beginn des 20 Wochen dauernden Streiks für die Lohnfortzahlung.

Für die IG Metall steht der Erhalt des Flächentarifvertrages im Mittelpunkt. Dementsprechend gering fallen ihre Forderungen für die nun anstehende Tarifrunde aus. Zwischen 4,5 und 5 Prozent bewegt sich das Gesamtforderungsvolumen. Zwei Prozent sind dabei als Ausgleich für die erwartete Inflation vorgesehen. Die restlichen 2,5 bis 3 Prozent (die Höhe des erwarteten Produktivitätszuwachses) soll für beschäftigungssichernde Maßnahmen verwendet werden. Eine Umverteilungskomponente ist, wie schon in den letzten Jahren, nicht mehr vorgesehen. Die Tarifrunde 97 soll als neuer Anlauf für ein "Bündnis für Arbeit" genutzt werden. Die IG Metall will und muß auf Teufel komm raus die Flächentarifverträge verteidigen. Damit ist sie erpreßbar. Andererseits wurde durch die Kampfmaßnahmen Ende September/Anfang Oktober gezeigt, daß die Beschäftigten nicht bereit sind, jede Schweinerei hinzunehmen. Die Gefahr ist groß, daß der Kampfbereitschaft in den Betrieben durch einen Scheinkompromiß bei der Lohnfortzahlung eine Welle der Resignation folgt.

Daß es sich bei dem von den Kapitalisten hergestellten Zusammenhang von Kostenentlastung und Beschäftigungssicherung um ein Märchen handelt, zeigen die Zahlen der letzten beiden Jahre. Einer Gewinnverdoppelung der Metallunternehmen in den letzten beiden Jahren stehen 300.000 Arbeitsplätze weniger gegenüber. Für die Jahre 1996 und 1997 prognostizieren Großbanken einen weiteren Gewinnanstieg in der Metallbranche von 75 Prozent und weitere 150.000 Entlassungen. Sinnvoller als jegliche Bündnis-Strategie wäre es allemal, radikale Arbeitszeitverkürzungen auf die gewerkschaftliche Tagesordnung zu setzen.

gg., 12.10.1996

3. In eigener Sache

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:38

Eine böse Überraschung erlebten wir nach der letzten Produktionswoche. Vom Gelände der Druckerei, bei der wir ak erstellen lassen, wurden unsere Druckvorlagen gestohlen. Dadurch verzögerte sich die Auslieferung der Zeitung um vier Tage, wofür wir uns nochmals entschuldigen möchten. Der Tathintergrund liegt nach wie vor im Dunkeln. Die Ermittlungen richten sich zur Zeit gegen besonders ungeduldige ak-LeserInnen, die die Postverschickung nicht mehr abwarten und vorzeitig in den Genuß unserer Zeitung kommen wollten. Die Sicherungsmaßnahmen sind inzwischen verschärft worden, um NachahmungstäterInnen keine Chance zu geben.

Nun zu den guten Nachrichten. Die Jubelveranstaltungen anläßlich des 25jährigen Bestehens von ak nehmen Form an. Im Dezember wird es eine Jubiläumsausgabe geben, die Geburtstagsfeier kann nun fest eingeplant werden. Am 25.1.1997 freuen wir uns auf alle, die heute oder in der Vergangenheit etwas mit ak oder KB zu tun haben bzw. hatten. Die Feier findet in Hamburg im Haus Drei in der Hospitalstraße statt. Termin bitte vormerken. Über Uhrzeit und Programm werden wir Euch rechtzeitig informieren.

Apropos Jubiläum: Die GenossInnen von der VSP bzw. SOZ feiern in diesem Monat ihr zehnjähriges Bestehen. Von unserer Seite dazu die besten Wünsche. Wir hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit (für den November ist das dritte ak/soz-extra geplant). Das Feten-Kommissariat von VSP/SOZ lädt am 26.10. in die Gaststätte Zorba, Jarrestr. 27, in Hamburg, ein. Podiumsdiskussion ("Perspektive der Linken") ab 16.30 Uhr, Kultur und Fete ab 19 Uhr. Eingeladen sind selbstverständlich auch alle ak-Leserinnen und -Leser.

ak-Redaktion

4. Castor-Alarm. Nix hoch 3. Wir stellen uns quer!

Autor: gg. · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:33

Im November ist mit einem weiteren Castor-Transport mit abgebrannten Brennelementen zu rechnen. Aus den AKWs Gundremmingen und Neckarwestheim sollen insgesamt drei Behälter mit Atommüll von Süddeutschland nach Gorleben rollen. Extra zu diesem Zweck wurde in Neckarwestheim eine neue Brücke gebaut, deren offizielle Belastungsprobe am 31. Oktober stattfindet. Mit einer "NIX3-Tour - Dem Castor entgegen" reagiert die Anti-AKW-Bewegung auf den bevorstehenden Transport. In einem Sonderzug ab Hamburg fahren norddeutsche AKW-GegnerInnen am 19. Oktober zum AKW Neckarwestheim. Weitere Haltestationen sind Harburg, Lüneburg, Uelzen, Celle, Hannover und Göttingen. Gemeinsam mit süddeutschen Gruppen soll in Neckarwestheim ein eigener Brückentest vorgenommen und den AKW-Betreibern die 25-Jahre-Jubiläumsfeier kräftig versalzen werden. (Wer kurz entschlossen noch auf den Sonderzug aufspringen möchte, kann die genauen Abfahrtzeiten bei der BI Lüchow-Dannenberg erfragen. Tel.: 05841/4684 oder Fax: 05841/3197).

Mit der NIX3-Tour soll der Orientierung der Anti-AKW-Bewegung auf das gesamte Atomprogramm Nachdruck verliehen werden. So verdienstvoll die "Wiederbelebung" der Anti-AKW-Bewegung durch die Auseinandersetzung um die Castor-Transporte auch ist - es ist das Anliegen der BI Lüchow-Dannenberg, wegzukommen von der Atommülldebatte; sie will die Forderung nach der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen wieder in den Mittelpunkt stellen. Daß sich in dieser Richtung wieder etwas tut, hat nicht nur die bundesweite Anti-Atom-Konferenz vom 27. bis 29. September in Hamburg gezeigt, sondern auch die jüngst gestartete Initiative "1.000 HamburgerInnen mehr ins Wendland". Mit diesem Projekt wird der Versuch gestartet, die politische Vereinzelung Hamburger AKW-GegnerInnen aufzubrechen und den Protest vom Fernsehsessel auf die Straße zu transportieren.

Eine Mobilisierungsveranstaltung mit allen noch aktiven Hamburger Anti-AKW-Initiativen findet am 5. November ab 19 Uhr im Curio-Haus statt. Sie soll dafür sorgen, daß an der Großdemo, die traditionell am Wochenende vor dem Castor-Transport stattfindet - diesmal in Lüneburg -, verstärkt AKW-GegnerInnen aus Hamburg beteiligt sind. Ebenso wird natürlich für eine Teilnahme an den Blockaden am Tag X mobilisiert. Ziel ist es, den politischen, aber auch den ökonomischen Preis von Transport zu Transport in die Höhe zu schrauben und schlußendlich die Transporte zu verhindern.

Den ersten Schritt zu dieser begrüßenswerten Initiative unternahmen Anti-AKW-"Veteranen" mit ihrem Einladungsschreiben an alle "Freunde und Freundinnen, die sich aus zurückliegenden Brokdorf-, Grohnde- und Kalkar-, aus BI-Zusammenhängen, aus K-Gruppen und GAL/Grünen zu schätzen gelernt haben". Eine Initiative, die in anderen Städten und Regionen NachahmerInnen finden sollte.

gg.

5. Kein Tarzan, kein Heiligenschein. Paco Ignacio Taibo II über Che Guevara in Belgisch Kongo

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Internationale Solidarität; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:16

Che Guevara ist wieder "in". Im "Spiegel", der alte Geschichten zu einer bunt bebilderten Fortsetzungsstory recycelt, brachte er es unlängst sogar auf ein Titelbild. Dabei durfte der Heiligenschein ebensowenig fehlen, wie der orthographische Irrtum beim entscheidenden Wort (Ché) und die Häme über die "Kult-Börse".

Im Unterschied zum deutschen Nachrichtenmagazin kann ak nicht mit Details aus dem Gefühlsleben des "verzweifelten Romantikers" dienen, der sich, so die Zeitgeistschreibe, vom "verträumten Humanisten zum anarchistischen Terminator" gewandelt habe und mit dem "Tod flirtete" (Spiegel 38/1996). Wir halten uns statt dessen an Fakten und stellen das neueste Buch des mexikanischen Krimiautors Paco Ignacio Taibo II vor, der unter dem Titel "Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren" (Edition ID-Archiv) die Rolle Ernesto Che Guevaras im Kongo aufdeckt.

Paco Ignacio Taibo II, Jahrgang 1949, wurde als Erfinder des Detektivs Héctor Belascoarán Shayne und als Schreiber spannender Fiktion bekannt. Er gehört zu den erfolgreichsten Krimiautoren Lateinamerikas. Daß Taibo darüber hinaus auch Historiker ist und an der "Nationalen Universität Mexikos" (UNAM) unterrichtete, ist weniger geläufig. Dies wird sich nach seinen jüngsten Arbeiten wie "Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren" ändern. Das seit Oktober in deutscher Übersetzung erhältliche Sachbuch, das er zusammen mit den kubanischen Co-Autoren Froilán Escobar und Félix Guerra veröffentlichte, ist ebenso spannend wie Taibos Krimis. Es schließt eine große Lücke in der Che-Biographie und beleuchtet ein bislang geheimgehaltenes Kapitel der kubanischen Afrika-Politik der sechziger Jahre. Es zeigt en détail, wie die Kubaner und Che Guevara selbst die Parole "Schafft zwei, drei, viele Vietnams" in die Tat umzusetzen versuchten.

Der Zeitraum

In den bisherigen Darstellungen über das Leben Che Guevaras klaffte von März 1965, als er seinen Abschied als Minister bekanntgab und aus der Öffentlichkeit verschwand, bis zum ersten Eintrag in sein "Bolivianisches Tagebuch" im November 1966 eine Lücke. Die Biographen behalfen sich bisher mit allgemeinen Sätzen oder wilden Spekulationen. Nur über die letzten Monate vor seinem Tod am 9.10.1967, als seine Anwesenheit an der Spitze einer Guerillagruppe in Bolivien durchsickerte, gibt es gesicherte Informationen. Es ist das Verdienst von Paco Ignacio Taibo II und seiner Kollegen, den Zeitraum zwischen März/April 1965 und November/Dezember 1965 zum ersten Mal gründlich auszuleuchten. Was Che nach der bitteren Niederlage im Belgisch-Kongo (heute: Zaire) und seinem demütigenden Rückzug nach Daressalam (Tansania) tat und wo er sich aufhielt, bevor am 7.11.1966 sein "Bolivianisches Tagebuch" einsetzt, bleibt weiter ein Geheimnis.

Zeugnisse und Zeugen

Die Darstellung der Episode im Belgisch-Kongo ruht auf drei Pfeilern: Erstens konnten Taibo und seine Kollegen im Verlauf mehrjähriger Recherchen insgesamt zwölf überlebende kubanische Kampfgefährten des Che sowie zwei Kongolesen interviewen, die Zeugen des Geschehens waren. Ihre chronologisch geordneten Aussagen, die in wörtlicher Rede zitiert werden, bilden das Gerüst des Buches.

Ein bislang geheimgehaltenes Original-Typoskript Che Guevaras mit dem Titel "Passagen des revolutionären Krieges. Der Kongo" ist die zweite Quelle. Es umfaßt 150 engbeschriebene Seiten. Das historisch wertvolle Dokument wurde ihnen kurz vor Abschluß der Recherchen von einer Person zugespielt, die den Autoren zufolge unbekannt bleiben will. Angesichts der Brisanz des Materials muß der Unbekannte im heutigen Machtgefüge Kubas eine wichtige Stellung innehaben. Er dürfte, wenn nicht auf Weisung, so doch mit Wissen und Billigung Fidel Castros gehandelt haben. Die Tatsache, daß sich aktive Armeeoffiziere befragen ließen sowie die freundliche Aufnahme des Buches in Kuba untermauern diese Hypothese.

Paco Ignacio Taibo II antwortete auf meine Nachfrage, warum sie das Manuskript nur auszugsweise zitierten: "Weil die vorhergegangenen Verhandlungen mit demjenigen, der uns das Manuskript zur Verfügung stellte, zur Abmachung führten, daß wir das Manuskript des Che nicht vollständig als Buch veröffentlichen durften. Wir sind ja schließlich auch nicht die Erben des Che. Als Historiker konnten wir das Manuskript als zusätzliche

Quelle benutzen." Außer den Verwahrern des Typoskripts, den Buchautoren und möglicherweise ausgewählten Personen, die jedoch striktes Stillschweigen wahren, kennt niemand den ganzen Text.

Neben den Zeitzeugenaussagen und den Zitaten aus dem Che-Typoskript, die seine Beobachtungen und Überlegungen zu den jeweiligen Situationen wiedergeben, zitieren die Autoren verschiedentlich kubanische Stellungnahmen und Dokumente, ohne diese jedoch im einzelnen genau anzugeben. Als ich Paco Ignacio Taibo fragte, ob und welchen Zugang sie zu Archiven und/oder Dokumenten hatten, antwortete er: "Wir hatten Zugang, jedoch auf irreguläre Art und Weise." Ich bohrte nach und wollte wissen, was das bedeute: "Das heißt Kollege, daß ich Dir nur das antworten kann. Frage mich nicht so etwas, oder mach' das Aufnahmegerät aus. Es heißt, daß wir die Dokumente nur ‚hintenrum` zu Gesicht bekamen", erwiderte Taibo.

Es bleibt als Fazit die Feststellung, daß bislang allein die Buchautoren Zugang zu wesentlichen Informationen hatten, die für die Schilderung der Kongo-Episode aus Sicht der kubanischen Freiwilligentruppe von Bedeutung sind. Kein (Buch)-Kritiker kennt die zugrundeliegenden Primärquellen aus erster Hand. Das heißt, daß das neue Taibo-Buch zu diesem Thema bislang die mit Abstand wichtigste Sekundärquelle ist. Allein deswegen ist es von außerordentlichem Interesse.

Warum es den Autoren möglich war, jetzt ungehindert Zeitzeugen ausfindig zu machen und warum diese, nachdem sie dreißig Jahre lang eisern geschwiegen hatten, ausgerechnet jetzt reden, bleibt letztlich offen. Ebenso ungeklärt bleibt, warum der kubanische Staatsapparat den Autoren Einblicke in Dokumente gewährte, die bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Auf meine insistierenden Nachfragen erwiderte Taibo mehrdeutig: "Es war ein Thema, das der Geheimhaltung unterlag, bei dem es aber kein explizites Verbot gab, dreißig Jahre danach darüber zu reden. In diesem Zwiespalt bewegten wir uns. Einige derjenigen, die Zeugnisse ablegten, gaben uns ihren Namen, andere nicht. Es gab also keine klaren Regeln."

Organisation und Präsentation des Materials

Paco Ignacio Taibo II und seine beiden Co-Autoren interviewten die Beteiligten, werteten Archivmaterial aus und zitieren aus dem Typoskript des Che. Sie berichten ausschließlich aus der Sicht der kubanischen Guerillakämpfer und verzichteten auf zusätzliche oder gegnerische Quellen. Ihr Buch ist chronologisch geordnet. Jede einzelne Phase wird aus den Blickwinkeln mehrerer Beteiligter geschildert, so daß ein facettenreiches Gesamtbild entsteht. Alle Stellungnahmen zeichnen sich durch ihre Direktheit und unverblümte Offenheit aus. Es wird konsequent aus der Perspektive der 60er Jahre berichtet. Auf eine Relativierung der damaligen Einschätzung oder eine Beurteilung aus heutiger Sicht wird verzichtet. Hierbei bilden einige wenige Zitate von Fidel Castro die Ausnahme von der Regel. Ihre eigene Aufgabe definieren die Autoren folgendermaßen: "Unsere Arbeit bestand darin, dem Text ein Gerüst zu geben, die mündlichen Aussagen zu überarbeiten und zu straffen, einige erläuternde Verbindungen zu schaffen und ansonsten die Geschichte sich selbst erzählen zu lassen".

Die Zeugenaussagen umfassen im Grunde das ganze Jahr 1965. Sie beginnen mit ersten Vorbereitungen für den Einsatz im Kongo. Sie streifen die hektische Afrika-Rundreise, die Che Guevara Anfang 1965 unternommen hatte und legen ihren Schwerpunkt auf die Guerilla-Episode im Belgisch-Kongo. Sie enden im Dezember 1965 mit dem Aufenthalt des gescheiterten Che in der kubanischen Botschaft in Tansania, wo er mit der Niederschrift seines Textes beginnt. Die Aussagen sind so bearbeitet, daß sie sich gut lesen lassen und daß insgesamt ein dichtes Bild entsteht. Die Autoren stellen die Absichten, Motive und Hoffnungen der kubanischen Freiwilligentruppe dar. Aber auch Widersprüche, Schwächen, Rückschläge und schließlich auch die schmähliche Niederlage werden wie unter einem grellen Licht nachgezeichnet. Die Heiligenverehrung und Wallfahrerei, die der "Spiegel" der Linken vorwirft, die jedoch - unter negativem Vorzeichen - seine eigenen Artikel durchzieht, wird man bei Paco Ignacio Taibo ebenso vergeblich suchen, wie Häme über das peinliche Ende der Episode.

Taibos Stärke ist der sezierende Blick des nüchternen Chronisten. Die Sichtweise ähnelt derjenigen Che Guevaras, der in seinem Manuskript schrieb: "Dies ist die Geschichte eines Scheiterns. Sie begibt sich hinab in anekdotische Details, wie es sich für Episoden aus Kriegen gehört, doch geprägt ist sie von Beobachtungen und kritischen Einschätzungen. Denn ich glaube, wenn diese Erzählung irgendeine Bedeutung hat, so die, daß sie einige Erfahrungen vermittelt, die für andere Bewegungen von Nutzen sein können. Der Sieg ist eine große Quelle positiver Erfahrungen, doch ebenso ist es die Niederlage."

Wunsch und

Wirklichkeit im Kongo

Welche Absicht verfolgte Che, anfänglich der einzige Weiße, der knapp über 100 Freiwillige (Kubaner, Schwarze und Mulatten) befehligte? Víctor Dreke (alias Moja), stellvertretender Chef der kubanischen Brigade: "Die Ermordung Lumumbas und die allgemeine Situation im Kongo brachten den Che auf den Gedanken, diese Guerilla zu unterstützen. Er verfolgte eine doppelte Absicht: eine Gruppe für Lateinamerika vorzubereiten und einen dritten Fokus in Afrika aufzubauen (Vietnam, Amerika und Afrika). All diese Ideen will er selbst umsetzen. In Afrika schien es einfacher als in Amerika. Für den Kongo sprachen zwei Bedingungen: daß sie uns von Brazzaville aus um Hilfe ersucht hatten und daß es im ehemaligen Belgisch-Kongo ein enorm großes Gebiet gab, das eine mit Waffen aus China und der Sowjetunion gut versorgte Guerilla befreit hatte."

Der ehemalige Botschafter Kubas in Tansania und Verantwortliche für den Nachschub der kubanischen Guerillas, Pablo Rivalta: "Der Kongo sollte als Basis dienen, das heißt als Zündschnur um die Revolution in alle afrikanischen Länder zu tragen und vor allem war er auch strategisch für Südafrika von essentieller Bedeutung. Der Kampf, die Ausbildung und die Aktivierung der Befreiungsbewegung im Kongo würde so allen Ländern, insbesondere Südafrika nützen. Das war seine Vorstellung."

Die Realität sah aber gänzlich anders aus. Che: "Und die Tage vergingen. Über den See kreuzten verschiedene Boten, die die sagenhafte Fähigkeit besaßen, alle Nachrichten durcheinanderzubringen, oder Kämpfer auf Urlaub, die mit irgendeinem Passierschein nach Kigoma fuhren." Che wurde die ersten Wochen nach seiner geheimgehaltenen Ankunft weniger als Instrukteur, denn als Arzt benötigt. In dieser Eigenschaft auch nicht, wie es bei einem Befreiungskampf zu erwarten wäre, um Schußverletzungen oder ähnliches zu behandeln sondern "in erster Linie eine Vielzahl von Geschlechtskrankheiten, hervorgerufen zum Großteil durch Ansteckung in Kigoma. Ebenfalls hatten wir gleich von Anfang an Gelegenheit, einigen Fällen von Alkoholvergiftung beizuwohnen, hervorgerufen durch den berühmten pombe. ... Es gab Tage, an denen das Lager im pombe und seinen Folgeerscheinungen regelrecht versank: Schlägereien, verschiedenste Vergiftungen, Disziplinlosigkeiten usw."

Nach einigen Monaten begann sich die militärische Ausbildung der Kongolesen sowie einiger tausend ruandischer Tutsi, die nach einer Repressionswelle aus ihrem Land geflohen waren und als Freiwillige auf Seiten der Lumumba-Anhänger kämpften, dank kubanischer Anleitung langsam zu bessern. Der Druck durch die pro-westliche Gegenseite, die den Großteil des Territoriums kontrollierte und von weißen Söldner-Truppen unterstützt wurde, nahm aber zu. Außerdem ließen sich die internen Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Führungsfiguren der Lumumba-Anhänger nicht beilegen. Diese zeichneten sich allesamt dadurch aus, daß sie im Exil residierten, feurige Reden führten und ihre Erfolge in den glühendsten Farben schilderten. Dies hatte mit der Realität in den von ihnen kontrollierten Landstrichen jedoch sehr wenig zu tun, die sie aus eigenem Augenschein nicht einmal kannten und offenkundig auch gar nicht kennenlernen wollten.

Che Guevara und Pablo Rivalta hatten für die kongolesischen Führer kaum ein gutes Wort. Rivalta: "Meine Einschätzungen waren sehr schlecht. Diese Leute tranken, trieben sich mit Frauen herum. Und immerzu außerhalb vom Kongo selbst, entweder in Kigoma oder in Daressalam. Es waren Lebemänner, nicht Leute, die sich wirklich entschieden hatten für die Befreiung zu kämpfen. Die tansanische Regierung zeigte mir die Ausgabenliste dieser Leute, der ganzen Befreiungsbewegung. Die Summen waren hoch, für Getränke, für Bordelle." Der Che: "Der Oberstleutnant Lambert, sympathisch, mit feierlicher Miene, erklärt mir, daß Flugzeuge für sie keine Bedeutung hätten, da sie im Besitz der dawa wären, einem Medikament, das gegen Kugeln unverwundbar mache. Mich haben schon mehrere Kugeln getroffen, doch die Kugeln fallen ohne Wirkung zu Boden. Bald wurde mir bewußt, daß er es ernst gemeint hatte", schließt Che Guevara perplex.

Bei den kubanischen Freiwilligen machte sich bald Unmut breit, als sie miterleben mußten, daß die Kongolesen nicht bereit waren so zu kämpfen, wie sie es selbst für unabdingbar hielten. Che Guevara konnte die aufkommende Verunsicherung mit Appellen an die revolutionäre Moral und die moralische Verpflichtung auf seine Person dämpfen. Da er, den alle verehrten, stets auf das Prinzip Hoffnung, das heißt konkret auf die einfachen Kämpfer der Kongolesen, setzte, ließen sich Differenzen in der kubanischen Truppe in Grenzen halten. Dies konnte jedoch nicht verhindern, daß das ganze Unternehmen scheiterte, als die verbündeten

kongolesischen Truppenteile sich auflösten und Kuba zudem afrikanische Verbündete für die Aktion im Kongo verlor.

Wer sich für die Biographie Che Guevaras interessiert, sollte sich dieses gut geschriebene und spannende Buch nicht entgehenlassen! Es holt das Idol Che auf den Boden der Tatsachen herunter. Es zeigt ihn als einen Menschen, der jederzeit bereit ist, für seine weit gesteckten Ziele das Leben zu geben. Paco Ignacio Taibo II zeigt, daß weder der glorifizierende Heiligenschein (Spiegel 38/1996) noch die verächtlichmachende Rede vom "Neuen Tarzan" (Spiegel 41/1995) die Kongo-Episode Che Guevaras angemessen beschreiben.

Al., Nürnberg

Paco Ignacio Taibo II. Froilán Escobar, Félix Guerra: Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren. Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla, (Edition ID-Archiv) Berlin-Amsterdam 1996, 253 S., DM 29.80.

6. NATO: Kraft-Ei mit feinen Rissen

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:01

Auf ihrer Tagung im norwegischen Bergen Ende September zeigte die "neue NATO", die der Öffentlichkeit auf dem Berliner Gipfeltreffen vom Juni präsentiert worden war (s. ak 392), ein doppeltes Gesicht: kraftstrotzend nach außen, zerstritten im Inneren. Während die Themen IFOR-Folgemandat in Bosnien-Herzegowina und NATO-Osterweiterung den versammelten Verteidigungsministern Gelegenheit boten, Einigkeit und Entschlossenheit zu demonstrieren, kam es über die Frage der Reorganisation der NATO-Kommandostrukturen zum Streit.

Bosnien:

Weiter mit FOFOR

Bis vor kurzem hatten die NATO-Größen öffentlich immer wieder verkündet, daß es keine Gründe gebe, das Mandat der IFOR-Streitkräfte, das zeitlich bis zum 20. Dezember begrenzt ist, zu verlängern; es hieß, man wolle den Einigungsdruck, der durch diese zeitliche Begrenzung bestehe, nicht von den Konfliktparteien nehmen. Gleichwohl könne es möglich sein, daß mit dem Abzug von IFOR erst mit dem 20.12. begonnen werde, dieser sich aber noch weit ins kommende Jahr strecken könne. Trotz dieses Herumlavierens war ziemlich klar, daß die NATO nicht wie ursprünglich vorgesehen nach einem Jahr aus Bosnien-Herzegowina abziehen würde, daß es wenn schon keine Verlängerung des IFOR-Mandats, so doch ein Nachfolgemandat in irgendeiner Form geben würde. Und genau das wurde nun auch auf dem zweitägigen informellen Treffen am 25. und 26.9. 1996 in Bergen verkündet. Auch wenn dort keine formellen Beschlüsse gefaßt wurden, so zeigten sich doch alle Anwesenden vollkommen einig, daß die NATO auch nach dem 20.12. für längere Zeit auf dem Balkan bleiben werde. Diese der IFOR nachfolgenden Kräfte - Arbeitstitel: Follow-on-Forces - sollen etwa halb so stark sein wie die gegenwärtig in Bosnien stationierte Truppe von etwa 53.000 Mann, die mindestens bis zum Abschluß der für Ende November geplanten Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina bleiben soll. FOFOR soll ebenso wie IFOR neben Kontingenten aus NATO-Staaten auch solche anderer Nationen umfassen; insbesondere will man die Russen weiter dabei haben (s.u.). Die politische Kontrolle und das militärische Kommando über das ganze Unternehmen soll selbstverständlich bei der NATO bleiben. Mit den militärischen Planungen für verschiedene Einsatzoptionen wurde unmittelbar nach dem Treffen in Bergen losgelegt. Diese Planungen sollen bis Anfang November abgeschlossen sein.

FOFOR soll nach offizieller Lesart der "Stabilisierung" des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina dienen. Was damit aber zuallererst stabilisiert werden wird, ist der Status der NATO als Ordnungsmacht in Europa und darüber hinaus. Entscheidend ist, daß die NATO ihre Erfolgsstory, die sie auf Kosten von UNO und OSZE im Bosnien-Konflikt geschrieben hat, nun fortsetzen kann. Man erinnere sich: Die NATO war im letzten Jahr in die Bresche gesprungen, nachdem die UNO- Friedenstruppen - UNPROFOR - in Bosnien-Herzegowina angeblich kläglich versagt hatten. Kaum war die NATO in Gestalt von IFOR auf dem Plan erschienen, war (weitgehend) Ruhe. Das war seinerzeit eine schmierige, wenn auch gekonnte Inszenierung, deren Kern der SPD-Abgeordnete Gernot Erler wie folgt beschreibt: "Was für ein Widersinn: Die kaum bewaffneten Blauhelme der Unprofor wurden ins Feuer der bosnischen Kriegsparteien geschickt, um ihnen dann den Vorwurf zu machen, ihr Peacekeeping versage; die Ifor mit 60.000 Mann bestausgestatteter Kampftruppen erhält einen typischen Peacekeeping-Auftrag, nämlich die Überwachung und Sicherstellung eines von den Konfliktparteien akzeptierten Friedensvertrages, und die ganze Welt feiert ihren Erfolg!" (1). Die hinter diesem Vorgehen stehende Absicht der Diskreditierung der Vereinten Nationen und Aufwertung der NATO sowie die sich daraus ergebenden Perspektiven bringt gleichermaßen treffend Ernst-Otto Czempiel auf den Punkt: "Die ebenso undankbare wie unlösbare Aufgabe, im jugoslawischen Bürgerkrieg mit den Mitteln des Peacekeeping Erfolge zu erzielen, hatte man den UN belassen. Die ungleich leichtere Aufgabe, den Friedensschluß der Parteien von Dayton zu sichern, wurde der NATO übertragen, die dazu noch über alle militärischen Gewaltmittel verfügen durfte. Einen besseren Dienst konnte man der NATO, einen schlechteren den UN nicht erweisen. Die NATO hätte unschwer als UN-Truppe firmieren können, sozusagen als UNPROFOR II. Statt dessen bekam sie den - einen Hinweis auf die Vereinten Nationen nicht mehr enthaltenden - Namen IFOR. Es fällt nicht schwer, sich

eine Zukunft auszumalen, in der die NATO auf jegliche Ermächtigung durch den Sicherheitsrat verzichtet und in eigenem Ermessen handelt" (2).

In der Tat: Genau darum ging es den in Bergen tagenden NATO-Verteidigungsministern und darum wird es mit FOFOR gehen: den Weg zu bereiten und sich weitere Erfahrungen anzueignen für Militärinterventionen, die nicht mehr mit dem Deckmäntelchen des "UNO-Auftrags" versehen und gleichwohl von der Öffentlichkeit in den NATO-Staaten akzeptiert sind. Denn noch handelt die NATO formal als "Subunternehmer" der UNO; dieser hatte man im Dezember 1992 in Brüssel das Angebot gemacht, das NATO-Potential für "friedenserhaltende Aktivitäten" der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen. Formal ist auch IFOR eine Umsetzung dieses Angebots, wenn auch faktisch der UN-Sicherheitsrat nicht mehr als das Mandat erteilt hat und alles weitere unter dem Kommando der NATO gelaufen ist. Bergen und FOFOR sind nun weitere Schritte auf dem Weg zur Etablierung der NATO als eigenständige Interventionsmacht.

Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß FOFOR in NATO-Kreisen als ein erster Test für das auf dem Berliner NATO-Gipfel vom Juni dieses Jahres beschlossene Konzept der Combined Joint Task Forces (CJTF) angesehen wird. Dieser Task-Force-Ansatz erlaubt es, die Schnelleingreifkräfte der NATO rasch und effizient für militärische Interventionen "out of area" - außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - einzusetzen (s. ak 392).

Daß es FOFOR geben wird, ist mithin zuallererst ein Triumph jener Kräfte, die aus der NATO die entscheidende Ordnungsmacht für Europa und die Interventionsmacht des Nordens gegenüber dem Süden machen wollen.

Ganz "normal" dabei: Unsere Bundeswehr

Einen "Triumph im Triumph" kann dabei die deutsche herrschende Politik feiern. Denn die Bundeswehr wird nun endlich erstmals in genau derselben Weise bei einer militärischen Operation dabei sein wie die anderen NATO-"Partner" auch. Bisher hatte man sich aus "historischen Gründen" (gemeint sind mit dieser Floskel die Schlächtereien deutscher Militärmacht im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan und anderswo - s. ak 394) Zurückhaltung beim Einsatz seiner militärischen Machtmittel eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müssen. Die ist in den letzten Jahren zwar Stück für Stück abgelegt worden - erinnert sei nur an die Einsätze deutscher Soldaten in Kambodscha oder Somalia -, doch so "richtig" mitmachen durfte man noch nicht, wobei "richtig mitmachen" für Militärs die Bereitstellung von Kampfverbänden und gegebenenfalls deren Einsatz ist (schließlich gilt trotz allen Schnickschnacks drumherum ja immer noch: eigentliche Aufgabe von Soldaten ist, Menschen totzuschießen). Selbst bei IFOR mußte die Bundeswehr noch eine nicht ganz vollwertige "Sonderrolle" spielen: Die deutschen Bodentruppen durften nur in Kroatien stationiert werden, nicht aber im bosnischen Kampfgebiet (aus o.g. "historischen Gründen"), und sie mußten sich mit Aufgaben als Sanitäter, Pioniere, Logistiker, Transporteure, Heeresflieger begnügen. Diese Beschränkungen werden bei FOFOR wegfallen. Im Umfeld der Bergener Tagung hat Verteidigungsminister Rühe klargemacht, daß seine Leute künftig auch auf den (ehemaligen) Kriegsschauplatz gehen werden und das auch mit Kampftruppen - die Rühe, weil ihm "Kampftruppen ... viel zu martialisch" klingt, lieber "Überwachungs- und Sicherungskräfte" nennt (3). Wenn man nun noch bedenkt, daß der "deutsche Gesamtbeitrag" bei der IFOR-Nachfolgemission "zwischen 2000 und 3000 Soldaten betragen" soll (4), während bei IFOR rund 2600 Bundeswehrsoldaten dabei sind, zeigt sich, daß auch quantitativ das relative Gewicht des deutschen Anteils deutlich steigt (jetzt bei IFOR 2600 Mann von 53.000, bei FOFOR 3000 Mann von 20.000). Die Deutschen erweisen sich einmal wieder als besonders gründlich: Wenn schon "normal" und "wie alle anderen auch", dann aber auch richtig "normal" (und vielleicht ein bißchen mehr als "alle anderen auch"). Daraus lassen sich dann sogleich Führungsansprüche ableiten. Zwar will man eine solche Führung (noch) nicht für sich allein, wohl aber zusammen mit den französischen Waffenbrüdern, mit denen man bei der IFOR-Nachfolge im "französischen Sektor Bosniens" (O-Ton Rühe) (5) gemeinsame Sache zu machen gedenkt, soll doch bei der neuen Mission der Stab der zum Euro-Korps gehörenden deutsch-französischen Brigade eingesetzt werden.

Nicht nur die NATO insgesamt wird also mit der IFOR-Nachfolgemission auf dem Weg zur Interventionsmacht ein gutes Stück vorankommen, sondern - im Rahmen der NATO - auch Deutschland.

Der Russe soll

sich nicht so haben

Das zweite große Thema auf der Bergener Tagung war die Osterweiterung der NATO. Auch in dieser Hinsicht herrschte vollkommene Einmütigkeit. Man will eine Reihe osteuropäischer Staaten neu in die NATO aufnehmen. Auf dem Frühjahrsgipfel der NATO 1997 sollen die ersten Beitrittskandidaten benannt und der Auftrag für die formalen Aufnahmeverhandlungen erteilt werden. Als aussichtsreichste Kandidaten für eine erste Runde der Osterweiterung gelten gemeinhin Polen, Tschechien und Ungarn. Es ist davon auszugehen, daß hinter den Kulissen bereits mit diesen Staaten über die Beitrittsmodalitäten verhandelt wird, denn von NATO-Seite will man zu dem Zeitpunkt, an dem die Kandidaten öffentlich benannt werden, die Katze schon im Sack haben. Ein Scheitern öffentlich verkündeter Verhandlungen kann man sich nicht leisten. Während die Polen, Tschechen und Ungarn frohlocken, schmollen andere Osteuropäer, die noch nicht dabei sein dürfen (vor allem die Balten) - und die Russen, die sich seit der Verkündung der NATO-Expansionspläne gegen die Osterweiterung ausgesprochen haben, machen noch Zicken.

Den Noch-Nicht-NATO-Mitgliedern will man seitens der NATO die Wartezeit versüßen, indem man ihnen den Ausbau und die Vertiefung der "Partnerschaft für den Frieden" anbietet, also die verstärkte militärische und militärpolitische Kooperation mit der NATO, inklusive insbesondere der Kooperation bei Unternehmen wie IFOR und FOFOR. Den Russen begegnet man mit einer Strategie von Zuckerbrot und Peitsche. Das Zuckerbrot - vor allem wohlfeile Worte: Man versichert, daß die NATO-Osterweiterung nicht gegen Rußland gerichtet sei und die Sicherheit Rußlands in keiner Weise negativ beeinflusse. Man bietet eine "strategische Partnerschaft" zwischen der "neuen NATO" und dem "neuen Rußland" an, die in einer "Charta" festgeschrieben werden solle. Letztendlich solle das auf eine "Super-Partnerschaft für den Frieden" hinauslaufen (6). Außerdem offeriert man der russischen Seite, auch künftig bei NATO-geführten Militäroperationen wie IFOR mitmachen zu dürfen. Die Peitsche - knallharte Machtpolitik: Die NATO könne keine Rücksicht auf die gegenwärtig labile innenpolitische Lage in Rußland (Krankheit Jelzins, Schwäche der politischen Führung etc.) nehmen, sondern müsse gerade, wenn die Verhältnisse in Rußland unklar seien, selber für klare Verhältnisse sorgen. Ein "Veto-Recht" Rußlands über die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO könne es nicht geben, schließlich handele es sich ja nicht um eine von der NATO betriebene Ostexpansion, sondern um den Wunsch freier demokratischer Staaten um die Aufnahme in diese Organisation. Auch könne es nicht akzeptiert werden, daß Rußland die Aufnahme neuer Staaten von Bedingungen abhängig mache. Konkret heißt das vor allem: Die NATO behält sich vor, ihre Infrastruktur auch auf die Neumitglieder auszudehnen, also etwa auch ausländische Streitkräfte oder Nuklearwaffen auf dem Territorium der neuen Mitglieder zu stationieren (auch wenn man das "vorerst" gar nicht beabsichtige, so müsse man sich diese "Option" doch prinzipiell offen halten). Daß die russische Seite darin eine Beeinträchtigung ihrer Sicherheitslage sieht, kann man in NATO-Kreisen so gar nicht verstehen... Und auch die Beitrittskandidaten verstehen das nicht. So wurde denn auch ein ukrainischer Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Ost(mittel)Europa, die auch das Gebiet der Neu-NATO-Mitglieder umfassen sollte, von polnischer Seite als Eingriff in die nationale Souveränität schroff zurückgewiesen. Das kann man nur noch als Ironie der Geschichte bezeichnen, war es doch der polnische Außenminister Rapacki, der in den fünfziger Jahren mit einem seinerzeit aufsehenerregenden Vorschlag für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone versucht hatte, Bewegung in die erstarrten Fronten des Kalten Krieges zu bringen und nicht zuletzt den Spielraum Polens gegenüber seiner Blockführungsmacht UdSSR ein wenig zu vergrößern. Die heutige polnische Führung will sich augenscheinlich so eng wie möglich an den anderen Block binden und nimmt dafür eine neuerliche Verhärtung der Fronten in Europa in Kauf. Denn daß die Ostexpansion langfristig nicht ohne russische Antwort bleiben wird - das liegt auf der Hand, weil in der Logik des auf Drohung und Gegen-Drohung basierenden Staatensystems.

Insofern hat die grüne Bundestagsabgeordnete A. Beer recht, wenn sie in einer Presseerklärung zur Bergener Tagung erklärt: Die NATO rede "gerne von der Einbindung Rußlands in ein europäisches Sicherheitssystem, aber wenn es darauf ankommt, ist von dem sogenannten kooperativen Ansatz nicht mehr viel übrig: Die Osterweiterung soll ohne Rücksicht auf russische Sicherheitsbedenken durchgeführt werden. Wenn die NATO Rußland ernsthaft von ihren kooperativen Absichten überzeugen wollte, dann müßte sie auf die Erweiterung nach Osten verzichten. NATO-Strategen darf es nicht verwundern, wenn Rußland sich durch die Erweiterungspläne bedroht fühlt. Denn die Logik der NATO-Erweiterung folgt denselben machtpolitischen Denkmustern wie die Bedrohungsanalyse Rußlands". Nicht recht hat sie allerdings, wenn sie fortfährt: "Die NATO hätte die Chance, diese traditionelle, militärische Stabilitätslogik zu durchbrechen" (7). Das hieße an die

Mutation eines Wolfs in ein Lamm zu glauben. Die "militärische Stabilitätslogik durchbrechen" kann man nur, wenn man einen Militärpakt wie die NATO zer-bricht.

Zwar ist Rußland gegenwärtig wohl tatsächlich zu schwach, um eine Ostexpansion der NATO zu verhindern - trotz der starken Worte gegen die NATO-Osterweiterung, die der russische Verteidigungsminister Rodionow beim "16+1"-Treffen mit seinen NATO-Kollegen in Bergen wieder einmal gefunden hatte (8). Die Einschätzung der NATO, daß sich Rußland noch "konziliant" zeigen und letztlich einknicken werde, ist höchstwahrscheinlich korrekt (9). Ebenso ist es höchstwahrscheinlich, daß ein solcher "Sieg" eine schwere Belastung für die Zukunft darstellen wird. Doch kurzfristig wird die NATO auch beim Thema Osterweiterung einen Erfolg feiern können. Das zeigt nicht zuletzt die Bereitschaft Rußlands, trotz NATO-Osterweiterungsplänen auch bei der IFOR-Nachfolgemission wieder mit eigenen Truppenkontingenten mitzutun. Dazu erklärte sich Rodionow in Bergen ausdrücklich bereit.

Es geht also voran mit der "doppelten Erweiterung" der NATO: Erweiterung des Operationsgebiets und Erweiterung der Organisation. Die NATO: Ein unerschütterlicher Koloß? Nicht ganz. Der Koloß zeigt Risse.

Zwistigkeiten

in der Familie

Das dritte wichtige Thema neben IFOR-Nachfolge und NATO-Osterweiterung war in Bergen die Reform der NATO-Kommandostrukturen. Seit langem ist man sich in der NATO darüber einig, daß die Kommandostrukturen der Allianz, die ganz auf die Auseinandersetzung mit dem gegnerischen Block ausgerichtet waren, nach dessen Dahinscheiden und dem damit verbundenen Wegfall der angeblichen "Bedrohung aus dem Osten" unbedingt umorganisiert werden müßten, um sich den neuen Gegebenheiten und neuen Herausforderungen anzupassen. Wohl wissend, daß das ein ganz heißes Eisen ist, hat man dieses Thema allerdings Jahre vor sich hergeschoben. In Berlin im Juni dieses Jahres raffte man sich dazu auf, dieses Eisen nun doch anzupacken. Und schon drohen Verbrennungen. Denn Ärger zwischen den "Partnern" kann bei einer umfassenden NATO-Strukturreform nicht ausbleiben, spiegelt doch die gegenwärtige Kommandostruktur ein wohlausbalanciertes Geflecht von Interessen und Einflußchancen der "Partner" wider. Nun soll es "ans Eingemachte" gehen: Von den rund 60 NATO-Hauptquartieren sollen gut die Hälfte eingespart werden, ebenso eine der bisher vier NATO-Kommandoebenen. Unterhalb der beiden Oberkommandos für Europa und den Atlantik (SACEUR - Supreme Allied Command Europe; SACLANT - Supreme Allied Command Atlantic) soll es nur noch zwei Ebenen geben: eine regionale und eine subregionale. Für Europa sind zwei Regionalkommandos vorgesehen: nördlich und südlich der Alpen. Das südliche Kommando entspräche dem heutigen AFSOUTH (Allied Forces Southern Europe), das in der ganzen bisherigen Geschichte der NATO von einem US-Offizier geführt wurde. Und diesen Posten nun wollen die Franzosen für die Europäer - und das heißt selbstverständlich zuallererst: für sich selber - haben. Die US-Seite aber will den Posten behalten. Daß es ausgerechnet um die Führung des südlichen NATO-Abschnitts Auseinandersetzungen geben würde, verwundert nicht, ist doch die politische und militärische Bedeutung der ehemaligen "Südflanke" der NATO in der letzten Zeit erheblich gestiegen: Die Interventionsorientierung der NATO richtet sich ja weitgehend Richtung Süden - nach Südosteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Auch wenn viel von der "globalen" Interventionsbereitschaft und -fähigkeit der NATO die Rede ist, wird es künftig faktisch vor allem um diese Regionen gehen. Das NATO-Südkommando wird also künftig eine starke Aufwertung erfahren. Die USA, die traditionell ihre Potentiale der NATO-"Südflanke" auch bei Militäreinsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - etwa im Nahen und Mittleren Osten - mit genutzt haben (insbesondere die 6. US-Flotte im Mittelmeer) wollen sich daher das Kommando jetzt erst recht nicht nehmen lassen.

Auf der anderen Seite wissen die Europäer, daß die von ihnen angestrebte Stärkung der europäischen "Sicherheits- und Verteidigungsidentität" bloßes Gelaber bleibt, wenn sie sich nicht verstärkt Fähigkeiten zur eigenständigen Intervention Richtung Süden zulegen. Daher ja auch das Bestreben, die CJTF ohne Beteiligung der USA nutzen zu können (s. ak 392), und daher jetzt die französischen Ansprüche auf das Oberkommando in der neuen NATO-Südregion. Der französische Verteidigungsminister Millon hat in Bergen schweres Geschütz aufgefahren. Er sagte, daß Frankreich den Weg in die militärische Integration der NATO, den es auf der NATO-Tagung vom Dezember 1995 begonnen und in Berlin im Juni 1996 fortgesetzt hatte, wieder verlassen werde, wenn das Südkommando nicht an einen Europäer falle. Dahinter steckt der

strategische Ansatz Frankreichs, zu einer eigenständigeren europäischen Militärpolitik künftig im Rahmen der "neuen" NATO zu kommen statt wie bisher zu versuchen, neben der NATO - etwa via WEU - eine eigene europäische Militärmacht aufzubauen. Für die Franzosen ist der Streit um die NATO-Kommandostrukturen offensichtlich ein Test dafür, ob dieser Ansatz trägt - und wieweit er von den europäischen Partnern mitgetragen wird. Für die deutsche Regierung, die bisher am liebsten zwischen Washington und Paris lavierte (in Washington versicherte man, daß man mittels der engen deutsch-französischen Militärkooperation Frankreich wieder enger an die NATO heranholen werde, in Paris legte man Treueschwüre zum Aufbau einer europäischen "Sicherheits- und Verteidigungsidentität" ab), ist die Situation äußerst unerquicklich. Man will nicht zur Entscheidung zwischen USA und Frankreich gezwungen werden. So setzt Taktiker Rühe denn auch auf Zeit. Er "erklärte vor Journalisten, der Streit um das südliche Regionalkommando sei nicht auf der Ebene der Verteidigungsminister zu lösen. Nach Diplomatenangaben könnte eine Lösung erst auf dem im kommenden Frühjahr geplanten NATO-Gipfel von den Staats- und Regierungschefs gefunden werden" (10).

Der Streit ist eröffnet. Er wird hoffentlich auch auf den nächsten NATO-Tagungen Leben in die Bude bringen und den politischen und militärischen Apparat der Organisation ordentlich in Atem halten. Doch über kleinliches Gezänk hinaus verweist der Streit um die Reorganisation der NATO-Kommandostrukturen darauf, daß die Karten der Machtverteilung innerhalb der NATO und damit unter den die Welt(un)ordnung beherrschenden großen Mächte neu gemischt werden. Und auch das neue "normale" Deutschland wird dabei mitmischen, auch wenn ihm gegenwärtig die Eröffnung bündnisinterner Fronten noch zu früh erscheint und man Entscheidungen lieber noch hinausschieben möchte.

Der Streit in Bergen beweist: Der einheitliche Block NATO zeigt Risse. Die Widersprüche zwischen den führenden Staaten dieses Militärpakts werden sich vertiefen. Die eigentliche Bedrohung der NATO wird künftig nicht so sehr von einem äußeren Gegner ausgehen als vielmehr von diesen inneren Widersprüchen. Ist das nun gut und nicht schlecht oder wie oder was?!?

Vo

Anmerkungen:

1) Frankfurter Rundschau, 28.8.96.

2) Czempiel, Ernst-Otto: Wohin mit der Bundeswehr? (= HSFK-Standpunkte Nr.9/September 1996), S.9.

3) Interview Rühe im Spiegel 39/1996, S.25-27, hier: S.25.

4) Rühe ebd.

5) Ebd., S.26.

6) US-Verteidigungsminister "Perry nannte einen festen und permanenten Konsultationsmechanismus zwischen NATO und Moskau, beiderseitige Verbindungsoffiziere in den Generalstäben, regelmäßige Treffen und gemeinsame Militärunternehmen" (dpa, 26.9.96).

7) Presseerklärung A. Beer 27.9.1996.

8) "Es gibt keine strategische Notwendigkeit für die Nato-Erweiterung" sagte Rodionow seinen westlichen Kollegen. Das russische Volk sei alarmiert. Es sei schwer davon zu überzeugen, daß die Nato als Produkt des Kalten Krieges eine friedliche Organisation und Rußland wohlgesonnen sei. Auch Rußland sei für ein neues europäisches Sicherheitssystem. Es sei aber besser, daß dies auf der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE basiere. Rodionow fügte hinzu: "Auch Rußland ist der fortdauernden Konfrontation überdrüssig. Aber eine erweiterte NATO wird das geopolitische Gleichgewicht zugunsten des Westens verschieben" (dpa 26.9.96). Kluger Rodionow, weises russisches Volk!

9) "Bundesverteidigungsminister Volker Rühe zeigte sich zuversichtlich, daß es bis dahin (NATO-Gipfel nächstes Frühjahr - Vo) eine Verständigung mit Moskau gibt. Er erklärte aber ausdrücklich, daß die Osterweiterung auch bei einem Scheitern einer Übereinkunft mit den Russen kommen werde" (ebd.).

10) AFP 25.9.1996.

7. FREIe HEIDe. Neuer Kristallisationsort der Friedensbewegung?

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:07

Ist die Friedensbewegung am Ende? Oder glimmt da noch ein Flämmchen, aus dem ein Steppenbrand entstehen könnte? Allenthalben beklagen die wenigen zur Zeit noch friedenspolitisch aktiven Linken, daß angesichts der umfassenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik viel zu wenig antimilitaristischer Protest und Widerstand zu verzeichnen ist. Die Bundeswehr bereitet sich auf Militärinterventionen weit weg von den Grenzen des eigenen Vaterlandes vor und wird schon in wenigen Wochen mit Kampfverbänden im ehemaligen Jugoslawien stehen - und kaum jemanden regt das auf. Ein Gefühl der Lähmung ist weit verbreitet, eine Ratlosigkeit darüber, wie man sich herrschender Militärpolitik entgegenstellen könnte. Es wird nach Ansatzpunkten für eine neue antimilitaristische Praxis angesichts der veränderten Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gesucht. Ob die Orientierung auf bestimmte Widerstandsorte einen solchen Ansatzpunkt bieten könnte - darüber wurde am ersten Oktoberwochenende in einem kleinen brandenburgischen Dorf debattiert.

Vom 4. bis 6. Oktober trafen sich in Sewekow nahe Wittstock auf Einladung der Bürgerinitiative (BI) FREIe HEIDe, der Berlin/Potsdamer UnterstützerInnengruppe der FREIen HEIDe und des Komitees für Grundrechte und Demokratie ca. 70 Menschen aus verschiedenen lokalen und bundesweit arbeitenden Friedensgruppen und -organisationen zu einem "antimilitaristischen Kongreß", auf dem es vor allem um einen Erfahrungsaustausch zwischen der BI und den anderen Gruppierungen gehen sollte und Perspektiven für die künftige Friedensarbeit lokal und überregional ausgelotet werden sollten.

Die Idee ist ziemlich gut ...

Die hinter diesem Kongreß stehende Idee war, daß hier am Exempel des geplanten Bombenabwurfplatzes der Bundeswehr auf dem ehemals sowjetischen Truppenübungsgelände im Gebiet zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin die Verbindung hergestellt werden könnte zwischen dem Kampf gegen die herrschende Militärpolitik - vor allem: gegen die neue Interventionsorientierung der Bundeswehr - und dem Kampf gegen ein örtlich fixiertes Militärprojekt. Ein solches Vorgehen hat sich zu Zeiten der Friedensbewegung in den 80er Jahren durchaus bewährt: Damals konnte vermittelt über den Widerstand an den (geplanten) Stationierungsorten von Massenvernichtungsmitteln (Atomwaffen z.B. in Mutlangen, Hasselbach oder Kellinghusen, Chemiewaffen z.B. in Fischbach) der Kampf gegen die Nuklearrüstungs- und Abschreckungspolitik konkret geführt werden, was zur Stärke der Bewegung insgesamt erheblich beitrug. Die Voraussetzungen für eine solche Verbindung von lokalem Widerstand und allgemeiner Problematik scheinen auch im Falle FREIe HEIDe gut: Auf dem Bombenabwurfplatz soll künftig die deutsche Luftwaffe für "out of area" - Einsätze üben, dieser Platz ist eindeutig dafür vorgesehen, die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr fit zu machen für Militärinterventionen weit weg von den eigenen Landesgrenzen. An ihm ließe sich also die Militarisierung der deutschen Politik problematisieren. Auf der anderen Seite greift dieser Platz entscheidend in die Struktur und das Leben der Bevölkerung einer ganzen Region ein. Die Menschen dort werden mit höllischem Tiefflüglärm terrorisiert werden, wenn die Bundeswehr mit ihren Plänen durchkommt. Deswegen hat sich vor Ort eine BI gebildet, die das "Bombodrom" verhindern will. Beides könnte gut zusammengehen: Die BI könnte mit stärkerer überregionaler Unterstützung rechnen, wenn der allgemeinpolitische Stellenwert des geplanten Bombenabwurfplatzes für die Interventionsorientierung deutscher Militärmacht deutlicher herausgearbeitet würde, und jene antimilitaristischen Kräfte, die diese Interventionsorientierung für den zentralen Angelpunkt der Militarisierung deutscher Politik halten, hätten einen Ort, an dem sie ihre Kritik festmachen und ein Stück weit praktisch umsetzen könnten. Soweit die Idee.

... aber die Realität sperrt sich

Die Schwierigkeiten, diese Idee zum Ausgangspunkt praktischen Handelns zu machen, wurde auf dem Kongreß von Anfang Oktober ziemlich deutlich.

Der Kongreß begann mit einer öffentlichen Veranstaltung im Saal des "Dorfkruges" von Schweinrich. Dort hatten sich ca. 70 Leute versammelt. Wenn man davon ausgeht, daß zu dieser Zeit knapp 50 auswärtige KongreßteilnehmerInnen angereist waren, so kann man mit gut zwanzig einheimischen ZuhörerInnen rechnen.

Nach Begrüßungsworten des Bürgermeisters von Schweinrich, der zugleich Vorsitzender der BI ist, ging Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie in einem ersten Vortrag auf drei Fragen ein: Ist das, was auf dem geplanten "Bombodrom" geübt werden soll, notwendig für die Landesverteidigung? Oder geht es um ganz etwas anderes, und wenn ja, um was? Gibt es Alternativen? Bei der Beantwortung der ersten Frage machte Buro deutlich, daß es selbst aus Sicht herrschender Politik keine unmittelbare Bedrohung der Bundesrepublik mehr gibt, der man mit militärischen Mitteln begegnen müßte: Szenarien, die mit dem höchst unwahrscheinlichen Fall des (Wieder-) Entstehens einer solchen Bedrohung arbeiteten, seien derart abwegig, daß sie den Aufwand und die enormen Belastungen eines Bombenabwurfplatzes und der dort vorgesehenen Übungen in der geplanten Dimension keinesfalls rechtfertigen würden. Das "Bombodrom" diene mithin - so die Antwort auf die zweite Frage - anderen Zwecken. Diese Zwecke erläuterte Buro, indem er das Wesen der "neuen NATO" als Ordnungsmacht für Europa und weit darüber hinaus (für den "Krisenbogen von Marokko bis zum Indischen Ozean", wie es von offizieller Seite heißt) herausarbeitete und deutlich machte, daß die Bundesrepublik und die Bundeswehr in diesem Zusammenhang wieder "normal" militärisch mitmischen wollen, daß sie also "Expeditionsstreitkräfte" bräuchten. Herrschender Politik gehe es darum, die Position der deutschen Streitkräfte im multilateralen Konzert der NATO-Schnelleingreifkräfte zu stärken; das wiederum stehe in Verbindung mit dem Bestreben, die hegemoniale Position Deutschlands in Europa auch auf militärischem Gebiet zur Geltung zu bringen. Um eine solche Politik umsetzen zu können, bräuchte man eben auch einen Bombenabwurfplatz wie den geplanten, um die "Expeditionsstreitkräfte" auf ihre Aufgaben vorzubereiten. In Beantwortung der dritten Frage erläuterte Buro das Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung als Alternative zur militärischen Interventionspolitik; in der Gesellschaft würde sich die Einsicht in die Untauglichkeit militärischer Mittel ausbreiten, deswegen müsse man nicht-militärische Alternativkonzepte anbieten und die Auseinandersetzung mit den Protagonisten der militärischen Option führen. Auch der Kampf um die FREIe HEIDe selbst sei bereits eine Lehr- und Lernsituation, in der Zivile Konfliktbearbeitung praktiziert und erprobt werden könne. Der Kampf hier könne auch zu einem Brennpunkt für den Kampf in der "großen Politik" werden.

Knut Krusewitz, Friedensforscher und Ökologe, erörterte im anschließenden Vortrag die Frage, was an dem geplanten Bombodrom von überregionalem Interesse ist. Er hob hervor, daß es um einen grundsätzlichen Strukturkonflikt zwischen Militär, Ökologie und Bevölkerung gehe. Für diesen Konflikt gebe es keine Sowohl-als auch-Lösung, sondern nur eine Entweder-oder-Lösung. Denn man könne Waffensysteme nicht umweltfreundlich in einem intakten Biotop testen, und man könne eine Region nicht gleichzeitig als eine "nachhaltige" und als eine Kriegsübungsregion entwickeln. Die Kriegsvorbereitungen und -übungen zerstörten die Möglichkeiten der "nachhaltigen Entwicklung" der Region, die darin bestehen könnte, daß die Region zu einer "Beispiel-Landschaft" gemacht werde, daß für sie etwa Biosphären-Reservate ausgewiesen werden. Wenn man die Ostprignitz zu einer derartigen Modell-Region mache, so könne darüber die militärische Großplanung gekippt werden. Der Konflikt setze somit die "friedensstrategische Bedeutung" der Kommunen wieder auf die Tagesordnung.

Nach diesen durchaus plausiblen Einschätzungen und begrüßenswerten Zielperspektiven wurden in der Diskussion allerdings die Probleme deutlich, die sich vor Ort mit einer derartigen Orientierung ergeben. VertreterInnen der BI und andere Einheimische wiesen darauf hin, daß es zwar noch eine recht breite Front gegen die Bundeswehr-Pläne gebe: Alle betroffenen Gemeinden sind gegen das Bombodrom, ebenso der Landrat und der Kreistag. Doch beginne die Front allmählich zu bröckeln, denn die Bundeswehr lockt mit Arbeitsplätzen. Das ist in einer Region, in der die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist (in Wittstock bei 23%), ein starkes Argument. Auf Stellenausschreibungen der Bundeswehr haben sich 700 Leute beworben, 30 wurden eingestellt - aus jedem Dorf einer. Die Folge dieses Schachzugs: Es hat sich mittlerweile eine Pro-Bundeswehr-Initiative gegründet, die ihren Rückhalt in den Familien und der Verwandtschaft der 30 Eingestellten hat. Ferner entwickeln sich auch regionale Differenzierungen in der Großregion: Jene Gemeinden, die schon einen gewissen Tourismus verbuchen können und darauf rechnen, ihn weiter ausbauen zu können - wie etwa Rheinsberg und Nachbargemeinden - sind weiterhin nahezu geschlossen gegen das Bombodrom; jene aber, die nicht auf den Tourismus setzen können, wanken. Das gilt insbesondere für

Wittstock, zumal die Bundeswehr versprochen hat, die Garnison für den Bombenabwurfplatz nach Wittstock zu legen, was angeblich massig Arbeitsplätze bringen soll.

Winni Nachtwei, grüner Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verteidigungsausschuß, zerpflückte das Arbeitsplatz-Argument als Illusionsmacherei. Es würden keine Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl geschaffen; man müsse dagegen mit sehr viel mehr Tiefflügen rechnen als bisher erwartet: Zur Zeit würden auf den bestehenden Bombenabwurfplätzen 3400 Einsätze jährlich geflogen, geplant seien für die Zukunft 7200 Einsätze jährlich - wobei ein Einsatz aus 8-10 Überflügen bestehe. Das sei einerseits Indiz für die verstärkte Vorbereitung der Bundeswehr auf Kriegseinsätze nach dem Modell Golfkrieg, andererseits komme auf die Menschen der Region noch sehr viel Schlimmeres zu als bisher erwartet.

Praktische Probleme an der Basis

Der Kongreß wurde mit ca. 70 TeilnehmerInnen am Samstag und Sonntag in Sewekow fortgesetzt. Darunter waren ein halbes Dutzend VertreterInnen der regionalen BI und Leute aus diversen bundesweiten Friedensorganisationen (z.B. DFG/VK, Bund für Soziale Verteidigung, Netzwerk Friedenskooperative) und aus örtlichen Friedensinitiativen, vor allem von anderen Militärstandorten (z.B. Colbitz-Letzlinger Heide, Nordhorn Range).

Zunächst wurde am Samstag je eine Einschätzung über Erfahrungen und Situation der Friedensbewegung in der ehemaligen DDR und der BRD gegeben. Die Friedensbewegung in der damaligen DDR war sehr stark von Netzen persönlicher Verbindungen getragen. Jetzt aber gibt es kaum noch eine aus dieser Zeit herübergerettete Friedensbewegung im Osten, die ohnehin keinen Bezug zu konkreten Militärstandorten hatte. Insofern stellt die FREIe HEIDe (und die Colbitz-Letzlinger Heide) für den Osten etwas völlig Neues dar.

Im BRD-Bericht wurde demgegenüber darauf verwiesen, daß eine Stärke der West-Friedensbewegung in den 80er Jahren gerade die Verknüpfung von Standort-Problemen und "großer Politik" gewesen war, und somit die herrschende Militärpolitik in den Handlungsbereich der BürgerInnen vor Ort hereingeholt werden konnte. Ein Problem der - auch im Westen gegenüber den 80er Jahren drastisch schwächeren, gleichwohl nicht ganz toten - Friedensbewegung gegenwärtig sei, daß diese Verknüpfung nicht mehr so umstandslos hergestellt werden könne. Hier könnte Wittstock ein Ansatzpunkt sein. Allerdings sei eine gewisse Skepsis geboten: Damals seien die Menschen wegen der eigenen Betroffenheit auf die Straße gegangen - und von den Nuklearraketen fühlten sich alle betroffen, nicht nur die Menschen an den Stationierungsorten. Heute sei diese Betroffenheit nicht mehr gegeben: Schließlich würde weit weg, irgendwo bei Wittstock, für Kriege noch viel, viel weiter weg - irgendwo in Afrika oder im Nahen Osten - geübt, und das würde Leute, die gut materialistisch gemäß ihren Interessen handeln, nicht ohne weiteres hinter dem Ofen hervorlocken.

Dieses Problem einer überregionalen Mobilisierung überschneidet sich mit den Problemen der Mobilisierung vor Ort. Diese Probleme wurden aus den Beiträgen der beiden BI-Vertreter am Samstag Vormittag deutlich. Zwar konnten Helmut Schönberg und Annemarie Friedrich von relativ großen Erfolgen berichten. Immerhin hat es nach dem Bekanntwerden der Bundeswehr-Pläne am 15.8.1992 eine erste große Demonstration mit 5000 Menschen gegen die weitere militärische Nutzung des Bombodroms gegeben - und das bei nur 50.000 Einwohnern der Region insgesamt. Immerhin hat sich nach der Demo die BI gegründet, die 60 Mitglieder hat (von denen rund 50 aus der Region kommen). Immerhin fand in diesem Jahr ebenso wie in den Vorjahren der bundesweit größte Ostermarsch in der FREIen HEIDe statt. Immerhin nehmen an den Protestwanderungen, die regelmäßig einmal im Monat stattfinden, jeweils mehrere Hundert Menschen teil. Immerhin wird eine sehr gute Pressearbeit gemacht usw. usf.

Auf der anderen Seite ist die Aufbruchsstimmung der Anfangszeit, in der man sich - so die BI-VertreterInnen - wohl auch noch Illusionen gemacht habe, einer gewissen Ernüchterung gewichen. Eine ganze Reihe von Aktiven habe sich mittlerweile zurückgezogen, gegenwärtig könne man mit rund zwanzig wirklich aktiven Leuten rechnen. Nicht zuletzt wegen sozialer Probleme - Arbeitslosigkeit! - oder der beruflichen Abhängigkeit von Pro-Bombodrom-Arbeitgebern (z.B. der Stadt Wittstock) hätten sich Leute zurückgezogen. Die Spaltungsversuche der Bundeswehr über die Arbeitsplatz-Schiene seien nicht unwirksam, die Pro-Bundeswehr-Ini mache heftige PR-Arbeit. Dagegen sei schwer anzukommen, zumal die BI noch nicht einmal ein BI-Büro habe.

Größte Sorge sei zur Zeit die Geldfrage. Das liegt vor allem am Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam vom August. Dieses ist zwar ein Teilerfolg, weil die Bundeswehr verpflichtet wurde, vor der Nutzung des Bombodroms ein förmliches Planungsverfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz, das den Betroffenen eine Fülle von Einspruchs- und Klagemöglichkeiten eröffnet, durchzuführen, so daß auf alle Fälle Zeit gewonnen werden kann. Gleichzeitig wurde aber die Klage auf Unterlassung jeglicher militärischer Nutzung des Geländes abgewiesen. Die Prozeßkosten müssen daher die klagenden Einzelpersonen und Gemeinden und der Kreis tragen; und auch eine Berufung wird Geld kosten. Insgesamt rechnen die BI-VertreterInnen mit 170.000,- DM, die für den juristischen Weg gebraucht werden. Und schon regen sich daher im Kreistag und den Gemeinden jene Kräfte, die mit dem Argument: "Das kostet zu viel, das können wir uns nicht leisten", den Widerstand gegen die Bundeswehr-Planungen liquidieren wollen. Fazit: Der örtliche Widerstand braucht Kohle - für ein BI-Büro, für die Prozesse, aber auch, um Vorschläge für die alternative Nutzung des Geländes wenigstens ansatzweise schon verwirklichen zu können, z.B. gibt es die Idee, auf dem Gelände einen Windpark einzurichten.

Das Bombodrom: 142 qkm zerschundene Landschaft

Am Samstagnachmittag machte sich der Kongreß in einem Konvoi von ca. 20 PKW auf den Weg zur Geländeerkundung, die ganze Zeit beschützt (beschattet?) von Freunden und Helfern in grün, die sich mit ihren Wagen in gewissem Abstand, aber deutlich sichtbar, an den Konvoi hängten. Unter sachkundiger Führung der BI-VertreterInnen konnten sich die Auswärtigen ein Bild vom Gelände machen. 142 Quadratkilometer, die von der Gegenseite unmöglich wirksam abzuschirmen sind: Einen Bauzaun wie um das Gelände eines AKWs kann man hier nicht ziehen, das "militärische Sperrgebiet" läßt sich nicht tatsächlich sperren - eine günstige Voraussetzung für direkte Aktionen ... Die BI-VertreterInnen berichteten denn auch, daß sie das Gelände immer wieder begehen; die Schilder, die das verbieten, verschwinden mit schöner Regelmäßigkeit (um dann vom privaten Sicherheitsdienst aus Schleswig-Holstein und seinen örtlichen Hilfskräften - das sind die Arbeitsplätze! - wieder aufgestellt zu werden, um dann wieder zu verschwinden etc.). An mehreren Stellen sind Mahnsäulen aufgestellt; die freien Wenden aus Gorleben haben eine Widerstandshütte als Zeichen der Solidarität gebaut.

In der Dorfkirche von Zempow konnten die KongreßteilnehmerInnen zum Abschluß der Exkursion eine kleine Ausstellung zum Widerstand seit 1992 besichtigen. Es ist zu sehen: Hier läuft was, und hier könnte noch sehr viel mehr laufen... Die Landschaft drumherum ist wirklich toll: Wald, Seen - wunderschön. Der Truppenübungsplatz mittendrin dagegen streckenweise wirklich gespenstisch wüstenartig, von Kettenfahrzeugen aufgewühlt, von Bomben und Raketen umgepflügt, zerschossener und verbrannter Wald - Erbe der jahrzehntelangen Nutzung durch die sowjetische Armee. Man kann sich vorstellen, wie froh die Leute waren, als dieser Übungsbetrieb hier ein Ende hatte - und wie groß der Schock und die Enttäuschung war, als sie hörten, daß die Bundeswehr das Gelände weiter nutzen will. Denn viele Leute in der Region hatten auf sanften Tourismus gesetzt, entsprechende konkrete Projekte wurden angegangen. Das alles steht jetzt in Frage. Kaum jemand will hier jetzt noch investieren aus der Befürchtung heraus, daß eines Tages die Tiefflieger der Bundesluftwaffe kommen - und dann ist es aus mit dem sanften Tourismus. So verhindert jetzt schon die Absichtserklärung der Bundeswehr, das Bombodrom nutzen zu wollen, Investitionen in zivile Nutzungsformen.

Erfahrungsaustausch

und Vernetzungsvorhaben

Wieder zurück in Sewekow, setzte der Kongreß seine Arbeit in Arbeitsgruppen fort, in denen die Erfahrungen anderer - heutiger oder ehemaliger - Widerstandsorte aufgearbeitet und Möglichkeiten der Erfahrungsübertragung auf die Region Wittstock geprüft werden sollten. Tatsächlich waren VertreterInnen einer ganzen Reihe von Stationierungsorten anwesend: Colbitz-Letzlinger Heide, Nordhorn Range, Larzac, Hasselbach, Mutlangen, Hintertaunus, Viernstätter Wald, Rhön u.a. Dieses Verfahren, auf das hier nicht näher eingegangen werden soll, erwies sich als nützlich, weil dadurch Problembewußtsein geschärft werden konnte. Nur ein Beispiel: Die VertreterInnen aus Nordhorn berichteten vom Widerstand gegen den dortigen Bombenabwurfplatz, daß es eine Spaltung gegeben habe zwischen jenen, die lediglich gegen Nordhorn Range sind, und jenen, die gegen Bombenabwurfplätze in Nordhorn und auch anderswo sind. Die ersteren erhoffen sich durch die Einrichtung des Bombodroms in Wittstock eine Entlastung, sind also für das

Bombodrom und lediglich gegen Nordhorn Range; selbstverständlich ist ihnen die Interventionsorientierung der Bundeswehr daher auch völlig egal. Sie agieren nach dem St. Florians-Prinzip. Die anderen dagegen, zusammengeschlossen im örtlichen Arbeitskreis Frieden, sind sowohl gegen Nordhorn Range als auch gegen Bombenabwurfplätze generell. Nur mit einem solchen Ansatz läßt sich das übergeordnete Problem, das mit der Existenz der Bombenabwurfplätze verbunden ist, thematisieren. Noch sind die Menschen in der FREIen HEIDe augenscheinlich gegen eine solche Borniertheit, wie sie bei Teilen des Widerstands in Nordhorn zum Ausdruck kommt, gefeit: Regelmäßig wird auf ihren Veranstaltungen und Treffen die militärische und militärpolitische Funktion der Bombenabwurfplätze und der entsprechenden Übungen angesprochen, nur so läßt sich auch überregionale Solidarität erwarten und organisieren. Gleichwohl könnte sich hier eine weitere Spaltungslinie auftun.

Am Sonntagvormittag wurde schließlich die Auswertung der Arbeitsgruppen vorgenommen, und es wurden Verabredungen für die künftige Zusammenarbeit getroffen. Aus einer ganzen Reihe von wünschenswerten Initiativen kristallisierten sich als vordringliche Aufgaben heraus die Schaffung eines BI-Büros vor Ort, die Organisierung einer Spendenkampagne für die Arbeit der BI, die Einrichtung eines Rundbriefs zum Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Standorten, die Organisierung einer zweigleisigen Reisetätigkeit: von BI-VertreterInnen an diverse Orte der Republik, um dort die Kunde von der FREIen HEIDe zu verbreiten, von Friedensbewegten aus allen Teilen der Republik in die FREIe HEIDe.

Der Kongreß schloß in einer Stimmung des gedämpften Optimismus. Also, ihr Friedensbewegten allüberall draußen im Lande, die ihr diese Zeilen gelesen habt, kümmert Euch um die FREIe HEIDe - aber steckt Eure Erwartungen nicht zu hoch.

Vo

Kontaktadresse:

B. Lüdemann, Ringstr. 24

16909 Wittstock, Tel/Fax 03394/ 3298

Spendenkonto: BI FREIe HEIDe

Sparkasse Ostprignitz-Ruppin

Kto.Nr. 1680000167, BLZ 16050202.

8. Der kurze Frühling einer Unibewegung. Rückblick auf den Berliner StudentInnenstreik

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:17

Das neue Wintersemester beginnt für die Berliner Studentenschaft mit einer unangenehmen Überraschung. In zwei Urteilen hat das Berliner Verwaltungsgericht die vom Berliner Senat erlassene Immatrikulations- und Rückmeldegebühr von DM 100 pro Semester für verfassungskonform erklärt. Dabei war der zum Ende des letzten Semesters ausgerufene Boykott dieser Studiengebühr anfangs recht erfolgreich. Ca. 50.000 der insgesamt 140.000 Berliner StudentInnen ließen die Frist für die Bezahlung verstreichen.

Unterstützung bekamen sie durch eine Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die nachzuweisen versuchte, daß die Studiengebühr die Berliner Verfassung in mehreren Punkten verletze und die Verordnung einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten werde. Mit der Studiengebühr werde nämlich gegen das Äquivalenzprinzip verstoßen, wonach Gebühren die für die Amtshandlung erforderlichen Kosten nicht offensichtlich übersteigen dürfen. Außerdem hätte sich die BRD in EU-Verträgen zu einem kostenfreien Zugang zu den Bildungseinrichtungen verpflichtet. Doch die Gerichte gingen auf diese Argumente nicht ein.

Eine neue Apo?

Die StudentInnen nahmen die Urteile ohne große Proteste hin. Sicherlich spielt dabei die Tatsache, daß die Semesterferien noch nicht zu Ende sind, eine Rolle. Andererseits unterscheidet sich Berlin von anderen Unistädten, in denen während der Semesterferien tatsächlich keine Proteste zu organisieren wären. Dennoch kann von einer mobilisierbaren StudentInnenschaft in der Hauptstadt gegenwärtig keine Rede mehr sein.

Noch im Frühjahr 1996 hatten nicht nur StudentInnenvertreterInnen, sondern auch Kommentatoren der Frankfurter Rundschau in Berlin eine neue Apo heraufziehen sehen. Der Grund: Ab Dezember 1995 nahm ein relativ breitgetragenes Widerstandsbündnis gegen den Sozialabbau Gestalt an, das zeitweise von über 100 Gruppen, Initiativen und von der PDS unterstützt wurde. Von Anfang an gehörten Studierende zu den Trägern dieses Zusammenschlusses. Mitte Dezember - noch unter dem Eindruck der breiten Streikwelle in Frankreich - gingen bei widrigsten Witterungsbedingungen über 12.000 Menschen auf die Straße. Auch Weihnachtspause und Semesterferien taten der Mobilisierung keinen Abbruch, zumal die Streichliste des Berliner Senats nun auf dem Tisch lag. Zu Beginn des Sommersemesters 1996 fanden an sämtlichen Fachbereichen aller Berliner Universitäten und Hochschulen Vollversammlungen statt. Dort wurden eine Fülle von Aktionen gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen beschlossen. Doch ein berlinweiter Unistreik kam nicht zustande. Lediglich einzelne Fachbereiche beschlossen zeitlich begrenzte Streiks.

Dies war eine Niederlage der Uni-Linken, die allerdings nicht offen eingestanden wurde, solange die StudentInnen auf der Straße waren. Mit der Aktion "Lehrer Lämpel goes public" wurden die Vorlesungen in die frühsommerliche Berliner Innenstadt verlegt. Das war zunächst sehr pressewirksam. Fast alle Zeitungen hatten in diesen Junitagen Fotos plaziert, auf denen StudentInnen auf dem Breitscheid- oder Alexanderplatz zu sehen waren, die eifrig ihren Profs lauschten. Doch das Medieninteresse erlahmte spätestens nach der dritten Wiederholung. Auch die StudentInnen wurden dieser Open-Air-Vorlesungen müde, zumal die Witterungsbedingungen in diesem Sommer solchen Aktionen nicht förderlich waren. Da halfen auch andere "phantasievolle Aktionen" nicht weiter, an denen es keinen Mangel gab. So wurde unter dem Motto "StudentInnen rennen gegen Studiengebühren" ein 24stündiger Dauerlauf um den Ernst-Reuter-Platz organisiert. Die gelaufenen Kilometer wurden dann zusammengezählt und dem Bildungssenator mitgeteilt.

Politisch betrachtet, hatte die Mehrheit der AktivistInnen mit den Zielen des linken "Bündnis gegen Sozialabbau und Ausgrenzung" wenig im Sinn. Ihnen ging es lediglich um die Abwehr von Kürzungen im universitären Bereich. Manchmal wurden den PolitikerInnen bei der Übergabe von Protestnoten Kürzungsvorschläge in anderen sozialen Bereichen gleich mitüberreicht. Es bildeten sich studentische Aktionsgruppen, die sich klar gegen ein Bündnis mit Gewerkschaften und anderen sozialen Gruppen aussprachen. Verstärkt wurde auch mit dem Erhalt des Wissenschaftsstandorts Deutschland argumentiert, der durch die Streichungen im Bildungssektor in Gefahr geriete.

Die kleine Schar linker Uni-AktivistInnen wollte das Abflauen der Bewegung und deren Umwandlung in den Kampf einer Statusgruppe nicht zur Kenntnis nehmen und propagierte die Radikalisierung des Widerstands. So wurde der 9. Mai zum Aktionstag ausgerufen, an dem die Berliner Innenstadt mit vielfältigen Aktionen lahmgelegt werden sollte. Die Demonstration war mit ca. 8.000 TeilnehmerInnen relativ gut besucht. Bei den dezentralen Widerstandsaktionen war die Beteiligung hingegen äußerst schlecht. Nach dem 9. Mai ging die Zahl der TeilnehmerInnen an den Aktionen rapide zurück. Jetzt hieß die Devise vieler KommilitonInnen, den durch die Aktionen der ersten Semesterwochen verlorenen Unterrichtsstoff nachzuarbeiten. Für Proteste war keine Zeit mehr.

"Die Uniwut geht weiter", hieß es trotzig, auch wenn sich an den allwöchentlichen Montagsdemos zum Roten Rathaus nur noch 200 KommilitonInnen beteiligten. Dort harrte bis zum Semesterende eine Mahnwache aus. Mit dem Studiengebührenboykott wurde eine Protestform propagiert, die nicht zu viel Mühe und Zeit kostete. Damit wurde aber auch endgültig die ursprüngliche Idee eines Bündnisses aller vom Sozialabbau Betroffenen zu Grabe getragen.

Falsche Bündnispolitik

Kurz vor Sommerende, als die Hochschulrektorenkonferenz am 8. und 9. Juli im Berliner Roten Rathaus tagte, versuchten die Uni-Linken noch einmal, das Sozialbündnis zu reaktivieren. Doch ein Großteil der Aktivitäten fiel wegen Dauerregen aus. Als schließlich am Abend ca. 200 StudentInnen vor den Polizeisperren standen, mußten sie feststellen, daß die Proteste an die falsche Stelle gerichtet waren. Denn die Hochschulrektoren hatten sich mehrheitlich gegen Studiengebühren ausgesprochen und wären insofern sogar als BündnispartnerInnen in Frage gekommen. Vielleicht hätte ein stärkerer außerparlamentarischer Protest den Berliner Senat zu diesem Zeitpunkt sogar zu einer Rücknahme der Gebühren führen können. Doch der Druck blieb aus und der Berliner Senat saß die Angelegenheit einfach aus. Ein Großteil der StudentInnen hatte nach dem Gerichtsentscheid nichts Eiligeres zu tun, als die Studiengebühren zu überweisen. So wird die Vision einer durch boykottbedingte Exmatrikulationen studentInnenfreien Universität auch im kommenden Semester ein Hirngespinst bleiben.

Sowohl die stellvertretende Berliner GEW-Vorsitzende Brigitte Reich als auch VertreterInnen von Asten setzen für das kommende Semester auf Widerstand. Eine studentische Initiative propagiert den universitären Generalstreik im Herbst. Allerdings will mensch aus den Fehlern des letzten Semesters lernen und eine bessere Vernetzung organisieren. Außerdem soll die Risikobereitschaft der KommilitonInnen besser berücksichtigt werden. Die Pläne der großen Koalition in Berlin könnten den Protest tatsächlich erneut mobilisieren. Denn Bildungssenator Radunsky (CDU) hat bereits von Studiengebühren in Höhe von DM 1.000 pro Semester gesprochen. Jobbende StudentInnen sollen künftig Beiträge zur Rentenversicherung entrichten, die Bibliotheken können keine neue Literatur mehr anschaffen, Uni-Cafes und Kantinen werden geschlossen etc. Ob diese Entwicklung Apathie oder neue Proteste hervorruft, wird sich bald zeigen. Das Semester beginnt in Berlin Mitte Oktober. Doch vor zu großem Optimismus sei angesichts der Erfahrungen des letzten Semesters gewarnt.

Peter Nowak

9. Studiere immer brav und fleißig ... Zur BAföG-Novelle

Autor: Hugo Buron · Rubrik: Sozialpolitik; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:26

Im Oktober beginnt in vielen Hochschulen das Semester und für einige hundert Studierende wird es mit einem ernüchternden Blick auf ihren Kontoauszug beginnen. Grund dafür ist die letzte BAföG-Novelle der Bundesregierung, bei der nicht nur die Förderungshöchstdauer (FHD) bei fast allen Studiengängen herabgesetzt (1), sondern auch rückwirkend die Anerkennung von Gremientätigkeiten auf die FHD aufgehoben wurde. Die bisherige Diskrepanz zwischen tatsächlichen Studienzeiten und der FHD nach dem BundesAusbildungsförderungsGesetz (BAföG) wird sich nun noch vergrößern. Aufgrund dieser Diskrepanz wurde 1990 mit der 12. Novelle des BAföG, eine Studienabschlußförderung befristet eingeführt. Diese wurde bisher, wie das BAföG insgesamt, zur Hälfte als Zuschuß und zur Hälfte als unverzinstes Darlehen gezahlt. Wer nun über die FHD hinaus studiert, erhält die Studienabschlußförderung als marktüblich verzinstes Volldarlehen, das von der deutschen Ausgleichsbank vergeben wird. (2)

Darüberhinaus sind weitere Einschränkungen für BAföG-EmpfängerInnen vorgesehen: so soll ein Auslandsstudium voll auf die FHD angerechnet werden, bisher wurde es nicht in die FHD einbezogen. Wer also aufgrund eines Auslandssemesters länger studiert, erhält eine Förderverlängerung nur in Form eines verzinsten Volldarlehens. Fachrichtungswechsel werden weiter eingeschränkt. Bisher waren Fachrichtungswechsel nur auf schriftlichen Antrag und aus wichtigen Gründen möglich. Nach einem Fachrichtungswechsel wurde die volle FHD für das neue Studium gewährt. Mit der Gesetzesänderung werden nun bei einem Fachrichtungswechsel nach dem dritten Fachsemester die BAföG-Zahlungen eingestellt. Zudem sollen künftig die Semester vor dem Fachwechsel auf die FHD des neuen Studiengangs angerechnet werden. Wer beispielsweise bereits zwei Semester Chemie studiert hat und nun auf Politikwissenschaft umsattelt und dafür eine FHD von neun Semestern erhielte, wird nur die ersten sieben Semester im neuen Studium gefördert und kann ab dem achten Semester ein verzinstes Volldarlehen aufnehmen.

Die wohl politischste Maßnahme der BAföG-Novelle ist die Nichtanerkennung von Gremienzeiten auf die FHD. Bisher konnte BaföG aufgrund von Gremientätigkeiten bis zu zwei Semester über die Förderungshöchstdauer hinaus je zur Hälfte als Darlehen und Zuschuß in Anspruch genommen werden. Eine solche Verlängerung wird künftig nur als verzinstes Volldarlehen gewährt. Diese Regelung gilt auch rückwirkend, d.h. wer bisher in Hochschulgremien (AStA, Senat, Konzil, StuPA,etc.) tätig war und jetzt eine Verlängerung seiner FHD beantragt, erhält diese, wenn überhaupt, nur als verzinstes Volldarlehen oder kann selber sehen, wie er den Abschluß seines Studiums finanziert. In Zukunft gilt also: "Wer es sich leisten kann, darf mitbestimmen". Das studentische Mitbestimmungsrecht an der sogenannten universitären Selbstverwaltung, das den Studierenden aufgrund der Strukturen bisher nur wenig Entscheidungsmöglichkeiten gewährte, gerät damit vollends zur Farce. (3) Somit werden genau diejenigen Studierenden, die ein Interesse an hochschulpolitischer Tätigkeit haben, da sie zu den am meisten Betroffenen der gängigen Hochschulpolitik gehören, von eben solchen Tätigkeiten ausgeschlossen oder ihnen wird zumindest die Möglichkeit dazu erschwert. Wenn man bedenkt, daß z.B. ein Jahr AStA-Arbeit auch ein Jahr Studium kostet, ist klar, worauf die BAföG-Änderung abzielt: die Studierenden sollen weiter entpolitisiert werden und ihr Studium möglichst schnell durchziehen.

Daß dieses schnelle Studium aufgrund der teilweise katastrophalen Verhältnisse an den Hochschulen relativ unmöglich ist, weiß sicherlich auch die Bundesregierung. Dennoch ist diese Politik angesichts der aktuellen Sparideologie nur folgerichtig. Aus Angst vor Schulden beantragten selbst BAföG-berechtigte StudentInnen kein BAföG mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist allein 1995 die Zahl der BAföG-EmpfängerInnen um 9,9% gesunken, und wird nach Ansicht der Bundesregierung noch weiter sinken. So werden im Entwurf des Bundeshaushalts 1997 10,2% weniger Mittel für BAföG-Leistungen vorgesehen. (4)

Der eigentliche Sinn des BAföGs, die Kompensation fehlender Einkommen sowie eine relative Gleichheit der Bildungschancen, gerät dabei weiter ins Hintertreffen. Zum Vergleich: seit 1982 ist der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren Familien von 23% auf 14% (1994) gesunken. Demgegenüber stieg im selben Zeitraum der Anteil der Studierenden aus den beiden höchsten Einkommensgruppen von 43 auf 58%. Der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden nimmt weiterhin ab, 1994 erhielten in den neuen Ländern 36,9%

und in den alten Ländern 17,56% aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG. Der Zahl der betroffenen BAföG-EmpfängerInnen, die aufgrund der BAföG-Novelle über die FHD hinaus eine Förderung nur noch als verzinstes Volldarlehen bekommen, liegt annähernd bei 22.000. (5)

Die Änderung des BAföG-Gesetzes ist in Zusammenhang zu sehen mit der Diskussion um Studiengebühren und der aktuellen Sparideologie. Die Forderungen der Studienstrukturreform von 1993, die u.a. eine "Verschlankung" und eine Aufteilung des Studiums in einen berufsbefähigenden Teil für die Massen und einen Forschungsteil für die Elite vorsah, werden klammheimlich auf dem Wege verschiedener Studienfinanzierungsmodelle und erhöhter Einschreibegebühren durchgesetzt. Wer es sich leisten kann, wird schnell studieren, damit konkurrenzfähig auf dem europäischen Binnenmarkt bleiben und somit weiter den "Standort Deutschland" stärken. Wem das nötige Kleingeld dazu fehlt, dem bleibt immer noch das Taxifahren.

Hugo Buron

Anmerkungen:

1) Fachhochschulen 7 Semester (ohne Praxiszeiten)/ 8 Semester (mit Praxiszeiten); Universitäten 9 Semester, mit den Ausnahmen Ingenieurswissenschaften, Biologie und Physik 10 Semester, Zahn- und Tiermedizin 11 Semester, Medizin 12 Semester und 3 Monate.

2) Alle Angaben im Text beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf ein Infoblatt des fzs (freier zusammenschluß von studentInnenschaften) von Christian Brütt vom Oktober 1996

3) Die Strukturen der Gremien, wie sie in den jeweiligen Hochschulgesetzen festgelegt sind, beschränken das Mitbestimungsrecht auf ein reines Mitspracherecht, weil in sämtlichen Gremien die ProfessorInnen allen anderen Statusgruppen gegenüber immer eine Stimme Mehrheit haben und somit Entscheidungen immer von der Gunst der Professorenschaft abhängen.

4) Angaben zitiert nach: Torsten Bultkamp/Rolf Weitkamp: Bildung als Privatvergnügen - BAföG-Reform als Gesellschaftspolitik; in: Forum Wissenschaft 3/96

5) Dies ist eine Schätzung von Christian Brütt, beruhend auf Daten der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 1995. Nicht eingerechnet wurden die FachrichtungswechslerInnen, "mit denen die Gesamtzahl mindestens doppelt so hoch sein dürfte" (C. Brütt).

10. Zurück in Chaos und Tod. Schnelle Abschiebung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex- Jugoslawien

Autor: Ulla Jelpke, Katina Schubert · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:29

Rund 320.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina leben in der BRD. Dazu kommen noch einmal rund 120.000 Flüchtlinge aus der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Alle sollen nach dem Willen der Bundes- und der Länderregierungen auf dem schnellsten Weg die BRD verlassen und in ihre zerstörten Herkunftsländer zurückkehren. Dabei spielt es kaum mehr eine Rolle, ob die Dörfer, Städte, Häuser der Flüchtlinge noch stehen, ob sie in ihre ehemaligen Wohnungen zurückkehren können, ob ihnen Verfolgung wegen ihrer Nationalität, politischen Überzeugung oder Religionszugehörigkeit droht.

Die Flüchtlinge aus der Bundesrepublik Jugoslawien spielen in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Sie werden abgeschoben, sobald das Rückübernahmeabkommen zwischen der BRD und Jugoslawien unterzeichnet ist. Beide Regierungen haben bereits ihre Bereitschaft dazu erklärt. Die meisten Betroffenen kommen aus dem Kosovo, einer Krisenregion. Viele sind Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Sie müssen mit Strafverfolgungsmaßnahmen rechnen.

Um die Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge ist zwischen den Bundes- und Landesregierungen auf der einen und dem Hohen Flüchtlingskommissariat der UNO (UNHCR), Flüchtlingsorganisationen sowie den oppositionellen Parteien PDS und Bündnisgrüne auf der anderen Seite, öffentlicher Streit entbrannt. Die Innenminister von Bund und Ländern sowie CDU, CSU, FDP und Teile der SPD wollen die Flüchtlinge so schnell wie möglich abschieben. Als Termine wurden zunächst der erste Juli, dann der erste Oktober 1996 gehandelt, der auf der letzten Innenministerkonferenz am 19. September 1996 bestätigt wurde. Allerdings räumt dieser Beschluß den Ländern Spielraum ein, wann sie mit der Rückführung beginnen. Einige Innenminister, etwa aus Hessen und Thüringen, wollen wegen der desolaten infrastrukturellen Lage in Bosnien warten, bis der Winter vorüber ist, jedoch keinesfalls länger. Bayern hat am 9.10. mit der Abschiebung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge begonnen. Ein 29jähriger Mann aus Sarajevo wurde per Flugzeug abgeschoben. Berlin hat bereits mit der Vorbereitung schneller Rückführungen und Abschiebungen begonnen.

Flüchtlings- und Hilfsorganisationen sowie PDS und Grüne drängen dagegen auf eine genaue Einhaltung des Daytoner Friedensschlußabkommens vom 14.12. 1995. Dieses sieht vor, daß eine Rückkehr der Flüchtlinge nur auf freiwilliger Basis erfolgen kann. Sie sollen das Recht haben, in ihre Wohnorte und Häuser zu ziehen und können ihren Zielort frei bestimmen. Das Abkommen erkennt damit bewußt die serbische und die bosnische Strategie der ethnischen Homogenisierung ganzer Regionen Bosnien-Herzegowinas durch gezielte Ansiedlungen von Flüchtlingsgruppen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe nicht an.

Vor dem Bürgerkrieg lebten einem Reisebericht der Ausländerbeauftragten Cornelia Schmalz-Jacobsen zufolge zum Beispiel in der Region Sarajewo knapp 52 Prozent Muslime, 26 Prozent Serben, sieben Prozent Kroaten und 15 Prozent, die sich keiner der Volksgruppen zugehörig fühlten. Im Juli 1996 waren es 84,4 Prozent Muslime, aber nur noch neun Prozent Serben, sechs Prozent Kroaten und knapp ein Prozent "andere". Ein Viertel der Bewohner des Kantons Sarajewo sind Vertriebene und Flüchtlinge, 90 Prozent davon Muslime, die überwiegend aus der Republik Srpska, dem serbischen Teil Bosniens geflohen sind. Die serbischen Bewohner Sarajewos wiederum sind zu großen Teilen in die Republik Srpska geflüchtet. Über eine Millionen BosnierInnen sind Vertriebene innerhalb des eigenen Landes, dazu kommt schätzungsweise eine weitere Millionen, die in insgesamt mehr als 30 Ländern Aufnahme gefunden haben.

Der UNHCR hat im Januar 1996 ein dreistufiges Rückkehrprogramm entwickelt. Danach sollen zunächst die Binnenflüchtlinge in ihre Herkunftsorte zurückkehren, sofern sie dort keiner Verfolgungsgefahr ausgesetzt sind und eine ausreichende Infrastruktur vorhanden ist. In einer zweiten Phase sollen die Flüchtlinge zurückkehren, die in anderen Republiken Ex-Jugoslawiens Aufnahme gefunden haben. Insbesondere Kroatien drängt wegen eigener zurückkehrender Flüchtlinge auf eine schnelle Rückführung der Bosnier. Erst in der dritten Phase schließlich ist die Rückkehr der rund 700.000 bosnischen Flüchtlinge aus Westeuropa vorgesehen.

Der UNHCR hat jetzt 22 Gebiete ausgewiesen, in denen zügig mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Trotz besseren Wissens begreifen die Bundes- und etliche Landesregierungen diese Regionen als Gebiete, in

die bereits jetzt Flüchtlinge zurückgeführt werden können, wenn auch nur solche, die der dort ansässigen Mehrheitsnationalität angehören. Damit sorgen die ScharfmacherInnen in der BRD mit dafür, daß regionale und lokale Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeheizt werden.

Bislang konnten nach UNHCR-Angaben erst 70.000 Menschen nach Bosnien zurückkehren und auch nur in Orte, die mehrheitlich von der eigenen Nationalität bewohnt werden. Rückkehrer in Gebiete, in denen sie in der Minderheit wären, gibt es so gut wie nicht.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen sind an der Tagesordnung. "Der heiße Krieg ist zwar beendet, aber der kalte Krieg wird weiter von vielen Politikern vor Ort fortgeführt", berichtete die deutsche UNHCR-Vertreterin Judith Kumin im August 1996 aus Bosnien. Ziel dieser Politiker sei der Aufbau "ethnisch reiner Ministaaten". Setzt sich dieser Prozeß fort, ist ihrer Ansicht nach eine "Rückkehr der Flüchtlinge in ihre heimatlichen Städte und Dörfer auf lange Sicht unmöglich".

Der niedersächsische Innenminister und Sozialdemokrat Gerhard Glogowski setzte sich trotzdem zum gleichen Zeitpunkt faktisch dafür ein, den Flüchtlingsteil des Daytoner Abkommens aufzuheben. Für Flüchtlinge, die nicht mehr in ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren können, will er in Bosnien "eine neue Heimat finden". Es sei ein großer Irrtum des Abkommens zu glauben, man könne die "ethnische Durchmischung" wieder herstellen. Er wolle zwar niemanden in "Leid und Elend" ziehen, aber irgendwann müsse mit der Rückführung der in Deutschland lebenden Flüchtlinge begonnen werden. CDU/CSU untermalen ihre massiven Forderungen nach Abschiebung der BosnierInnen mit einer Neuauflage der Sozialneidkampagne aus der Asyldiskussion. "Flüchtlinge mißbrauchen Sozialleistungen", lautete die Schlagzeile im August 1996, nachgewiesen wurde, daß bei etwa 20 von 320.000 Bürgerkriegsflüchtlingen Unregelmäßigkeiten beim Leistungsbezug aufgetreten waren. "Die Bürgerkriegsflüchtlinge haben uns genug gekostet, jetzt werden sie für den Wiederaufbau gebraucht", argumentieren führende und weniger führende Unions-PolitikerInnen. In der Region um Sarajewo etwa liegt die Arbeitslosigkeit bei 90 Prozent, Wohnungen sind kaum verfügbar, weil sie entweder bereits von anderen bewohnt werden oder zerstört sind. RückkehrerInnen aus dem Westen werden die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnraum weiter verschärfen.

Die Vertragsparteien des Daytoner Abkommens, darunter die BRD, haben sich zwar verpflichtet, "die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die freiwillige und harmonische Rückkehr" der Flüchtlinge zu schaffen, tatsächlich hängt jedoch die Umsetzung des zivilen Teils des Daytoner Abkommens weit hinter der militärischen zurück. Die Infrastruktur und das landwirtschaftliche Produtionswesen sind noch weitgehend zerstört.

Die IFOR-Truppen haben nach eigenen Angaben von den kriegsführenden Parteien Meldungen über 9.000 Minenfelder erhalten, jedes davon ist mit bis zu 100 Minen bestückt. Die Militärs gehen davon aus, daß sie nur von der Hälfte der Minenfelder Kenntnis haben, mithin mindestens 1,5 Millionen Minen die bosnische Zivilbevölkerung mit schweren Verletzungen und Verstümmelungen bis hin zum Tod bedrohen. Die Instandsetzung der Infrastruktur wird durch diese Minenfelder unmöglich gemacht und das Bestellen der Felder vielerorts zum tödlichen Risiko.

CDU, CSU, SPD und FDP sowie die von ihnen getragenen Bundes- und Länderregierungen lenken von der Diskussion um den dringend nötigen deutschen Beitrag zum zivilen Wiederaufbau ab, indem sie neben der schnellen Abschiebung der hier lebenden Flüchtlinge die Verlängerung des militärischen Mandats der IFOR-Truppen zum vordringlichen Problem der deutschen Bosnien-Politik erklären. Die Union und Teile der SPD streben an, die Bundeswehr "endlich" vollständig teilhaben zu lassen und in Bosnien einzusetzen. Sie instrumentalisieren die labile Lage in Bosnien, um die politischen Spielräume für weltweite Einsätze der Bundeswehr auszudehnen und gesellschaftlich hoffähig zu machen.

Notwendig ist es dagegen, mit zivilen Methoden der Konfliktbewältigung die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzumildern und Wege zu einem friedlichen miteinander leben zu eröffnen. Dazu sind Hilfsprogramme und die Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen notwendig. Die Bundesregierung weigerte sich bislang, diese Form der Wiederaufbauhilfe zu unterstützen.

Die Abschiebung der Flüchtlinge aus der BRD und den anderen westeuropäischen Ländern trägt zu einer weiteren Verschärfung der Konfliktlage in Bosnien-Herzegowina bei. Deshalb muß die Rückführung ausgesetzt werden, bis ausreichend Aufnahmekapazitäten geschaffen sind.

Die Rückkehr darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Flüchtlingen, die nicht mehr zurückkehren wollen oder können, ist ein dauerhaften Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland einzuräumen mit allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten. Dies trifft insbesondere

- binationale Partnerschaften und Familien, die nirgendwo in Bosnien-Herzegowina akzeptiert werden und dort in ihrem Existenz bedroht sind;

- Kriegsdienstverweigerer oder Deserteure;

- traumatisierte Flüchtlinge;

- ZeugInnen, die vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag aussagen;

- alte Menschen, die keine sozialen Zusammenhänge in Bosnien mehr haben.

Zudem ist allen Flüchtlingen, die freiwillig nach Bosnien-Herzegowina gegangen sind, die Möglichkeit der Rückkehr in die BRD einzuräumen, wenn ihnen in ihrem Herkunftsland ein menschenwürdiges, gefahrloses Leben nicht möglich ist oder wenn sich bei ihnen Retraumatisierungs-Symptome zeigen.

Ulla Jelpke, MdB,

und Katina Schubert

11. LÜbeck: Widersprüche über Widersprüche. Interview mit Rechtsanwältin Gabriele Heinecke

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:42

Die Staatsanwaltschaft hat sich frühzeitig darauf festgelegt, der Brand sei im ersten Stock ausgebrochen, und damit sei eine Täterschaft von außen ausgeschlossen. Welche Erkenntnisse hat nun der Prozeß zum Ausbruchsort und zum Verlauf des Brandes gebracht?

Nach der bisherigen Beweisaufnahme ist klar, daß zu einem sehr frühen Zeitpunkt der hölzerne Vorbau in der Konstinstraße gebrannt hat. Es scheint auch klar zu sein, daß es etwa zeitgleich im ersten Stock, und zwar in den zur Ecke Hafenstraße/Konstinstraße gelegenen Zimmern, gebrannt hat. Das weist zum einen darauf hin, daß es möglicherweise zwei Brandherde gegeben hat, zum anderen ist es mit der von der Staatsanwaltschaft vertretenen Theorie in keinem Fall vereinbar. Insbesondere die These des LKA, daß der Brand im hölzernen Vorbau dadurch entstanden sei, daß es vom ersten Stock zunächst ins Treppenhaus gebrannt habe, daß dann die hölzerne Treppe im Treppenhaus niedergebrannt sei und die Steintreppe vom ersten Stock zum Erdgeschoß runtergekullert sei, und daß diese brennenden Treppenteile dann den hölzernen Vorbau in Brand gesteckt hätten, läßt sich nach der Aussage eines Feuerwehrbeamten vom letzten Mittwoch gar nicht mehr vertreten. Dieser Feuerwehrbeamte hat berichtet, daß er - als erster überhaupt - ins Haus hineingegangen ist, daß der hölzerne Vorbau lichterloh brannte, daß auch die Steintreppe brannte, wahrscheinlich durch Bitumen-Placken, die runtergefallen sind, daß sogar die verputzte und reetunterfütterte Steinwand zum ersten Stock brannte, und daß die Holztreppe noch an ihrem Platz war.

Wie wird es in der Gutachterfrage weitergehen?

Die Gutachterfrage ist keine, die im Moment schon aktuell ist. Zwar hat die Staatsanwaltschaft einen Befangenheitsantrag gegen Professor Achilles gestellt. Der wird in der nächsten Woche entschieden werden; wie die Verteidigung annimmt, negativ für die Staatsanwaltschaft. Es wird dann, wenn die Sachverständigen ihre Gutachten vortragen, geprüft werden müssen, inwieweit ihre Stellungnahmen sich mit den bisherigen Beweiserhebungen in Einklang bringen lassen.

Der Tod von Silvio Amoussou, dessen Leichnam im hölzernen Vorbau des Gebäudes gefunden worden war, ist bisher völlig ungeklärt. Wie soll hier weiter vorgegangen werden?

Der Tod von Silvio Amoussou wurde von der Staatsanwaltschaft nur damit kommentiert, daß man nicht wisse, wie er gestorben sei. Auch der eingesetzte Sachverständige, Professor Oehmichen von der Gerichtsmedizin in Lübeck, konnte nur sagen, daß diese Leiche jedenfalls nicht durch direkte Brandeinwirkung zu Tode gekommen ist. Sie hat weder Ruß in den Lungen noch Kohlenmonoxid im Blut, wie es sonst für Brandleichen typisch ist. Im übrigen wird zu klären sein, wie der Draht, der der Leiche umgewunden war, an diese Leiche herangekommen ist, und welche Bedeutung dieser Draht hatte. Es muß sicherlich ein Sachverständiger gefunden werden, der über die Frage der Bedeutung von Branddauer im Verhältnis zum Verkohlungsgrad von Brandleichen mehr Erfahrung hat als Professor Oehmichen. Welchen Sachverständigen das Gericht aussucht, weiß die Verteidigung nicht. Die Verteidigung wird aber einen solchen Sachverständigen sicher auch von sich aus vorschlagen.

Der lautstarke Streit zwischen Mitgliedern der Familien Eid und El Omari im Gerichtssaal wurde in verschiedenen Presseberichten als Beweis für die These der Staatsanwaltschaft angeführt, es habe Feindschaften im Haus gegeben.

Der Streit zwischen den Mitgliedern der Familie Eid und El Omari im Gerichtssaal ist letztlich darauf zurückzuführen, daß durch die Staatsanwaltschaft eine Spaltung in die Hausbewohner hineingetragen wurde. Man hat eines der Opfer, nämlich Safwan Eid, auf die Anklagebank gesetzt. Allein diese Tatsache kann Aggressionen kanalisieren.

Der Haupt-, bzw. einzige Zeuge der Staatsanwaltschaft, Jens Leonhardt, hat bei Vernehmungen insgesamt mindestens vier widersprüchliche Versionen seines Gesprächs mit Safwan Eid geliefert: Die Aussage "Wir waren's" soll Eid einmal schon am Einsatzort, ein anderes Mal erst im Bus gemacht haben. Einmal soll Eid von

Benzin gesprochen haben, das vor einer Wohnung ausgekippt worden sei, ein anderes Mal war von einem Gefäß mit einer brennbaren Flüssigkeit die Rede. Welche Version hat er nun vor Gericht beeidigt?

Der Zeuge Jens Leonhardt hat tatsächlich in seinen Vernehmungen eine Vielzahl von widersprüchlichen Angaben gemacht. Er hat jetzt, am 23.9., versucht, diese widersprüchlichen Angaben alle in einen Satz zu packen. Er hat beeidet, daß Safwan Eid gesagt habe, "wir waren`s". Danach soll Safwan Eid, und jetzt das wörtliche Zitat des Zeugen, gesagt haben: "Es gab Streit mit einem Hausbewohner oder Familienvater, man wollte sich rächen oder Rache, man habe Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einem Gefäß, einer Flasche oder einem Becher angezündet, das lief brennend die Treppe runter, und dann stand die Treppe in Flammen." Auf Befragung der Verteidigung, ob er aus diesem langen Satz einen einzigen machen könne, den Safwan Eid dann vielleicht auch gesagt habe, erklärte der Zeuge allerdings: "Den Wortlaut würde ich so heute nicht mehr zusammenbekommen." Wenn man sich vorstellt, was phonetisch in diesem Bus abgelaufen sein könnte, was sowohl Hausbewohner als auch Familienvater, was sowohl Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit, was Gefäß, Flasche oder Becher in Einklang bringen läßt, dann kann man wohl nur den Schluß ziehen, daß auf die Angaben dieses Zeugen eine Verurteilung auf keinen Fall gestützt werden kann.

Gibt es Widersprüche dazu durch andere Zeugen?

Nach dem Zeugen Leonhardt wurde die Sanitäterin Nadine M. vernommen. Sie hat, wie auch schon vorher bei der Polizei, bestätigt, daß Herr Leonhardt ihr im Bus gesagt habe, es sei von Safwan Eid von einer Flasche gesprochen worden. Das hatte Herr Leonhardt bisher immer heftig bestritten und am 23.9. zum erstenmal in eine Aussage aufgenommen.

Es gibt eine Unzahl von Widersprüchen zu anderen Zeugen, die im Prozeß aber bisher noch nicht vernommen worden sind. So werden wir Anfang November den Zeugen Hamann hören, der bisher erklärt hat, sein Freund Leonhardt habe ihm vom Geständnis des Libanesen berichtet, bevor der Bus zum Priwall-Krankenhaus abgefahren sei. Diese und die Aussage des Zeugen Leonhardt schließen sich gegenseitig aus.

Welche Rolle spielte in dem Verfahren die Beziehung Leonhardts zu dem Sanitäter Matthias Hamann?

Der Zeuge Hamann ist dadurch aufgefallen, daß er Ende der achtziger Jahre als Mitglied der Jugend des Malteserhilfsdienstes in Verdacht geriet, Medikamente und medizinische Geräte gestohlen zu haben. Bei einer Spindöffnung wurde dann eine Liste der "Verteidigungsgruppe Süd", ein Gummiknüppel, eine Gaspistole und rechtsradikales Propagandamaterial gefunden. Welchen politischen Weg Herr Hamann danach genommen hat, kann man nur vermuten. Er ist heute der 1. Vorsitzende des Paintball-Clubs in Lübeck. Der Zeuge Leonhardt hat deutlich geschildert, in welchem martialischen Aufzug sich Menschen bei diesem Spiel gegenseitig abschießen, und daß dies auch für ihn als Kriegsdienstverweigerer alles "just for fun" sei. Das Paintballspiel ist vor allem in rechtsradikalen Kreisen beliebt. Nachdem der Zeuge Leonhardt in seinen polizeilichen Vernehmungen immer nur von einem Beisein bei einem dieser Spiele berichtete, gab er am 23. September zu, zwischen einem und vier Mal einer solchen Übung beigewohnt zu haben.

Die Verteidigung konnte aufdecken, daß im Rahmen eines "Zeugenschutzprogramms" am 8. Juli ein Treffen zwischen Staatsanwalt Böckenhauer, zwei leitenden Beamten der Mordkommission und den Zeugen Leonhardt, Hamann und dessen Freundin stattgefunden hat. Was war Thema dieses dubiosen Treffens? Gibt es weitere Erkenntnisse über die polizeiliche und staatsanwaltliche "Zeugenbetreuung" in diesem Prozeß?

Was Thema des Treffens am 8. Juli 1996 war, weiß die Verteidigung nicht. Dies ist der Grund, warum am 25. September ein Beweisantrag gestellt wurde, den Staatsanwalt Dr. Böckenhauer als Zeugen zu vernehmen. Über den Beweisantrag wird das Gericht hoffentlich in der nächsten Woche entscheiden.

Im Vorfeld wurde von den Ermittlungsbehörden ein ganzer Cocktail von möglichen Motiven für eine Brandstiftung durch Safwan Eid gemixt. Zuletzt kolportierten die "Lübecker Nachrichten", die Familie Eid habe schon seit längerem aus der Hafenstraße ausziehen wollen, aber keine Genehmigung dafür erhalten. Hat die Staatsanwaltschaft sich im Prozeß nun auf irgendein plausibles Motiv festgelegt?

Die Staatsanwaltschaft konnte weder im Vorfeld des Ermittlungsverfahrens noch in der Anklageschrift ein Motiv für eine Brandstiftung durch Safwan Eid angeben. Ein Motiv hat sich auch bis heute nicht angefunden.

Die vier Grevesmühlener sollen nach dem Willen der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß überhaupt nicht auftauchen. Wieweit gelingt ihr das?

Die Vernehmung der Arbeiter der Firma Brüggen, die genau neben dem Brandhaus gelegen ist, hat ergeben, daß die Grevesmühlener Jugendlichen mit ihrem Wartburg zu einem Zeitpunkt vor dem Brandhaus gestanden haben, als sie, so die Aussage von Polizeibeamten der Lübecker Polizei, noch kilometerweit weg an einer Shell-Tankstelle gesehen worden sein sollen. Diese Konstruktion war die wesentliche Begründung der Staatsanwaltschaft für ein Alibi für drei der vier Grevesmühlener Jugendlichen. Die Verteidigung geht davon aus, daß die Grevesmühlener selbst und weitere Zeugen, die Belastungsmomente gegen sie vorgetragen haben, im Laufe des Verfahrens noch gehört werden. Schon jetzt ergibt sich aus der bisherigen Beweisaufnahme, daß die Verdachtsmomente gegen die Grevesmühlener Jugendlichen massiv sind, während auf der anderen Seite außer dem "wir waren`s" des Zeugen Leonhardt nichts gegen Safwan Eid spricht.

Vielen Dank für das Interview.

12. Buchempfehlung: Der Lübecker Brandanschlag

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/brandans.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:brandans

Das mit Sicherheit nicht zufällig herbeigeführte Chaos in der Medienberichterstattung zum Lübecker Prozeß macht es fast unmöglich, den Überblick zu behalten, welche Aussage von wem gerade aktuell ist und wen sie möglicherweise belastet und von wem sie ablenkt. Das gleichzeitige extensive Berichten über Nebenschauplätze oder das Verbreiten von Gerüchten vernebelt den Blick für das Wesentliche. Mit dem Buch Der Lübecker Brandanschlag wird versucht, sowohl die bisher vorliegenden Fakten zu dem Brandanschlag zusammenzustellen, als auch eine Einordnung dieser Ereignisse in die rassistische Wirklichkeit der Republik vorzunehmen.

Dem Buch vorangestellt ist ein Vorwort von Beate Klarsfeld, in dem die Grevesmühlener Männer implizit als Täter bezeichnet werden. Wer der Justiz - zu Recht - vorwirft, ohne vernünftige Ermittlungen jemanden zum Täter zu machen, weil es in das eigene politische Kalkül paßt, sollte nicht selbst diesen Fehler begehen. Anstatt von mangelnden Ermittlungen gegenüber den "wirklichen Tätern" zu reden, wäre die Bezeichnung "mögliche Täter" derzeit angemessener gewesen.

Wolf-Dieter Vogel faßt in seinem Beitrag "Ein Brandstifter für die Biedermänner" die vorliegenden Fakten, unterschiedlichen Aussagen und Erkenntnisse zusammen. Er hebt die Widersprüche hervor und stellt miteinander Unvereinbares gegenüber. Dieses Kapitel bietet auch für diejenigen, die sich kontinuierlich in der Presse informiert haben, einen guten Überblick. Dargestellt werden unter anderem die verschiedenen Versionen des angeblichen Geständnisses, die Merkwürdigkeiten in den Aussagen der vier Grevesmühlener Männer, das nach wie vor fehlende Tatmotiv des Beschuldigten, der Versuch, den Brandausbruch auf Biegen und Brechen in den ersten Stock zu legen und die zufriedene Reaktion der Menschen und Medien, daß es "kein Deutscher" war. An diese sehr gute und ausführliche Darstellung schließt sich ein Interview mit dem Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller an, das Wolf-Dieter Vogel zusammen mit Elke Spanner gemacht hat.

Miriam Lang analysiert die Medienbereichterstattung: "Der Lübecker Brandanschlag hat nicht nur zu einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse über journalistischen Ethos und die Rolle der Medien geführt", schreibt sie einleitend. Sie zeichnet die Berichterstattung in den Medien nach - beginnend mit der erschrockenen und selbstverständlich betroffenen Reaktion über einen erneuten rassistischen Anschlag, endend mit der anklagenden Frage: Und wer entschuldigt sich jetzt bei uns? Wie die Medien ihren rassistischen Dreck kübelweise ausgeschüttet haben und immer noch schütten, macht sie an Wortwahl und Diktion der verschiedenen Berichte deutlich.

Gaby Hommel wirft einen Blick zurück auf die Ereignisse in Hattingen. Am 5. Juli 1993 brannte die Wohnung der Familie Ünver. Frau Ünver konnte sich und ihre fünf Kinder in Sicherheit bringen. Die Annahme, es handele sich um einen rassistischen Anschlag, wird durch die Beschuldigung, Frau Ünver habe das Feuer selber gelegt, aus der Presse gefegt. Was an Hetze folgt und welche Auswirkungen das auf die Familie Ünver hat, beschreibt Gaby Hommel in sehr beeindruckender Weise. Frau Ünver wird am 19. März 1996 freigesprochen.

Weitere AutorInnen des wirklich lesenswerten Buches sind Andreas Dietl, Heike Kleffner, das Lübecker Bündnis gegen Rassismus und Bernd Siegler.

ga.

Wolf-Dieter Vogel (Hrsg.): Der Lübecker Brandanschlag. Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal. Elefanten Press Verlag Berlin. 128 Seiten, Paperback. DM 19,90. ISBN 3-88520-605-6.

13. Gefährlicher ak-Autor. Verfassungsschutz überwacht Rolf Gössner

Autor: ga. · Rubrik: Geheimdienste; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:30

Manche Dinge lassen eine schon schmunzeln. Hat doch der Verfassungsschutz (VS) u.a. das bloße Schreiben für ak als Grund für verfassungsschutzmäßige Überwachung angegeben. Zu Recht nicht zum Schmunzeln findet der Überwachte selber die Situation.

Rolf Gössner fiel auf, daß nach jahrelangem "unauffälligem" Erscheinen, die Zeitschrift "Geheim" im VS-Bericht 1994 als "linksextremistisch" eingestuft worden war. Gössner ist Redakteur und Mitarbeiter dieser Zeitschrift. Über die Gründe, warum die "Geheim" plötzlich mit dem Prädikat "linksextremistisch" versehen wurde, bekam er bis heute keine Auskunft. Sein Auskunftsersuchen, ob Daten über ihn selber beim Bundesamt vorliegen, mußte das Amt beantworten - es benötigte dafür allerdings mehr als drei Monate.

Mitgeteilt wird, daß "Daten zu Ihrer Person gespeichert" sind, "die Ihre Mitarbeit bei der Zeitschrift ‚Geheim`, Ihre Kontakte zu und Zusammenarbeit mit linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflußten Personenzusammenschlüssen sowie deren Presseerzeugnissen betreffen." Außer der publizistischen Tätigkeit in der "Geheim" wird dann noch die Veröffentlichung in anderen Zeitungen und Zeitschriften angeführt: u.a. Deutsche Volkszeitung, Blätter für deutsche und internationale Politik, Demokratie und Recht, Arbeiterkampf (ak), Sozialistische Zeitung (SoZ), Unsere Zeit, clockwork 129a.

Rolf Gössner setzt sich seit Jahren kritisch mit den Diensten und Ämtern der "Inneren Sicherheit" auseinander - also auch mit den geheimdienstlichen Tätigkeiten. Er arbeitet als rechtspolitischer Berater für die Grünen und hat in diesem Zusammenhang auch an der Reduzierung des niedersächsischen Verfassungsschutzes - sowohl finanziell als auch personell - mitgewirkt. Daß gerade seine Kritik an ihnen, diese Dienste zum Anlaß nehmen, ihn zu überwachen, sagt viel über deren Demokratieverständnis aus.

ga.

14. Kein Ecstasy-Boom trotz Time-Lag

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:36

Schon vor 1700 Jahren waren Drogen beliebt. So beliebt, daß der Kaiser Diokletian eine Preisbindung verfügen mußte. 2 1/2 Pfund Haschisch kosteten 80 Denar, Opium 150 Denar, während ein Pfund Weizenmehl für nur einen Denar zu haben war. Eisenhut und Schierling hingegen waren als schwere Gifte verboten und durften nicht verkauft werden. Heute sind Haschisch und Opium verboten, und Eisenhut und Schierling kann jeder in seinem Garten züchten oder beim Blumenhändler erwerben.

Drogen sind, was herrschende Politik sagt

Von solcher Willkür lebt die Drogenpolitik also seit Jahrhunderten, und bis heute hat sich daran nichts geändert. Während es jährlich 40.000 Alkoholtote und unzählige Suchtkranke gibt, ist der Besitz von THC-haltigem Cannabis verboten, obwohl es nachweislich nicht körperlich süchtig macht und noch niemals auch nur ein Todesopfer gefordert hat. Das Verbot einer Droge sagt also nichts über deren Gefährlichkeit aus. Gleichzeitig verhindern scharfe Verbote nicht den Konsum, jedoch eine gründliche Forschung, die auch in Feldversuchen am Menschen erfolgen müßte. Politiker verlassen sich beim Umgang mit unbekannten Rauschmitteln aber zumeist auf Wissenschaftler, die sich wiederum nur auf Tierversuche oder eigene Hypothesen verlassen müssen. So kommt es, daß die Macher der Drogenpolitik in der Regel wesentlich schlechter informiert sind als die illegalisierten KonsumentInnen; daß jene, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Jugend über Gefahren aufzuklären, weniger Ahnung haben als die Jugend, die sie ansprechen wollen.

Skepsis ist also angesagt, wenn Innen- oder Justizminister vor der verheerenden Wirkung bestimmter moderner Rauschmittel warnen. Den Beweis antretend, daß nicht nur Wissen Macht ist, verfolgt in Deutschland ein völlig inkompetenter Drogenbeauftragter der Bundesregierung, Eduard Lintner, eine durch und durch repressive Drogenpolitik, die nur Freund Alkohol ausklammert. Es ist bezeichnend, daß das Amt des Bundesdrogenbeauftragten nicht etwa dem Gesundheits-, sondern dem Kantherschen Innenministerium unterstellt ist und noch dazu von einem Hardliner der CSU, Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Interviewpartner der "Jungen Freiheit" bekleidet wird. Und auch im Gesundheitsministerium, das für die Drogenverbote verantwortlich zeichnet, ist von einer rationalen oder sozialisierenden Drogenpolitik nichts zu vernehmen.

Pille ist nicht gleich Pille

Doch auch Hardlinern passieren Fehler. Und so erging es Bundesgesundheitsminister Seehofer. Sein Ministerium vergaß, die Verbotsverfügung für den Ecstasy-Wirkstoff MBDB, die im September ausgelaufen war, rechtzeitig zu verlängern. Die immer neuen synthetischen Drogen, die oft nur Molekülvarianten schon bestehender Stoffe sind, werden in der Praxis durch einjährige Verbotsverfügungen auf Weisung des Gesundheitsministers verboten. Nun ist MBDB nicht gerade der beliebteste Ecstasy-Stoff. Ecstasy wird in der Regel aus den Amphetamin-Derivaten MDMA oder MDEA hergestellt. Der Berliner Verein zur Förderung der Technokultur und Minderung der Drogenproblematik, Eve & Rave, gibt regelmäßig eine Liste der auf dem Markt angetroffenen Ecstasy-Pillen heraus. So wurde im Monat Juli unter 39 verschiedenen Pillen in Berlin nicht eine mit dem Wirkstoff MBDB gefunden. Im Dezember 1995 allerdings war eine Pille (mit einem Dollarzeichen geprägt) auf dem Markt, die MBDB enthielt und stark überdosiert war. Grund für die mäßige Beliebtheit ist nach Aussage Jürgen Kunkels, eines Sprechers von Eve & Rave, daß MBDB im Gegensatz zu MDMA und MDEA keine antriebssteigernde Wirkung besitze und daher nicht das in der Technoszene erwünschte stundenlange Durchtanzen ermögliche. Auch fehle die halluzinogene Wirkung. Der Stoff habe lediglich die auch dem MDMA typische entactogenen (die Tiefenpsyche öffnenden) Eigenschaften. Dennoch gibt es offenbar einen LiebhaberInnenkreis auch für diese Droge. Immerhin macht der Marktanteil nach Einschätzung von Eve & Rave etwa 1,5 Prozent aus, und in den Niederlanden soll der Anteil wesentlich höher sein.

Die vorübergehende Gesetzeslücke, von einem Sprecher des Gesundheitsministers "Time-Lag" genannt, hat Auswirkungen nicht nur für die MBDB-Pille. Im Grunde ist die gesamte Strafverfolgung im Bereich Ecstasy blockiert. Zwar kann die Polizei weiter aktiv werden, und in der Tat hat sie während dieses Time-Lags Beschlagnahmungen im Labor des Gerichtsmedizinischen Instituts der Humboldt-Uni Berlin, in dem Eve &

Rave seine Tests durchführen läßt, vorgenommen und damit die bitter nötige, verbraucherschützende Marktkontrolle des Techno-Kulturvereins vorerst zum Erliegen gebracht. Doch alle Polizeimaßnahmen laufen ins Leere. Niemand kann während des Time-Lags strafrechtlich belangt werden, wenn er mit einer illegalisierten Ecstasy-Pille angetroffen wird. Denn jede/r kann sich darauf berufen, ihr/ihm sei die betreffende Ware als MBDB verkauft worden.

Kein Wunder, daß dem Ministerium der Vorfall höchst peinlich war. Man bemühte sich, die zeitliche Gesetzeslücke so gut wie eben möglich zu deckeln. Medien wurden nicht unterrichtet und bei Nachfragen mit knappen Sachauskünften abgespeist. Bei der nächsten Bundesratssitzung will man nun MBDB langfristig verbieten. Doch auch wenn es in den Ländern bisher nur vorsichtige Kritik an der repressiven Drogenpolitik der Bundesregierung gibt, so ist die Zuversicht des Gesundheitsministeriums dennoch optimistisch. Denn die Drogenbeauftragten von Schleswig-Holstein, Bremen, Saarland und Hamburg haben bereits Widerstand gegen die Verbotspläne angekündigt. Sie wollen statt dessen die Einrichtung eines Unterausschusses zur gründlichen Erörterung des Gesamtkomplexes Ecstasy. Hamburgs Drogenbeauftragter Horst Bossong hat sich sogar zum Vorreiter gemacht, indem er den MBDB-Time-Lag öffentlich machte. Kommentar aus dem Bundesgesundheitsministerium: "Das muß Herr Bossong ganz allein verantworten." Bossong erklärte: "Die jetzige Situation bietet eine wohl einmalige historische Chance zur eigenverantwortlichen Kontrolle des Drogenverhaltens junger Menschen." Die bloße Fortführung strafrechtlicher Verbote auf völlig ungesicherter naturwissenschaftlicher Basis sei kein "Selbstgänger".

Was Bossong wie auch andere Experten kritisieren, ist, daß es kaum wissenschaftliche Untersuchungen über die körperlichen Wirkungen der Ecstasy-Stoffe gibt. MDMA wurde 1914 von der Pharmazie-Firma E. Merck patentiert - als Appetitzügler. Die Droge geriet jedoch in Vergessenheit und wurde erst in den 70er Jahren parallel zu LSD in der Szene als Rauschmittel wiederentdeckt. Wegen seiner starken entactogenen Wirkung wird MDMA auch gelegentlich in der Psychotherapie zur Entspannung eingesetzt. Auch der US-Geheimdienst ClA experimentierte mit dem Stoff, auf der Suche nach guten "Wahrheitsdrogen". Über Schäden ist wenig bekannt. Sicher ist nur, daß der Stoff nicht körperlich abhängig macht. Er soll in bestimmten Dosierungen leber- und hirntoxisch sein.

Legal - illegal - scheißegal

Verfassungsmäßig sind übrigens auch die Verbote von MDMA und MDEA bedenklich. So liegen bereits mehrere Beschwerden von verurteilten Ecstasy-KonsumentInnen und HändlerInnen beim Bundesverfassungsgericht vor, die vermutlich im Jahr 1997 zur Entscheidung kommen. Darin kritisieren die BeschwerdeführerInnen, daß die betreffenden Stoffe lediglich durch Rechtsverordnungen, die vom Kabinett und einem zuständigen Bundesratsausschuß genehmigt werden, in den Anhang des Betäubungsmittelgesetzes aufgenommen werden. Gesetze, die den parlamentarischen Weg durch Bundestag und Bundesrat gehen, sind diese Verbote daher nicht. Dennoch kann man im besonders schweren Fall wegen Ecstasy-Handels zu 15 Jahren Haft verurteilt werden. Das, so die BeschwerdeführerInnen, verstößt gegen das Grundgesetz, nach dem nur auf der Grundlage eines Gesetzes verurteilt werden darf.

Doch die Frage nach der Legalität eines Stoffes ist, wie eingangs dargestellt, nur untergeordnet von Bedeutung. Interessant ist die Frage, welche gesellschaftliche Wirkung Sucht und Drogen haben. Man stelle sich einen fernsehfreien Samstagabend vor! Womöglich würde selbst die deutsche Volksseele noch revolutionäre Potenzen entwickeln. Ecstasy ist eine Droge, die ganz spezifisch zu Techno-Parties paßt. Sie hält wach, macht tanzaktiv und kontaktfreudig. Sie ist aufputschend und paßt somit zu einer Zeit, in der gesellschaftliche Anforderungen zunehmend nur noch gedopt erfüllt werden können. Nur ihr Verbot macht sie zur Hofdroge der Raver. Und nur der subkulturelle Teil der Technoszene hat systemunkonforme Ansätze, wenn unangemeldete Parties zu einer Uhrzeit gefeiert werden, zu der normale Mitglieder der Leistungsgesellschaft gewöhnlich in den Kissen schlummern, um sich für die Aufgaben des nächsten Tages auszuruhen. Und weil die Phrase von "legal - illegal - scheißegal" in dieser Szene eine reale Situation widerspiegelt, ist es auch erklärbar, daß der Time-Lag keinen Ecstasy-Boom in der Technoszene ausgelöst hat. Verbote haben im Schwarzlichtgeblinke der Technoclubs eh keine Chance - und das ist gut so.

Ivo Bozic

15. Autokorsos, Musik und Miniröcke. Nicaragua: Politiker aller Parteien versprechen blühende Landschaften

Autor: Infobüro Nicaragua · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:28

Führende PolitikerInnen besuchen nach sechs Jahren Abstinenz wieder Stadtviertel und Dörfer. Autokorsos, Musik, mit Miniröcken bekleidete Mädchen und die traditionellen "gigantonas" (Riesenpuppen) sind für die Bevölkerung eine willkommene Abwechslung. Auf den zentralen Plätzen werden Reden gehalten, Lebensmittel, T-Shirts und Baseball-Mützen verteilt - in Zeiten der Krise ein attraktives, weil kostenloses Angebot. So füllen auch kleine Parteien und unbekannte KandidatInnen Straßenzüge und Plätze.

Am 2.8.1996 wurde der Wahlkampf in Nicaragua offiziell eröffnet, 75 Tage wird er dauern und ist damit einer der längsten in Lateinamerika. Die Kosten stehen in hartem Kontrast zur Armut des Landes. Berechnungen haben ergeben, daß auf jede Stimme der ca. 2,5 Mio. Wahlberechtigten 50 Dollar Wahlkampfkosten entfallen werden. 24 Parteien und Koalitionen stehen zur Wahl. Nach Umfragen wollen etwa zwei Drittel der WählerInnen am 20. 10. ihre Stimme entweder der Liberalen Allianz (Alianza Liberal - AL) von Ar- noldo Alemán oder der FSLN und Daniel Ortega geben. Ein Drittel der Wahlberechtigten ist noch unentschieden.

Arbeitsplätze und Entpolarisierung

Die Lösung der wirtschaftlichen Krise, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Eigentumsgarantie - das sind die beherrschenden Themen des Wahlkampfes. So verspricht z.B. die kleine liberale Partei PUL (Partido de Unidad Liberal) des Bankiers und Zeitungsbesitzers Haroldo Montealegre, sie werde 500.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Das entspräche einer Steigerung um mehr als 100% der existierenden formalen Lohnarbeitsplätze in ganz Nicaragua. Die FSLN geht sogar noch darüber hinaus. Sie verspricht 150.000 neue Arbeitsplätze im ersten Jahr und 500.000 weitere in den folgenden fünf Regierungsjahren. Die Allianz UNO 96 um Alfredo Cesar und den Unternehmer Teran verkündet, daß ihr bei einem Wahlsieg bereits jetzt 150 Mio. US-Dollar aus dem Ausland fest zugesagt wurden, um sie in Nicaragua zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu investieren.

Alle versprechen eine blühende Zukunft, Arbeit, ein Auskommen und Kredite für die kleinen und mittleren ProduzentInnen. Glaubt man diesen Versprechungen, dann wird die wirtschaftliche Krise in Nicaragua ab dem 20.10. - egal wer gewinnt - der Vergangenheit angehören.

Die Entpolarisierung der Gesellschaft, die innere und soziale Sicherheit, Dialog statt Konfrontation, Geborgenheit und Harmonie statt eines bedrohlichen und gewalttätigen Alltags sind Schlagworte, die sich ebenfalls in fast allen Wahlkampfreden wiederfinden.

Ein weiteres Thema wurde vor dem Hintergrund staatlicher und nichtstaatlicher Korruption und des dadurchbewirkten Vertrauensverlustes in die PolitikerInnen und die Institutionen aufgegriffen. Die konservative Partei PCN (Partido Conservador de Nicaragua) machte es sogar zum Hauptthema. Ihre Botschaft ist einfach: "Ehrlichkeit, Arbeit, Rechtschaffenheit". Umgesetzt werden soll sie mit "moralischer Kraft". Wieder andere bemühen sich zu beteuern, daß sie "keine Politiker" oder "Politiker neuen Typs" seien, wie etwa Benjamin Lanzas vom regierungsnahen PRONAL (Nationales Projekt), der Partei um Antonio Lacayo, dem ehemaligen Präsidialamtsminister und Schwiegersohn der amtierenden Präsidentin Violeta Chamorro. "Ich kann es, weil ich kein Politiker bin. Ich bin ein ehrenhafter Mann", sagt Lanzas in seinen Wahlspots.

All dies findet unter den Augen vieler WahlbeobachterInnen statt. Jimmy Carters "Carter Zentrum" oder die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) unter Leitung eines Herrn Santamaria von der ARENA-Partei El Salvadors sollen sich um die Einhaltung der demokratischen Spielregeln kümmern.

Wahlkampf und Umfragen

Mit 23 PräsidentschaftskandidatInnen, 24 Parteien und Allianzen ist der Wahlkampf jetzt in seine Hauptphase gelangt. Neben nationalen Kandidaturen gibt es noch Tausende von KandidatInnen für die Posten der Gemeinderäte und die Ämter der BürgermeisterInnen. Interessant dabei sind die 57 freien Listen, eine neue

Erscheinung in Nicaragua. In ungefähr jeder vierten der 145 Gemeindeverwaltungen gibt es eine solche Liste. In Managua und anderen großen Städten kandidieren gleich mehrere freie Listen. Teilweise sind es Parteilose, aber häufig auch ehemalige Mitglieder von Parteien, die sich in den internen Machtkämpfen nicht durchsetzen konnten. Diese Listen sind ein weiteres Indiz für die tiefe Krise des Parteiensystems.

Während 1990 die Ergebnisse bei den Wahlen für das PräsidentInnenamt, die Nationalversammlung und die Gemeinderäte identisch waren, da weniger konkrete Personen als vielmehr politische Blöcke gewählt wurden, scheint es nun so zu sein, als würde bei diesen Wahlen den konkreten Personen mehr Beachtung als den Parteiabzeichen geschenkt werden.

Fast wöchentlich erscheinen neue Meinungsumfragen. Es ergibt sich folgende Tendenz: Arnoldo Alemán und die AL liegen mit 38-40% an erster, Daniel Ortega und die FSLN mit 30% an zweiter Stelle. In Managua hat die AL allerdings weniger Prozente und die FSLN mehr. Ortega und die FSLN haben im Verlauf der letzten Monate Prozente zugelegt, während die AL im gleichen Zeitraum stagnierte.

Die AL hat in den letzten Monaten ihren aggressiven und konfrontativen Ton gegenüber dem Sandinismus zwar etwas gemäßigt, aber nichtsdestotrotz sind ihre Auftritte immer wieder von Angriffen gegen andere Parteien, vor allem die der SandinistInnen, geprägt. Als Mitte August alle Parteien in Anwesenheit von Kardinal Obando y Bravo die sogenannte "Agenda Minima" unterzeichneten, blieb die AL dem Akt fern und lehnte eine Unterschrift ab. Die "Agenda" enthält einen Minimalkonsens darüber, die Konfrontation im Land abzubauen, eine nationale Einheit zu schaffen, um die wirtschaftliche Krise zu überwinden und die gewählten Institutionen zu respektieren.

Durch ihr Fernbleiben verbesserte die AL nicht gerade ihre Verhandlungsbasis, sollte es zu einem zweiten Wahlgang um die Präsidentschaft kommen. Sie richtet ihre Strategie darauf aus, im ersten Wahlgang die 45%-Hürde zu schaffen, um das Präsidentschaftsamt zu gewinnen. Die meisten höheren Posten einer möglichen Regierung wurden bereits verteilt, um andere Sektoren und Parteien zu binden. Sollte es zu einem zweiten Wahlgang kommen, hat die AL etwaigen neuen Alliierten nicht mehr viel anzubieten.

In den letzten Tagen wurde bekannt, daß der älteste Sohn Somozas, Anastasio Somoza Portocarrero, im US-Fernsehen verkündet hat, Arnoldo Alemán habe ihm das Amt des Verteidigungsministers angeboten. Anastasio Somoza P., bekannt als "El Chigüin", war Chef der EEBI, einer gefürchteten Spezialeinheit der Guardia Nacional. Alemán stritt ab, dieses Versprechen gemacht zu haben und bezeichnete die Angelegenheit als sandinistische Propaganda. Nach nicaraguanischem Recht ist eine Rückkehr von Somozisten in diese Ämter nicht möglich.

Die Bündnisstrategie der FSLN

Die FSLN scheint auf einen möglichen zweiten Wahlgang abzuzielen, obwohl sie Daniel Ortega als Gewinner im ersten Wahlgang präsentiert. Noch wurden nicht alle Regierungsposten verteilt. Ihr bleibt eine Verhandlungsmasse, um Bündnisse für den zweiten Wahlgang auszuhandeln.

Mariano Fiallos, ehemaliger Vorsitzender des Nationalen Wahlrates, wurde der Posten des Außenministers angeboten. Seine sehr aktive Teilnahme am Wahlkampf wird die Position der FSLN gerade in mittleren und oberen Schichten stärken. Durch die Wahl des Nichtsandinisten und Viehzüchters Juan Manuel Caldera zum Vizepräsidentschaftskandidaten hat die FSLN bei Teilen der Unternehmer an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Kernstück der FSLN-Kampagne ist die sogenannte "Dreifache Allianz". Es ist kein Bündnis von Parteien, sondern zwischen drei gesellschaftlichen Sektoren: der FSLN, den ProduzentInnen und der Ex-Contra. Es handelt sich um Gruppen, die sich um Ex-Contra-Chefs scharen, die sowohl mit der Politik der Ex-Contra-Partei PRN (Partei des nicaraguanischen Widerstands) als auch mit Arnoldo Alemán nicht einverstanden sind. Mitte September wurde in einer öffentlichen Veranstaltung das Bündnis formal besiegelt. Ex-Contra-Chefs wie "Mack" oder "El Indio" bekannten sich öffentlich zu diesem Bündnis.

Den ProduzentInnen hat die FSLN im Falle eines Wahlsieges sieben Ministerien zugesichert; drei davon sollen von Ex-Contra-Chefs besetzt werden. Die FSLN ist offenbar bereit, die Ministerien zu einem guten Teil an Verbündete zu vergeben und als Partei ihren Einfluß über das Präsidentenamt und eine starke Fraktion in der Nationalversammlung auszuüben. Diese Bündnispolitik ist wahrscheinlich auch der einzige realistische Weg

für die FSLN, um die Regierungsmacht zu erlangen. Es werden allerdings Stimmen laut, die fragen, was noch von den historischen Zielen des Sandinismus übrigbleibt.

Ende August besuchten Daniel Ortega und Caldera gemeinsam den rechtskonservativen Kardinal Obando y Bravo und übergaben ihm eine schriftliche Erklärung, daß es im Falle ihres Wahlsieges keinen Militärdienst mehr geben werde und daß eine sandinistische Regierung den Kardinal bei der Besetzung des Bildungs-, Innen- und Verteidigungsministeriums "konsultieren" werde. Die FSLN zollte damit der Rolle des Kardinals Tribut, der als der große Schlichter in allen größeren nationalen Konflikten der letzten sechs Jahre auftrat und dadurch zu einer zentralen Persönlichkeit des öffentlichen Lebens wurde. Kritische Reaktionen ob dieses Vorgehens ließen nicht auf sich warten. So fragt eine Leserin in der Tageszeitung "Barricada", wie es sich vertrage, den Kardinal bei der Besetzung des Bildungsministers zu befragen, wenn andererseits von der FSLN eine nichtklerikale Erziehung gefordert werde.

Mit ihrem Slogan "Regierung der nationalen Einheit - Daniel, die Regierung von allen" versucht die FSLN, sich den Anstrich einer Volkspartei zu geben, die von allen wählbar ist und Frieden, wirtschaftliche und soziale Stabilität bringt - in Harmonie mit den traditionellen Eliten des Landes, vor allem der katholischen Amtskirche, aber auch mit den historischen Gegnern Nicaraguas, allen voran der US-Regierung. Kein Versuch bleibt ungenutzt, die guten Beziehungen und den Willen zur Kooperation herauszustellen. Die Hymne der FSLN, in der die Verhältnisse klarer beim Namen genannt wurden, ist schon seit einiger Zeit nicht mehr zu hören.

Die sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) um den ehemaligen sandinistischen Vizepräsidenten Sergio Ramirez weigert sich beständig, Kontakt zur FSLN aufzunehmen. In vielen Gemeinden verteilt sich die AnhängerInnenschaft für den Sandinismus auf FSLN und MRS. So kann die Situation entstehen, daß KandidatInnen von FSLN und MRS zwar zusammen eine klare Mehrheit haben, aber z.B. ein liberaler Kandidat mit wenigen Stimmen Vorsprung gewinnt. In Städten wie Leon, Jinotepe, Diriamba oder San Marcos könnte dies leicht passieren.

Wer garantiert "saubere" Wahlen?

Noch bevor der Wahlkampf am 2.8. offiziell begann, kam es zur Ablehnung von mehreren Präsidentschaftskandidaten durch den Obersten Wahlrat (Consejo Superior Electoral, CSE), weil ihre Kandidatur gegen einen oder mehrere Paragraphen des Wahlgesetzes verstieß.

- Antonio Lacayo, ehemaliger Präsidialamtsminister und Schwiegersohn der Präsidentin, mußte aufgrund dieses Verwandtschaftsverhältnisses seine Kandidatur niederlegen. Zuvor war er als einer der möglichen Allianzpartner der FSLN im Falle eines zweiten Wahlganges gehandelt worden.

- Alvaro Robelo, der mit seiner Gruppierung "Arriba Nicaragua" durch einen straff und finanzstark organisierten Wahlkampf Anfang des Jahres innerhalb von drei Monaten vom unbekannten Nobody zum drittstärksten Präsidentschaftskandidaten avancierte, - mußte wegen seiner italienischen Staatsangehörigkeit abtreten. Seine Kreation "Arriba Nicaragua" löste sich aufgrund von Skandalen, bei denen es vor allem um die Wäsche einschlägigen italienischen Kapitals ging, im Juni auf.

- Eden Pastora, legendärer Kommandant des Aufstands gegen Somoza, mußte wegen seiner costaricanischen Staatsangehörigkeit die Kandidatur aufgeben.

Von der FSLN und anderen Parteien wurden die Entscheidungen des CSE kritisch kommentiert, da durch das Ausscheiden dieser Kandidaten das Zentrum erheblich geschwächt werde. Daran habe vor allem die AL ein Interesse. Diese Entscheidungen zusammen mit anderen Ereignissen führen dazu, daß die FSLN dem Obersten Wahlrat Parteilichkeit zugunsten der AL und dem MRS vorwarf:

- So hatte sich der CSE nicht dazu verhalten, daß im Namen der AL bewaffnete Banden die Landbevölkerung im Norden einschüchtern und zugleich offen für die AL werben.

- In Jinotega stellten nachweislich Mitglieder der PLC (Partido Liberal Constitutionalista), die Teil der AL ist, in ihrem Büro "Cedulas" (Identifikationskarten, die u.a. als Wahlausweise gelten) aus. Das Material stammte aus dem Büro des departamentalen Wahlrates, deren Vorsitzender Mitglied der PLC ist.

Der AL wurde in den Departamenten Managua, Jinotega und Matagalpa der Vorsitz im Wahlrat zugeteilt. Diese Departamente repräsentieren 42% der Stimmberechtigten. Das MRS hat den Vorsitz in Masaya,

Granada und Carazo, die 13% der Stimmberechtigten repräsentieren. Die FSLN hingegen hat den Vorsitz nur in Rio San Juan, León und der RAAS, wo nur 11% der Stimmberechtigten leben. Die FSLN sieht in dieser unproportionalen Verteilung eine bewußte Benachteiligung.

Gegen Alemáns Präsidentschaftskandidatur gibt es Einwände: Alemán hat sein Amt als Bürgermeister von Managua formal nicht richtig niedergelegt und sein Mandat als Gemeinderatsmitglied zwei Monate zu spät aufgegeben. Damit verstößt er gegen zwei Artikel des Wahlgesetzes, und seine Kandidatur müßte abgelehnt werden.

Ein deutlicher Fall von Benachteiligung ist auch die Entscheidung des CSE über den Druck der Wahlzettel. Bei öffentlichen Ausschreibungen machte die Druckerei "El Amanecer" das mit Abstand günstigste Angebot. Der CSE entschied sich für das mehr als doppelt so teure Angebot einer anderen Druckerei - mit der Begründung, "El Amanecer" gehöre der FSLN . "El Amanecer" hat in der Vergangenheit wiederholt sensibles Material für den Wahlrat gedruckt, ohne daß das in irgendeiner Form beanstandet worden wäre.

Prognosen?

Prognosen über einen möglichen Wahlausgang anzustellen, fällt nicht leicht - da sei nur an 1990 erinnert, als der klare sandinistische Sieg bereits weit vor der Zeit verkündet wurde. Einfacher ist es, Prognosen über die politischen Implikationen der jeweiligen Regierungen anzustellen.

Eine Regierung mit Arnoldo Alemán an der Spitze wird gegenüber der verarmten Mehrheit des Landes weiterhin ein neoliberales Modell durchsetzen. Aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen bedeutet diese Aussage andererseits nicht, daß eine Regierung mit FSLN-Beteiligung eine grundlegende Alternative dazu wäre. Aber es ist zu erwarten, daß sie dieses Modell nicht so gradlinig umsetzen würde wie Alemán, sondern daß Gewalt und Repression gebremst würden. Das könnte jenen Sektoren der Bevölkerung mehr Spielraum geben, die immer noch organisiert nach Alternativen jenseits des Neoliberalismus suchen.

Informationsbüro Nicaragua

16. Das Gespenst des Kommunismus. Zwischenbilanz der italienischen Mitte-Links-Regierung

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:12

Nirgendwo sonst in Westeuropas hat sich seit 1989 das politische System so weitgehend gewandelt wie in Italien. Die zwei größten Parteien, die der Christdemokraten und der Kommunisten, spalteten sich und gaben sich neue Namen; die dritte, die sozialistische Partei des Machtpolitikers Bettino Craxi, schrumpfte zur Splittergruppe; die regionalistische Lega Nord dagegen entschied 1994 über Mehrheit und Minderheit im Parlament, während die jahrzehntelang für nicht koalitionsfähig befundenen Neofaschisten zur dritten Kraft und Regierungspartei aufstiegen. Um Platz eins konkurrieren seitdem die Postkommunisten des PDS mit Silvio Berlusconis Firmenpartei Forza Italia.

Nach der "Revolution" der Staatsanwälte, die reihenweise korrupte Politiker unter Anklage stellten, erlebte das Land 1994 die "Revolution" des Silvio Berlusconi, die wenige Monate nach ihrem Triumph kläglich zusammenbrach. Im April dieses Jahres war ein weiterer Wendepunkt erreicht: Erstmals seit 1946 ist die Linke an der Regierung beteiligt, der Partito democratico della sinistra (PDS) direkt, Rifondazione Comunista (RC) als Teil der parlamentarischen Mehrheit.

Über die Schwäche der umjubelten Regierung des Ulivo (der "linken Mitte") ist an dieser Stelle schon einiges gesagt worden. (vgl. ak 390) Ihre Mehrheit verdankt sie allein der klugen Handhabung des Mehrheitswahlrechts durch flächendeckende Wahlabsprachen und dem Alleingang der Lega Nord, die 1994 im Rechtsbündnis mit Forza Italia und Neofaschisten zur größten Fraktion aufgestiegen war. Im April dieses Jahres reichten dem Ulivo (mit RC) 43,3% der Wählerstimmen (der rechte Pol kam auf 44%) für eine Mehrheit der Sitze in Abgeordnetenkammer und Senat.

Da der angebliche "Souverän", das Wahlvolk, nur alle paar Jahre nach seiner Meinung gefragt wird, ließe sich auch mit dieser Mehrheit regieren - wenn die Regierungskoalition durch ein klares Programm und den politischen Willen, es auch gegen Widerstände durchzusetzen, geeint wäre. Daß es genau daran fehlt, zeigte sich schon im Vorfeld der Wahlen. Namentlich PDS-Sekretär Massimo D'Alema hätte den Urnengang am liebsten vermieden. Seine Politik, gemeinsam mit dem Rechtsblock weitgehende Verfassungsänderungen durchzuführen, scheiterte schließlich nur am Nein Gianfranco Finis. Der Führer der neofaschistischen Alleanza Nazionale (AN) war damals auf dem Gipfel seiner Popularität; bei Neuwahlen, so schien es, hätte AN zumindest im Rechtsblock zur stärksten Partei werden können. Die von den Rechten und vom PDS angestrebte autoritäre Wende wurde vertagt.

Daß Fini sich verkalkuliert und der Ulivo die Wahl gewonnen hat, änderte nichts an der Neigung der Mitte-Links-Strategen, den Konsens mit den Rechten zu suchen. Während Prodi beteuert, er sei für fünf Jahre gewählt, kungeln seine Minister mit dem politischen Gegner. Allen voran Postminister Maccanico, der Anfang des Jahres mit dem Auftrag gescheitert war, die größtmögliche Regierungskoalition (unter Einschluß von AN und PDS) zusammenzubringen. Sein Entwurf eines Mediengesetzes hat Ähnlichkeiten mit dem berüchtigten Gesetz Mammì, das 1990 Berlusconis Monopolstellung legalisierte. Zwar hat das Verfassungsgericht schon vor zwei Jahren entschieden, daß höchstens zwei landesweit ausstrahlende TV-Kanäle in einer Hand sein dürfen; Berlusconi müßte also einen seiner drei Sender Italia Uno, Retequattro und Canale Cinque abgeben. Maccanico hätte auch gegen Strohmänner nichts einzuwenden - Berlusconi kann also weitermachen wie in der Vergangenheit, als er seinem Bruder Paolo die Tageszeitung Il Giornale schenkte und den Pay-TV-Sender Telepiù an Leo Kirch und andere Freunde des Privatfernsehens übergab - zum beiderseitigen Vorteil. Als Berlusconi den vom Verfassungsgericht gesetzten Termin 27. August verstreichen ließ, ohne sich zumindest pro forma von einem seiner Sender zu trennen, half Prodi mit einem Regierungsdekret und gewährte Aufschub bis Jahresende.

Das Entgegenkommen wurde in den kritischen Medien als Rückversicherung für die Abstimmung über den Haushalt kommentiert - falls die Kommunisten unannehmbare Bedingungen stellen sollten. Es hat aber leider einen noch ernsteren Hintergrund. Nach wie vor streben Rechte (Forza Italia, Alleanza Nazionale) wie Linke (PDS) die autoritäre Wende an. Für ein und dieselbe Sache, die Stärkung der Exekutive gegenüber dem Parlament, kursieren unterschiedliche Modelle: u.a. ein Präsidialsystem französischer Prägung oder eine

starke Regierung mit einem direkt gewählten Ministerpräsidenten, zusätzlich die ausschließliche Anwendung des Mehrheitswahlrechts über Direktmandate. (Bisher wird immerhin noch ein Viertel der Sitze per Verhältniswahl vergeben; es gilt eine 4%-Klausel.) Die kleineren Parteien sind aus verständlichen Gründen gegen eine weitere Bevorzugung der großen.

Die im Januar gescheiterte große Übereinkunft zur Demontage der Verfassung hat weder D'Alema noch Fini und Berlusconi von ihrem Vorhaben abbringen können. Eine Kommission der beiden Kammern des Parlaments (Bicamerale) soll die "große Reform" vorbereiten. Ein enger Berater D'Alemas enthüllte kürzlich, der PDS-Sekretär sei auf den Vorschlag der Rechten eingeschwenkt, statt der Kommission eine konstituierende Versammlung (Costituente) einzuberufen. D'Alema ließ umgehend dementieren: Die Kommission arbeite schneller und effektiver; nach den Vorstellungen der Rechten könne die Verfassungsänderung nicht vor 2001 vollzogen werden.

Gründungsfieber:

vom PDS zur Cosa Due

Erst Anfang 1991 als angeblich zukunftweisende "neue Formation" der Linken entstanden, wird der PDS wohl bald wieder von der Bühne abtreten. Schon bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr soll an Stelle der gegenwärtig stärksten Partei Italiens eine neue Gruppierung ihre erste Bewährungsprobe bestehen. In Anlehnung an La Cosa ("das Ding"), das vorübergehend namenlose Nachfolgeprojekt des PCI in der Ära Occhetto, erhielt die neueste parteipolitische Kreation von den Medien den abwertenden Arbeitstitel Cosa Due ("Das Ding Nummer zwei") verliehen.

Neue politische Impulse sind nicht zu erwarten. Zum einen geht es ihren Befürwortern, allen voran Massimo D'Alema, um Spurenverwischung. Die ungeliebte kommunistische Erblast soll vollständig abgeworfen werden, auch im Symbol der Partei: Die Eiche - immer noch mit Hammer und Sichel - soll verschwinden und durch die Nelke der Sozialisten ersetzt werden. Die Neugründung firmiert unter verschiedenen Arbeitstiteln, mal nennt sie sich sozialdemokratisch, dann wieder Partei der europäischen Linken. Die noch vorzeigbaren Repräsentanten der Sozialistischen Partei (PSI), darunter der Übergangspremier von 1992/93, Giuliano Amato, werden heftig umworben. Zu diesem Zweck hat Massimo D'Alema, Protagonist der "Cosa Due", sogar an dem korrupten Machtpolitiker Craxi gute Seiten entdeckt - und verhängnisvolle Fehler an Enrico Berlinguer, dem Vater des "Eurokommunismus" und Idol von Rifondazione Comunista. Außerdem sollen Mitglieder aus der Umweltbewegung und dem "katholischen Radikalismus" gewonnen werden. (In diesen beiden Sektoren hatte schon Achille Occhetto, der Liquidator des PCI und Gründer des PDS, vergeblich neue Partner gesucht.)

Walter Veltroni, Nummer zwei des PDS und "Vize-Prodi" in einer Person, ist ebenfalls vom Gründungsfieber befallen, hat aber noch weitergehende Vorstellungen über die Breite des Unternehmens: Eine sozialdemokratische Partei werde keine 51% erreichen, also müsse die neue Partei "liberaldemokratisch" sein. Die deutsche Sozialdemokratie ist ihm noch zu sehr in den "ideologischen Traditionen des 20. Jahrhunderts" verwurzelt, Innovatives sieht er eher bei Tony Blairs neoliberal gewendeter Labour Party.

D'Alemas und Veltronis Neugründungsoptionen sind, was ihren machtpolitischen Inhalt angeht, sehr eng verwandt. Zum einen sind Veltronis "51%" nicht ganz so ernst zu nehmen, zum anderen will auch D'Alema vor allem Wählerpotentiale zusammenführen. Er gibt sich allerdings mit einer relativen Mehrheit zufrieden und meldet mit Verweis auf andere europäische Länder seinen Führungsanspruch an: Üblicherweise werde in Deutschland und Großbritannien der Vorsitzende der stärksten Partei auch Regierungschef.

Prodi "Geisel der Kommunisten"?

Während die Strategen des PDS sich in "Vergangenheitsbewältigung" (im Sinne eines Schlußstrichs) üben, flattert das ewig junge Gespenst des Kommunismus durch den Blätterwald. Selten hatte Rifondazione Comunista eine so gute Presse wie in den letzten Wochen vor der Sommerpause. Berlusconi hatte die Formel vorgegeben, die in diversen Medienerzeugnissen variiert wurde: Die schwache Regierung Prodi sei den Erpressungen der Kommunisten ausgeliefert; der starke Mann der italienischen Politik heiße weder Prodi noch D'Alema, sondern Bertinotti.

Der RC-Sekretär tat wenig, um den falschen Eindruck zu korrigieren. Er ließ die kostenlose Werbekampagne laufen, ohne dabei zu vergessen, daß der Einfluß von 35 Abgeordneten und zehn Senatoren begrenzt ist. Das

wurde deutlich, als die Regierung im Juli ihr Dokument zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (DPEF) präsentierte, das Einsparungen von 32 Mrd. DM vorsah. Im Parlament wäre es nur gemeinsam mit den Rechten zu verhindern gewesen, die in den ersten Wochen der neuen Legislaturperiode einen harten Obstruktionskurs fuhren, in dem sie immer wieder die mangelnde Beschlußfähigkeit der beiden Kammern feststellen ließen. Einen solchen "fundamentaloppositionellen" Kurs aber kann sich RC nicht erlauben. Ihre WählerInnen erwarten Druck auf die Regierung, nicht deren Sturz.

Im Zusammenspiel mit dem Gewerkschaftsbund CGIL verhinderte RC immerhin Schlimmeres. Nach dem 1993 ausgehandelten Klassenkompromiß, dem Abkommen über die gemeinsame Lohnpolitik, dürfen die Löhne nur um den Prozentsatz steigen, der im Etatplan der Regierung für die Inflationsrate vorgesehen ist. Steigen die Preise schneller als prognostiziert, können die abhängig Beschäftigten ihre Forderungen erst im nachhinein geltend machen. Die Arbeiter gewähren den Unternehmern also seit 1993 Jahr für Jahr zinslose Kredite. Nach dem Sparplan der Regierung Prodi sollten nun - trotz 5,3% Inflation im vergangenen und voraussichtlich 4% im laufenden Jahr - die Löhne um höchstens 2,5% steigen dürfen.

Dieser staatliche Lohnstopp wurde in der programmatischen Hauptresolution des Parlaments nun so modifiziert, daß sowohl die Regierung als auch die Gewerkschaften und RC sich als Sieger ausgeben dürfen. Die angestrebten Inflationsraten der Jahre 1996 und 1997 wurden einfach addiert und als Basis für die schon abgeschlossenen wie die noch abzuschließenden Lohntarifverträge festgelegt. Die Gewerkschaften haben dadurch etwas mehr Verhandlungsspielraum, während die Regierung ihrem Ziel treu bleibt: Nur 2,5% Inflation sollen im kommenden Jahr zugelassen werden. Für den Fall, daß dieses Ziel nicht erreicht wird, hält die Resolution eine sehr allgemein gehaltene Klausel bereit, nach der ein "Ausgleich" von Preisen und Kaufkraft angestrebt wird. Das verpflichtet zu fast nichts, gilt aber als politischer Erfolg Bertinottis.

Die mediale Aufregung um das "Diktat" der Kommunisten veranlaßte den im April zurückgetretenen Direktor der Tageszeitung La Repubblica, Eugenio Scalfari, die Fakten zu rekapitulieren. Rifondazione Comunista habe nicht mehr erreicht als das Versprechen der Regierung, den Sozialpakt von 1993 zu verlängern. Als Gegenleistung habe RC der Sparpolitik der Regierung Prodi zugestimmt. Die Presse eines "seriösen" Landes, schloß Scalfari, hätte, statt das Gespenst des (Neo-)Kommunismus an die Wand zu malen, getitelt: "Sieg der Regierung - Verantwortungsbewußtsein der Linken".

Konzertierte Sparpolitik

Scalfaris kluge Worte stießen selbst bei seinen ehemaligen Kollegen der Repubblica-Redaktion auf taube Ohren. Das Gerangel um den Haushalt 1997 wurde auch in der halbwegs seriösen römischen Tageszeitung wieder nach dem bekannten Muster dargestellt: als Duell der harten Männer, bei dem RC-Sekretär Bertinotti ("Fausto il Rosso"), "mehr Pokerspieler als Revolutionär", es schaffte, Prodi in die Knie zu zwingen. "Prodi ist die Geisel der Kommunisten", kreischten die Rechten. Bertinottis "Sieg" ist bei genauerem Hinsehen nicht ganz so glänzend. Die Sparpolitik haben die Kommunisten grundsätzlich akzeptiert. Sie werden dem Haushalt, der direkte Einsparungen von 25 Mrd. DM vorsieht, zustimmen, nachdem Bertinotti durch sein Veto Rentenkürzungen verhindern konnte. Bei Monatsrenten von durchschnittlich 1.200 DM ist das ein beachtlicher Erfolg, der etliche der zehn Millionen RentnerInnen vor weiterer Verarmung bewahrt.

Dafür mußte RC auch der "Supersteuer" für Europa zustimmen, die von der Regierung den bekannten Beinamen "Solidaritätszuschlag" erhielt. Sie soll 12 bis 13 Mrd. DM einbringen und belastet auch die unteren Einkommen. Addiert mit weiteren Mehreinnahmen zu Lasten der Steuerzahler (u.a. der Lottospieler!), beläuft sich das Sparvolumen des Haushalts 1997 auf 63 Mrd DM. Auch massive Einsparungen im öffentlichen Dienst (2,1 Mrd. DM), bei der Bahn (4,3 Mrd. DM), den Regionen und Kommunen (knapp 5 Mrd. DM) sind im Haushalt vorgesehen.

Dagegen steht ein Ende September ausgehandeltes Beschäftigungsprogramm mit einem Volumen von 15 Mrd. DM, verteilt auf drei Jahre. Vor allem süditalienische Unternehmen sollen Subventionen erhalten, um damit Sozialabgaben zu zahlen; befristete Arbeitsverträge sollen maximal drei Jahre (bisher zwei) gelten; Arbeitszeiten werden flexibler gestaltet, ferner soll "sozial nützliche Arbeit" finanziert werden. Der Präsident des Unternehmerverbandes Confindustria, Giorgio Fossa, begrüßte das Rahmenabkommen als "erste Voraussetzung für einen Beginn der Flexibilität des Arbeitsmarktes".

Diesem Abkommen haben auch die großen Gewerkschaftsverbände zugestimmt. Es wäre unangemessen, sie deshalb als "Arbeiterverräter" zu brandmarken, die die klassenbewußten Arbeiter vom Kampf abhalten würden. Der u.a. von den Metallarbeitern angedrohte "heiße Herbst" wird vermutlich eher lau ausfallen. Daß "französische Verhältnisse" einstweilen nicht zu erwarten sind, liegt an der von Prodi praktizierten Politik der kleinen bis mittelgroßen Schritte. Eine Austeritätspolitik mit der Brechstange, wie sie die Regierung Juppé im letzten Herbst versuchte, ist in Italien schon deshalb nicht durchsetzbar, weil auch viele Unternehmer davor warnen, den Bogen zu überspannen. Allen voran Fiat-Präsident Cesare Romiti, der - wie die Manager anderer exportorientierter Unternehmen - an einer allzu starken italienischen Währung kein Interesse hat.

Die Prodi-Regierung setzt auf Beharrlichkeit. Anders als der Ultra-Liberale Berlusconi, der für 1995 eine Neuverschuldung von 9% des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) geplant hatte (Maastricht erlaubt 3%), macht Prodi mit der Politik der Haushaltssanierung ernst. Daß die ebensowenig wie die französische oder die deutsche "sozial ausgewogen" sein wird, liegt auf der Hand. Auch die italienischen Gewerkschaften akzeptieren - zwecks "Standortsicherung" - die Flexibilisierung der Arbeit nach den Bedürfnissen des Unternehmens sowie niedrigere Einstiegslöhne und Lohnverzicht im industriell vernachlässigten Süden.

Rückkehr zu Marx?

Einen Gegner mit einer grundlegenden gesellschaftlichen Alternative muß auch die italienische Regierung nicht fürchten. Bertinotti fordert in seinem Leitantrag an den bevorstehenden RC-Kongreß zwar eine "Rückkehr zu Marx" und eine "antikapitalistische Option". Sein Agieren auf der politischen Bühne, taktisch nicht ungeschickt, gleicht aber stark dem seiner Bündnispartner bzw. Kontrahenten: Ort des "Klassenkampfs" ist der Salon im Palazzo Chigi (dem Regierungssitz), wo der rote Fausto im Vier- oder Acht-Augen-Gespräch den Rächer der Enterbten spielt. Massimo D'Alema hat schon angekündigt, daß er diesem - allein RC nützenden - Schauspiel nicht länger zusehen will; die Verständigung über Haushalt und Renten hätte auch unter weniger spektakulären Umständen erzielt werden können. Vielleicht sei es besser, die verfeindeten roten Brüder direkt in die Regierung einzubinden. Der PDS-Fraktionsvorsitzende in der Abgeordnetenkammer, Fabio Mussi, will notfalls auch den Bruch mit RC riskieren. Die von Bertinotti erzwungene Herausnahme der Renten aus dem Sparprogramm hält er für falsch: "Wenn Millionen von Italienern ein Solidaritätsbeitrag abverlangt wird, dann sollte er auch von den Rentnern verlangt werden."

Als Enrico Berlinguer in den 70er Jahren die Kommunisten als Juniorpartner der Christdemokraten an die Regierung bringen wollte, versprach er seinen skeptischen Genossen, der PCI werde gleichzeitig "Regierungs- und Kampfpartei" sein (partito di governo e di lotta). Das Experiment fiel aus den bekannten Gründen aus. Heute, 20 Jahre später, kann auch RC die Quadratur des Kreises nicht schaffen. Das naheliegende Kalkül, die Regierung durch Druck von unten nach links zu drängen, wird nicht aufgehen. Eher werden Prodi und der PDS Unterstützung rechts von der Mitte suchen: bei ehemaligen Christdemokraten, bei der Lega Nord und bei Berlusconi. Massimo D'Alema, der Stratege ohne Regierungsamt, hat das kürzlich zwar ausgeschlossen. Sein Dementi war allerdings rein taktisch begründet: Bei einem durch die "starre Haltung" von RC herbeigeführten Sturz der Regierung Prodi, so seine Botschaft an die übermütigen Genossen, werde es sofort Neuwahlen geben - und dabei riskiere RC seine Existenz. Diese Drohung muß ernst genommen werden; D'Alema ist zuzutrauen, daß er den Kommunisten bei Neuwahlen die im April wahlentscheidenden DirektkandidatInnen verweigert und damit den Sieg der Rechten riskiert. Einstweilen übt er deutlich Kritik an der nachgiebigen Haltung des Regierungschefs und ermuntert ihn in aller Öffentlichkeit zu "mehr Mut im Umgang mit Rifondazione".

Dasselbe erwarten auch die maßgeblichen EU-Partner. Gab es anfangs noch Lobesworte sogar von Kohl und Waigel, so ist die italienische Regierung Ende September stark unter Druck geraten. Namentlich Frankreichs Staatspräsident Chirac und der neue spanische Regierungschef Aznar ließen durchblicken, daß Italien den Eintritt in die Währungsunion kaum schaffen werde. Finanzminister Visco witterte ein Komplott: "Jemand unter den europäischen Partnern hat daran gearbeitet, Italien nicht in die Union eintreten zu lassen." Die Genossen von RC, die sich zu Recht ebenfalls unter Druck sehen, nahmen den Ball auf: Bei Kohls Spanien-Besuch sei eine europäische "Achse der rechten Mitte" sichtbar geworden; aktuelles Ziel sei es, Rifondazione aus der Regierungsmehrheit zu drängen, so der wirtschaftspolitische Sprecher von RC, Nerio Nesi. Wie dem auch sei - auch innenpolitisch nimmt der Druck auf Prodi zu. Der Fraktionsvorsitzende von Außenminister Lamberto Dinis Rinnovamento italiano trat aus Protest gegen die Steuerpolitik der Regierung zurück. Die Gruppierung

erreichte bei den Wahlen im April 4,3% der Stimmen; Dini gehörte schon der Regierung Berlusconi als Schatzminister an und wird immer mal wieder als unsicherer Kantonist verdächtigt.

Italienische Linke stehen also vor der Frage, ob sie vor allem das Überleben des kleineren Übels sichern sollen, um den Sieg der Rechten zu verhindern; oder ob sie, ungeachtet der Auswirkungen auf die Mitte-Links-Regierung, die Rekonstruktion der Linken und einen Aufschwung sozialer Kämpfe voranzubringen versuchen. Die Parlamentsparteien der Linken haben keine Wahl. Für die unabhängige (und ohnmächtige) Linke gilt das nicht. Sie können sich den Luxus leisten, die Diskussion über die richtige gesellschaftsverändernde Strategie noch einmal (fast) bei Null beginnen zu lassen. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten die Altlinken Pietro Ingrao und Rossana Rossanda (siehe Seite 29-31).

Js.

Wirtschafts- und Sozialdaten

Staatsschulden. Die Gesamtsumme der Staatsschulden beträgt 2.200 Milliarden DM. Das sind 123,8% des Brutto-Inlandprodukts (BIP); nach den Konvergenzkriterien von Maastricht sind maximal 60% erlaubt.

Inflationsrate. 3,9% im Juni 1996 (verglichen mit Juni 1995) und 3,5% im September 1996; für 1997 werden 2,5% angestrebt (Maastricht: 3%).

Profite. Das Jahr 1995 brachte den großen Unternehmen traumhafte Gewinne: Die 1746 größten Firmen erzielten Reingewinne von 11,5 Mrd. DM (1994: 500 Mio. DM). (Die Zahlen stammen aus einer Untersuchung der Mediobanca und beziehen natürlich nur die deklarierten Gewinne ein.)

Löhne. 1995 betrug die durchschnittliche Erhöhung der Bruttolöhne der abhängig Beschäftigten 2,3% (bei einer Inflationsrate von 5,3%).

Renten. Die durchschnittliche Rente liegt bei etwa 1.200 DM im Monat.

Jahresarbeitszeit. Die Beschäftigten in den 1746 größten Unternehmen arbeiteten 1995 durchschnittlich 1621 Stunden (1993: 1391 Stunden).

Streiks. 6,4 Mio. Streikstunden 1995 (minus 73% gegenüber 1994)

Erwerbslosigkeit. 12,3% im Landesdurchschnitt, im Norden 6,5%, im Süden 22,2%. Von den süditalienischen Jugendlichen sind 56% ohne festen Arbeitsplatz.

Prognosen. Nach dem Boomjahr 1995, das 3% Wachstum brachte, wird für 1996 ein Wachstum des BIP von 0,9% und für 1997 von 1,8% erwartet; zum Vergleich BRD: 1,9% (1995), 1,1% (1996), 2,2% (1997). Nach 5,3% Inflationsrate 1995 wird in Italien für das laufende Jahr mit Preissteigerungen von 4% und 3% für 1997 gerechnet; zum Vergleich BRD: 1,8% (1995), 1,5% (1996), 1,9% (1997).

Quellen: Deutsche Bank; Mediobanca; OECD; italienische Regierung; La Repubblica; Handelsblatt

17. Die Sezession des Nordens fand nicht statt. Auch nach dem "Padania"-Spektakel bleibt die Lega Nord gefährlich

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:27

Während sich in den heißesten Wochen des Jahres auch die führenden Politiker an den Stränden tummelten, beherrschte ein Mann die Titelseiten der italienischen Tageszeitungen: Umberto Bossi, der "charismatische Leader" der Lega Nord. Unkritische LeserInnen mußten den Eindruck gewinnen, das Ende Italiens stehe unmittelbar bevor. Am Sonntag, dem 15. September, am letzten von drei tollen Tagen des Sezessionismus, sollte das unabhängige "Padania" ausgerufen werden, bestehend aus den Nordregionen um die Poebene (la pianura padana). Mindestens eine Million Anhänger wollte Bossi gegen den römischen "Kolonialismus" mobilisieren. Sie sollten auf Ausflugsschiffen und Schlauchbooten, in Wasserflugzeugen, Hubschraubern und Heißluftballons, mit Bussen und Autos die Poebene durchqueren und schließlich in Venedig mit einem Massengelöbnis die Sezession vollziehen.

Die Trennung sei auch im Interesse des Südens. Der designierte "Ministerpräsident Padaniens", Giancarlo Pagliarini, erklärte den Vorzug einer eigenen Währung des italienischen Nordens so: "Wenn wir zwei Währungen haben, eine des Nordens, die sofort in den Euro eintritt, und eine andere, stark abgewertete des Südens, werden alle Investitionen in den Süden gehen, wo die Arbeit sehr wenig kosten wird." Dieses "Opfer" würde der Norden bereitwillig bringen, um ein "Europa der Regionalstaaten" zu ermöglichen - gegen "Rom", die parasitäre Bürokratie des überlebten italienischen Nationalstaates.

Mitte-Links-Parteien schonen die Lega

Der Sezessionsdrohung begegneten die Regierungsparteien hilflos. Gern ereifert man sich, wenn der Oberdemagoge Bossi wieder einmal besonders wüste Sprüche von sich gegeben hat. So kündigte er die Sprengung von Sendemasten des staatlichen Fernsehens RAI an (was er kurz darauf zurücknahm) und drohte der Lega-Dissidentin Irene Pivetti indirekt mit Mord (hier stellte Bossi alsbald richtig, er sei "falsch verstanden" worden). Parlamentspräsident Luciano Violante (PDS) profilierte sich als Gegner der Lega, indem er auf die "Grenzen der Toleranz in einer Demokratie" verwies - ohne allerdings konkrete Maßnahmen zu fordern. Sein Parteifreund, Innenminister Giorgio Napolitano, versicherte, ebenso wie Ministerpräsident Romano Prodi, "alles unter Kontrolle" zu haben. PDS-Sekretär Massimo D'Alema hielt es für sicherer, sich während der drei tollen Tage in den USA aufzuhalten. Eine inhaltliche Abgrenzung von der Lega, über die Zurückweisung der Sezessionsdrohung hinaus, unterließen die Parteien der Mitte-Links-Regierung: Schon bald könnten die Stimmen der Lega für das Überleben der Regierung Prodi unverzichtbar sein.

So erschien Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro, ein ehemaliger Christdemokrat, als entschiedenster Gegner der Lega, selbst wenn er Bossis Provokationen nur rührend hilflose Appelle entgegenzusetzen wußte. In Venedig, dem Schauplatz des sezessionistischen Spektakels, erinnerte er an die Helden des Risorgimento, die ihr Leben für Italiens Einheit gaben. Und als im vergangenen Jahr, ebenfalls in Venedig, das über 200 Jahre alte Theater La Fenice in Flammen aufging, hätten die Menschen auch in Neapel und Palermo Tränen vergossen...

Auch die rechte Opposition hielt sich zurück. Silvio Berlusconi, vor zwei Jahren noch Bündnispartner der Lega, umschmeichelt deren Wähler, sie seien mit ihren berechtigten Anliegen bei seiner Forza Italia doch viel besser bedient. So ernteten schließlich die Neofaschisten von Alleanza Nazionale den Lorbeer, als einzige der Lega entschlossen entgegengetreten zu sein. Als vehementeste Verteidiger des staatlichen Zentralismus riefen sie für den 15. September zur Gegendemonstration nach Mailand auf - und waren die Gewinner des Tages: 150.000 Menschen demonstrierten für die staatliche Einheit. Der lange abgetauchte Gianfranco Fini kann erneut beanspruchen, der eigentliche Führer der rechten Opposition zu sein.

Bossis Padania-Show dagegen geriet zum Flop. Das Spektakel mit "geweihtem" Quellwasser des Pos und allerlei mittelalterlichem Mummenschanz zog weitaus weniger Menschen an als angekündigt. Selbst zur Abschlußkundgebung in Venedig kamen nur 20.000 Bossi-Fans. Wieder einmal wurde deutlich, daß auch viele Anhänger der Lega den Staat "Padanien" für eine Schnapsidee halten. Auch Umberto Bossi weiß, daß er bei

einem Referendum (das es im übrigen gar nicht geben wird) keine Mehrheit für die Lostrennung des Nordens zusammenbekäme. Nur in zwei Wahlkreisen in der Lombardei und in Venetien erreichte die Lega Nord bei den Parlamentswahlen im April mehr als 30 Prozent der Stimmen; in Mailand und Venedig kam sie über 12 bzw. 17 Prozent nicht hinaus. Trotz erheblicher Zugewinne schäumte Bossi damals, der Norden habe "gegen sich selbst" und "für die Sklaverei" gestimmt. Das Sezessionsspektakel diente ihm vor allem als Druckmittel, um bei der Regierung Prodi größtmögliche Gegenleistungen für eine eventuelle parlamentarische Unterstützung herauszuschlagen. Noch am 15. September erklärte Prodi seine Bereitschaft zum Dialog mit der Lega.

Die aggressive "Zivilreligion" der Lega

Nach der Blamage des "Unabhängigkeitstages" (die Bossi vermutlich so nicht vorausgesehen hatte) ist die Sezessionsdrohung bis auf weiteres reine Rhetorik. Ganz darauf verzichten wird die Lega nicht. Über den politischen Sinn dieser Drohung schrieb der konservative Publizist Ernesto Galli della Loggia schon vor drei Jahren bedenkenswerte Sätze: "Vielleicht gehört die Sezession nicht zu den wahren Zielen der Lega, aber sicherlich ist sie ein absolut unverzichtbares Element ihres Images, der Art, wie ihre Botschaft insgesamt wahrgenommen wird. In der Tat ist das sezessionistische Spektrum mit dem brisanten in ihm enthaltenen subversiven Potential das, was die antagonistische Radikalität der Lega garantiert, der nicht integrierbare Charakter ihrer Opposition. Der Sezessionismus ist also die symbolische Hülle der Andersartigkeit, das Versprechen, daß man es ernst meint." (Corriere della sera, 1.10.1993)

Nach dem 15. September gab es erste "realpolitische" Signale auch von "Padaniens Premier" Pagliarini. Die Abgeordneten der Lega seien grundsätzlich nicht abgeneigt, den Haushalt mitzutragen. So kann sich die Regierung entspannt zurücklehnen und abwarten, bis sie die parlamentarische Unterstützung der Lega benötigt. Wer es dagegen ernst meint mit dem Kampf gegen Rechts, steht nach dem Padania-Flop vor den gleichen Problemen wie zuvor. In den Nordregionen verfügt die Lega Nord über einen harten Kern von Anhängern, die - Sezession hin oder her - eine einheitliche Ideologie der Abgrenzung und des Wohlstandschauvinismus vertreten.

Der Soziologe Ilvo Diamanti, im Wochenmagazin L'Espresso als bedeutendster Experte für das Phänomen der Lega vorgestellt, spricht gar von einer "Zivilreligion", die auf den Werten beruhe, die 40 Jahre lang von der Democrazia Cristiana repräsentiert wurden: Unternehmergeist, Lokalpatriotismus, Antikommunismus, Fremdenfeindlichkeit. Die ideologische Übereinstimmung erklärt, warum die Lega heute in den alten DC-Hochburgen am stärksten ist. Diese liegen vor allem in den Randbezirken der großen Städte. Die eigentliche Heimat der Lega Nord, schreibt Diamanti, "ist die industrialisierte Peripherie der traditionellen Metropolen; sie ist in den letzten 20 Jahren zur produktivsten und expansivsten Zone geworden. Ein Territorium aus kleinen und kleinsten Firmen, wo die Übergänge zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit fließend sind." (L'Espresso, 26.9.1996)

Diese scheinbar oder tatsächlich Selbständigen wollen die Früchte ihrer Arbeit für sich allein. Zugereiste sind willkommen, wenn sie den Wohlstand der - im europäischen Vergleich - außergewöhnlich reichen Nordregion mehren. Über die Einwanderungspolitik der "Padania" sagt der Lega-Abgeordnete Mario Borghezio: "Wir werden Saisonarbeiter und Grenzgänger bevorzugen. Die Italiener, soweit sie keine Mafiosi sind, werden wie alle anderen EU-Bürger behandelt werden. Nicht-EU-Bürger werden größere Schwierigkeiten bei der Einreise haben als bisher." Die aggressive Ausgrenzung ungebetener Gäste wird von den Anhängern der Lega im Alltag praktiziert. Für Fremde gilt die von dem Lega-Abgeordneten genannte (Un-)Beliebtheitsskala - auch ohne spezielle Ausländergesetze des Phantasiestaates Padanien.

Js.

18. Opposition in der Opposition? Die spanische Linke nach den Wahlen im März

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:10

"Die Linken sollten den Dialog suchen", schrieb Rafael Ribó, Vorsitzender der Initiative für Katalonien am 20. März diesen Jahres in der spanischen Tageszeitung El Pais. Der Wahlsieg der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP) rund zwei Wochen vorher berge, so der katalanische Politiker, eine Chance für die Linken. Sollte während der konservativen Herrschaft "unter Respektierung von Identität und Bedeutung der einzelnen Kräfte" die Linke zueinanderfinden, so könnten die nächsten Wahlen gewonnen werden. Vorausgesetzt, "daß wir alle unter Benutzung unseres Verstandes und Intellekts anfangen, linke Politik und linke Gespräche zu erneuern".

Tatsächlich sah es zwischenzeitlich sogar danach aus, daß die Träume des Chefs der Initiative von Katalonien (IC), Wirklichkeit werden. So meldete das Neue Deutschland am 13. August, der rechte Ministerpräsident José María Aznar hätte "zumindest eines erreicht: Die Linke im Lande rückt enger zusammen".

Wer zählt zur Linken?

Doch rund sieben Monate nach den Wahlen vom 3. März sieht es nicht nach einer gemeinsamen Oppositionspolitik aus. Schon über die Frage, welche Organisationen der Linken zugerechnet werden, besteht kein Konsens. Läßt Rafael Ribó keinen Zweifel daran, daß die sozialdemokratische Partei, die PSOE, für ihn ein potentieller Bündnispartner ist, so herrscht in der Izquierda Unida (IU), die mit der IC eine gemeinsame Parlamentsfraktion bildet, eine andere Auffassung vor: Mit knapp 14jähriger PSOE-Herrschaft unter dem Premier Felipe González verbindet man hier ein umfassendes Netz der Korruption, Todesschwadronen mit dem Namen "Antiterroristische Befreiungsgruppen" (abgekürzt GAL), die in Südfrankreich mindestens 25 mutmaßliche ETA-Aktivisten umbrachten, und eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Im Wahlkampf verkündete Julio Anguita, Anführer der IU gar, die Bevölkerung solle lieber für die aus der franquistischen Volksallianz hervorgegangene PP stimmen als den Sozialdemokraten eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Anguita bekräftigte diese Äußerung nach dem Wahlerfolg der Konservativen: "Mit Aznar im Palast La Moncloa (Madrider Sitz des Ministerpräsidenten, Anm. dh) werde ich mich sehr viel besser verstehen als mit Felipe González." Zugleich regt sich in der IU Protest: Sein Kurs, so wird Anguita vorgeworfen, sei Mitschuld daran, daß ihr Wahlergebnis mit knapp 2,3 Millionen Stimmen (entspricht 10,58 Prozent) zwar besser als 1993, aber weitaus schlechter als erwartet ausfiel. Bis zu 15 Prozent waren vor dem Urnengang kalkuliert worden. Der innerorganistorischen Kritik gegenüber zeigt sich Julio Anguita allerdings nicht besonders aufgeschlossen: Als ihm Ende März eine Gegeneinschätzung zu seiner Wahlanalyse vorgelegt wurde, schäumte er fast vor Wut: "Ich übernehme nicht einen einzigen Buchstaben aus Eurem Papier."

Der Streit in dem 1986 entstandenen Parteienbündnis entfacht sich vor allem zwischen der Kommunistischen Partei (PCE) und der erst im April dieses Jahres gegründeten Demokratischen Partei der Neuen Linken (PDNI). Letztere will eine engere - aber keineswegs kritik- und bedingungslose - Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Laut Vorsitzendem Diego López Garrido soll die PDNI "dazu beitragen, daß die bevorstehende Regierungszeit der Konservativen so kurz wie möglich wird. (...) Dieser Zukunftstraum wird sehr schwierig zu verwirklichen sein, wenn die Linke nicht die geeignete Form findet, wie das Alte dem Neuen, der Pluralität und der Verschiedenheit weichen kann." Demgegenüber steht ein eher konventionelles Konzept der PCE, die einer Zusammenarbeit mit der PSOE von Felipe González die Strategie von der "Opposition in der Opposition" vorzieht: Als einzig glaubwürdige Alternative zu Sozialdemokratie und Volkspartei will sich der IU-Mehrheitsflügel etablieren, um bei den nächsten Wahlen zum Zünglein an der Waage zu werden - schließlich hat Ministerpräsident Aznar schon jetzt nur mit Hilfe dreier Koalitionspartner eine Parlamentsmehrheit hinter sich. Die derzeitige Situation macht es PCE bzw. IU nicht schwer: Zog die PP noch mit den Forderungen nach lückenloser Aufklärung der GAL-Morde sowie schonungsloser Aufarbeitung der sozialdemokratischen Korruption und populistischen Sozialstaatsgarantie in den Wahlkampf, hat sie sich längst als wahrhaft "würdiger" Nachfolger der PSOE erwiesen. Die im Fall GAL ermittelnden Richter werden behindert wo nur möglich, belastende Papiere des militärischen Geheimdienstes CESID werden ihnen vorenthalten, der vor dem 3. März immer wieder geforderte Untersuchungsausschuß ist längst vergessen. Spanien soll vollständig in die militärische Struktur der NATO integriert werden, in Staatshand befindliche

Unternehmen sollen nahezu sämtlich verkauft werden, Alkohol- und Tabaksteuern wurden erhöht, der Haushalt des laufenden Jahres wurde drastisch gekürzt, dem öffentlichen Dienst entgegen dem geltenden Tarifvertrag für 1997 eine Nullrunde verordnet. Im Gesundheitswesen, für etliche Versicherungen und bei Kauf von Flugscheinen soll ab dem 1. Januar nächsten Jahres eine an die Staatskasse abzuführende Gebühr erhoben werden, während Unternehmer und Spekulanten ihre Gewinne dank eines im Juni verabschiedeten "Sofortprogramms zur Belebung von Wirtschaft und Beschäftigung" nur noch mit 20 Prozent versteuern müssen. Auch in Sachen Korruption sind die Absichtserklärungen der Konservativen schon passé. Rund vier Monate nach Amtsantritt des Kabinetts gibt es Vorwürfe gegen den Verteidigungsminister: Eduardo Serra war Präsident eines Bauunternehmens, das in einen der größten Bestechungsskandale des Landes verwickelt ist. Vom versprochenen "Aufbruch" und einer neuen politischen Etappe keine Spur.

In dieser Situation fällt das Oppositionsmonopol fast zwangsläufig der (IU) zu. Die PSOE, deren Wahlergebnis mit über neun Millionen Stimmen besser ausfiel als erwartet, präsentiert sich orientierunglos und verunsichert. Seit 1982 an der Macht, scheint die Partei den Verlust dieser Position jetzt nicht zu verkraften. Aznar-Vorgänger und Kohl-Freund Felipe González überbrückte die eigene Rat- und Konzeptlosigkeit mit einer bis September währenden "Schonfrist" für die neue Regierung. Die Sozialdemokratie leidet schlicht daran, daß sie mit den Konservativen fast durchgängig einer Meinung ist. An einer Aufklärung von GAL-Taten oder Bestechungsaffären hat man mindestens ebensowenig Interesse wie die PP. In Sachen Maastricht und NATO gibt es keine Differenzen zwischen den beiden großen Parteien, und die seltenen - dafür um so lauteren - Aufschreie in wirtschaftspolitischen Fragen sind mehr taktisches Geplänkel denn Überzeugung. Noch zu Regierungszeiten war es die PSOE, die die Arbeitsgesetzgebung zu Lasten der Arbeitnehmer "reformierte" und eine umfassende Privatisierung einleitete.

Wie die IU sich verhalten soll, ist sehr umstritten. Zum einen taucht immer wieder das italienische Modell eines Olivenbaum-Bündnisses auf. In Katalonien ist die Strategie eines "el Olivio" bereits in konkreter Planung. Der IU-Partner IC (die Vereinigte Linke selbst gibt es in der nordostspanischen Region nicht) will 1999 bei den Wahlen zum katalanischen Parlament eine gemeinsame Kandidatenliste mit der PSOE zusammenstellen, um der regierenden Rechten den Garaus zu machen. Andernorts aber bestimmt Feindseligkeit und Mißtrauen das Verhältnis. Etliche Rathäuser sind in PP-Hand, obwohl Sozialdemokraten und Linksbündnis insgesamt über die absolute Mehrheit der Stadtverordneten verfügen. Aber im Zweifelsfall darf die stärkste Fraktion den Bürgermeistersessel beanspruchen und die Konservativen profitieren dann oft von der fehlenden linken Konsensfähigkeit.

PSOE und Kommunisten

Die jetzige Distanz ist zu großen Teilen auf das traditionell schlechte Verhältnis von PSOE und Kommunisten zurückzuführen. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen von 1979, im Jahre Zwei der nachfranquistischen Demokratisierung, paktierten die beiden Arbeiterparteien Spaniens auf verschiedenen Ebenen, um linke Mehrheiten möglich zu machen. Der Anfang einer schwierigen Beziehung: Während in der PSOE die Forderungen der Kommunisten als zu energisch und anmaßend empfunden wurden, fühlte sich die PCE zum bloßen Stimmvieh degradiert. Besonders, daß Felipe González die PCE nicht zum Koalitionspartner machte, als er 1982 mit absoluter Mehrheit in La Moncloa Einzug hielt, ist bis heute nicht vergessen. Schließlich, so ist von PCE-Mitgliedern immer wieder zu hören, hatte die Partei im Wahlkampf ein Votum für die PSOE als Schlag gegen rechts propagiert, und hätte daher das Anrecht auf eine Regierungsbeteiligung gehabt. Solche Vorbehalte haben sich nicht nur über die Jahre gehalten, sondern sogar erheblich verschärft. Entsprechend schlägt der PDNI eine sehr feindselige Stimmung entgegen: "Diese Leute stehen der PSOE näher als der IU", behauptet Francisco Frutos, nach Julio Anguita die Nummer zwei der PCE. "Deshalb sollten sie ihren Kampf außerhalb unseres Parteienbündnisses fortführen." Für andere PCE-Mitglieder ist die neugegründete Organisation nichts als "eine Gruppe erfolgsgieriger Prominenter" oder eine Ansammlung von Antikommunisten. Eine regionale Jugendzeitschrift der PCE outete Diego López Garrido gar als "Geheimagenten der PSOE".

Allein Parteiführer Anguita ist wesentlich rücksichtsvoller in seiner Wortwahl, denn für ihn kann die IU-interne Opposition noch eine sehr wichtige Bedeutung haben. So erschien er sogar zum Gründungskongreß seiner Widersacher und gab sich friedfertig: "Ich bin hier, um mich zu informieren und das Weitere abzuwarten." Ohne PDNI würden sich das Linksbündnis und die PSOE wohl weiterhin gegenseitig des "Antikommunismus" bzw. "Antisozialismus" bezichtigen, ohne sich auch nur ein Stückchen näher zu kommen, allein die Gefolgsleute von

López Garrido können die festgefahrenen Fronten entschärfen. Ihren Bemühungen war zu verdanken, daß es am 26. Juli zu einem historischen Treffen kam: Julio Anguita und Felipe González erörterten die Möglichkeit gemeinsamer Oppositionspolitik. Beide erklärten im Anschluß, es sei durchaus vorstellbar, zusammen eine "Alternative zur aktuellen Regierung" zu entwickeln. Zuerst sollte jedoch eine bilaterale Gesprächsrunde zu mehreren Einzelthemen entstehen. Vorgesehen für den Monat September, wurde der Dialog zunächst "ausgesetzt". Als Anlaß diente die Rede Anguitas vor dem Jahreskongreß der PCE: "Die PCE", so hatte er am 14.9. dem Parteivolk erklärt, "ist republikanisch." Die in der Verfassung von 1978 festgeschriebene konstitutionelle Monarchie, habe man bloß akzeptiert, weil sie so wichtige Grundrechte wie das auf Arbeit, Vollbeschäftigung, Wohnung, Umweltschutz, ein öffentliches Gesundheitswesen und dynamische Renten garantiere. "Aber alle diese Prinzipien werden heute verletzt, ignoriert oder geraten in Vergessenheit." Deshalb solle die PCE sich nach dem Wunsch ihres Vorsitzenden künftig mehr in Richtung Republik orientieren - so sich die Situation im spanischen Königreich nicht ändere. Daß ein Kommunist der Monarchie ablehnend gegenübersteht, ist eigentlich nicht außergewöhnlich, aber die Medien - allen voran ein El Pais-Schreiberling mit PSOE-Parteibuch - witterten Skandal und Verfassungsbruch. Für die Sozialdemokraten ein willkommener Anlaß, den beabsichtigten Kontakt mit der IU auf Eis zu legen und damit ganz zu kippen. Denn Gesprächsthemen wie Renten, der neue Finanzplan für Spaniens Regionen, Steuer- und Haushaltspolitik dürften ab Oktober, wenn der Staatshaushalt für 1997 steht, nur noch Nebensache sein. Dann bleibt von den Punkten, in denen PSOE und IU sich einig werden wollten, nur noch der Komplex Privatisierung übrig. Daraus allein dürfte wohl kaum eine "Alternative zur aktuellen Regierung" entstehen.

Gemeinsames Haus

aller Linken?

In der Organisation von Felipe González war dieses Projekt der Zusammenarbeit sowieso eher skeptisch betrachtet worden. Zwar soll ein "gemeinsames Haus aller Linken" eingerichtet werden, in dem es aber für Kommunisten keinen Platz gibt. Die PSOE zielt aber vielmehr auf IU-Minderheitsfraktionen wie die PDNI und auf Bündnispartner im Mitte-Rechts-Spektrum. So soll Felipe González bereits bei Adolfo Suárez, Vorgänger des Sozialdemokraten als Ministerpräsident und ehemaliger Vorsitzender der nicht mehr existenten Demokratischen Zentrumsunion, vorstellig geworden sein, um ihm - ohne Erfolg - ein Plätzchen im "gemeinsamen Haus" unter PSOE-Dach anzubieten. Trotzdem ist González sich sicher, nach den nächsten Wahlen wieder in La Moncloa einziehen zu dürfen. Dabei regen sich auch gegen ihn interne Proteste. Eine Minderheit in der Partei, vor allem die Sozialistische Linke (IS), fordert einen umfassenden Erneuerungsprozeß. Wenn weiterhin der Makel von Korruption, Staatsterror und Unglaubwürdigkeit auf den Sozialdemokraten laste, komme die Partei so schnell nicht wieder auf den grünen Zweig. Deswegen will die IS, daß auf dem PSOE-Kongreß 1997 eine komplett neue Führungsspitze bestimmt wird. Für "Don Felipe" kommt das gar nicht in Frage, bestärkt durch Umfragen, die ihn zum beliebtesten Politiker Spaniens küren, hält er sich selbst für den besten Anwärter als Aznar-Ablöser.

Ebenso gelassen sieht die kommunistische IU-Mehrheit der Zukunft entgegen. Schließlich eröffnet der sozialdemokratische Rückzieher die Möglichkeit, dem verhaßten Konkurrenten die Basis abzugraben. "Die Wähler der PSOE, das sind doch größtenteils Linke", erläutert ein IU-Funktionär die Strategie seiner Organisation, "und trotzdem haben sie bisher für die Sozialisten gestimmt, die keine linke, sondern eine neoliberale Politik praktiziert haben." Die derzeitige Konzeptlosigkeit der neuen Oppositionspartei könnte, so das Kalkül, die sozialdemokratische Wählerschaft nach links treiben. Julio Anguita jedenfalls gibt sich die größte Mühe, sich als der bessere Regierungskritiker zu beweisen. Insofern stört es ihn nicht, daß sein Ende Juni an PSOE, Gewerkschaften und diverse linke Regionalparteien verschickter Brief weitgehend ohne Resonanz blieb. Darin ist vom "totalen Krieg" gegen die Aznar-Administration die Rede - "eine Schlacht, aus der wir nur als Sieger oder als Besiegte hervorgehen können". Hauptsache, die Öffentlichkeit hat die Initiative des Kommunistenchefs zur Kenntnis genommen. Am 5. September ließ er einen Offenen Brief an den Ministerpräsidenten folgen, der Aznar an seine gebrochenen Wahlversprechen erinnerte und dem Regierungschef mit einer Kampagne drohte: "Alle Spanierinnen und Spanier, die wissen, daß die Verteidigung sozialer Gerechtigkeit Voraussetzung für ein demokratisches System ist", will Anguita mobilisieren. Schon seit Mai geistert immer wieder das Gerücht vom Generalstreik durch IU und PCE. Doch Julio Anguita weiß genau, daß es dafür noch viel zu früh ist: Zuerst steht die Forderung nach Plebisziten zum Vertrag von Maastricht und zur vollen Beteiligung Spaniens an der NATO-Militärstruktur auf seinem Zeitplan.

Dirk Hempel

IC - Initiative von Katalonien

IU - Izquierda Unida, Vereinigte Linke

PCE - Kommunistische Partei Spanien

PDNI - Demokratische Partei der

Neuen Linken

PP - Partido Popular, Volkspartei

PSOE - Sozialdemokratische Partei Spanien

19. Baskische Gefangene im Hungerstreik. Krach in der Madrider Regierungskoalition

Autor: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:37

Am 9. September 1996 begannen 23 der insgesamt 546 Mitglieder des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen in spanischen und französischen Knästen zum zweiten Mal in diesem Jahr einen Hungerstreik. Wie der vorhergegangene ist auch dieser als "Kette" organisiert: am 1. Oktober trat eine zweite, 25 Gefangene umfassende Gruppe in den Streik. Die erste Gruppe beendete zwei Tage darauf ihren Hungerstreik, nachdem sie von den Angehörigenorganisationen dazu aufgefordert worden war. Die zentralen Forderungen der Aktion sind die Zusammenlegung im Baskenland, die Entlassung der haftunfähigen Gefangenen sowie derjenigen, die dreiviertel ihrer Haftstrafe abgesessen haben, auf Bewährung. 550 Angehörige unterstützten den Kampf der Gefangenen mit einem einwöchigen Solidaritätshungerstreik in sieben europäischen Städten, unter anderm auch in Berlin (siehe Interview auf dieser Seite). Die breite Unterstützung im Baskenland für die Forderungen der Gefangenen hat bereits zu einem Konflikt zwischen der baskischen Partido Nationlista Vasca (PNV) und der Partido Popular (PP) von Aznar in der Madrider Regierung geführt.

Die politischen Gefangenen

Das baskische Gefangenenkollektiv besteht hauptsächlich aus Angehörigen der bewaffneten Organisation ETA und legalen Organisationen der baskischen Befreiungsbewegung. Teil des Kollektivs sind auch etwa 40 Gefangene aus den nicht mehr existierenden baskischen Guerillagruppen ETA-pm (1) und Comandos Autonomos Anticapitalistas (2) sowie einige Linke aus Spanien und Frankreich, die für ihre Unterstützung des baskischen Kampfes kriminalisiert wurden. Einer von ihnen ist auch der Katalane Benjamin Ramos Vega, der 16 Monate in Berlin-Moabit einsaß und im Juni 1996 an den spanischen Staat ausgeliefert wurde.

Die galizischen politischen Gefangenen sowie einige katalanische politische und soziale Gefangene (3) haben sich dem Hungerstreik angeschlossen und fordern für sich die Zusammenlegung in Galizien bzw. in Katalonien.

Nicht am Streik beteiligt ist das etwa 70 Personen umfassende Kollektiv der Gefangenen aus der GRAPO/PCE(r) (4). Diese Gefangenen haben mit über 30 Hungerstreiks für ihre Zusammenlegung gekämpft. Im letzten großen Hungerstreik 1989/90, der 435 Tage dauerte, starb ein Gefangener. Obwohl viele von ihnen seitdem unheilbar krank sind, werden sie nicht entlassen. Immerhin haben sie, falls die Zusagen eingehalten werden, mit ihrem letzten Hungerstreik Anfang diesen Jahres ihre Zusammenlegung durchsetzen können.

Weitere politische Gefangene, die sich ebenfalls nicht am aktuellen Hungerstreik beteiligen, sind die etwa 240 vorwiegend baskischen Totalverweigerer sowie einige AnarchistInnen und AntifaschistInnen.

Die Haftbedingungen

Der aktuelle Streik richtet sich - wie die vorherigen auch - hauptsächlich gegen die Politik der Verstreuung ("dispersion"). Mit dem EG-Beitritt Spaniens wurde die von der BRD entworfene und bis heute praktizierte Isolationshaft gegen alle politischen Gefangenen in den spanischen Knästen durchgesetzt. Im Januar 1987 zerschlug der spanische Staat ihre existierenden Kommunen und verstreute die Gefangenen auf über 100 Knäste. Die baskischen Gefangenen wurden in Knäste möglichst weit weg vom Baskenland verlegt: Auf den über 3.000 Kilometer entfernten Kanarischen Inseln und den nordafrikanischen Kolonien Ceuta und Melilla sitzen heute mehr baskische Gefangene als im Baskenland.

Gleichzeitig installierte der spanische Staat das "Programm zur Wiedereingliederung": Gefangene, die öffentlich dem bewaffneten Kampf abschwören oder ihre GenossInnen denunzieren, erhalten im Gegenzug Hafterleichterungen wie Freigang, eine vorzeitige Entlassung sowie finanzielle Hilfe zur "Wiedereingliederung". Diese Erpressung ist gescheitert: Nicht einmal 20 von über 1.000 Gefangenen haben sich in den letzten zehn Jahren an diesem Verrat beteiligt.

Seit der Einführung der Verstreuung vor neun Jahren sind sieben baskische politische Gefangene in den Knästen gestorben, zwei ihrer Angehörigen haben in Autounfällen auf den langen Fahrten zu Besuchen ihr

Leben gelassen. Obwohl die Verstreuung nicht ihr Ziel erreicht hat, hält der spanische Staat weiterhin an ihr fest. Nach dem Ende des letzten Hungerstreiks im März diesen Jahres hatten die spanischen Behörden öffentlich zugesichert, die baskischen politischen Gefangenen schrittweise "in die Nähe ihrer Herkunftsorte" zu verlegen. Diese Zusagen wurden bisher nicht eingehalten: Nur 36 Gefangene, die entweder nicht mehr Teil des Gefangenenkollektivs sind oder ohnehin kurz vor der Entlassung standen, wurden in die Nähe des Baskenlandes verlegt. Diese Verlegungen wurden in den spanischen Medien als "Zugeständnisse" groß aufgebauscht; die Realität in den Knästen sieht allerdings anders aus. Die baskischen Gefangenen sind weiterhin in Isolationshaft. Systematisch greifen die Schließer Gefangene an, besonders bei Zellenrazzien und Verlegungen.

ETA entführt Schließer

Als Reaktion auf die fortgesetze Mißhandlung der Gefangenen entführte ETA im Dezember 1995 den Schließer Ortega Lara. In ihrer Hungerstreikerklärung schreiben die Gefangenen dazu: "Die baskischen politischen Gefangenen sind Teil des Konflikts, den der spanische und französische Staat dem Baskenland aufzwingen. Die Festnahme von Ortega Lara durch die Organisation ETA sehen wir als Folge dieser Auseinandersetzung an, da sie eine direkte Antwort auf unsere tägliche Unterdrückung ist. ETA hat nach der Festnahme von Ortega Lara ein deutliches Angebot mit dem Ziel der Humanisierung des Konfliktes um die Gefangenen gemacht: wenn die Schließer aufhören, Teil der Unterdrückungsstrategie gegen die Gefangenen zu sein, werden sie auch kein Angriffsziel der Organisation ETA mehr sein. Aber es sieht so aus, daß die spanische Regierung und die Gefängnisbeamten dieses Angebot nicht angenommen haben. Nach dem zu urteilen, was wir täglich von den Schließern gehört und gesehen haben, wollen sie lieber ihren Kollegen Ortega tot sehen, als eine wirkliche Antwort auf die Frage zu geben. Das sind jedenfalls ihre Worte. Sie können sich so als Opfer darstellen, obwohl sie die direkten und brutalsten Agenten der Repression sind."

Aber die Frage der Gefangenen ist nicht allein ein Kräftemessen zwischen ETA und den Polizeibehörden. Die relative Stärke der baskischen Befreiungsbewegung, die ungebrochene militärische Aktivität ETAs und die zahllosen Initiativen der Angehörigen der Gefangenen haben eine Polarisierung der politischen Verhältnisse im Baskenland erreicht. Die Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen wird immer breiter: Nachdem sich schon Hunderte von baskischen Bürgermeistern, Gewerkschaften und der Bischof der katholischen Kirche unter dem Druck der Straße für die Erfüllung der Forderungen ausgesprochen haben, sah sich jetzt auch das baskische Parlament gezwungen, die Verlegung der Gefangenen ins Baskenland zu fordern.

Auch wenn die Solidaritätsbewegung stark ist - viele der sogenannten "Friedensgruppen" oder auch die baskische Sozialdemokratie haben eher im Sinn, den Forderungen der Gefangenen deshalb entgegenzukommen, weil sie so eine Möglichkeit sehen, die radikale Bewegung auf der Straße, besonders die der militanten Jugendlichen, zu bremsen und zu spalten. Zu diesem Zweck ist von dieser Seite vorgeschlagen worden, statt der Zusammenlegung im Baskenland eine "Annäherung" zu fordern: Die Gefangenen sollen sich mit einer Verlegung von den afrikanischen Kolonien, Kanaren und Balearen auf das spanische Festland oder vielleicht sogar nach Nordspanien begnügen - in Isolationhaft, versteht sich.

Der zerbrochene Pakt

der Macht

Aber auch dafür gibt es keinen Spielraum. Der spanische Innenminister Mayor Oreja sagte sinngemäß, die Stellungnahme der baskischen Regionalregierung sei nicht das Papier wert, auf dem sie stehe. Die spanische Zentralregierung, geführt von der rechtskonservativen PP, begreift - wie ihre sozialdemokratische Vorgängerin PSOE, die der Regierung im aktuellen Konflikt ihre volle Unterstützung zugesichert hat - jedes auch nur minimale Zugeständnis gegenüber den Gefangenen als Zurückweichen vor ETA. Die aus der Franco-Diktatur hervorgegangene, extrem nationalistische PP gewann im März 1996 die Wahlen. Sie vertritt zwar die Ideologie der "Unteilbarkeit des spanischen Königreiches", ist aber pikanterweise für eine Regierungsmehrheit auf die Koalition mit den baskischen, katalanischen, kanarischen und galizischen Regionalparteien angewiesen. Dieser Eiertanz hat jetzt an der Frage der Gefangenen zum handfesten Krach zwischen den Koalitionspartnern PNV und PP geführt.

Die bürgerlich-nationalistische PNV, seit jeher die stärkste Partei im Baskenland, muß sich gegenüber ihren WählerInnen einigermaßen glaubwürdig als "Sachwalterin baskischer Interessen in Madrid" präsentieren

können. Gleichzeitig muß sie, um bei den Madrider Herren als akzeptable Koalitionspartnerin zu gelten, die Linie des Anti-ETA-Paktes mittragen. In diesem 1988 geschlossenen "Pakt von Ajuria Enea" sind alle Parteien außer der linken baskischen Herri Batasuna (5) zusammengeschlossen. Das Ziel dieses Bündnisses ist es, Herri Batasuna politisch zu isolieren und ETA militärisch zu zerschlagen. Jegliche Zugeständnisse oder gar Verhandlungen werden kategorisch abgelehnt, oder, besser gesagt, verfolgt: 25 PolitikerInnen der Leitung von Herri Batasuna werden aktuell wegen "Unterstützung der ETA" angeklagt. Ihr Verbrechen: sie haben die Wahlspot-Sendezeit ihrer Partei dazu genutzt, ein Video ausstrahlen zu lassen, in dem bewaffnete und vermummte ETA-Kämpfer der spanischen Regierung Friedensverhandlungen vorschlagen. Während die baskischen PolitikerInnen für ihre Unterstützung der Friedensverhandlungen inhaftiert wurden, bekam General Galindo, ein wegen Entführung und Mord angeklagter Kopf der Todesschwadron GAL (siehe ak 9/95), Haftverschonung, um seine Arbeit als Leiter der Antiterrorismusabteilung des Innenministeriums wieder aufnehmen zu können.

Diese Beispiele machen deutlich, daß Madrid zur Zeit keinerlei Bereitschaft hat, die Situation der Gefangenen auch nur minimal zu verbessern. Andererseits ist diese harte Linie im Baskenland nicht mehr durchsetzbar. Der Präsident der baskischen Regionalregierung Ardanza glaubt, daß "nur ein Wunder den Pakt wieder zusammenbringen kann". Nachdem auch die baskische Sozialdemokratie und die linkssozialdemokratische IU (6) im baskischen Parlament mit der PNV gestimmt haben, ist zumindest vom Anti-ETA-Pakt nicht mehr viel übrig. Ein endgültiger Bruch zwischen PNV und PP aber wäre das Ende der Regierungskoalition - ein hoher Preis für die Aufrechterhaltung der Verstreuung. Auf diesen Widerspruch zielt der Hungerstreik.

"Nachdem sie sich so oft vor Madrid gebeugt hat und auf den Knien herumgerutscht ist, hat die PNV jetzt Rückenschmerzen bekommen. Sie haben deshalb beschlossen, eine andere Haltung einzunehmen und mit ihren Chefs in Madrid Hand in Hand zu gehen. Wir haben uns nicht gewundert, Galindo, Nieto und all die anderen Faschisten, die ihren Haß auf das Baskenland gezeigt haben, frei zu sehen. Die Feinde des Baskenlandes genießen in Madrid Freundschaft, Unterstützung und Zusammenarbeit, so auch die PNV", schreiben die Gefangenen in ihrer Erklärung vom 9. September.

Neuer Wind in Frankreich

Sehr ausführlich und scharf greifen die Gefangenen in ihrem Text den französischen Staat an. Damit reagieren sie auf die verstärkte Repression gegen BaskInnen in ihrem ehemaligen Asylland Frankreich. Bis 1984 hatte Frankreich sich grundsätzlich geweigert, BaskInnen an den spanischen Staat auszuliefern. Weil der spanische Staat in Frankreich keinen legalen Zugriff auf baskische AktivistInnen hatte, bombte und mordete die Todesschwadron GAL hauptsächlich im französischen Teil des Baskenlandes. 28 Menschen starben in den 80er Jahren durch ihre Hand, bis 1986 im Zuge formalisierter europäischer Zusammenarbeit der französische Staat begann, eigenhändig gegen die baskischen Flüchtlinge vorzugehen: Über 350 BaskInnenwurden seitdem an Spanien ausgeliefert oder abgeschoben, über 50 in karibische und afrikanische Länder verbannt, fast 100 unter Hausarrest gestellt und 60 inhaftiert, die sich aktuell ebenfalls am Hungerstreik beteiligen.

In den letzten zwei Jahren und besonders seit dem Antrittsbesuch des spanischen Innen- und Justizministers Mayor Oreja bei seinem französischen Kollegen in diesem Frühjahr hat die Repression in Frankreich eine neue Qualität erreicht: In Paris wurde ein Mammutprozeß gegen 85 französische angebliche UnterstützerInnen der ETA veranstaltet, die Mehrheit von ihnen BretonInnen. Gemäß dem spanischen Innenministerium wurde mit Frankreich vereinbart, zukünftig in Frankreich festgenommene BaskInnen erst in Frankreich zu verurteilen, um sie dann nach Strafende nach Spanien auszuweisen. Das erste Beispiel dieser Art aus dem Mai 1996 zeigt, was damit bezweckt wird: An der Grenze wurde ein ausgewiesener Baske von der spanischen Polizei direkt verhaftet; er soll jetzt in Spanien für das gleiche Delikt nochmal angeklagt werden. Aber die erschreckendste Neuerung ist sicherlich die Übernahme "spanischer Methoden" durch die französische Polizei: Kürzlich haben baskische Gefangene in Frankreich erstmals Anzeige wegen Folter gestellt.

Auch die Angehörigen der baskischen Gefangenen bekamen bei ihrem einwöchigen Solidaritätshungerstreik, der u.a. in Paris stattfand, den neuen Wind zu spüren: Gleich dreimal wurden jeweils um die 40 von ihnen von der französischen Polizei verhaftet. Die Feinde der baskischen Gefangenen (und überhaupt der politischen Gefangenen) sitzen eben nicht nur in Madrid, sondern in allen Hauptstädten der EU - und genau deshalb war der europaweite Hungerstreik der Angehörigen eine richtungweisende Aktion.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega. Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Tel./Fax: 030-2518539

Anmerkungen:

1) ETA spaltete sich 1974 zum letzten Mal in ETA-militar, die Vorläuferin der heutigen Organisation, und ETA politico-militar. ETA-pm gab 1982 den Kampf auf; einige Dutzend ihrer Gefangenen trugen diesen Beschluß jedoch nicht mit und integrierten sich in das Gefangenenkollektiv der ETA-m.

2) Die CCAA lösten sich 1985 auf, einige Gefangene sind aber bis heute im Knast.

3) Die fünf galizischen und neun katalanischen politischen Gefangenen stammen aus den nicht mehr agierenden Organisationen EGPC ("Armee des freien galizischen Volkes") und TLL ("Freies Land"). Mehrere GalizierInnen und KatalanInnen sind auch Teil des baskischen Gefangenenkollektivs.

4) Die PCE(r) spaltete sich Anfang der 70er Jahre von der Kommunistischen Partei Spanien (PCE) ab, als deutlich wurde, daß die Führung der PCE auf eine "Politik der Versöhnung" mit dem Franco-Faschismus setzte. Die GRAPO, der militärische Arm der PCE(r), führt seit 25 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen den spanischen Staat.

5) HB, "Einheit des Volkes", wurde 1978 gegründet und erreicht bei Wahlen im Baskenland um die 13%; drittstärkste Partei im baskischen Parlament.

6) IU, die "Vereinigte Linke", ist ein Bündnis unter Führung der Kommunistischen Partei Spaniens

"Alle in Europa sollen erfahren, was mit den Gefangenen geschieht"

Sie haben sich mit 100 anderen baskischen Menschen in Berlin am Hungerstreik beteiligt. Wer sind sie und was ist das Ziel ihrer Aktion?

Die Aktion wird von Senideak-Gureak getragen, das ist baskisch und heißt schlicht Angehörige. Senideak-Gureak ist ein Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen aus dem Baskenland. Ich spreche hier nicht individuell für mich, sondern für dieses Komitee. Insgesamt beteiligen sich europaweit 540 Angehörige an dieser bis zum kommenden Samstag terminierten Aktion: in Paris, Brüssel, Genf, Kopenhagen, Rom , Lissabon und Berlin. Wir haben uns dazu entschlossen, nachdem seit dem 9.9.96 die erste Gruppe baskischer Gefangener in spanischen und französischen Gefängnissen in eine unbefristete Hungerstreikkette getreten ist. Wir wollen mit dieser Aktion die Aufmerksamkeit auf die Situation der baskischen Gefangenen lenken. Dazu machen wir Straßeninformationen, Besuche bei Organisationen und politischen Parteien. In Berlin hatten wir Gespräche mit Abgeordneten der Grünen und der PDS.

Wie ist die Situation dieser Gefangenen?

Das größte Problem ist die Zerstreuung der 550 Gefangenen auf 62 Gefängnisse in ganz Spanien und sieben Gefängnisse in Frankreich. Ein weiteres Problem ist die Isolation der Gefangenen. Dazu gehört neben der Zerstreuung die Beschränkung der Anzahl und der Dauer der Besuche und die Einschränkung brieflicher Kommunikation.

Die Gefangenen leiden zudem an mangelnder medizinischer Versorgung. Daran sind schon insgesamt neun Gefangene gestorben, sieben in Spanien und drei in Frankreich. Zur Zeit sitzen drei Gefangene mit schweren Erkrankungen noch immer im Knast, obwohl das spanische Strafgesetz in diesem Fall die Freilassung vorsieht. In den Gefängnissen sind unsere Angehörigen außerdem häufig Prügeln, körperlichen Mißhandlungen und Drohungen ausgesetzt.

Was sind die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen?

Ihre zentrale Forderung ist die Rückverlegung aller Gefangenen nach Euskadi (Baskenland) und die Zusammenlegung in ein Gefängnis. Außerdem wird die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und die Respektierung der elementarsten Menschenrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit gefordert.

Gibt es Veränderungen in der Behandlung der Gefangenen zwischen der sozialdemokratischen und der konservativen Regierung in Spanien?

Alle spanischen Parteien, von der linkssozialistischen Vereinigten Linken (IU) bis zu den rechtskonservativen sind sich einig, keine Zugeständnisse an die Gefangenen zu machen, um die baskische Bewegung zu isolieren. Es gab lediglich in diesem Sommer auf Grund der zunehmenden Proteste einige wenige medienwirksame Verlegungen von Gefangenen ins Baskenland. Die Gefangenen wurden nach kurzer Zeit wieder zurückverlegt.

Wie sind Ihre weiteren Pläne nach dem Ende des Hungerstreiks?

Wir wollten mit unserer Aktion den Menschen in Europa Informationen über die Situation unserer Gefangenen geben, damit der Druck auf die spanische Regierung größer wird. Dafür werden wir auch nach dem Ende unseres Hungerstreiks kämpfen. Basis für uns ist die breite Unterstützung für unseren Kampf in Euskadi. Das gibt uns weitere Kraft für unseren Kampf.

Mit Karmele Aramburu sprach Peter Nowak

20. Kampf, Konkurrenz und Kapitulation. Die jüngsten Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan

Hintergründe der jüngsten Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan

Autor: Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommering · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:22

Am 31. 8. 1996 erobern bewaffnete Kräfte der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) gemeinsam mit der irakischen Armee die kurdische Regionalhauptstadt Erbil. Alle Hoffnungen, den seit Mai 1994 bewaffnet ausgetragenen Konflikt zwischen DPK und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) auf dem Wege der Verhandlungen zu lösen, sind erloschen. Die Ursachen und Dimensionen des Konflikts sind aber weitaus komplexer. Eine differenzierte Darstellung der Politik der regionalen und globalen Großmächte wäre zwar nötig, würde aber die irakischen Kurden als Handlungsträger wieder in den Hintergrund drängen. Deshalb versucht dieser Artikel, die Entwicklungen in Irakisch Kurdistan in den Mittelpunkt zu stellen.

Zur Parteiengeschichte

in Irakisch-Kurdistan

Die Gründung der DPK war von Umständen begleitet, die einen Teil des Hintergrundes der innerkurdischen Parteienkonflikte in den folgenden Jahrzehnten bildeten. Im Jahre 1946 gründeten nach dem Vorbild der DPK/ Iran städtische Intellektuelle, Teile kommmunistischer Organisationen und Gefolgsleute von Mulla Mustafa Barzani die DPK. Barzani, der wegen mehrerer Aufstände seit den 30er Jahren sowie wegen seines Engagements für die Republik von Mahabad (der erste und bisher einzige kurdische Staat, der 1946 gegründet und im Dezember desselben Jahres bereits wieder zerschlagen wurde) hohes Ansehen genoß, wurde in seiner Abwesenheit zum Vorsitzenden gewählt. Neben Barzani standen in der Führung der Partei noch ein weiterer Vertreter der religiösen und ein Vertreter der tribalen Elite. Im Jahre 1947 trat geschlossen eine Gruppe um den Rechtsanwalt Ibrahim Ahmad der DPK bei. Die Gruppe forderte aber, daß sich die Partei demokratisierte, daß sie sich nicht auf Stammeskräfte stützte, sich nicht an Großgrundbesitzer, sondern vielmehr an Bauern und Arbeiter anlehnte und sich für eine radikale Agrarreform einsetzte. In der Programmatik und im Führungsanspruch für den kurdischen Befreiungskampf gerieten so DPK und die Irakische Kommunistische Partei (IKP) in Konkurrenz.

Nach dem Sturz der Monarchie 1958 kehrte Barzani aus dem sowjetischen Exil nach Kurdistan zurück, die DPK durfte erstmals legal auftreten. Die Weigerung der Regierung unter Abd al-Karim Qasim, den Kurden politische Autonomie zuzugestehen, führte 1961 zum Ausbruch eines Krieges. In den folgenden Jahren kontrollierten die Peshmerga-Verbände große Teile Irakisch Kurdistans, die Errichtung einer quasi-staatlichen Verwaltung in den befreiten Gebieten diente jedoch vornehmlich zur Versorgung der Peshmerga. In der Partei gab es schwerwiegende Spannungen zwischen einerseits Barzani, dem die militärische Schlagkraft der Partei und seine autoritäre Führungsposition wichtig waren, und andererseits den städtischen Linksintellektuellen, die das Politbüro und Zentralkomitee dominierten. Als Barzani 1964 im Alleingang mit der irakischen Regierung verhandelte, kam es zum Bruch. Barzani setzte sich gegen die Intellektuellen durch und schloß vierzehn von ihnen als "Verräter" aus der Partei aus. Unter den Ausgeschlossenen waren Ibrahim Ahmad und Celal Talabani sowie Nuri Shawais. Letzterer wurde später wieder in die Partei aufgenommen. Die Talabani-Ahmad-Gruppe suchte nach eigenen Wegen. Allerdings kooperierte sie 1966 mit der Zentralregierung. Gegner der PUK nennen Talabani den "câs-i 66". (câs: "Kleiner Esel", Bezeichnung für Kollaborateure)

Im März 1970 verkündete der Kommandorat der Revolution (KRR), das regionale Führungsgremium der 1968 an die Macht gekommenen Baath-Partei ein Manifest, das die Grundlage für Verhandlungen um eine kurdische Autonomie im Irak bilden sollte. Die Weigerung der Baath, die erdölreichen Gebiete von Kirkuk mit in die Autonomie einzubeziehen, die Deportation von zehntausenden Kurden aus Kirkuk und vom Djabal Sindjar, die Nichteinhaltung von Versprechen für einen wirtschaftlichen Aufbau Kurdistans und schließlich zwei Attentate auf Mulla Mustafa, führten dazu, daß die DPK 1974 den Beitritt zur Progressiven Nationalen Front (PNF) verweigerte und vielmehr den Aufstand wagte. Es folgte einer der heftigsten Kriege, der innerhalb von nur einem Jahr fast 60.000 Menschenleben forderte. Die Talabani-Ahmad-Gruppe kämpfte innerhalb der DPK.

Die IKP stand an der Seite der Baath und war Mitglied der PNF. Mit dem zwischen Teheran und Bagdad vereinbarten Algier-Abkommen schloß der Iran Anfang März 1975 die Grenze und schnitt damit die Versorgungswege für die DPK ab. Mulla Mustafa kapitulierte, gegen den Willen der Mehrheit seiner Partei. Kissinger und Shah Reza hatten die DPK militärisch abhängig gemacht. Die kurdischen Gegner der DPK nennen den Zusammenbruch des Aufstandes "a_ batâl" ("leere Mühle") im Sinne von "abgewirtschaftet".

Die Söhne Barzanis hielten Teile der zerfallenden DPK zusammen. Talabani gründete zusammen mit der marxistisch-leninistischen Komela und mit der Sozialistischen Bewegung Kurdistans (SBK) am 1. Juni 1975 die PUK. Nuri Shawais gründete mit anderen ehemaligen DPK-Kadern die Demokratische Volkspartei Kurdistans (Parti Gel). Andere ehemalige Mitglieder und Kader der DPK gründeten sozialistische Parteien. Außer der extrem nationalistischen Sozialistischen Partei der Kurden (PASOK) lauteten die Parteiprogramme der linken, einschließlich der DPK-Provisorische Führung, gleich: Politische Autonomie das Nahziel, ein vereinigtes sozialistisches Kurdistan das Fernziel. Im Jahre 1978/79 mußte auch die IKP wieder in den Untergrund gehen. Zahlreiche kurdische und arabische Mitglieder gingen nach Kurdistan in die befreiten Gebiete. Der Kampf um die Hegemonie in der Befreiungsbewegung erlebte im Krieg von Hakkari (Türkisch Kurdistan) 1978 einen traurigen Höhepunkt. PUK und DPK kämpften um die Versorgungswege in die Türkei und nach Syrien.

Bis Mitte der 80er Jahre bildeten die Parteien wechselnde Bündnisse, um nicht nur das Bagdader Regime, sondern auch sich gegenseitig effektiver zu bekämpfen. In Bezug auf die PUK entwickelte die IKP von vornherein ein konkurrierendes Verhältnis, denn die PUK war die größte sozialistische Konkurrenzbewegung für die IKP. Die revolutionären Programme aller Parteien traten angesichts tagespolitischer Auseinandersetzungen schnell in den Hintergrund. Gründe für Konflikte unter den Parteien, aber auch innerhalb der Parteien war die Haltung gegenüber der arabischen Opposition und die Haltung zu den Regimen in Teheran, vor und nach der islamischen Revolution. Ein anderer wichtiger Grund für die Konkurrenz unter den Parteien ist darin zu sehen, daß die Gründungs- und Führungskräfte derselben Partei, demselben Politbüro und ZK entsprungen sind.

Interessant sind die Entwicklungen innerhalb der "neuen Revolution", wie die PUK den Neubeginn seit 1975 bezeichnet. Als die PUK 1983/84 mit dem irakischen Regime Separatverhandlungen um eine Amnestie und um eine Autonomie führte, verließen zahlreiche Mitglieder der Komela die PUK. Viele dieser Mitglieder finden sich später als Aktivisten in kommunistischen Gruppen. Im Zuge der "Sozialdemokratisierung" , wie die PUK ihre ideologische Wandlung seit der Glasnost und Perestroika nennt, verließen wiederum Mitglieder der Komela die PUK und gründeten linke Gruppen. In der Tat wich die Tagespolitik der PUK stark von in den 70er Jahren verkündeten Prinzipien ab. Das läßt sich anhand der Frage Agrarreform sehr gut nachvollziehen. Unter der Prämisse einer nationalen Einheit machte die PUK weitgehende Zugeständnisse an Großgrundbesitzer und tribale Kräfte. Schließlich scheute sich auch die PUK, Frauen stärker in die politische Arbeit einzubeziehen, weil sie befürchtete, auf die Ablehnung konservativer Unterstützer der Partei, aber auch innerhalb der Partei, zu stoßen.

Von den Anfal-Offensiven zum Aufstand

Von Februar bis August 1988 überrollte die irakische Armee, unterstützt durch den systematischen Einsatz von chemischen Kampfstoffen und mit Hilfe von kurdischen Kollaborateursregimenern die befreiten Gebiete. Die genozidalen Vertreibungs- und Vernichtungsoffensiven von 1988 benannte das Baath-Regime nach der 8. Koran-Sure "Die Beute" (al-Anfâl). Kurdische Kollaborateure, irakische Soldaten und Sicherheitskräfte bereicherten sich am Eigentum der Bauern. Zahlreiche Frauen wurden in den Süden oder in die Golfemirate verkauft. Internationale Menschenrechtsorganisationen beziffern die Zahl der zerstörten Dörfer auf 4.000 und die Zahl der Verschleppten und Vermißten auf 180.000 Menschen. Bei dem Versuch der PUK, während der Anfal-Offensive im Februar/März die Stadt Halabça einzunehmen, reagierte das Regime mit barbarischer Abschreckung. Am 16. März starben etwa 5.000 Menschen qualvoll im Giftgas oder erlagen später ihren Verletzungen. Die Überlebenden des Völkermords wurden in collective towns (mudjammaât) deportiert, riesige, militärisch abgeriegelte Ansiedlungen, in denen Ausgangs- und Arbeitsverbot herrschten und die ehemaligen Bauern zu bloßen Empfängern des irakischen "repressiven Wohlfahrtssystems" wurden. Sie erhielten günstige Kredite, um sich kleine Häuser zu bauen. Über ein Netz von neugewonnenen Kollaborateuren verteilte das Regime Grundnahrungsmittel.

Die Parteien der im Mai 1988 gegründeten Kurdistan-Front (die während der Anfâl keinen koordinierten Widerstand leistete) mobilisierten bereits mit Beginn der Kuweit-Krise ihre Peshmerga-Einheiten im Iran, lehnten aber kategorisch ab, in den Krieg der Alliierten gegen den Irak einzugreifen. Derweil bot die Türkei an, den Peshmerga für militärische Aktionen die Grenze zu öffnen. Kurz vor dem Aufstand amnestierte die Kurdistan-Front alle kurdischen Kollaborateure und rief sie auf, sich einer eventuellen Erhebung anzuschließen.

Der Aufstand im März 1991 war nicht das Resultat von amerikanischer Ermunterung. Er war auch nicht das Resultat von kommunistischer Untergrundtätigkeit. Viele Faktoren wirkten hier zusammen. Der Aufstand war ein Aufschrei der irakischen Kurden gegen die Jahrzehntelange Unterdrückung. Die Nähe der Golfkriegsalliierten und die Nähe der Peshmerga gab vielen Menschen Mut, sich am Aufstand zu beteiligen. Während des Aufstandes, der vor allem von Frauen begonnen wurde, ergriffen Kräfte des zivilen linken Widerstandes die Chance, Räte zur Koordinierung des Aufstandes zu bilden. Sie scheiterten aber erstens an der Tatsache, daß in Irakisch Kurdistan der bewaffnete Widerstand "in den Bergen" politisch höher bewertet wird als der zivile "in der Stadt", und zweitens an der Tatsache, daß -lapidar gesagt- der Aufruf zu einer "sozialistischen Revolution" in den Ohren großer Teile der Bevölkerung befremdlich klang. Dennoch legte die Rätebewegung mit den Grundstein für neue soziale Bewegungen in Kurdistan. Ein weiterer wichtiger Moment im Aufstand war die Befreiung der Stadt Kirkuk. Aber schon Ende März rückte die irakische Armee brutal gegen die befreiten Gebiete vor. Der Widerstand brach aus verschiedenen Gründen zusammen. Es gab keine Koordinierung der Parteien. Amnestierte Kollaborateure, die sich eben noch am Aufstand beteiligt hatten, ließen ihre Waffen fallen. Viele Peshmerga verloren, nachdem sie erlebt hatten, daß die Bevölkerung zwar Einrichtungen des Regimes plünderte, zum Widerstand aber nicht bereit war, die Bereitschaft zum Kämpfen. Vor allem wurde die Bevölkerung von einer Massenpanik ergriffen, weil die Erinnerung an Halabça und die Anfâl nur allzu lebendig war. Bemerkenswert ist die Begründung der PUK, die sie im September 1996 für ihren freiwilligen Abzug aus Suleimaniya gab: Sie erklärte, sie wolle nicht unnötig das Leben der Bevölkerung gefährden und ein zweites Halbaça provozieren; die durch irakische Panzerdivisionen unterstützten Kräfte der DPK marschierten von Dokan und von Ç amçamal auf die 500.000 Einwohner zählende Stadt zu.

"Humanitäre Intervention"

Die Resolution 688 des UN-Sicherheitsrates vom 5. April 1991 (Kuba, Jemen und Simbabwe stimmten dagegen; China und Indien enthielten sich) verurteilt die "Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung" insbesondere in Kurdistan als Gefahren für die internationale Sicherheit. Das bedeutet, daß den Interessen der Nachbarländer Iraks größere Bedeutung beigemessen wurde als den Menschenrechten der Kurden. Die Resolution verlangt außerdem die Gewährleistung der Menschenrechte für alle irakischen Bürger und den Zugang zu allen Hilfsbedürftigen. Die Operation "Provide Comfort" zur Einrichtung der Schutzzone "Safe Haven" und zur Rückführung der Flüchtlinge begann am 16. April. Das Memorandum Of Understanding (MOU) zwischen Bagdad und der UN wurde am 18. April unterzeichnet. Seit dem 19. April gilt nördlich des 36.Breitengrades die Flugverbotszone für irakische Flugzeuge. (vgl. Karte) Da die Flugzeuge zur Luftüberwachung von türkischem Territorium aus starten (Incirlik), entscheidet das Parlament in Ankara alle sechs Monate über die Verlängerung der Operation.

1991 verhandelte die Kurdistan-Front in Bagdad. Das Baath-Regime war zu neuen, über die Autonomiegesetze von 1974 hinausgehende Verhandlungen nicht bereit. Nach den angelaufenen UN-Hilfen für die Kurden brach Bagdad die Verhandlungen ab und verhängte im Oktober 1991 eine Blockade gegen die aufständischen Gebiete. Die Lebensmittel- und Brennstofflieferungen wurden reduziert und bis zum Juli 1992 völlig eingestellt. Bagdad zahlte keine Gehälter an Beamte und Lehrer mehr.

Zeitgleich mit der Verhängung der internen Blockade zogen sich die irakischen Streitkräfte aus weiten Teilen Kurdistans zurück und bildeten gegenüber den Peshmerga-Kräften eine Demarkationslinie. Kurdistan - außer der Alliierten-Schutzzone im Nordwesten - war faktisch Niemandsland. Aus diesem Grund war die Schaffung eigenständiger administrativer Strukturen durch die Wahlen 1992 legitimiert und dringend notwendig.

Nach den Wahlen am 19. Mai 1992 ergab sich eine Pattsituation zwischen DPK und PUK. Um den inneren Frieden zu wahren, einigten sich die Parteien darauf, die Sitze im Parlament und sämtliche Regierungsposten paritätisch zu besetzen sowie auf die Stichwahl für das Präsidentenamt zu verzichten. Nach Art. 15 der irakischen Verfassung in der Änderung von 1974 unterstand der Exekutivrat für die autonom verwaltete Region

Kurdistan dem KRR der Baath. Die Parlaments- und Regierungsbildung entsprach also nicht dem irakischen Staatsrecht. Mit der "Erklärung zur föderativen Union" vom 4.10.1992 betonten die irakischen Kurden gleichwohl, daß sie integraler Bestandteil des Irak bzw. eines demokratischen Iraks bleiben wollen, aber auch auf ihrem Recht auf Eigenständigkeit bestehen.

Faktisch waren große Teile Kurdistan-Iraks der direkten Kontrolle Bagdads entzogen. Das UN-Embargo ermöglichte lediglich die Einfuhr von Lebensmitteln, Medikamenten und Materialien für sogenannte shelter, also keine richtigen Häuser. Die ausländischen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die sich um humanitäre Hilfe für die Kurden in der Region bemühten, hatten gegenüber dem Embargoausschuß und der Türkei darum zu kämpfen, technische Geräte einzuführen. An Ersatzteile für die Industrie oder das Handwerk war nicht zu denken. Die gesamte Versorgung war von den internationalen Hilfslieferungen sowie dem informellen Handel mit Türkei, Iran und dem von Bagdad regierten Irak abhängig. Die kurdische Regionaladministration verfügte bei weitem nicht über so viele Mittel wie die NGOs, die sich auch weitgehend weigerten, mit ihr zusammenzuarbeiten. Die kurdischen NGOs entwickelten sich schnell zu Wirtschaftsunternehmen. Im Rahmen von "Nothilfeprojekten" finanzierten die westlichen Regierungen Wiederaufbauprojekte im ländlichen Bereich. Die zurückgekehrten Bauern wurden in die Lage versetzt, sich selbst zu versorgen. Sie hatten aber Probleme, den Überschuß auf den urbanen Märkten zu verkaufen, da der Mangel an Benzin und die zerstörte Infrastruktur die Produkte zu teuer werden ließen. Ein Sack amerikanischer oder thailändischer Reis war billiger als ein Sack kurdischer. Ein Teil der Wiederaufbauprojekte mußte aber scheitern, weil land- und wasserrechtliche Verhältnisse ungeklärt waren. Das Parlament erließ keine endgültige Entscheidung über den Umgang mit irakischen Agrarreformen, NGOs ignorierten dieses Problem.

In den Städten wuchs die Armut immer mehr. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf 70%. Der Tausch von Gebrauchsgütern (medizinische Geräte, Fahrzeuge, Gold) gegen Lebensmittel wurde für die Bevölkerung überlebensnotwendig.

Während das Hilfsbusiness in die südlichen, von der PUK dominierten Gebiete, in denen sich die größeren Städte befinden, verhältnismäßig wenig investierte, konzentrierten sich die meisten Hilfsmaßnahmen auf den Norden. Die DPK verschaffte sich durch die Nähe zum einzigen Grenzübergang Habur zur Türkei zunächst Vorteile, seit Ausbruch der Kämpfe im Mai 1994 sogar die absolute Kontrolle bezüglich der Zolleinnahmen. Mit dem Geld konnte die DPK nicht nur ihre bewaffneten Einheiten besser finanzieren, sondern auch die Ernte der Bauern aufkaufen und verteilen sowie den Beamten in der Provinz Dohuk höhere Gehälter zahlen.

An diesem Konkurrenzverhalten zeigt sich ein grundsätzliches Problem des kurdischen Widerstands, nämlich der nach wie vor bestehende Einfluß von lokalen Machthabern und Stammesstrukturen. So mobilisierten auch die irakischen Regimes (und vorher die britische Mandatsmacht) immer wieder kurdische Stämme gegen die Nationalbewegung. Während der Landreformen wurden Grundbesitzer mit Verschonung vor Enteignungen belohnt, wenn sie kollaborierten. Ein wesentlicher Teil der militärischen Kräfte gegen die Nationalbewegung in den 80ern bestand aus kurdischen "Stammesmilizen". Eine Reihe dieser ehemaligen Kollaborateure nahm nach dem Aufstand 1991 wichtige Positionen in beiden Parteien ein, die sich dadurch ihren Einfluß auf Kräfte und Regionen sicherten, die vorher nicht mit der Nationalbewegung zusammenarbeiteten. Andere bedeutende Stammesführer gründeten in Nähe entweder zur PUK oder zur DPK ihre eigenen politischen Parteien. Das internationale Hilfsbusiness förderte in Kurdistan die Machterhaltung oder den Machtzuwachs von tribalen Autoritäten, wenn es seine Geschäfte über Stammesführer oder andere lokale Machthaber abwickelte.

Ein weiteres grundsätzliches Problem sind die externen Einflüsse. Die Einmischung anderer Staaten ist vielfältig. Auf der Ebene von Außenministern trafen sich Türkei, Iran, Syrien und später auch Irak regelmäßig zur Erörterung der Lage im Nordirak. Verträge über die gemeinsame Bekämpfung der PKK wurden abgeschlossen und gegen jegliche autonome Bestrebungen polemisiert. Die Türkei schloß mehrmals den Grenzübergang Habur, kontrolliert die Ein- und Ausreisenden. Praktisch ist eine militärische Intervention der Türkei ständig möglich. Ungezählt sind die Luftangriffe auf vermeintliche PKK-Stellungen und Dörfer sowie die Grenzübertritte türkischer Soldaten. Auch an der Demarkationslinie gab es häufig Auseinandersetzungen mit der irakischen Armee. Die Alliierten waren weder willens noch in der Lage, einen effektiven Schutz zu bieten. Sowohl die Luftraumkontrolle als auch das MOU waren bzw. sind von einer jeweiligen Verlängerung abhängig. Die unsichere Situation und der ungeklärte Status von Irakisch Kurdistan stellten Wiederaufbauprojekte in Frage.

Parteienkonflikt

Das sozial-ökonomische und politische Konfliktpotential in der Region verringerte sich durch das Vorhandensein einer kurdischen Administration nicht. Die Parteien, die entgegen den Bestrebungen des Parlaments bewaffnet blieben, untergruben die Autorität der Regionaladministration. Unzufriedenheit und Unsicherheit konnten in einer Atmosphäre der Perspektivlosigkeit schnell zu militanten Aktionen führen. Die Parteienkämpfe boten jedermann die Gelegenheit, im Namen dieser oder jener Partei eine lokale Machtfrage oder eine Landstreitigkeit für sich und seine Verbündeten zu entscheiden bzw. an einer Auseinandersetzung teilzunehmen, weil sie einem Konkurrenten schadet. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß der Anlaß für den Ausbruch bewaffneter Kämpfe zwischen DPK und PUK eine ungeklärte Landstreitigkeit war, in die ein DPK-Funktionär verwickelt war. In der gesamten Region wurden daraufhin die Büros der nicht dominierenden Partei geschlossen und ihre Peshmerga vertrieben. Die andauernden Kämpfe hatten in der Regel lokalen Charakter. Es ging um Versorgungswege, die Loyalität einer lokalen Gruppe zur Partei und strategische Vorteile. So sehr sich auch beide Parteiführungen bemühten, einen Waffenstillstand durchzusetzen, gab es genügend Anlässe für erneute Kämpfe. Innerhalb der Parteien gingen bestimmte Funktionäre und Peshmerga-Kommandeure eigenen Interessen nach und bauten ihre Machtpositionen aus.

Nachdem zur Jahreswende 1994/95 die DPK Shaqlawa - eine Stadt, in der sich zentrale Büros vieler Parteien und Organisationen befanden - und die PUK die Regionalhaupstadt Erbil unter ihre Kontrolle brachte, manifestierte sich die Teilung der Region. Das Teheraner Regime intervenierte während der Parteienkämpfe mehrmals zugunsten der Islamischen Bewegung Kurdistans (IBK) und der DPK, so bei der Einnahme Halabças im Juni 1994. Die PUK mußte es auch dulden, wenn iranische Pasdaran bei der Verfolgung der kurdisch-iranischen Opposition die Grenzen überschritten.

Seit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen den Parteien fühlten sich die USA für die Vermittlung von Waffenstillständen verantwortlich. Als wichtigste Vereinbarung wurde am 11. August 1995 das Abkommen von Drogheda (Irland) unterzeichnet, indem die türkischen Sicherheitsinteressen ausdrücklich anerkannt werden. Eine Bewaffnung der Peshmerga zur Grenzsicherung gegen die PKK wurde jedoch nicht realisiert. Die jüngste Ankündigung der Türkei, eine eigene Sicherheitszone im Nordirak zu errichten, stieß bei den irakischen Kurden, in Bagdad und bei fast allen Regierungen auf entschiedenen Protest, fand aber die generelle Unterstützung der USA.

Im Namen

des Völkerrechts

Die Nachkriegsstrafaktionen der USA gegen irakische Stellungen (1991, 1992) und die neusten Bombardierungen sind einseitige kriegerische Handlungen. Auch die Erweiterung der südlichen Flugverbotszone auf den 33. Breitengrad hat keine völkerrechtliche Grundlage. Die meisten Regierungen argumentierten in ihrer lauten oder leisen Verurteilung der USA denn auch mit der Wahrung der staatlichen Souveränität Iraks.

Es ließe sich aber auch auf Grundlage der Erklärungen der UN-Generalversammlung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker argumentieren, daß den Kurden das Recht auf politische Eigenständigkeit verwehrt bleibt.

Im Jahre 1991 zog sich das Baath-Regime als staatliche Administration freiwillig aus Kurdistan zurück und verhängte die interne Blockade gegen einen Teil ihrer Bevölkerung. Sie behielt in einigen Regionen nördlich des 36. Breitengrades die Macht, während sie in anderen Teilen südlich der Flugverbotszone die Kontrolle an die Kurdistan-Front verlor. Der Rückzug der irakischen Administration aus Kurdistan wäre ein guter Grund mehr gewesen, die politischen Eigenständigkeitsbestrebungen der Kurden anzuerkennen.

Das Baath-Regime wurde für die genozidale Verfolgung der Kurden und die Unterdrückung der Menschenrechte bisher nicht zur Verantwortung gezogen. Die Verschleppung und Ermordung von 8.000 Barzanis 1983 aus dem collective town Qushtepe, die Anfâl-Offensiven von 1988 und die brutale Niederschlagung des Aufstandes 1991 entsprechen Kriterien der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord. (1948, Art. II)

Die Flüchtlinge wurden 1991 aus der Türkei und dem Iran zurückgeführt, ohne daß ausreichender Schutz vor Angriffen oder ausreichende Existenzbedingungen garantiert waren. Die Rückführung der Flüchtlinge widersprach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (Artikel 33), dem auch von allen Alliierten und an der Operation beteiltigten Staaten unterzeichneten Abkommen über die Rechtstellung von Flüchtlingen.

Kurden wurden weiterhin aus dem von Bagdad beherrschten Kirkuk vertrieben. Das Recht auf Rückkehr wurde diesen (wie auch anderen) vom UNHCR verwehrt. Es wird davon ausgegangen, daß insgesamt 500.000 Flüchtlinge aus dem von Bagdad aus regierten Irak in die kurdischen Gebiete geflohen sind. Ein weiteres Problem ergab sich, als etwa 30.000 Kurden aus der Türkei in den Nordirak flohen und sich der UNHCR anfänglich weigerte, das Mandat zu übernehmen. In der jetzigen Kriegseskalation trafen die Türkei und der Iran sofortige Maßnahmen, um eine erneute Massenflucht zu unterbinden. Dieses Argument verwendeten auch die USA für ihre Raketenangriffe.

Das Wirtschaftsembargo gegen den Irak hat für die gesamte Bevölkerung dramatische Konsequenzen und letztlich das Regime stabilisiert. Die Lebensmittelversorgung des Erdölrentierstaates ist miserabel, vormals ausgemerzte epidemische Krankheiten treten wieder auf, das Gesundheitssystems ist weitgehend zusammengebrochen. Neben der Einrichtung von Flugverbotszonen sollte insbesondere das Embargo den Irak destabilisieren. Gleichzeitig geht es aber auch um die Erhaltung des Irak als Markt und die Kontrolle über die irakischen Ölressourcen. Der Mittelstand ist weitestgehend verarmt, qualifizierte Arbeitskräfte werden freigesetzt - für die Zeit nach dem Embargo. Die bisherige Strategie der USA besteht darin, den Prozeß der Erfüllung der UNO-Auflagen in die Länge zu ziehen, um die europäischen Unternehmen am Beginn der Arbeit im Irak zu hindern.

In den diplomatischen Schlachten ging es vor allem um die Kontrolle der irakischen Rüstungsindustrie. (UN-Resolution 687) Die Resolution 688 benennt die maßgeblichen Forderungen an den Irak bezüglich der Aufhebung des Embargos. Auf die Beendigung der Unterdrückung der Kurden wurde jedoch nie gedrängt. Stattdessen erfolgt seit Jahren (außer von Seiten der USA) eine schrittweise Rehabilitierung des irakischen Regimes. Zahlreiche Wirtschaftsabkommen sind unterzeichnet. Die Vorbereitung für den UN-Handel "Food for Oil", der dem Irak den Export von Erdöl und den Import von Lebensmitteln erlaubt, wurde nach der Einnahme Erbils nur kurzzeitig und wegen Sicherheitsrisiken für die UN-Mitarbeiter ausgesetzt.

Rückkehr zur Diktatur

Die DPK hat mit Hilfe des Baath-Regimes den Kampf gegen die PUK um die Verteilung materieller Ressourcen und um die Frage der Hegemonie für sich entschieden. Sowohl DPK als auch PUK wußten, daß sie irgendwann mit diesem Regime wieder direkt konfrontiert sein würden. Insofern ging es den Parteien auch darum, sich in Bezug auf Bagdad die bessere Verhandlungsposition zu schaffen. Die Anfâl hinterließ im Bewußtsein der irakischen Kurden ein tiefes Trauma. Barzani kommt wegen seinem Bündnis in Bedrängnis. Viele Gegner, aber auch Anhänger der DPK können nicht verstehen, daß Barzani mit den Verantwortlichen des Völkermords offen paktiert. Er könnte bestenfalls ein Statthalter werden, wenn das Bagdader Regime ihn nicht selbst ausschaltet. In diesem Zusammenhang ist auch die häufig verwendete Bezeichnung "Bruderkrieg" abzulehnen. Genauso absurd ist der Aufruf der PKK nach der Einnahme Erbils an DPK und PUK zur nationalen Einheit. Die Chancen für eine Aussöhnung zwischen DPK und PUK stehen äußerst schlecht. Die USA werden mit Verhandlungen versuchen, ihren Einfluß zu sichern und ihre konfrontative Position gegenüber den Regimen in Bagdad und Teheran aufrechtzuerhalten.

Durch die Machtübernahme der DPK ist auch der Aufstand von 1991 endgültig gescheitert. Viele neue soziale und politische Bewegungen konnten sich trotz Beeinträchtigung durch die nationalistisch argumentierenden, großen Parteien entwickeln. Die neue Situation bedeutet z.B. für Arbeitsloseninitiativen, Menschenrechtsvereine und überparteiliche Frauenprojekte das faktische Ende.

Trotz des Erfolges scheint die Position der DPK schwach. Sie darf sich unter der Bevölkerung keine Feinde schaffen, muß für Sicherheit sowie wirtschaftliche und politische Perspektiven sorgen. Während das Regime in Bagdad von konkreten Vorstellungen über eine neue Autonomie ausgeht, versucht die DPK ihre Zusammenarbeit mit dem Regime herunterzuspielen und widerspricht jeglichen Abmachungen und Verhandlungen. Stattdessen will Barzani eine neue Regionalregierung bilden. Die DPK richtete an die IBK, die IKP, die assyrischen Christen und die Turkmenen das Angebot, sich an der Macht zu beteiligen. Wie sie das

Baath-Regime an der Fortsetzung seiner unterdrückerischen Politik hindern will, vermag sie nicht zu erklären. Die Reorganisierung der irakischen Geheimdienststrukturen ist in vollem Gange, ohne daß es jedoch zu Aktivitäten kommt, die international für Aufsehen sorgen.

Barzani willigte ein, daß getreu den Bagdader Vorstellungen alle NGOs über Bagdad und nicht die Türkei einreisen müssen. Damit erhält Bagdad die Kontrolle über die Hilfsprojekte auch in Kurdistan. Das Regime hob inzwischen seine Blockade gegen die kurdischen Gebiete auf. Vieles hängt für die DPK davon ab, ob sich die wirtschaftliche Lage für die Bevölkerung verbessern wird. Dann ließe sich das Bündnis mit dem Regime nicht nur als Erfolg gegen die PUK rechtfertigen. Die PUK hat eine entscheidende Niederlage erlitten. Vereinzelt führt sie Guerillaangriffe auf die DPK durch. Es bleibt abzuwarten, ob sie zu einer konstruktiven Politik findet.

Andrea Fischer-Tahir

Christian Pommerening

21. Appell zur Hilfe für bedrängte KurdInnen - initiiert vom Projekt Genocide Watch u.a. Dokumentation

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:21

Nein zur Intervention irakischer Truppen in Kurdistan-Irak und zu allierten Bomben. Nein zur Rückkehr der Gewaltherrschaft Saddam Husseins nach Kurdistan. Sofortige Freilassung aller kurdischen und irakischen Oppositionellen, keine Auslieferung an das Regime in Bagdad! Für kurdische Eigenständigkeit in einem demokratischen Irak!

Am Samstag, den 31.8.1996 griffen irakische Truppen die kurdische Stadt Arbil an. Bombardiert wurden Stellungen des oppositionellen Iraqi National Congress (INC), der Irakischen Kommunistischen Partei und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Dann drangen Panzer der irakischen Republikanischen Garden in die Stadt vor. Damit war Saddam Hussein einem Appell des Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), Masoud Barzani, nachgekommen. Arbil stand seit Beginn des Konflikts zwischen DPK und PUK im Jahr 1994 unter Kontrolle der PUK und war Sitz mehrer irakischer Oppositionsgruppen. Die Türkei und auch die USA waren offensichtlich vorab über die irakische Militäraktion informiert.

Bei den Bombardierungen und Kämpfen kamen mehr als 100 Menschen ums Leben. Angehörige der irakischen Opposition, desertierte irakische Soldaten und führende Mitglieder der PUK wurden festgenommen. Ihre Angehörigen befürchten, das sie an das irakische Regime ausgeliefert werden. Nach bisher unbestätigten Berichten der irakischen Opposition fanden in Arbil nach der Invasion Massenerschießungen und Razzien statt.

Wir verurteilen die Intervention irakischer Truppen auf das Schärfste. Sie stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die UN-Sicherheitsratsresolution 688 vom April 1991 dar, die den Schutz der kurdischen Bevölkerung vor den Übergriffen des Regimes in Bagdad gebietet. Wir erinnern daran, das dieses irakische Regime in den 80ern tausende kurdische Dorfer zerstört und unter Einsatz von Giftgas zehntausende von Menschen ermordet und deportiert hat. Giftgas, das aus von Deutschen gelieferten Produktionsanlagen stammte.

Ebenso verurteilen wir die erneuten amerikanischen Angriffe. Die USA und ihre Alliierten sind für die aussichtslose Lage in Kurdistan und im Irak mitverantwortlich. Ihr Handeln entbehrt angesichts vielfacher, nie geahndeter Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Nahen und Mittleren Osten jeglicher Legitimität.

Wir stellen fest, das der Konflikt zwischen PUK und DPK, der in den letzten zwei Jahren 2.000 Menschen das Leben gekostet hat, die fortgesetzte Einmischung der Nachbarstaaten Iran und Türkei und auch die jüngste irakische Invasion erst möglich gemacht hat. Für die Destabilisierung der kurdischen Eigenständigkeit tragen die Führungen beider Parteien eine schwere Verantwortung.

Nach dem Golfkrieg 1991 war ein Teil des kurdischen Gebiets im Irak zur Schutzzone der Golfkriegsallierten erklärt worden. Doch unter dem Druck und der wirtschaftlichen Blockade der Nachbarstaaten und des Irak und durch das UN-Embargo gegen Bagdad ist dieses Gebiet zu einem der ärmsten und unsichersten Gebiete der Welt geworden. Verarmung und Knappheit waren eine der Ursachen für den Ausbruch des Konfliktes zwischen den beiden großen kurdischen Parteien um Macht und Ressourcen. Die Golfkriegsalliierten waren nicht in der Lage, die kurdische Bevölkerung vor Übergriffen des Irak und der Nachbarstaaten Iran und Türkei zu schützen. Es gab keine Bereitschaft, einer innerkurdischen Versöhnung in Form von ökonomischer Unterstützung und internationaler Anerkennung kurdischer Selbstverwaltung eine solide Basis zu geben. Vor allem aber blieb das irakische Regime, regionaler Buhmann und Rechtfertigungsgrund westlicher Militärpräsenz, weiter an der Macht. Es darf nicht vergessen werden, das es 1991 die Golfkriegsalliierten waren, die nach ihrem Krieg den irakischen Truppen die Niederschlagung der anti-baathistischen Volksaufstände in Kurdistan und im Südirak ermöglichten.

Wir befürchten, das der irakische Einmarsch der Saddam-Diktatur wieder Einfluß und Macht in Kurdistan verschaffen wird, auch wenn sich die irakischen Truppen zurückziehen. Die DPK hat sich, wie berichtet wird, mit dem irakischen Regime auf eine kurdische Autonomie unter Führung Barzanis geeinigt. Eine solche Scheinautonomie bestand im Irak von 1975-91, auch in den Jahren der genozidalen Verfolgung der Kurden durch das irakische Regime.

Wir sind überzeugt, das sowohl das Fortbestehen der irakischen Gewaltherrschaft und ihre Rückkehr nach Kurdistan als auch die willkürliche Sanktionierung der irakischen Bevölkerung jede demokratische Lösung der kurdischen Frage verhindert, das Leid der irakischen Bevölkerung vergrößert und regionale Konflikte schürt. Die einzige Hoffnung auf eine friedliche Zukunft sowohl für die Kurden als auch für die Iraker besteht in der Überwindung der Gewaltherrschaft, weder in irakischer Aggression noch in alliierter Militärgewalt.

Wir sind in tiefer Sorge um das Leben und die Unversehrtheit der gefangenenirakischen und kurdischen Oppositionellen und der Führungsmitglieder der PUK.

Wir richten an Herrn Massoud Barzani, den Vorsitzenden der DPK, den dringenden und persönlichen Appell, die gefangenen kurdischen und irakischen Oppositionellen umgehend freizulassen, die Sicherheit und Unversehrtheit aller Einwohner von Arbil zu garantieren und jede Zusammenarbeit mit dem irakischen Regime einzustellen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Kämpfe und Bombardierungen, die Freilassung aller Gefangenen und den Rückzug sämtlicher irakischer und iranischer Soldaten und Waffen aus den kurdischen Gebieten. Wir fordern, das unabhängige Beobachter und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) Zugang zum Konfliktgebiet und zu allen Menschen erhalten, die während der jüngsten Auseinandersetzungen gefangengenomen wurden.

Wir appellieren an Menschenrechtsgruppen und demokratische Organisationen, an Politiker und Verantwortliche, an die zahlreichen Unterstützer und Freunde der kurdischen Selbstbestimmung, der Demokratie im Irak und eines gerechten Friedens im Nahen Osten:

- gegen die irakische Intervention zu protestieren,

- sich für die Bewahrung der kurdischen Eigenständigkeit im Irak, gegen die Intervention des irakischen Regimes und der Nachbarstaaten und für einen innerkurdischen Versöhnungsprozeß unter internationaler Vermittlung einzusetzen, - sich für die sofortige Freilassung der gefangenen Oppositionellen einzusetzen und ihre Auslieferung an das Regime in Bagdad zu verhindern.

Wir appellieren an die bundesdeutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Bisherige UnterzeichnerInnen (Stand 16.9.96):

AG Junge Genossinnen Leipzig (Peter Wasem, Sprecher) Elisabeth Altmann, MdB (Bündnis90/Grüne), Sabine Baun, Pressesprecherin (Bündnis90/Grüne), Bonn Volker Beck, MdB, Bündnis90/Grüne, Angelika Beer (MdB Bündnis90/Grüne), Kambiz Behbahani, (Bundesvorstand Bündnis90/Grüne), Berlin, Juan Behrend, Generalsekretär (Grüne im EP), Max Böhnel, Journalist, Jerusalem, Dr. Lothar Bormann, Institut für Ethnologie, Leipzig, Gabriele Bozok, MdL, Saarbrücken, Maria Brosch, Koordinationsstelle Frauenpolitik, Fraktion der Grünen, Bonn, Klaus D. Bufe, Oberhausen, Harry Czelee, MdL Sachsen-Anhalt (PDS), Amke Dietert-Scheuer, MdB (Bündnis 90/Grüne), F. Eichstadt-Wohlig, (MdB Bündnis90/Grüne), Bonn, Heinrich Graf von Einsiedel, MdB (PDS), Andrea Fischer-Tahir, Leipzig, Thomas Flick, MdA PDS, Berlin, Fraktion Bündnis90/Grüne Landtag Niedersachsen, Fraktion Bündnis90/Grüne im Landtag von Rheinland-Pfalz, Carsten Freundl, MdA PDS, Berlin, Mathias Gärtner, MdL, Sachsen Anhalt, Carina Groser-Kaya, Leipzig, Friedel Grützmacher, MDL, Rheinland Pfalz, (Bündnis90/Grüne), Gregor Gysi, MdB (PDS), Karin Hagemann, MdL Bündnis90/Grüne, Wiesbaden, Haukari e.V. Frankfurt/ Main- Berlin, Cordula Heilman, Erker, Friedrich Heilmann, Erkner (Bündnis90/Grüne), Rosemarie Hein, MdL, Sachsen- Anhalt, (PDS), Dr. Wolfram Herold, Biophysikalisches Institut Leipzig, Delia Hinz, MdA PDS, Berlin, Barbara Holl, MdB (PDS), Dr. Gabriele Hooffacker, Journalistin, München, Karin Hopfmann, MdA PDS, Berlin, Dr. Ferhad Ibrahim, Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Vorderer Orient, Informationsstelle Kurdistan, Bonn, Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten (INAMO) e.V., Berlin/Nürnberg, Monika Jacobs-Schilling, Landesvorstand SLH, (Grüne), Dr. Ekkehard Janicke, Medienwissenschaftler und Journalist, Hannover, Karsten Jagau, Creglingen, Antje Jansen, Landesvorstandssprecherin SLH (Grüne), W. Jansen, MdB PDS, Bonn, Ulla Jelpke, MdB (PDS), Walter Kaczmarcziyk, MdA PDS, Berlin, Kahina Bildungs- und Informationszentrum Naher u. Mittlerer Osten, Leipzig, Filiz Karsligil, Vorstandsmitglied (Bündnis90/Grüne) NRW, Ulrich Kasten, MdL, Sachsen-Anhalt, (PDS), Heiko Kauffmann, Sprecher von PRO ASYL, Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, Frankfurt, Hannes Kempmann,

Vorstandsmitgl. Internationaler Verein für Menschenrechte Kurdistan (IMK), Hannover, Elke Kerer, MdA PDS, Berlin, Gernot Klemm, MdA PDS, Berlin, Barbara Knopfler, MdL, Sachsen-Anhalt, (Rechtspol. Sprecherin, PDS-Fraktion), Rolf Kohne, MdB PDS, Hannover, Wolfgang Kreißler-Dörfler, MdEP, (Grüne), Gisela Kremberg, Wiss. Mitarbeiterin, Bonn, Marion Krüger, PDS-Berlin, Rolf Kutzmutz, MdB (PDS), Stefan Liebich, MdA PDS, Berlin, Gerhard Lippe, Bonn, Dr. Gesine Lotsch, MdA PDS, Berlin, Volker Lüderitz, MdL, Sachsen-Anhalt, (PDS), Patricia McKenna, MdEP (Grüne), Uwe Melzer, MdA PDS, Berlin, Carlo Ripa di Meana, MdEP (Grüne), Lothar Mippach und weitere Mitglieder der PDS-Ratsfraktion, Leipzig, Eva Müller, MdA PDS, Berlin, Kerstin Müller, MdB (Bündnis90/Grüne), Klaus Müller, Landesvorstandssprecher SLH, (Grüne), Winfried Nachtwei, MdB Bündnis90/Grüne, Prof. Wolf-Dieter Narr, Berlin, Almuth Nehring, MdA PDS, Berlin, Jürgen Neitzert, Franziskaner Anne Nilges, Pressesprecherin Bundesvorstand Bündnis90/Grüne, Bonn, Christian Pommerening, Leipzig, Knut Rauchfuß (Leitung der VSP) Dortmund Jürgen Reents, Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Bonn, Mychelle Rien, Wiss. Mitarbeiterin, Bruxelles, Claudia Roth, MdEP, (Bündnis90/Grüne), Dr. S. Sadek, Soziologin, Leipzig, Giyas Sayan, MDA, PDS-Berlin, Siglinde Schaub, MdA PDS, Berlin, Irmingard Schewe-Gerigk, MdB Bündnis90/Grüne, Bonn, Elisabeth Schroter, MdEP, (Grüne), Marion Seelig, MDA, PDS-Berlin, C. Singer, Künstlerin, Leipzig, Monika Steinhauser, Fraktionsvorsitzende Kreistag Recklinghausen (Bündnis90/Grüne), Manni Stenner, Geschäftsführer Netzwerk-Friedenskooperative, Bonn, Christian Sterzing, MdB (Bündnis90/Grüne), Giann Tamino, MdEP (Grüne), Mehmet Tanriverdi, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde in Deutschland e.V., Köln, Wilfried Telkamper, MdEP, (Grüne), Steffen Tippach, MdB (PDS), Ralf Treustedt (Mitglied der PDS), Leer, Jürgen Trittin (Bundesvorstand Bündnis90/Grüne), version- Fotoagentur, Helmut Weixler, Pressesprecher (Grüne im EP), Dr. Frieder Otto Wolf MdEP (Grüne), Harald Wolf, MdA, PDS, Berlin, Kerim Yildiz, Direktor des Kurdish Human Rights Project (KHRP), London, Christiane Ziller, (Bundesvorstand Bündnis90/Grüne), Ewald Zimmer, Bonn.

Der Appell wurde von Projekt Genocide Watch und Eberhard Walde und Ralf Bäcker, beide ehemalige Projektkoordinatoren humanitärer Hilfe in Kurdistan (Nordirak) initiiert und an die Presse und internationale Institutionen übermittelt.

22. Irakisch-Kurdistan: Neuer Staat - aber keine neue Gesellschaft

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:19

Scheichs sind in Kurdistan eine Art mystischer Lehrer. Ihnen werden zum Teil übernatürliche Fähigkeiten zugeschrieben. Während dies etwas umstritten ist, ist ihre Rolle als Großgrundbesitzer und einflußreiche politische Persönlichkeiten unstrittig. Die beiden führenden Persönlichkeiten in der Politik Irakisch Kurdistans, Mesud Barzani von der "Demokratischen Partei Kurdistans" (DPK) und Djelal Talabani von der "Patriotischen Union Kurdistans" (PUK) stammen aus Familien wichtiger Scheichs. Weniger politische Ambitionen verfolgt der berühmte Scheich Lokman aus Suleymanya. Bekannt ist Scheich Lokman für seine hellseherischen Fähigkeiten. Ein Fall ist besonders im Gedächtnis geblieben: Als im Frühjahr 1991 ganz Suleymanya davon überzeugt war, Saddam Hussein sei am Ende, widersprach nur der Scheich Lokman. Er meinte, es werde noch sieben Jahre dauern. Ob der Scheich nur etwas außergewöhnliches sagen wollte, ob er wirklich ein Hellseher ist oder ob er etwas von der Realität seines Landes sehr klug erfaßt hatte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hatte der Scheich recht. Sieben Jahre, das ist eine symbolische Zahl für einen langen Zeitraum, in dem die Dinge sich vollständig verändern und neu anfangen. Einen solchen Neuanfang hat es nach dem 2. Golfkrieg nicht gegeben und damit auch kein Ende der Ära Saddam.

Was geschah eigentlich im März 1991? Saddams Armee befand sich zu großen Teilen in Auflösung oder Gefangenschaft, revoltierende Einheiten besetzten von Basra aus große Teile des Südens. Die allmächtigen Amerikaner riefen zum Sturz Saddams auf. In diesen Tagen erhob sich Kurdistan und verjagte die Armee innerhalb weniger Tage. Wer erhob sich eigentlich? Die knapp 12.000 aus dem Ausland und den äußersten Grenzregionen eindringenden Peschmerga der kurdischen Parteien hatten zunächst wenig Anteil am Geschehen. Insbesondere im Süden spielten Stadtteilkomitees der linken Opposition eine wichtige Rolle. Das dritte Element jedoch waren die vom Regime organisierten kurdischen Hilfstruppen, die sogenannten "Djasch". Die Djasch waren insbesondere im Norden für den raschen Erfolg des Aufstandes verantwortlich. (1)

Die Djasch kämpften aus Stammessolidarität oder Stammesrivalität, für Geld, für Beute an beweglicher Habe, manchmal inklusive der Frauen oder aus Zwang für die Regierung. (2) Es wäre sicher falsch, eine Einteilung nach dem Motto hie böse Djasch, da gute Peschmerga zu treffen. Trotzdem kann man wohl annehmen, daß die Führer der Djasch, die "Mustaschar" ganz überwiegend aus einem vorübergehenden taktischen Motiv mit Saddam brachen, nämlich weil er am Ende schien. Diese Annahme erwies sich aber bald als falsch.

Nach dem Aufstand verbanden sich die Mustaschar mit einer der großen Parteien oder traten zum Teil sogar wieder in Beziehung zu Saddam. Ihre Machtposition nutzten sie auch weidlich zu ihrem materiellen Gewinn. Aus dem völlig zerstörten Kurdistan wurden tausende von Mähdreschern und Baumaschinen in den Iran verkauft. Allerdings verhielten sich die Führer der politischen Parteien zum "Gemeinwohl" oft nicht solidarischer. Z.B. sprudelte die wichtigste Einnahmequelle Irakisch Kurdistans, die "Zolleinnahmen" für den Schmuggel von irakischem Diesel über die türkische Grenze, in erster Linie in die Privatkasse der Familie Barzani, zu einem kleineren Teil in die Kassen ihrer Partei DPK und überhaupt nicht tropfte es in die Schatullen des Finanzministeriums. Der Bürgerkrieg zwischen DPK und PUK wurde insbesondere um dieses Geld geführt. (3)

Will man die Ereignisse etwas abstrakt betrachten, so gibt es in Kurdistan eine kleine reiche Schicht, die ihren Reichtum daher bezieht, daß sie Truppen befehligt (sei es im Auftrag von Parteien, Staaten oder zum eigenen Wohl), Schmuggelwege kontrolliert oder Hilfsorganisationen auf die eine oder andere Weise anzapft. Als Legitimation diente den Vorfahren dieser Schicht vor allem die Religion, heute oft der Patriotismus, und wo das nicht reicht schlichtweg die Gewalt.

Trotzdem waren die politischen Zustände in Irakisch Kurdistan immer noch besser als unter dem Baath-Regime. U. a. war diese relative Freiheit auch ein bißchen der Uneinigkeit der herrschenden Schicht geschuldet, und das war die gute Seite der viel gescholtenen innerkurdischen Rivalität.

Mesud Barzani

Wenden wir uns zunächst der Politik des Hauptakteurs des letzten Schaustückes dieser Rivalität, der DPK, zu. Mesud Barzani, der Sohn des berühmten Mustafa Barzani ist kein feurig redender Politiker wie sein Gegenspieler Djelal Talabani. Mesud Barzani ist wie sein Vater ein geschickter Heerführer. Während des Zusammenbruchs des Aufstandes übernahm er das Oberkommando auch über Truppen Talabanis - welcher ins Ausland reiste, um internationale Hilfe zu holen - und hielt den irakischen Vormarsch auf. Dies und nicht nur der Name seines Vaters, sorgte dafür, daß die DPK bei den Wahlen im Mai 1992 einen kleinen Vorsprung vor der PUK hatte (46 zu 44%). Wenig populär war dagegen die Politik Mesud Barzanis. Er handelte in Bagdad im Herbst 1991 ein Autonomie-Abkommen aus, in dem er auf mehrere kurdische Provinzstädte u. a. auf das Erdölgebiet Kerkuk verzichtete und dem Irak eine zentrale Kontrolle über den Polizeiapparat in Kurdistan zugestand. Die übrigen Parteien lehnten das Abkommen ab. Obwohl dieses Abkommen nun schon fünf Jahre vom Tisch ist, könnte es auch noch heute das beschreiben, was man sich innerhalb der Familie Barzani und ihrer Ratgeber als politische Lösung für Kurdistan vorstellen könnte. Angesichts der allgemeinen politischen Verhältnisse ist es vielleicht sogar die realistischste Lösung.

Die folgende Entwicklung kann man jedenfalls so deuten, daß die DPK diesen Faden einer Einigung mit Bagdad wieder aufnahm: Im Februar 1995 erklärte der irakische Außenminister anläßlich einer Türkeireise, man stehe in Verbindung mit der "Familie Barzani". Kurz darauf, Anfang März, starten die Kräfte der Opposition eine Offensive gegen das Regime, die DPK hält sich als einzige relevante Kraft heraus. (4) Am 16./17.8.96 brechen wieder schwere Kämpfe zwischen den großen Parteien aus. Am 31. August nehmen Truppen Barzanis und Saddam Husseins gemeinsam die Stadt Erbil ein. (5) Die offen wahrnehmbaren militärischen Vorbereitungen zu dieser Aktion begannen schon eine Woche früher. (6) Die politische und militärische Entscheidung zu einem solchen Schritt ist sicher nicht über Nacht gefallen, also ziemlich sicher schon vor dem Ausbruch der ersten Kampfhandlungen Mitte August. Das von der DPK und Bagdad behauptete direkte militärische Eingreifen des Iran, war also nicht der Grund für diese Aktion. Der rasche Zusammenbruch der PUK zeigt recht deutlich, daß der Iran vermutlich gar nicht eingriff. (7)

Während Barzani nach dem Ausschalten der PUK den Eindruck zu erwecken versuchte, seine Beziehungen zu Bagdad kühlten sich ab, schwärmten der Geheimdienst (Al-Muchabarat), der "Allgemeine Sicherheitsdienst" (Anm. Al-Amm) und der "Spezielle Sicherheitsdienst" (Anm. Al-Chass) aus und durchkämmten das nun unter der Kontrolle der DPK stehende irakische Kurdistan. Wenn die Berichte verschiedener Oppositioneller zutreffen, so scheinen sie sich auf Dauer einzurichten. Am 26. September erklärte der Stiefsohn Saddam Husseins und Botschafter bei der UNO in Genf, Barzan Tikriti, Mesud Barzani sei bereit, ein Abkommen zur Wiederherstellung der irakischen Autorität zu unterschreiben. (8)

Alles spricht dafür, daß die Zusammenarbeit mit Bagdad für die DPK eine langfristige Perspektive darstellt und der gemeinsame Angriff auf Erbil nicht ein Akt der Notwehr einer bedrängten kurdischen Partei war, wie es Sami Abdurrahman von der DPK der Presse darstellte.

Daß es zum Entscheidungskampf der kurdischen Parteien gerade jetzt kam, hängt wohl sicher auch mit der Implementierung des Oil for food-Abkommens zusammen, dessen Implementierung zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Kämpfe in einem Monat erwartet wurde. (9) Saddam Hussein soll diesem Abkommen nur widerwillig zugestimmt haben - fünf Jahre lang hatte der Irak sich gegen ein solches Abkommen als Eingriff in seine Souveränität gewehrt. Die Probleme, welche Saddam mit diesem Abkommen haben dürfte, sind vielfältig: Das kurdische Gebiet bekommt etwas ab, ebenso als Reparationszahlung auch Kuwait, die UNO bekommt Einfluß auf die Verteilung von Lebensmittelkarten im Irak und vor allem verliert Saddam sein Hauptargument für die völlige Aufhebung der Sanktionen, denn die Not der irakischen Bevölkerung wird gelindert. Ein weiterer Punkt ist, daß nach der Implementierung dieses Abkommens nicht mehr sicher ist, ob die UNO und die Türkei bei dem Schmuggel von Dieselkraftstoff über die türkische Grenze auch weiter ein Auge zudrücken. Dieses Problem hatte Saddam Hussein mit Mesud Barzani gemeinsam. Selbst wenn der Schmuggel unvermindert weitergegangen wäre, so hätte doch dieser Trumpf im Kräfteverhältnis von DPK und PUK an Bedeutung verloren. Im Gebiet der PUK wären auch viel mehr Lebensmittel und Medikamente verteilt worden, weil in ihrem Machtbereich mehr Menschen lebten. Es ist anzunehmen, daß bei der Organisation der Verteilung auch für die lokale Verwaltung etwas abgefallen wäre, ebenso wie diese auch schon die Hilfsorganisationen angezapft hat. Talabanis Position wäre so oder so gestärkt worden.

Diese Probleme sind nun beseitigt, Barzani beherrscht bis auf Randgebiete Irakisch Kurdistan und Saddam kann aus einer gestärkten Position heraus der UNO mehr Einfluß auf die Verteilung der Lebensmittel abtrotzen, als er noch im August gekonnt hätte.

Die Rolle der USA

Ein paar Worte sollten noch zur Rolle der USA gesagt werden: Einerseits erlitt die Irak-Politik der USA einen schweren und wohl entscheidenden Rückschlag. Das von den USA geschaffene Oppositionsbündnis "Iraqi National Congress" ist aus dem Irak vertrieben und über 100 Mitarbeiter wurden in Erbil ermordet. Nicht nur der Versuch, einen Umsturz im Irak herbeizuführen, ist wohl gescheitert, die ganze Eindämmungspolitik der USA, die ohnehin international so recht nur noch von Großbritannien unterstützt wird, gerät ins Schleudern und wird nach einer möglichen Einigung Barzanis mit Bagdad weiter an praktischer wie moralischer Grundlage verlieren.

Andererseits begünstigten die Schritte Washingtons die neue Entwicklung. Die USA widersprachen weder der Darstellung von einem direkten Eingreifen des Iran, noch griffen sie irakische Truppen und militärische Einrichtungen im Norden des Landes an. Daß die USA die Flugverbotszone im Süden ausweiteten, dort wo sie niemanden schützt, während das halbe kurdische Gebiet im Norden außerhalb der nördlichen Flugverbotszone liegt, war ein weiteres Signal, daß die USA nur in Richtung Kuwait Saddam gehörig auf die Finger klopfen würden. Wer es moralisch ausdrücken will: die USA verteidigen am Golf Ölquellen und keine Menschenrechte.

Mag sein, daß es für dieses Mitspielen praktische Gründe gab, wie den Widerstand Frankreichs und der Türkei. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß man in Washington die Chance sah, mit etwas Schaden aus einer verworrenen Situation herauszukommen. Nicht nur daß man mit der Destabilisierung des Regimes Saddam Husseins zwar voran, aber nicht zum Ziel kam, allmählich wurde auch der iranische Einfluß in Kurdistan größer - und den einzudämmen war ja schon lange die weltpolitische Rolle Saddams.

Die herrschende Klasse Kurdistans hat sich hinter Barzani gesammelt, auch ein Teil der Stammesführer, die zuvor mit der PUK zusammenarbeiteten, sie wird sich auch bald mit Saddam arrangieren, so weit der sie brauchen kann. Man hat auch das kurdische Parlament wiedereröffnet, obwohl dessen Amtszeit eigentlich abgelaufen ist.

Betrachtet man die Verhältnise sehr abstrakt, so haben sich der Irak Saddams und das Kurdistan Barzanis ein Stück angeglichen. In beiden Ländern gibt es eine dominierende Macht, auch wenn Barzani noch andere Parteien, wie die Kommunisten, die Vertreter der assyrischen Minderheit, islamische Parteien usw. duldet. Die wichtigen Posten des Staates sind in Kurdistan wie im übrigen Irak in der Hand einiger loyaler Großfamilien. Der politische Standort bestimmt sich, wenn auch nicht immer freiwillig, durch die Gefolgschaft zu Gott, zur Nation, zum Parteivorsitzenden, zum Agha oder Scheich.

Der ganze Irak hat eine Chance verloren, eine Chance zwar nach den Maßgaben der USA, aber immerhin eine Chance. Daß diese Chance wohl vertan ist, liegt für mich nicht in erster Linie an der Politik der Großmächte und Nachbarstaaten oder der Uneinigkeit der Kurden (Stichwort "Bruderkrieg" als wäre die kurdische Gesellschaft eine große Familie). Auf den Punkt bringend könnte man vielleicht sagen, daß das Projekt Kurdistan einen neuen Staat aber keine neue Gesellschaft meinte und daß so der neue Staat fast wieder der alte geworden ist, einstweilen noch im übertragenen Sinne.

Jan Keetmann

Anmerkungen:

1) Die beste Schilderung des Aufstandes findet sich bei Lissy Schmidt, Wie teuer ist die Freiheit?, Köln, 1994.

2) Zur Djasch, siehe Genocide in Iraq, The Anfal Campaign Against the Kurds, New York, 1993, ISBN 1-56432-108-8, S. 161 ff. und zum Verhältnis kurdische Gesellschaft/Staat: M. M. v. Bruinessen, Agha Scheich und Staat, Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin, 1989.

3) Vgl. u.a. WoZ 3.6.94, ak 368 vom 6.7.94, Cumhuriyet vom 24.1.95 (unter Bezug auf The Independent) und Financial Times vom 10.9.96.

4) WoZ 10.3.95

5) Darstellung in ak 394, 19.9.96.

6) Mitteilung des Zentralkomitees der Irakischen Kommunistischen Partei vom 11.9.96.

7) Vergleiche auch ak 394 und WoZ 13.9.96.

8) Al-Hayat 26.9.96

9) Das sogenannte "Oil for food"-Abkommen mit der UNO sieht vor, daß der Irak für jeweils sechs Monate für 2 Mrd. Dollar Öl verkaufen darf, wofür dann Lebensmittel und Medikamente eingekauft werden, die unter UN-Aufsicht im Irak verteilt werden. Nach dem Angriff auf Erbil hat UN-Generalsekretär Boutros Ghali dieses Abkommen erst einmal auf Eis gelegt.

23. Libanon nach dem Bürgerkrieg. Teil 3: Ökonomische Krise und soziale Spannungen

Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:25

1992 war es dem libanesischen Staat mit syrischer Hilfe gelungen, seine Autorität über das Staatsgebiet unter Ausnahme der israelisch besetzten Gebiete im Süden wiederherzustellen. Während der Staat zwar die innere Sicherheit militärisch im Griff hatte, schienen die ökonomische Krise und die damit verbundenen sozialen Spannungen außer Kontrolle zu geraten.

Nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Herbst 1992 wurde der Milliardär Rafiq al-Hariri mit der Regierungsbildung beauftragt. In die Fähigkeiten des erfolgreichen Unternehmers mit saudischer Affinität wurden im In- und Ausland große Erwartungen gesetzt. "Ein Mann, mit dem wir zusammenarbeiten können", hieß es in Washington. Und auch der libanesische Gewerkschaftsverband CGTL erklärte, Hariri sei ein Regierungschef, mit dem man "konstruktive Zusammenarbeit" suche. (1)

Kriegsschäden

Die Bevölkerung erwartete von der neuen Regierung in erster Linie eine schnelle Beseitigung der materiellen Kriegsschäden und der infolge der Kriegshandlungen eingetretenen Mißstände. Fast 800.000 Menschen, etwa ein Drittel der Bevölkerung, waren zu Flüchtlingen geworden. Wer die Möglichkeit hatte, und das traf überprozentual für die am besten ausgebildeten Kräfte zu, war ins Ausland emigriert. Zahlreiche Familien waren durch Tod, Verwundung oder "Verschwinden" eines oder mehrerer Angehörigen und/oder Verlust von Eigentum in wirtschaftliche Not geraten. (2)

Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität war nicht gewährleistet, Abwasserkanalisation defekt oder nicht vorhanden, mehr als 86.700 Wohnhäuser, mindestens 500 Schulen und zahlreiche Industrieanlagen waren zerstört, Straßen in schlechtem Zustand, das Telefonnetz war kaum noch funktionstüchtig. Die wirtschaftliche Produktivität war weit unter ihr Vorkriegsniveau gesunken, die öffentliche Verwaltung ineffizient und korrupt.

Die Inflationsrate im Jahre 1992 betrug etwa 130%, der Staatshaushalt wies seit Jahren ein Defizit von rund 85% auf. 1991 war der Fehlbetrag erstmalig auf 57% gesunken. (3)

Horizon 2000

Da der Libanon die auf rund 15 Milliarden US-Dollar geschätzten Kosten für den Wiederaufbau des Landes nicht selbst aufbringen konnte, hoffte die Regierung auf Anleihen und Hilfen aus dem Ausland. Der ambitiöse 10-Jahres-Wirtschaftsplan der Regierung mit dem Namen Horizon 2000 steckte die Ziele öffentlicher Investitionen für die Periode von 1993-2002 ab. Der Plan sah Ausgaben von rund 10 Milliarden US-Dollar vor, die Hälfte davon sollte durch Auslandsanleihen finanziert werden. (4)

In der Überzeugung, daß allein Privatinvestitionen die Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit sich brächten, jene aber nur unter der Voraussetzung einer modernen Infrastruktur zu gewinnen seien, wurde der Löwenanteil der staatlichen Investitionen für die Bereiche Elektrizität, Telekommunikation und Transport vorgesehen.

Dagegen sollten die produktiven Sektoren wie Landwirtschaft und Industrie wesentlich weniger erhalten. (5) Den Schwerpunkt der libanesischen Wirtschaft würde in Zukunft wieder der Handels-, Finanz- und Dienstleistungsbereich einnehmen, so daß auch der Aufbau eines neuen Handelszentrums in der Beiruter Innenstadt - das alte war zu 24% zerstört (6) - zu den Prioritäten der Hariri-Regierung gehörte.

Solidere

Der Wiederaufbau des alten Stadtzentrums, das einst als Ort des bereichernden Zusammenlebens der diversen Gemeinschaften und sozialen Schichten galt, wurde von vielen als Symbol für die zukünftige Entwicklung sozialer Beziehungen im Land empfunden.

Schon vor der Amtsübernahme Hariris wurde im Jahre 1991 von Parlament und Regierung entschieden, den Wiederaufbau des 130 Hektar großen Stadtzentrums einer noch zu gründenden privaten Immobiliengesellschaft zu übertragen.

Der staatliche Entwicklungs- und Wiederaufbaurat (CDR) hatte die Ausarbeitung von Plänen für den Wiederaufbau des Geschäftsviertels in Auftrag gegeben, die 1991 vorlagen. Die Kosten für die Studien, rund 7 Millionen US-Dollar, trug jedoch nicht der Staat, sondern eine Tochtergesellschaft der privaten Hariri-Foundation. (7)

Ende Dezember 1992 wurde die Immobiliengesellschaft Solidere (8) gegründet, an die der Staat seine Rechte zur Planung und Durchführung des Projekts abtrat. Solidere habe Modellcharakter, wurde vom CDR hervorgehoben. Daß zu den 12 Gründungsmitgliedern drei saudische Geschäftsleute und ein Vertreter Hariris gehörten, konnte nicht überraschen, warf aber viele Fragen auf, nicht zuletzt nach der Verquickung von persönlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen des Regierungschefs. (9)

Grund- und HauseigentümerInnen des Innenstadtbezirks wurde jede Möglichkeit zum privaten Wiederaufbau genommen; für ihre Eigentumsverluste wurden sie mit Aktien der Gesellschaft entschädigt. Dabei wurden Quadratmeterpreise zur Grundlage genommen, die um ein vielfaches niedriger lagen als in der Vorkriegszeit, so daß sich manche ehemalige EigentümerInnen als enteignet betrachteten.

Der Rekonstruktionsplan sieht die Errichtung gigantischer Neubauten vor, die öffentliche Verwaltungen, Büroräume, Luxushotels und -geschäfte beherbergen, eine Nutzung durch Menschen mittlerer oder gar unterer Schichten dagegen ausschließen werden. KritikerInnen sehen hier eine Insel des Reichtums entstehen, der jegliche integrative Funktion abgeht.

Während die Diskussion um Abriß oder Erhalt historischer Bauwerke, darunter einige aus ottomanischer Zeit und dem Mittelalter, durch eiliges Demolieren von 300 Gebäuden (10) beendet und das Viertel rund um den Platz der Märtyrer im Sommer 1994 eingeebnet wurde, tauchte nun ein neues Problem auf, das nicht in einer Nacht- und Nebelaktion zu lösen war: Unter den Kriegsruinen kamen umfangreiche phönizische Stadtreste und Fundstücke anderer Epochen zutage.

Daß sie nicht den geplanten Tiefgaragen geopfert werden, haben sie dem internationalen Interesse und ihrer zukünftigen Vermarktbarkeit als Touristenattraktionen zu verdanken und den ohnehin mangels Kapitalfluß gedrosselten Bautätigkeiten. Als kulturelles Erbe sollen die Ruinen der "ältesten Stadt der Welt" auch das dringend erwünschte Nationalgefühl heben.

Staatsverschuldung

und Armut

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Hariri hat bisher darin bestanden, Kredite aufzunehmen und sie zum größten Teil in infrastrukturelle Bereiche zu stecken, um ausländische Investoren anzuziehen. Vorhandenes Kapital potentieller einheimischer Investoren wird durch attraktiv hohe Zinsraten für Staatsanleihen dem Staat anstatt produktiven Bereichen wie Industrie oder Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Mehrere Probleme entstehen hieraus: Zum einen bleibt die wirtschaftliche Entwicklung extrem anfällig für politische Instabilität in der Region, wie z.B. die Aggressionen Israels gegen den Libanon im Sommer 1993 und Frühjahr 1996 gezeigt haben. Durch Krieg oder Kriegsdrohungen ist Israel jederzeit in der Lage, der libanesischen Ökonomie empfindliche Schläge zu versetzen. Privatinvestitionen sind weit hinter den Erwartungen der Regierung zurückgeblieben, nicht zuletzt wegen des Abbruchs der syrisch-israelischen und der daran gekoppelten libanesisch-israelischen Verhandlungen. Zum anderen hat die Kreditaufnahme der letzten Jahre zu einer Verschuldung geführt, deren Tilgung 1997 den Staatshaushalt mit 42,35% belasten wird. (11) Zum Vergleich: 1993 betrug dieser Posten 24,4%. (12)

Diese rapide steigenden Ausgaben für den Schuldendienst gehen zu Lasten dringend notwendiger sozialer Aufgaben wie z.B. das Bildungs- oder Versicherungswesen, die Rücksiedlung der Kriegsvertriebenen oder die Schaffung preisgünstigen Wohnraums. Dies veranlaßt die Regierung zu immer höheren indirekten Steuern in Bereichen, die Lohnabhängige am härtesten treffen (Benzin, Importwaren (13) und Verwaltungsgebühren) und die sich niederschlagen auf Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Transporte, Medikamente und Behandlungen,

Schulgebühren usw., während z.B. die direkten Steuern auf Unternehmensprofite konstant bei 10% stehenbleiben. (14)

1993 galt ein Drittel der Bevölkerung, das sind etwa eine Million Menschen, als arm, ein Viertel davon als extrem arm. Als Armutsgrenze war hier ein Monatseinkommen von umgerechnet 618 US-Dollar angenommen worden, mit dem eine Fünf-Personen-Familie die notwendigsten Ausgaben für Lebensmittel, Miete, Ausbildung, Gesundheit begleichen konnte, während als extreme Armutsgrenze ein Einkommen von 306 US-Dollar angesehen wurde, mit dem eine Familie ausschließlich ihren Lebensmittelbedarf decken konnte. (15) 1994 betrug der staatlich festgelegte Minimallohn, der ungelernten Arbeitskräften ausgezahlt wird, aber nur 120 US-Dollar.

Armee im Einsatz

gegen sozialen Protest

Die Antwort der Regierung auf die zunehmende Verarmung der Bevölkerung lautete bislang, daß die positiven Effekte von privaten Investitionen und steigender Wachstumsrate nach und nach durch alle Schichten sickern würden. Doch bislang hinkten Lohnerhöhungen den Lebenshaltungskosten hinterher. Der "konstruktive Dialog" der Gewerkschaften mit der Hariri-Regierung hatte zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt.

Im Juli 1995 rief der größte libanesische Gewerkschaftsverband, die Generalunion libanesischer Arbeiter (16) (CGTL), zu Demonstrationen auf, nachdem die Regierung einer Gehaltserhöhung für LehrerInnen zugestimmt, diese jedoch umgehend an eine 38%ige Erhöhung der Benzinpreise gekoppelt hatte. Die Botschaft der Regierung war klar: Jede weitere Lohnerhöhung würde ebenfalls auf diese Art und Weise auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Demonstrationen fanden trotz Verbotes in verschiedenen Städten statt, wo Sicherheitskräfte Dutzende von Personen verhafteten. Das erste Mal seit Bürgerkriegsende hatte eine Regierung ihre Entschlossenheit gezeigt, sozialem Protest mit Gewalt zu begegnen.

Eine weitere Zuspitzung erfuhr der Konflikt im Februar 1996, als ein breites Spektrum quer durch alle konfessionellen Gruppen von Gewerkschaften, Berufsverbänden und politischen Parteien zum Generalstreik und zu regionalen Demonstrationen in allen größeren Städten aufrief, um die Regierung endlich zu einer Änderung ihrer Wirtschafts- und Medienpolitik (s.u.) zu bewegen. (17)

Die Regierung verbot auch diese Demonstrationen und ermächtigte die Armee, alle notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit einzuleiten. Die Armeeführung verhängte über alle Städte, in denen Demonstrationen geplant waren, am Streiktag eine Ausgangssperre. An wichtigen Verkehrsknotenpunkten fuhren gepanzerte Fahrzeuge auf, alle Hauptverkehrsstraßen wurden von Soldaten überwacht. Während die Armee den Generalstreik nicht unterbinden konnte, sondern durch die Ausgangssperre eher zu seiner Einhaltung beitrug, verhinderte das Demonstrationsverbot, daß das Ausmaß der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Regierungspolitik weithin sichtbar werden konnte.

Einschränkung der Medienfreiheit

Wie erwähnt hatten sich einige Forderungen des Streikbündnisses auf die Medienpolitik der Regierung bezogen.

Im Januar 1992 hatte die Nachkriegsregierung bereits versucht, "Ordnung" in die Medienlandschaft zu bringen. Rund 50 Fernseh- und 150 Rundfunkstationen existierten im Libanon, von denen die meisten in der Zeit des Bürgerkriegs entstanden waren und ohne staatliche Lizenz operierten. Anfang 1994 wurde den privaten audiovisuellen Medien erstmalig untersagt, politische Nachrichten und Sendungen auszustrahlen. Da viele Sendeanstalten mit einzelnen Politikern oder politischen Organisationen verbunden waren, wurde die öffentliche Diskussion um das neue Mediengesetz bis ins Parlament hinein ausgesprochen heftig geführt. Ende Juli wurde das Sendeverbot rückgängig gemacht, doch das Tauziehen war damit nicht beendet.

1996 reichten 63 Stationen ihre Anträge auf Zulassung beim Nationalen Medienrat ein. Die Entscheidung des Rates über die Anträge wurde zu einer Zeit bekanntgegeben, in der die Gefahr einer neuerlichen parlamentarische Debatte gebannt war: die Periode zwischen dem Abtreten des alten und der Einführung des neuen Parlaments, dessen Neuwahlen im September 1996 abgeschlossen waren (s.u.).

Nach dem Beschluß des Medienrats sind nunmehr vier TV- und vier Rundfunkanstalten zugelassen, die politische Programme, sowie acht Radiostationen, die nicht-politische Programme senden dürfen.

Befürchtungen, daß oppositionelle Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollten, scheinen hiermit bestätigt: Nicht zugelassen wurden u.a. die der KPL nahestehenden TV- und Rundfunksender und die Radiostation der Kataeb, während den Anstalten, die Ministerpräsident Hariri (FutureTV und Radio), dem Bruder des Innenministers Murr (MTV und Radio Mont-Liban) sowie dem Parlamentspräsidenten Berri (TV und Radio NBN) zugerechnet werden, ein nahezu vollständiges Nachrichtenmonopol zukommt. (18)

Eine Ausnahme bildet allein der Fernsehsender LBCI, früher im Besitz der Forces Libanaises, der heute verschiedenen, hauptsächlich maronitischen Geschäftsleuten und Politikern gehört und als regierungskritisch gilt.

Wahlen

Im September 1995 lief die Amtszeit Präsident Hrawis ab. Die Neuwahl des Staatspräsidenten durch das Parlament hätte die Wahl eines weniger syrienfreundlichen Kandidaten und daraufhin die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten zur Folge haben können. (19)

Weder Premier Hariri noch Syrien konnten an diesen Möglichkeiten Gefallen finden; beide Seiten setzten sich für die Wiederwahl Präsident Hrawis und der dazu notwendigen Verfassungsänderung ein. Hrawis Amtszeit wurde um drei Jahre verlängert, Hariri blieb Ministerpräsident.

Im Sommer 1996 fanden an fünf aufeinanderfolgenden Sonntagen Parlamentswahlen statt, jeden Sonntag in einer anderen der fünf Provinzen, was aus verwaltungstechnischen und Sicherheitsgründen notwendig zu sein schien. (20)

Vorausgegangen waren kontroverse Diskussionen um das neue, kurzfristig eingeführte Wahlgesetz, das aus allen Provinzen Wahlkreise machte außer dem Mont-Liban, der in kleinere Wahlkreise auf Bezirksebene eingeteilt wurde, um die Wahl eines bestimmten Kandidaten, nämlich Walid Junblatts, abzusichern. (21) Die Verfassungsklagen, die gegen das Wahlgesetz eingereicht wurden, konnten jedoch die Durchführung der Wahlen nicht mehr verhindern.

Die Opposition gegen die Wahlen blieb verglichen mit der Boykottbewegung von 1992 schwach; viele maronitische ChristInnen sahen inzwischen den Boykott von 1992 als ein Eigentor an, das ihrer Meinung nach radikalen und pro-syrischen Kräften wie z.B. Hisbullah geholfen hatte, ins Parlament einzuziehen. Während die Nationalliberale Partei von Dory Schamun und Kreise um Ex-Präsident Jemayel und General Aoun am Boykott festhielten, nahm die Kataeb ebenso wie manche muslimische Kandidaten, die 1992 die Wahlen boykottiert hatten, diesmal am Wahlkampf teil.

Die Gesamtwahlbeteiligung lag bei 44%, während sie 1992 mit 28,7% angegeben wurde. (22) Die noch immer relativ niedrige Wahlbeteiligung wurde von Innenminister Murr mit der hohen Zahl der wahlberechtigten Emigranten erklärt, die ihre Stimmen nicht hätten abgeben können, während oppositionelle Kräfte die geringe Wahlbeteiligung mit der vorhandenen Stimmung in der Bevölkerung, die Endergebnisse der Wahlen ständen sowieso von vornherein fest, erklärten. Extrem zahlreiche Manipulationen und Unregelmäßigkeiten vor und während der Wahlen waren nicht dazu angetan, diese Haltung zu verändern.

Tatsächlich siegten in allen Provinzen KandidatInnen der Regierungslisten, doch kamen auch einzelne oppositionelle Kandidaten mit starken Mehrheiten durch.

Eine Entscheidungsschlacht zwischen Kandidaten der Hisbullah und Amal wurde auf syrischen Druck verhindert; sie kandidierten auf einer Liste, was u.a. dazu führte, daß Hisbullah einen Sitz verlor.

Die Kataeb konnte keinen ihrer Kandidaten durchbringen. Die wenigen Kandidaten der Linken und des Gewerkschaftsverbandes CGTL erhielten zwar bis zu 35% der Stimmen ihrer Wahlkreise, schafften jedoch den Sprung ins Parlament nicht. (23)

Die Ära der "Troika" Hrawi-Hariri-Berri mit ihrer unsozialen Wirtschaftspolitik und den Einschränkungen demokratischer Rechte ist also noch nicht vorüber. Zusammenstöße mit der Opposition, die sich gegen die Regierungspolitik zu formieren begonnen hat, können nicht ausbleiben. Welche Formen sie annehmen

werden, wird stark von syrischer Einflußnahme abhängen. Libanons "Schwesterstaat" will heute den Prozeß der Befriedung, jedenfalls solange seine Truppen im Land sind, nicht gefährdet sehen.

Quellen und Anmerkungen:

1) Vgl. L'Orient-Le Jour, 24.10.1992.

2) Zahlenangaben über die Kriegsopfer werden sehr unterschiedlich angegeben. Tote: 65.000-150.000, Verwundete 84.000-200.000, Verschwundene etwa 17.000, Kriegsverletzte mit bleibenden Behinderungen etwa 10.000.

3) Zu den genannten Zahlen vgl.: The Beirut Review, No. 4, Fall 1992, Beirut, S. 132 und S. 232; Volker Perthes: Der Libanon nach dem Bürgerkrieg, Baden-Baden 1994, S. 34 ff. und S. 42; Antoine Haddad: The Poor in Lebanon, in: The Lebanon Report, No. 2, Summer 1996, Beirut, S. 38.

4) Vgl. The Horizon 2000 Plan, in: The Beirut Review, No. 5, Spring 1993, Beirut.

5) Vgl. Antoine Haddad: The Poor ..., S. 40. - Haddad nennt Zahlen von 4,8% für die Landwirtschaft und 3,4% für die Industrie.

6) L'Orient-Le Jour, 11.1.1992.

7) Vgl. Nabil Beyhum, The Crisis of Urban Culture: The Three Reconstruction Plans for Beirut, in: The Beirut Review, No. 4, Fall 1992, Beirut, und Monday Morning, 9.-15.3.1992.

8) "Solidere" steht für: Société Libanaise pour le Développement et la Reconstruction du Centre Ville de Beyrouth.

9) Hariri erklärte, seine Baugesellschaft Oger Liban werde sich nicht an den Ausschreibungen für die Aufbauarbeiten beteiligen. Vgl. Volker Perthes: Der Libanon ..., S. 82. Er wies auch Verwandte an, keine öffentlichen Aufträge anzunehmen.

10) Die meisten darin lebenden Flüchtlingsfamilien wurden, soweit sie libanesische Staatsangehörigkeit besaßen, mit unterschiedlich hohen Summen abgefunden.

11) ECOnews, 12.9.1996.

12) as-Safir, 16.2.1996.

13) 80% der Waren werden importiert.

14) Diese 10% vom Gewinn sind die einzigen direkten Steuern, die ein Unternehmen im Libanon abzuführen hat.

15) Vgl. Antoine Haddad: The Poor ..., S. 36.

16) Confédération général des travailleurs du Liban.

17) Zu dem Streikbündnis gehörten nicht nur Gewerkschaften, sondern auch politische und soziale Organisationen und Parteien wie z.B. Hisbullah, Nationalliberale Partei (Shamoun), Kataeb, Organisation für kommunistische Aktion Libanon (OKAL), Syrisch-Nationale-Soziale Partei (SNSP), Nasseristische Volksunion (Maaruf Saad), KPL, Rat der libanesischen Frau, Komitee zur Verteidigung der Rechte der Mieter u.a.

18) Vgl. L'Orient-Le Jour, 17.9.1996. Die Nachrichten der staatlichen Anstalt Tele-Liban sind mit denen von FTV oder MTV inhaltlich identisch.

19) Gemäß der Verfassung ernennt der Staatspräsident nach Konsultation mit dem Parlamentspräsidenten den Ministerpräsidenten.

20) Mont-Liban (18.8.), Nord-Libanon (25.8.), Beirut (1.9.), Süd-Libanon (8.9.), Beqaa (15.9.)

21) Das komplizierte libanesische Wahlgesetz legt fest, wieviele Abgeordnete die einzelnen Provinzen ins Parlament schicken und welchen Religionsgemeinschaften sie angehören müssen. Die Wählerschaft kann nur Abgeordnete ihres Wahlkreises wählen. Hätten die Wahlen im Mont-Liban auf Provinzebene stattgefunden, hätten die WählerInnen 35 KandidatInnen zu wählen gehabt, davon 3 griechisch-orthodoxe Christen, 2

Katholiken, 17 Maroniten, 2 Armenisch-Orthodoxe, 5 Drusen, 3 Schiiten, 2 Sunniten. Die WählerInnenschaft stimmt über alle KandidatInnen ab, also auch über diejenigen, die nicht ihrer eigenen Religionsgemeinschaft angehören. Da die Mehrheit der Bevölkerung im Mont-Liban hauptsächlich aus ChristInnen besteht, hätten deren Stimmen letztendlich über die muslimischen Kandidaten entschieden. So wäre Walid Junblatt zwar von der drusischen Bevölkerung mit großer Mehrheit gewählt, von der christlichen WählerInnenschaft dagegen aber abgelehnt worden. Die ChristInnen hätten einem andern drusischen Kandidaten den Vorzug gegeben, der zwar mit wenigen drusischen, jedoch mit vielen christlichen Stimmen ins Parlament gezogen wäre.

22) Vgl. Volker Perthes: Der Libanon ... , S.66, und as-Safir, 16.9.1996.

23) Eine Ausnahme mag der nasseristische Abgeordnete Najah Wakim darstellen, der einer der prominentesten Opponenten der Regierung Hariri ist und in vielen Veröffentlichungen als "links" bezeichnet wird. Er erhielt 53.088 Stimmen, was 45,2% der abgegebenen Stimmen in Beirut entspricht. Faruq Dahruj, Vorsitzender der KPL, erhielt in der Beqaa 43.904 Stimmen (20,6% der dort abgegebenen Stimmen). Im Süden bekamen Habib Sadeq (ehemaliges KP-Politbüromitglied) 65.883 Stimmen (24,6%), Saadallah Masraani (KPL-Mitglied) 35.674 Stimmen (13,3%) und Elias Abu Rizk (Vorsitzender der CGTL) 94.452 Stimmen (35,3%). (Berechnet nach Angaben der Tagespresse.)

24. Der Feind steckt hinter jedem normalen Bürger. Reaktion der mexikanischen Regierung auf neoliberale Verelendung

Autor: Chile AG Braunschw. · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:02

Glaubt Mensch den neoliberalen Wirtschaftskundlern, hat Mexiko den Eintritt in die NAFTA gut verkraftet. Nach dem großen Krisenjahr 1995 mit Börsenkrach, galoppierender Inflation und Abwertung des Peso ist 1996 ein deutlicher Wirtschaftsaufschwung mit steigendem Bruttoinlandprodukt zu verzeichnen. Dem gegenüber steht jedoch eine extreme Verschlechterung der sozialen Situation der Mehrheit der Bevölkerung. Durch die von IWF und international agierenden Konzernen diktierte und von der mexikanischen Regierung umgesetzte Politik stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Mio. Circa 12 Mio. der erwerbstätigen Menschen müssen ihren kargen Lebensunterhalt im informellen Sektor erarbeiten.

Auch die Mehrzahl der 12 Mio. in geregelten Arbeitsverhältnissen stehenden Menschen mußte in den letzten acht Jahren einen starken Kaufkraftverlust hinnehmen - bei den Minimallöhnen lag dieser bei 63% (Proceso, 21.7.96). Darüber hinaus spitzt sich die Situation im Gesundheits- und Bildungsbereich dermaßen zu, daß sich selbst innerhalb der großen Einheitsgewerkschaft CTM, die jahrelang als Instrument der sozialen und politischen Kontrolle galt, der Unmut gegen die neoliberale Strukturanpassung nicht mehr kanalisieren ließ. Den wachsenden sozialen Widerstand beantwortet die mexikanische Regierung mit zunehmender Repression. Die Eskalation der Unterdrückung in den letzten drei Monaten läßt vermuten, daß im Rahmen der präventiven Aufstandsbekämpfung alle potentiellen Unruheherde zerschlagen werden sollen.

Anmerkungen zur EPR

Am 28.6.1996 trat anläßlich einer Demonstration zum Jahrestag des Massakers von Aguas Blancas die "Revolutionäre Volksarmee"(EPR) in Gestalt von ca. 100 maskierten und schwerbewaffneten Menschen in Erscheinung. In einer Erklärung wurden "alle demokratischen, gewerkschaftlichen, politischen, fortschrittlichen, bewaffneten revolutionären Organisationen, alle sozialen Kämpfer" aufgefordert, "zur Vereinigung aller Formen des Kampfes für Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und ein würdiges Leben für alle Mexikanerinnen und Mexikaner" einzutreten. In den folgenden Monaten machte die EPR immer wieder durch bewaffnete Aktionen in verschiedenen Bundesstaaten auf sich aufmerksam.

Gleichzeitig wurde sie Objekt von Spekulationen. So wurde auf der einen Seite die Verwunderung über die angeblich hochmoderne waffentechnische Ausrüstung mit der Frage verknüpft, wem das Auftreten einer neuen Guerilla in der Phase der Friedensverhandlungen zwischen EZLN und Regierung nütze. Und tatsächlich erklärte der mexikanische Staat nach anfänglichem Herunterspielen die EPR zum Staatsfeind Nr. 1 und sagte ihr Verbindungen zu allen möglichen demokratischen und linken Kräfte bis hin zu EZLN und PRI nach. Der Konfrontationskurs mit der gesamten linken Opposition im Land legt den Verdacht nahe, daß die EPR der Anlaß ist, das politisch in- stabilste NAFTA-Mitglied mit Hilfe offenen Terrors zu "befrieden".

Angesichts dieser Situation kommt es uns darauf an, internationalen Druck gegen die Menschenrechtsverletzungen der mexikanischen Regierung zu erzeugen. Wir werden im Folgenden einen Überblick über die Entwicklung des staatlichen Terrors geben.

Der Bundesstaat Guerrero

Guerrero gehört zusammen mit Chiapas und Oaxaca zu den ärmsten Bundesländern Mexikos. 12% aller Todesfälle gehen auf das Konto von Darm- und Atemwegserkrankungen sowie Unterernährung. Die Kontraste sind in dieser Region groß: Luxus-Touristenzentren wie Acapulco und Zihuatanejo für wenige reiche MexikanerInnen und ausländische TouristInnen einerseits und absolute Marginalisierung und Armut für die Mehrheit der Bevölkerung andererseits. Außerhalb der Touristenzentren gibt es kaum Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Strom oder fließendes Wasser. Seit dem Preisverfall des Kaffees hat sich die Situation der Kaffee-Bauern weiter verschärft.

In den 70er Jahren tauchten in Guerrero bewaffnete Guerillagruppen auf (siehe ak 395). Seit dieser Zeit gehört die Repression durch Regierungskräfte zum Alltag - dazu zählen Morde, Verhaftungen und das

"Verschwindenlassen" von über 600 Menschen. Alleine aus Guerrero wurden der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in den letzten 18 Monaten 127 Fälle von straffrei gebliebenen Morden an indigenen Führungskräften und Persönlichkeiten gemeldet.

1994 wurde die Organisation OCSS (Organisation der Bauern der südlichen Sierra) von Bauern der Region gegründet. Ziel des Verbundes war es, den sozialen Forderungen der Bauern mehr Nachdruck zu verleihen. Es ging um bessere Unterkünfte, Kanalisation, fließend Wasser, Strom, Schulen, Straßen sowie um Produktions- und Vertriebsmittel für ihre Produkte. Außerdem verlangten sie die Respektierung der sozialen und politischen Rechte und die Einstellung der Repression. Bereits kurz nach der Gründung der OCSS kam es zu Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Mehrfach besetzten die Bauern Rathäuser und Straßen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Folge waren Verhaftungen und Folterungen.

Am 24.5.95 wurde Gilberto Romero Vásquez, Mitglied der OCSS, verhaftet und verschleppt. Seitdem ist er "verschwunden". Für den 28.6.1995 rief die OCSS zu Demonstrationen in Atoyac und Zihuatanejo für die Freilassung von Romero auf. Außerdem sollte die Regierung die mit mehreren Gemeinden ausgehandelten Übereinkünfte erfüllen. Einige Bauern, die sich auf dem Weg zu einer weiteren Demonstration in Coyuca de Benitez befanden, wurden an diesem Tag in Aguas Blancas von 200 Polizeikräften planmäßig angegriffen. Die Repressionskräfte richteten ein Massaker an: 17 Bauern wurden ermordet und 23 verletzt. Es gibt deutliche Hinweise darauf, daß dieses Massaker vom damaligen Gouverneur Guerreros, Figueroa, angeordnet worden war, um die geplanten Protestaktionen zu verhindern. Mitglieder der Kommunalregierung, wie Francisca Flores Rizo, waren an den Morden nach Berichten Überlebender direkt beteiligt. Auch das Krankenhaus von Atoyac wurde bereits am Tag zuvor angewiesen, sich auf Verletzte vorzubereiten. Trotzdem leugneten Figueroa und seine Regierung zunächst jegliche Beteiligung. Erst der Druck von Angehörigen der Opfer, Menschenrechtsorganisationen, der OCSS und der Öffentlichkeit führte zur Auswechselung führender Regierungsmitglieder. Den Angehörigen wurden diskrete Entschädigungsangebote gemacht.

Der Alltag des Staatsterrorismus

Nach dem Massaker wurden in Tepetixtla 150 Polizeikräfte fest stationiert, verstärkt durch mehr als 250 Soldaten mit Panzerwagen und Militärfahrzeugen. Auch in anderen Orten Guerreros stieg die Zahl der Repressionskräfte und damit das Klima der Angst. Am 15.6.95 wurden in Tepetixtla zwei Menschen beim Verlassen einer Versammlung erschossen. Am 20.10.95 wurden in Coapinolar zwei Mitglieder der OCSS erschossen. Am 12.12. wurde ein Ehepaar, beide Mitglieder der OCSS, in Tepetixtla zunächst gefoltert und dann ermordet. Es gab weitere Fälle von Festnahmen, Morddrohungen, Folterungen, Verschwindenlassen und politischen Morden. Gleichzeitig wurde die Untersuchung des Massakers von Aguas Blancas durch unabhängige Gutachter, bzw. das Oberste Gericht, systematisch von der Bundesregierung blockiert.

Auch im Jahr 1996 setzte sich die Repression fort. Am 1.1. wurde in Mexcaltepec Gildardo Dorantes Muños durch ein Kommunalregierungs- und PRI-Mitglied ermordet. Am 10.2. wurde das Massaker im Rahmen der nun doch stattfindenden Untersuchung rekonstruiert. Die Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß von den Bauern keinerlei Aggression gegen die Polizeiangehörigen ausgegangen war. Am selben Tag wurden zehn Mitglieder der Landesregierung, die in den Fall verwickelt waren, festgenommen, jedoch noch am selben Abend gegen Kaution freigelassen. Am nächsten Tag erklärten sechs der Witwen, daß paramilitärische Gruppen versucht hätten, sie massiv einzuschüchtern.

Kurz danach, am 18.2., kam es erneut zu einem Massaker. In El Paraiso wurden neun Bauern durch Polizeieinheiten ermordet. Die Opfer waren weder politisch organisiert noch hatten sie Verbindungen zum Drogenhandel. Tags darauf ermordeten Polizeikräfte weitere vier Bauern auf der Landstraße zwischen Acapulco und Zihuatanejo. Am 20.2. wurden zwei beteiligte Polizisten festgenommen. Gleichzeitig erklärte der Innenminister von Guerrero, Zótico Garcia Pastrana, zynisch, daß "der Gouverneur nicht sämtliche Polizeikräfte beaufsichtigen kann." In der letzten Maiwoche wurden an drei verschiedenen Orten insgesamt sieben Bauern von uniformierten und maskierten Männern ermordet.

Am 5.6. wurden fünf Amuzgu-Indígenas, darunter drei Minderjährige, durch zwölf Mitglieder der Landespolizei beschuldigt, einen Raub begangen zu haben. Die Polizisten verprügelten sie und fesselten vier von ihnen am Hals und an den Händen. Dann zogen sie sie mehrere Male an einem Baum hinauf und herunter und zwangen sie anschließend, mehr als fünf Stunden in einer Viehtränke im Wasser zu stehen. Anschließend wurden die

fünf ins Gefängnis von Omatepec gebracht. Frei kamen sie dank der Intervention des Landwirts, auf dessen Grundstück sich das Ganze abgespielt hatte. Vorher wurden sie jedoch von den Polizisten für den Fall mit dem Tode bedroht, daß sie die Übergriffe bei der Menschenrechtskommission Guerreros öffentlich machen würden. Am 9.6. wurde in Coyuca de Benitez der Leiter der lokalen PRD (größte demokratische Oppositionspartei) in seinem Haus ermordet.

Nach dem öffentlichen Auftritt der EPR am Jahrestag des Massakers von Aguas Blancas spitzte sich die Lage weiter zu. Tausende Militärs wurden zur Verstärkung der anwesenden Einheiten in die Bundesstaaten Guerrero und Oaxaca geschickt. In "vermuteten" Widerstandsregionen standen Militärposten in den Geschäften und kontrollierten den Einkauf der Dorfbevölkerung. Jeder Mensch durfte pro Tag nur minimale Mengen der Grundnahrungsmittel kaufen. Über die so verordnete Hungersnot sollte eine Unterstützung der Guerilla verhindert werden. Gleichzeitig wurden mehrere Bauern von ihren Feldern weg verhaftet und unter Folter zu der Aussage gezwungen, daß die Leiter der OCSS gleichzeitig Leiter der EPR seien und daß sie vom lokalen PRD-Abgeordneten Ranferi Hernandez Acevedo 2.000 Pesos dafür erhalten hätten, bewaffnet als EPR in Aguas Blancas in Erscheinung zu treten. Daraufhin wurde dem Abgeordneten die Immunität aberkannt, um ihn strafrechtlich verfolgen zu können. Acevedo hat sich für die Hinterbliebenen des Aguas Blancas-Massakers eingesetzt und ist daher der Landesregierung ein Dorn im Auge.

Am 9.7. wurden weitere vier Menschen in der Nähe von Aguas Blancas festgenommen und beschuldigt, Mitglieder der EPR zu sein. Sie alle sagten danach vor dem Richter aus, gefoltert worden zu sein.

Am 13.7. besetzten mehr als 200 Mitglieder des Bündnisses Frente Amplio para la Construcción del Movimiento para la Liberación Nacional (Breite Front für den Aufbau der Bewegung zur Nationalen Befreiung - FAC-MLN) die Autobahn Mexiko-Acapulco, um für die Freilassung von 13 Gefangenen zu demonstrieren. Zwischen 12 und 15 Uhr unterbrachen sie in 20-minütigen Intervallen den Verkehr in beide Richtungen, entrollten Transparente und verteilten Flugblätter. Anschließend begaben sie sich zum Obersten Gericht und besetzten es.

Gegen Mitternacht rückten Aufstandsbekämpfungseinheiten an. Sie prügelten auf Männer, Frauen und Kinder ein und jagten die BesetzerInnen auf die Straße. Sieben FAC-MLN-Mitglieder und vier weitere Personen, die seither als "verschwunden" gelten, wurden verhaftet. Der Leiter des örtlichen Krankenhauses erklärte, daß die Polizeieinheiten im Krankenhaus vor den Augen des behandelnden Krankenhauspersonals erneut auf verletzte DemonstrantInnen eingeknüppelt hätten. Ein Regierungsvertreter der Lokalregierung, Alejandro Hernández Díaz, drohte dem Krankenhauspersonal, sie würden entlassen, falls sie die Verletzten versorgten.

Angesichts dieser ständigen massiven Übergriffe seitens der Staatsmacht haben die Mitglieder der OCSS ihre Situation bei mexikanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen öffentlich gemacht. Ende Juli reisten Mitglieder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission nach Mexiko, um sich vor Ort über die Situation zu informieren. Überall da, wo die Kommission vorbei kam, verschwanden die Militärposten vorübergehend. Regierungsvertreter versuchten die Kommission daran zu hindern, mit den betroffenen Bauern und besonders mit Mitgliedern der OCSS direkten Kontakt aufzunehmen.

Schleichende Einführung des Ausnahmezustandes

Daß die jüngste Repressionswelle der Regierung von langer Hand vorbereitet zu sein scheint, lassen die Gesetzesänderungen der vergangenen Jahre vermuten. So wurde im August 1993 die Gefängnisordnung verschärft und am 26.4.1994 eine "Koordinierungsstelle für Öffentliche Sicherheit" geschaffen. Am 21.11.1995 passierte das Gesetz zur Koordinierung des Öffentlichen Sicherheitssystems das Parlament. Am 7.3.1996 wurde ein Nationaler Sicherheitsrat eingerichtet. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von "organisiertem Verbrechen" koordiniert dieser Rat die staatlichen Aktivitäten auf Bundes-, Staats- und Kreisebene. Polizei und militärischer Geheimdienst arbeiten dabei zusammen. Gleichzeitig hat der Oberste Gerichtshof den Einsatz des Heeres bei Angelegenheiten der "nationalen Sicherheit" legalisiert. Dadurch bekommt das Militär ein größeres Gewicht und wird zum Schlüsselfaktor für die politische und soziale "Stabilität" in der aktuellen Krise.

Darüber hinaus reichten PAN und PRI eine Gesetzesinitiative gegen die Organisierte Kriminalität ein. In dem geplanten Bundesgesetz sollen Strafverfolgung und Bemessung des Strafmaßes verschärft sowie bestimmte Ausnahmeregelungen zur Aufhebung der allgemeinen individuellen Grundrechte zugelassen werden. Vorgesehen sind u.a.: Lauschangriffe, Kronzeugenregelung, Richter "ohne Gesicht", Haftverlängerung und

Kontaktsperre über den gesetzlichen Rahmen hinaus, Beschlagnahmung des Eigentums von Menschen, die wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation oder wegen Begehens von Straftaten innerhalb einer solchen Organisation verurteilt sind.

Menschenrechtsorganisationen befürchten, daß durch diese neuen Gesetze verfassungswidrige Handlungen und Menschenrechtsverletzungen durch die Staatsmacht legitimiert werden sollen. So "gibt es bereits jetzt viele Anzeichen dafür, die auf die Absicht der Regierung hindeuten, Oppositionsgruppen innerhalb einer Strategie zu bestrafen, die sozialen und politischen Forderungen mit strafrechtlichen Antworten begegnet.(...) Es geht nicht mehr darum, die Souveränität gegen einen gefährlichen Feind außerhalb des Landes zu bewahren, sondern der Feind ist jetzt im Inneren, hinter jedem normalen Bürger versteckt. Das erklärt die Militärpräsenz in verschiedenen Gegenden, vor allem Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Chihuahua, Hidalgo, Veracruz, Morelos und Distrito Federal (Mexiko Hauptstadt)." (Proceso, 21.7.96).

Der nicht erklärte Ausnahmezustand in Mexiko hat viele Gesichter: Polizeieinheiten werden von Militärs geleitet, die ärmsten Regionen, vor allem in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Veracruz, Puebla, Jalisco und Chihuahua, sind militärisch besetzt. Dort gibt es sowohl fest installierte als auch mobile Straßenkontrollen durch Militär, Polizei und paramilitärische Banden, an denen BewohnerInnen (inkl. Kinder) intensiv ausgefragt werden. Außerdem wird die Bevölkerung durch Hubschraubertiefflüge und nächtlichen Maschinengewehrbeschuß ihrer Häuser terrorisiert. Zunehmend werden Frauen vergewaltigt, ihre Familien mit dem Tode bedroht. In Chiapas wurden 60 Fälle von Vergewaltigungen durch Militärs gemeldet; in Guerrero mehr als 20. In einem Dorf in Oaxaca ist der gesamte Dorfrat (sieben Personen) festgenommen worden.

Inhaftierte Kriegsdienstverweigerer werden in die Hochsicherheitsgefängnisse Puente Grande Jalisco und Almoloya de Juarez verlegt und dort mißhandelt. Seit Juli wurden 75 Mitglieder der FAC-MLN verhaftet und gefoltert, um von ihnen Geständnisse für eine angebliche EPR-Mitgliedschaft zu erpressen.

Am 16.9. wurden in Guerrero sechs Bauern aus den Dörfern Yerbasantita, Tepetixtla und Paso Real festgenommen und in Militärfahrzeugen abtransportiert, Einer von ihnen, Benjamin Avila Aguirre, wurde anschließend von Militärs erschossen. Die anderen gelten seitdem als "verschwunden". Alle sechs Bauern sind Mitglieder der Bauernorganisatin OCSS. Am 22.9. wurde Guadalupe Fernando Garcia in Guerrero in Coyuca de Benitez von 12 vermutlichen Mitgliedern des Militärgeheimdienstes brutal festgenommen. Seitdem ist er verschwunden. Seit dem 28.9. ist Alfonso Alvarado López aus Chilpancingo (Guerrero) nach seiner Festnahme verschwunden. Er ist Mitglied der Koordinierungstelle für Angestellte im Erziehungswesen in Guerrero sowie des Rates "500 Jahre Widerstand" aus Guerrero.

Die jüngsten Repressionsakte richten sich auch gegen die Pressefreiheit und lassen Schlimmes befürchten. Am 17.9. wurde der Journalist und Direktor der Zeitung Contrapunto, Razhy González, in der Stadt Oaxaca festgenommen und blieb 48 Stunden verschwunden. Er hatte es gewagt, am 13.9. an einer Pressekonferenz der EPR teilzunehmen. Nach seiner Freilassung berichtete er, daß er gefoltert worden sei. Darüberhinaus wurde der Chefredakteur der großen Zeitung "El Universal", die auch regierungsfeindliche Berichte veröffentlicht, mit einem großen Polizeiaufgebot verhaftet. Der Journalist Juan Angelo de Guerrero, Mitarbeiterinnen eines Rundfunksenders und eine Reporterin der Zeitung "Reforma" wurden bedroht.

Unterdessen hat die EPR angekündigt, vom 25.9.-27.10. keine offensiven militärischen Aktionen gegen Militär oder Polizei durchzuführen. Dadurch soll Beschuldigungen entgegengewirkt werden, wonach die EPR die Kommunalwahlen am 6.10. behindern wolle. Die wahren Ursachen für eine geringe Wahlbeteiligung seien die Militarisierung, die Repression und die ständigen Wahlbetrügereien. Für die EPR sind "die Prozesse, die das Volk wählt, inklusive Wahlen, gültige Formen, um einen Ausweg aus der jetzigen Situation zu suchen. Die Kandidaten aus der Bevölkerung treten nicht nur gegen andere Kandidaten an, sondern stehen in Konfrontation mit dem Staatsapparat als Ganzes. Darum darf man auf keinen Fall das Feld der Wahlen der antipopulären Regierung überlassen und es ihr erlauben, dort zu tun, was sie will". (La Cronica, 28.9.96)

Was können wir tun?

Ein einfacher, aber wichtiger Schritt ist es, per Fax oder Brief an die mexikanische Regierung die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern und deutlich zu machen, daß der Umgang mit der Opposition international genau beobachtet wird. Wichtig ist, daß diese Appelle nicht nur von Gruppen oder Personen des linken Spektrums kommen, sondern auch aus kirchlichen oder gewerkschaftlichen Kreisen. Gerade die intensiven

Verbindungen von VW, Hoechst und anderen großen deutschen Unternehmen bieten Ansatzpunkte für Solidaritätsaktionen. (Vergeßt bitte nicht Kopien oder Nachrichten über Eure Aktionen zwecks Dokumentation an die FAC-MLN oder Euch bekannte Stellen zu schicken.)

Und da der politische Kampf bekanntlich Geld kostet, wären Spenden auch ganz sinnvoll, entweder über Euch bekannte Kanäle oder an die FAC-MLN über:

M. Findeisen, Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30, Kto. Nr.: 429423307, Stichwort: FAC-MLN.

Schickt Protestfaxe an:

- Dr. Ernesto Zedillo Ponce de León, Presidente de México. Fax: (00 52 5) 515 80 05 oder (00 52 5) 516 57 62 oder (0052 5) 277 23 76

- Emilio Chuayffet Chemor, Secretario de Gobernación (Innenminister). Fax: (00 52 5) 546 53 50

Belegexemplare bitte an AK Uruguay/ Chile AG und auf alle Fälle an: Comité Nacional Independiente, AC:-FEDEFAM -ONU. Tel/FAX: (00 52 5) 785 97 56

Chile AG

Freiheit für

Claudia Rodriguez Fernando!

Claudia Rodriguez Fernando ist seit Februar 1996 im Frauengefängnis von Texcoco, Mexiko Stadt, inhaftiert. Die Anklage lautet auf Mord, der Staatsanwalt fordert 13 Jahre Haft, weil Claudia den Mann, der sie zu vergewaltigen versuchte, in legitimer Selbstverteidigung getötet hat. Das mexikanische Strafgesetz kennt - wie viele andere Strafgesetze auch - den Tatbestand der legitimen Notwehr. Jede Person hat das Recht, seine physische Integrität und sein Vermögen zu verteidigen. Dies kann auch den Tod des Angreifers bedeuten, wenn die Person sich durch eine aktuelle und gewalttätige Aggression bedroht sieht. Aber daß die Tötung des Angreifers ein Akt legitimer Selbstverteidigung ist, um nicht vergewaltigt zu werden, ist in einem Strafprozeß, der in eine patriarchale Justiz und Gesellschaft eingebettet ist, schwer nachzuweisen.

Claudia Rodriguez Fernando war in dieser Nacht gemeinsam mit einer Freundin und einem Mann, der später den Vergewaltigungsversuch unternahm, ausgegangen. Schon im Lokal mußte sie dauernde Belästigungen abwehren. Da sie sehr weit außerhalb des Zentrums in einem Vorort von Mexiko Stadt wohnt und eine Taxifahrt zu teuer gewesen wäre, entschieden sie und ihre Freundin sich, auf die erste U-Bahn zu warten. Die Belästigungen und Bedrohungen des Mannes dauerten an und als alle drei um 5.30 Uhr morgens an der U-Bahn-Endstelle auf den Anschluß-Bus warteten, eskalierte die Situation. Nachdem alle Schreie, Hilferufe, Schläge von Claudia nicht nützten, um die Angriffe zu stoppen, lief die Freundin los, um Hilfe zu holen. Während dessen zog Claudia als letztes Verteidigungsmittel ihre Pistole und schoß auf den Angreifer.

Die Waffe hatte sie einige Zeit vorher gekauft, um gemeinsam mit ihrer Freundin deren Kinder aus dem Haus des Ex-Mannes zu holen, da dieser nach der Trennung der Frau jeden Kontakt mit den Kindern verweigerte. Seit dieser Zeit trug sie ständig eine Pistole bei sich. Die Justizbehörden stellen Claudia als gewalttätig dar, die sogenannte Öffentlichkeit sieht sie als nicht glaubwürdig an. Der Umstand, daß sie eine Waffe bei sich trägt und daß sie diese schon einmal - als sie die Kinder holte - gegen einen Mann gewendet hat, dient als Beweis ihrer Gewalttätigkeit. Weil sie in dieser Nacht einen Minirock trug, weil sie geschminkt war, weil sie getrunken hat, weil sie ein selbstsicheres Auftreten hat, wird sie in den Medien und von der Justiz als unanständig hingestellt; sie hätte den Mann provoziert. Der Umstand, daß sie verheiratet ist und ihren Ehemann und ihre fünf Kinder zu Hause ließ um auszugehen, macht sie zu einer Hure.

Alle diese HERRschenden Meinungen setzen die Gewalt gegen Claudia Rodriguez Fernando auf einer anderen Ebene fort. Eine Gruppe von Frauen hat in Mexiko Stadt ihre rechtliche Verteidigung übernommen, aber das Urteil hängt nicht allein von der Qualität des juristischen Beistands ab. Den Richtern, Staatsanwälten, Medien und der gesamten Öffentlichkeit muß klargemacht werden, daß dieser "Fall Claudia Rodriguez Fernando, Nr.45/96-I" nicht nur Claudia betrifft, sondern daß dieser Kampf um die Rechte der Frauen auf der ganzen Welt geführt wird. Miriam in Frankreich und Sarah in den Vereinigten Arabischen Emiraten sind zwei weitere Frauen, die mit internationaler Unterstützung von Frauen für ihre Rechte gekämpft haben.

Unterstützen wir Claudia, schweigen wir nicht dazu: Claudia Rodriguez Fernando, c/o Coordinadora Feminista de defensoras, Fax: 0052-5-523 1804. Schreiben wir dem Richter, der demnächst das Urteil fällen wird, Briefe. Sammeln wir Unterschriften und schicken sie an das Gericht: Lic. Plutarco Rosales Morales, Juez Primero Penal de Texcoco, Reclusorio Molino de las Flores, Caretera Texcoco, San Miguel Tlaixpan, C.P. 56240, Texcoco, edo. de Mexico, Mexico.

kuk

Für die Freilassung

der " presuntos zapatistas"

In Mexiko befinden sich derzeit 16 sogenannte mutmaßliche Zapatisten ("presuntos zapatistas") in Untersuchungshaft bzw. Strafhaft:

- Francisco Alejandro Garcia Santiago, verurteilt zu 7 Jahren wegen Sabotage, in Haft in Veracruz

- die "8 von Cacalomacan": Gerardo Lopez Lopez, Ofelia Hernandez Hernandez, Patricia Jimenez Sanchez, Brenda Rodriguez Acosta, Celia Martinez Guerrero, Fernando Dominguez Paredes, Joel Martinez Gonzalez, Gonzalo Sanchez Navarrete. Letzterer sitzt als Minderjähriger in einer Jugendanstalt in Mexiko-Stadt, die anderen sind in Toluca in U-Haft, zusammen mit dem im Frühjahr 1996 geborenen Pedrito, dem Baby von Patricia und Fernando.

- die "7 von Yanga": Hermelinda Garcia Zepahua, Rosa Hernandez Hernandez, Alvaro Castillo Granados, Martin Trujillo Barajas, Luis Sanchez Navarrete, Hilario Martinez Hernandez, Ricardo Hernandez Lopez, in U-Haft in Mexiko-Stadt; sie wurden jetzt zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten verurteilt.

Alle "presuntos zapatistas" wurden im Februar 1995 festgenommen. Ihnen wird, z.T. neben anderen Delikten, vorgeworfen, Mitglied in der EZLN zu sein. Sie wurden bei ihrer Festnahme physisch und psychisch gefoltert, teilweise haben sie unter der Folter Geständnisse abgelegt, die sie später widerriefen. Solide Beweise für die Anklagen gibt es nicht; dies stellte auch eine Untersuchungskommission von "Human Rights Watch" im August diesen Jahres fest.

In ganz Mexiko spitzt sich die wirtschaftliche und soziale Lage zu, soziale und politische Auseinandersetzungen gewinnen an Schärfe, und die Regierung versucht dem - nicht nur in Chiapas - mit zunehmender Repression und Militarisierung zu begegnen. Nach außen aber präsentiert sich Mexiko als modernes, demokratisches Land, das seine finanziellen Probleme dank des Beitritts zur NAFTA in den Griff bekommt... und fürchtet doch, daß sein Image als bunt-touristisches Reiseland angekratzt wird. Deswegen sehen die "presuntos zapatistas" in Unterschriftenaktionen aus dem Ausland eine sinnvolle Unterstützung.

Nach Informationen von RAin Ursula Ehrhardt

25. Der schnelle Tod ist ein Meister aus Deutschland

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:15

"Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität". So aktualisierte ein Werbeprofi, der für das Schädlingsbekämpfungsmittel BAYGON des deutschen Chemieriesen BAYER eine Zeitungsanzeige schaltete, das Diktum Paul Celans. Bekanntlich hatte der Literat seine Erfahrungen mit dem 3. Reich in einer Verszeile der "Todesfuge" mit den Worten "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" verdichtet.

Im aktuellen Guatemala-Rundbrief 3/1996 wird der Hintergrund der ganzseitigen Zeitungsanzeige ausgeleuchtet, die am 6.7. in der größten Tageszeitung Guatemalas, der "Prensa libre" geschaltet wurde und die auch hierzulande kurz für Aufsehen sorgte. Aus naheliegenden Gründen fühlten sich unter anderem jüdische Gruppen nicht an die Taktik von Bertis Buben, auf die der Text abstruserweise abhebt, sondern an Produkte wie Zyklon B der BAYER-Mutter IG Farben erinnert und erhoben sofort scharfen Protest gegen die Anzeige. BAYER de Guatemala veröffentlichte die nebenstehend dokumentierte Anzeige nicht mehr und entschuldigte sich brieflich. Der Forderung kritischer Gruppen wie der "Coordination gegen BAYER-Gefahren", in den Medien, in denen diese Werbung geschaltet wurde, eine Entschuldigung in gleicher Größe zu veröffentlichen, kam BAYER jedoch nicht nach.

Der Werbetext im Wortlaut: "Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität. Beim Fußball wie im Bereich der Insektizide sind die Deutschen Spezialisten darin, ihre Widersacher mit einem Mal zu vernichten. BAYGON eliminiert die furchterregendsten Gegner genauso in einem einzigen Augenblick, wie die deutsche Mannschaft." Die Anzeige wurde, so der guatemaltekische BAYER-Chef Jürgen Becker, von einem Mitarbeiter der guatemaltekischen Filiale der internationalen Werbeagentur BBDO gestaltet, der meinte eine "Jahrhundertidee" zu haben.

AI., Nürnberg (30.09.1996)

26. Konstruktiver Umgang mit der EPR. Anmerkungen zum Artikel "Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko?" in ak 394

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Diskussion; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:11

Die Artikel "Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko?" und "Guerillas in Guerrero" haben einen hohen Informationswert; leider beinhalten sie aber auch Aussagen, die u.E. diskussionsbedürftig sind. So signalisiert bereits die Überschrift "Bewaffneter Volkskrieg?", daß der Verfasser sich nicht gerade konstruktiv mit der EPR und der zugespitzten politischen Lage im Land auseinandersetzen möchte.

Unseres Wissens nach hat niemand zum Volkskrieg in Mexiko aufgerufen, auch nicht die EPR. Daß sie sich in einem Anflug von Größenwahn zur "revolutionären Volksarmee" erhoben hat, ist sicherlich zu kritisieren. Sie ruft aber gleichzeitig "alle demokratischen, gewerkschaftlichen, politischen, fortschrittlichen, bewaffneten revolutionären Organisationen, alle sozialen Kämpfer, alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen auf, zur Vereinigung aller Formen des Kampfes im demokratisch-revolutionären Kampf für Gerechtigkeit..." beizutragen (Manifest von Aguas Blancas der EPR). Nicht die ausschließliche Fixierung auf den "Volkskrieg" ist das Ziel, sondern ein Bündnis aller Widerstandsformen bis hin zur Guerillatätigkeit.

Zur Legitimität des bewaffneten Kampfes

Aber hiermit scheint der Verfasser seine Probleme zu haben, denn er bewertet das Manifest als Versuch, "die Legitimität des bewaffneten Kampfes zu begründen". Damit fällt er hinter die Position des an anderer Stelle zitierten C. Montemayor zurück, der sich darüber wundert, daß bisher nur eine Guerilla aufgetaucht ist. Und auch der Erzbischof von Guerrero erklärte, es gäbe genug Gründe und Motive für Aufstandsbewegungen. Die gesellschaftliche Realität in Mexiko ist die Legitimation, und das weiß der Autor sehr genau, da er ein Kenner des Landes ist.

Seine politische Position zum bewaffneten Kampf beschreibt Boris Kanzleiter in dem zweiten Artikel "Guerillas in Guerrero": "Die EPR-Aktivisten haben sich hingegen für die Guerilla entschieden, obwohl die Auseinandersetzungen seit Ende der 60er Jahre in Guerrero weit über tausend Todesopfer gefordert haben und die Erfahrungen mit dem bewaffneten Kampf in Zentralamerika nicht gerade ermutigend sind. Die EPR weiß um die tödliche Konsequenz, die der bewaffnete Kampf in den letzten dreißig Jahren für zehntausende Bauern in Zentralamerika hatte." In seinem ersten Artikel konkretisiert er diese Sichtweise: "Welche Auswirkungen werden die militärischen Operationen der EPR haben? Eine der unmittelbaren Konsequenzen ist die fortschreitende Militarisierung des südlichen Mexikos...". Diese Logik halten wir für fatal, zumal der Hinweis auf Zentralamerika ausschließt, daß der Verfasser mit Guerilla eventuell irgendwelche durchgeknallten, isolierten Gruppen meinen könnte.

Natürlich erzeugte der Widerstand in Nicaragua, El Salvador und in Chiapas eine Steigerung der Repression, die Tausenden von Menschen das Leben kostete. Der Mißerfolg dieses Widerstandes entsprang und entspringt aber nicht der Tatsache, daß bewaffnet gekämpft wurde. Er lag und liegt darin, daß objektiv und z.T. (die EZLN ausgenommen) subjektiv gerade auf der politischen Ebene die Ergebnisse dieses Kampfes nicht abgesichert und ausgebaut werden konnten. Eine denkbare Konsequenz aus der politischen Großwetterlage wäre, den bewaffneten Kampf erst einmal aufzugeben, um den Gegner nicht zu einer Eskalation der Auseinandersetzung zu provozieren, in der die Bewegung und die Bevölkerung auf Grund globaler Konstellationen nicht gewinnen können.

Planmäßige Militarisierung

Aber alleine die letzten zwei Jahre in Chiapas und Guerrero zeigen, daß die Herrschenden die Herausforderung nicht im bewaffneten Kampf sehen, sondern in der Armut, die sie selber erzeugt haben. Die Militarisierung der mexikanischen Gesellschaft existiert schon seit langem, ihre extreme Zuspitzung wird planmäßig seit mindestens zwei Jahren betrieben. So wurde am 26.4.94 eine Koordinierungsstelle für Öffentliche Sicherheit geschaffen, am 21.11.95 wurde das Gesetz zur Koordinierung des Öffentlichen Sicherheitssystems verabschiedet und am 7.3.96 der Nationale Sicherheitsrat eingerichtet. Des weiteren

haben PAN und PRI schon vor dem Auftreten der EPR eine Gesetzesinitiative gegen die organisierte Kriminalität eingereicht, die der staatlichen Willkür Tür und Tor öffnet. Sie richtet sich gegen alle, die die neoliberale Politik kritisieren und Forderungen für eine Verbesserung ihrer primären sozialen Versorgung stellen. Die mörderische Verfolgung der Bauernorganisation OCSS ist nur ein Beispiel von vielen.

Der EPR eine Verantwortung für die Zuspitzung der Unterdrückung zuzuschieben, ist - wie die chronologische Abfolge zeigt - falsch. Fragwürdig ist auch die folgende Bewertung Boris Kanzleiters: "Andererseits erschwert das Auftauchen der EPR den Prozeß der Einigung der mexikanischen Linken, den die EZLN ... anstrebt. Doch die zersplitterte und verfeindete Linke wird nicht den Druck entfalten können", um etwas zu bewegen. Kurz vorher führt er aus: "Das Auftreten der EPR auf der politischen Bühne könnte zum Stolperstein für den Dialogprozeß zwischen EZLN und Regierung in Chiapas werden," da die Hardliner dadurch gestärkt würden. Die Befürchtung, daß der Dialog auf sehr wackligem Fundament steht, halten wir für berechtigt. Das Problem ist nur, daß die mexikanischen Hardliner und die USA die "Stolpersteine" dem eigenen Machtkalkül entsprechend definieren. Nach der unausgesprochenen Logik des Verfassers müßte die übrige mexikanische Linke im Land still halten, um die Verhandlungen mit der EZLN nicht zu gefährden. Sehen wir einmal davon ab, daß die Existenz der EZLN schon an sich ein Stolperstein ist, bliebe die Frage, wer, wo und warum die Schmerzgrenze für die Erpreßbarkeit festlegen darf.

Rangfolge der Guerillas?

Daß der Autor der EZLN alles andere unterordnen möchte, macht auch folgendes Zitat deutlich: "Eigentlich war die Idee einer MLN (breite Front zum Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung) von den Zapatistas ausgegangen. Doch es stellte sich bald heraus, daß es vor allem die sogenannten ‚ultras` waren, die sich der FAC-MLN bemächtigten. Statt einem breiten gesellschaftlichen Bündnis wurde die FAC-MLN, etwas vereinfacht dargestellt, zur Koordination von Gruppen der radikalen, maoistisch oder marxistisch-leninistisch inspirierten Linken." Wir halten diese Äußerung nicht nur für vereinfacht und sachlich so nicht haltbar, sondern auch für spalterisch. Schließlich erkennt der Verfasser doch selber an, daß dieses "Bündnis des Bösen" "eine relativ breite soziale und politische Basis" in Guerrero hat und heftigstem Terror ausgesetzt ist.

Es ist unverkennbar, daß der Autor der EZLN große Sympathien entgegenbringt. So verständlich dies auch ist, rechtfertigt es nicht die Art der Abhandlung der anderen Linken. Auch wir, die sich eindeutig zum "Bösen" hingezogen fühlen, halten das politische Selbstverständnis der EZLN für einen bedeutenden Impuls in der Entwicklung neuer revolutionärer Bewegungen, sowohl generell als auch auf Mexiko bezogen. Damit dieser verarbeitet werden kann, bedarf es Zeit und subjektiv und objektiv bestimmter Rahmenbedingungen, die auch wir in der BRD in beschränktem Maß mitgestalten können.

Subjektiv heißt, über bestehende Differenzen hinweg die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Lager in der BRD zu verstärken und anzuerkennen, daß Mexiko nicht nur aus Chiapas und dem Politikverständnis der EZLN besteht. Das bedeutet auch, Kritik an anderen konstruktiver auszutragen, als es beispielsweise in den beiden Artikeln geschehen ist. Objektiv heißt, auch von der BRD aus eine Solidaritätsarbeit gegen die sich immer weiter verschärfende Repression in Mexiko zu verstärken. Dazu gehört - neben kritischem - auch solidarisches Verhalten gegenüber allen demokratischen und linken Kräften.

Chile AG Braunschweig

27. Nachhaltigkeit und Macht - Buchvorstellung

Autor: gg. · Rubrik: Umweltpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:34

In dem Buch "Nachhaltigkeit und Macht" wird auf sehr fundierte Art und Weise eine radikale Kritik am Konzept "Sustainable Development" geführt. Helga Eblinghaus und Armin Stickler verstehen ihre Arbeit, die als "Qualifikationsarbeit im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal" entstand, als einen "Beitrag zur Ideologiekritik" (13). Die Wissenschaftlichkeit des Buches hat für die LeserInnen Vor- und Nachteile. Ein Nachteil ist der von den AutorInnen selbst so bezeichnete wissenschaftliche Sprachduktus. Die Vorteile, die den Nachteil bei weitem überwiegen, liegen darin, daß die zentralen Gedankengänge konsequent und stets nachvollziehbar hergeleitet und belegt werden.

Bei Sustainable Development gehe es nicht um reale Problemlösungen, sondern, so die Hauptthese, um einen "diskursiven Raum, in dem es vornehmlich um Machtverteilung geht, in dem Herrschaftsverhältnisse neu organisiert und modernisiert werden" (161). Darüberhinaus ziele Sustainable Development "nicht nur auf Herrschaftssicherung, sondern auch auf eine Intensivierung von Herrschaft" (162).

Maßgeblich stützen sich Eblinghaus/Stickler bei ihrer Kritik auf die Weltsystemtheorie Wallersteins und auf den feministischen Bielefelder Ansatz von Veronica Bennholdt-Thommsen, Maria Mies und Claudia von Werlhof, der im wesentlichen die Rolle der Nicht-Lohnarbeit für den entwickelten Kapitalismus betont. Es ist ein Ansatz, "der die bisherige Gesellschaftstheorie als Ganzes in Frage stellt, da andere Widersprüche und Verhältnisse ins Zentrum der Analyse rücken." Er formuliert eine Kritik insbesondere an der ",männlich-weißen` Wahrnehmung kapitalistischer Ökonomie und den ihr zugrundeliegenden kulturellen Leitideen" (123).

Der Weltsystemansatz und der Ökofeminismus werden von Eblinghaus/Stickler als grundlegende Theorien benutzt, um

"a) die Gewalt- und Herrschaftsförmigkeit des Rahmens, in der sich der Diskurs Sustainable Development organisiert und

b) die ungebrochene Dominanz von kulturellen Leitbildern (der männlich-westlichen Moderne) samt ihrer verheerenden Wirkungen, die durch Sustainable Development fortgesetzt wird" (124) aufzuzeigen.

Die vielfältigen Quellenverweise regen zum verstärkten Nachschlagen, nicht nur in den einschlägigen Werken, an. U.a. verweisen die AutorInnen auf die Bedeutung von Rosa Luxemburgs Text "Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus" für die Bielefelder Subsistenztheoretikerinnen in der Auseinandersetzung mit dem Marxschen Akkumulationsmodell.

Mit Hilfe der Regulationstheorie und hier insbesondere Bezug nehmend auf Hirsch stellen Eblinghaus/Stickler die These auf, daß "der Diskurs Sustainable Development Teil der Formierung eines neuen ,hegemonialen Projektes` ist, welches auf die ... Umbruchsituationen reagiert" (174).

Bei dieser Kritik ist es nur konsequent und logisch, daß die AutorInnen auf eine strikte "Konfrontation mit den vorherrschenden Wahrheitsregimes" (186) orientieren. Sie setzen sich ab von jeglichem auch kritischem Einlassen auf den Sustainability-Diskurs, wie es z.B. von Hirsch ("den Tiger reiten") oder in Giddens Forderung nach einem "utopischen Realismus" versucht wird.

Sehr hilfreich für die Beschäftigung mit der Thematik Umwelt und Entwicklung ist der erste Teil des Buches, in dem beispielsweise in prägnanter Form ein Überblick gegeben wird über Entwicklungstheorien (Modernisierungs-, Dependenztheorie, Weltsystemansatz). Die Begriffserklärung von Sustainable Development und die Beschäftigung mit dem Brundtland-Bericht, der als zentral für die Entwicklung von Sustainable Development angesehen wird, dürfte für Menschen, die sich schon intensiver mit der Thematik beschäftigt haben, wenig Neues bringen, sind aber für diese Form von Arbeiten wohl unvermeidlich und bieten einen guten Überblick über die Thematik.

Angehängt ist der Arbeit eine ausschnittweise Dokumentation der Debatte um die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", eine Debatte, deren Verlauf wir in analyse & kritik ebenfalls kontinuierlich zu begleiten

versuchen. Helga Elbinghaus und Armin Stickler haben mit "Nachhaltigkeit und Macht" ein sehr interessantes Buch vorgelegt, das förmlich zur Diskussion herausfordert. Dazu bieten wir in dieser Zeitung gern ein Forum.

gg.

Helga Eblinghaus und Armin Stickler; Mitherausgeber: Informationsbüro Nicaragua e. V. ; Nachhaltigkeit und Macht - Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt a. M., IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1996, 240 Seiten, 29,80 DM

28. Grüne Anlagen. Kritische Anmerkungen zu einem Ratgeber

Autor: Werner Ruhoff · Rubrik: Umweltpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:31

"Sie trennen Müll. Sie nutzen umweltfreundliche Verkehrsmittel. Sie trinken Kaffee aus fairem Handel. Und was tut Ihr Geld für die Welt?" So beginnt ein Brief des Hans M. Berner von "Ethik - Ethisches Investment Köln" an anlageinteressierte Menschen, die keineswegs auf ihre Renditen verzichten wollen, aber immerhin den Anspruch haben, daß ihr Geld nicht in die Töpfe der Rüstungsindustrie oder aggressiver Chemieproduzenten gerät. Salopp, im Stil der Bankersprache, werden ökobewußte AnlegerInnen aufgefordert, angespartes oder anzusparendes Geld "arbeiten zu lassen", so als ob es Hände und Füße und gar Verstand habe. Wie käme der Fetischcharakter des Geldes besser zum Ausdruck!

Der Autor des Briefes versucht dem grün angehauchten Publikum klarzumachen, daß Ethik und hohe Anlagerenditen keineswegs sich ausschließende Kategorien darstellen. Das vom Ethikfonds angelegte Aktiengemeinschaftsdepot hat seit der Gründung nach eigenen Angaben jährlich einen vergleichsweise hohen Durchschnittszuwachs von 9% "Wertsteigerung". Immerhin soll das in den Fonds eingezahlte Geld dort angelegt werden, wo soziale Verantwortung eine Rolle spielt. So werden Wertpapiere von Firmen gekauft, die Tierversuche ablehnen, die sich bei der Entwicklung neuer Energietechnologien hervortun oder auch Anleihen von Eisenbahngesellschaften wie z.B. der französischen SNCF. Aber hier schon beginnt das Dilemma der "alternativen" Wertpapierfonds. Die SNCF betreibt nicht nur ein schienengebundenes Verkehrssystem, das umweltverträglicher ist als die Autos; sie ist auch Großabnehmerin des in Frankreich produzierten Atomstroms.

Genaue Prüfung

Aber nicht nur "Ethik-Unternehmen" wie der Ethikfonds, der die AnlegerInnen direkt und ohne die mitverdienende und managende Hand von Großbanken beteiligt, auch Großbanken betreiben Kapitalanlagegesellschaften, die sich mit den Begriffen Ethik oder Öko schmücken. Hier besteht dasselbe Problem. Hinzu kommt, daß die Anlagemöglichkeiten in "Grüne Wertpapiere" noch sehr gering sind. Es gibt nicht sehr viele Unternehmen, die die "grünen" Kriterien durchgängig einhalten. Deswegen sind die Fonds in der Regel international angelegt, was ein zusätzliches Währungsrisiko mit sich bringt. Zudem handelt es sich oft um sogenannte End-of-Pipe-Unternehmen, die am Ende der Verschmutzungskette lediglich für das Auffangen der Schadstoffe sorgen. Die auf Wachstum angelegten Fonds leben somit auch von der Umweltzerstörung.

Außerdem fließt das Geld der Investmentfonds ja nicht unmittelbar in die stoffliche Produktion. Investmentfonds kaufen und verkaufen mit dem Geld der AnlegerInnen Aktien und Schuldverschreibungen. Diese werden bei der Neuausgabe von den kapitalsuchenden Unternehmen und Institutionen gegen Geld in den Börsenhandel gebracht. Sobald die Wertpapiere an der Börse plaziert sind, werden sie Spekulationsobjekte, die mit unterschiedlichen Erwartungen geldgieriger KontrahentInnen gegen Cash getauscht werden. Investmentfonds sind somit als Handelnde reine Spekulationssubjekte.

Ein anderes Beispiel: Bei der Frankfurter Ökobank eG können AnlegerInnen Fördersparbriefe zeichnen und ihr Geld für einen bestimmten Förderbereich, etwa für "Selbstverwaltete Betriebe" oder "Umwelt und Energie", zur Verfügung stellen. Es gibt neun verschiedene Bereiche, aus denen die Bank auch in ihrer regelmäßig erscheinenden "Ökokorrespondenz" berichtet. Die AnlegerInnen verzichten dabei auf den marktüblichen Zins, und die Ökobank verpflichtet sich, die abgerufenen Darlehen zu ebenfalls günstigeren Zinsen an die Förderprojekte auszuzahlen. Das Geld fließt hier unmittelbar in die Förderbereiche, sofern Kredite und Darlehen in der entsprechenden Höhe abgerufen werden.

Auch konzernkritische Arbeit kann mit Spargeldern unterstützt werden. So beim CBG-Fonds der Coordination gegen Bayer-Gefahren, der von der Ökobank in Frankfurt/Main verwaltet wird. Das angelegte Geld leitet die Ökobank in soziale und ökologische Projekte. Von ihnen profitiert auch das Netzwerk durch die ausgeschütteten Erträge, die in den Projekten erwirtschaftet werden. Die AnlegerInnen verzichten für die Dauer der Anlage in den CBG-Fonds nicht nur auf den Zins, sie zahlen bei der Anlage sogar noch ein 6%iges Aufgeld für die Verwaltung des Fonds durch die Ökobank.

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Projekten, die mit Hilfe alternativer Banken - wie der Ökobank oder der Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken in Bochum - direkt unterstützt werden. Hier geht es nicht, oder nur teilweise, um die Verzinsung des angelegten Geldes. Den AnlegerInnen geht es vielmehr um die praktische Unterstützung zum gegenseitigen oder gemeinschaftlichen Nutzen. Es gibt solche Projekte im ökologischen Landbau, im internationalen Handel mit armen Ländern, im Wohnungsbau, im Energiebereich und auch im Verkehrsbereich. Oft werden derlei Projekte nicht nur finanziell, sondern auch durch das praktische Engagement der GeldgeberInnen unterstützt.

Zweckbindung des Kapitals

Was ökologisch und sozial engagierte Menschen bei der Geldanlage beachten sollten, beschreibt der Publizist Hermanus Pfeiffer, der sich in Sachen Banken einen Kritikernamen gemacht hat. Der Ratgeber "Grüne Anlagen" (mit Anhang 172 Seiten) ist im PapyRossa-Verlag in Köln erschienen. Grüne Anlagen unterscheiden sich von traditionellen Geldanlagen durch das Kriterium der "Ethik" als Ergänzung (siehe die Investmentfonds) oder gar als Abgrenzung (siehe Förderprojekte) vom üblichen Interessensdreiklang des anlagesuchenden Publikums. Wie wird mein Geld verzinst, für welchen Zeitraum liegt das Geld fest und welchem Risiko unterliegt meine Geldanlage durch eventuelle Verluste oder Pleiten beispielsweise?

Sind diese Fragen geklärt, "verschwindet" das Allerweltsgeld in den Töpfen der Banken, Versicherungen und Börsen als schnödes Kredit- oder Spekulationskapital. Die normalsterblichen GeldgeberInnen haben keinen Einfluß auf die Verwendung des Geldes. Sie wissen in der Regel auch nichts von der segensreichen oder verderblichen Wirkung ihres Vermögens. Geldgeben ist der strikten Privatheit unterworfen wie auch die Verwendung des Geldes. Selbst die großen Publikums-Aktiengesellschaften wie Bayer oder Deutsche Bank speisen "ihre" KleinaktionärInnen mit glanzvollen Geschäftsberichten ab, die aber in der Regel mehr verbergen als sie preisgeben.

Bei den "alternativen" Geldanlagen geht es weder um die Aufhebung der Privatsphäre noch um die Abschaffung der Kapitalverhältnisse. Aber das "grüne" Kapitalverhältnis wird ein Stück weit politisiert, indem die Bereitstellung von Kapital mehr oder weniger an einen bestimmten gesellschaftlichen Zweck gebunden ist. Der Autor des Ratgebers erklärt anhand konkreter Beispiele die verschiedenen Arten der "Grünen Anlagen", nachdem er in einem relativ ausführlichen Vorspann zunächst beschrieben und teilweise auch bewertet hat, was bei der Anlage von Geld und bei der Auswahl der Bank oder Sparkasse beachtet werden sollte. Allerdings bleibt der Autor dabei innerhalb der Logik einer hohen Renditeerwartung; am Beispiel der Direktversicherung sogar auf Kosten der gesetzlichen Sozialversicherungen.

Und wer, wie Hermanus Pfeiffer, aus dem Blickwinkel linker KritikerInnen über Geldanlagen schreibt, darf natürlich die "ungerechte" Einkommens- und Vermögensverteilung nicht vergessen. Zwar beschreibt der Autor anhand belegter Beispiele und mit Hilfe verfügbarer Statistiken die sich zuspitzende Entwicklung der Reichtums- und Armutsverteilung in dieser Republik, aber der unmittelbare Zusammenhang mit dem Thema Geld- und Kapitalanlage bleibt leider allzu unvermittelt. So hätte der Autor die Aktualität der Pseudospardiskussion über die öffentlichen Haushalte aufgreifen können, um den Zusammenhang öffentlicher Verschuldung und privater Reichtumsanhäufung aufzuzeigen.

Gerade die vom Autor geschätzten staatlichen Schuldtitel erlauben es "potenten" privaten wie institutionellen AnlegerInnen (Banken, Sparkassen, Versicherungen, Industrieunternehmen u.a.), den Löwenanteil der Zinsen abzukassieren, für die SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose am stärksten bluten müssen. Immerhin mußten Bund, Länder und Kommunen 1995 für ca. 130 Mrd. Mark allein an Zinsen, ohne die Tilgung des Kapitals, aufkommen. Die zweite Frage ist, wofür werden die Schulden überhaupt ausgegeben? Wer sein Geld unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten anlegen will, sollte unter diesem Aspekt durchaus überlegen, ob eine Anlage in Staatspapieren unter den gegebenen Gesichtspunkten für sie oder ihn vertretbar ist.

Transparente Investitionen

An manchen Stellen wirkt der Text durch Überschneidungen und Wiederholungen langatmig. Wertungen und Beschreibungen sind teilweise durchaus zweideutig oder gar widersprüchlich. So, wenn der Autor auf S. 86 schreibt: "Die typische Ökobankanlage ist nicht transparent. Eine unmittelbare, konkrete Projektbezogenheit gibt es meist nicht." Dagegen heißt es dann auf S. 87: "Immerhin schreibt aber die Bankzeitung über beispielhafte Aktivitäten. Zudem werden im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht alle

FörderkredtitnehmerInnen, die damit einverstanden sind, aufgelistet und über die Entwicklung der Förderbereiche berichtet."

Und weiter: "Wer mehr Transparenz will, kann aber auch bei der Ökobank in ein konkretes Einzelprojekt investieren; Beispiel ‚Baumhaus Heliotrop`, ein drehbares, zylinderförmiges Solarhaus in Freiburg." Dann folgt im Fazit auf S. 154 die Beurteilung: "Ethisch am zweckmäßigsten ist unter den gegebenen Vorzeichen eine direkte Investition in alternative Bereiche. Solches leisten die besten Grünbanken wie GLS (Gemeinschaft für Leihen und Schenken) und Ökobank. Zusätzlich könnte mensch in die Förderbereiche der Ökobank einzahlen." Der Autor geht andererseits nirgendwo auf die Gestaltung der Konditionen für die Förderkredite der Ökobank ein. Mich interessiert als "Grüner" Anleger, ob die Ökobank meinen Zinsverzicht auch tatsächlich an die Förderprojekte weitergibt. Wie werden die Konditionen berechnet? Sind sie auch für die AnlegerIn und die DarlehnsnehmerIn nachvollziehbar? In welchem Ausmaß sind die Förderbereiche auf preiswertere Konditionen angewiesen, und wie trägt die Bank den unterschiedlichen Anforderungen buchstäblich Rechnung?

Das verfluchte Geld

Wer Geld übrig hat, um es auf die hohe Kante zu legen, und sich darüber hinaus Gedanken macht, was mit dem angelegten Geld finanziert wird, für den/die sind Ökoanlagen durchaus interessant. Der Autor versucht, die inzwischen vorhandene Vielfalt im Bereich der "Grünen Anlagen" etwas durchschaubarer zu machen und zur Orientierung beizutragen. Den Sinn "Grüner Anlagen" entdeckt der Autor dort, wo die traditionellen Banken die Risiken sozial und ökologisch innovativer Projekte scheuen und die Rendite in ihren Augen zu niedrig ist. Oder weil sie linke Projekte doch nicht mögen und diese somit auf die Geldzufuhr anderer angewiesen sind. Das bedarf neben einer gehörigen Portion Risikobereitschaft auch einer Motivation, die sich im praktischen wie im gesellschaftlichen Engagement äußert.

Und es bedarf eines Willens, der Geheimniskrämerei zwischen KonsumentInnen, AnlegerInnen, ProduzentInnen und den dazwischen agierenden Banken die Alternative der praktizierten Offenheit entgegenzusetzen. Die Ansätze der alternativen Genossenschaftsbanken wie z.B. der Ökobank weisen in diese Richtung. Solidarität kann nur durch Offenheit entstehen. Der Zweck der genossenschaftlichen, sprich solidarischen Unternehmensform, soll mit Hilfe von weitgehender Transparenz und durch das eigene Engagement der KundInnen und Mitglieder eingelöst werden.

Wie diese Genossenschaften ihre MiteigentümerInnen und ihre MitarbeiterInnen in ein solches Selbstverständnis einbinden, wäre sicherlich vor dem Hintergrund von Interesse gewesen, daß es bei "Grünen Anlagen" nicht um den Selbstzweck des Geldes gehen sollte, sondern daß dieses Geld Mittel zum Zweck eines gesellschaftspolitisch gewollten Handelns ist. In diesem Zusammenhang hätte ich mir noch ein paar Gedanken des Autors zu seinen Ansichten über die gesellschaftlichen Möglichkeiten und die Schranken eines "anderen" Umgangs mit dem so segensreich verfluchten Geld gewünscht, zumal dieses Thema gesellschaftspolitisch auch die vom Autor kritisierte Bankenmacht berührt.

Alles in allem bleibt das Büchlein auf den Privatmenschen als AnlegerIn projiziert. Es zeigt vor allen Dingen auf, wo angesichts von Risiken, Beutelschneiderei und Etikettenschwindel Vorsicht angesagt ist. Die zahlreichen Tips sind subjektiv begründet und müssen nicht in jedem Fall geteilt werden. Die von der Stiftung Warentest übernommene Übersicht über ökologisch orientierte Investmentfonds und die im Anhang veröffentlichte Adressenliste in Sachen "Grüne Geldanlage" erfüllen einen guten Zweck für jene, die sich für Alternativen entscheiden mögen und das nötige Kleingeld mitbringen.

Werner Ruhoff

29. Die größte Geiselnahme der Geschichte. Zu Yehuda Bauers Buch "Freikauf von Juden"

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:08

Die Verhandlungen, die Juden vor dem und während des Zweiten Weltkriegs mit Deutschen führten, um andere Juden zu retten, waren in Israel jahrzehntelang eines der emotionsgeladensten, umstrittensten Themen. Dieser Streit hatte seinen ersten Höhepunkt in den 50er Jahren, als er an der tagespolitischen Frage der Verhandlungen mit Bonn über die "Wiedergutmachung" zu einem parteitaktisch aufgeladenen Zentralproblem verschmolz.

Die Hauptlinie der Konfrontation ist damit bereits bezeichnet: Israels oppositionelle radikal-nationalistische Rechte warf den Vorgängern der sozialdemokratischen Regierungspartei vor, sie hätten in politisch und moralisch unzulässiger, verwerflicher Weise mit den deutschen Nationalsozialisten paktiert, und sie hätten zugunsten eigener Vorteile andere Juden verraten, sie den Mördern ausgeliefert. Es war und ist, jenseits der Suche nach historischer Gerechtigkeit, ein Thema, das sich zur Instrumentalisierung in der israelischen Parteipolitik anbietet.

Diese Seite der Diskussion hat Tom Segev in seinem Buch "Die siebte Million: Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung" (1) umfassend dargestellt und kommentiert. Die deutsch-jüdischen Verhandlungen sind dort allerdings nur ein Punkt unter mehreren, und Segev ging es weniger um die historischen Tatsachen, als um die Auswirkungen für die israelische Innenpolitik und den gesellschaftlichen Diskurs. Die geschichtlichen Ereignisse hat er daher nur soweit referiert, wie es ihm zum Verständnis nötig erschien.

1994 veröffentlichte der Historiker Yehuda Bauer eine zusammenfassende Darstellung der Verhandlungen: "Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933-1945 ". Seit einigen Monaten liegt sie auf deutsch unter dem Titel "Freikauf von Juden?" vor.

Im Wesentlichen untersucht Bauer vier unterschiedliche Phasen von Verhandlungen:

- Erstens der mit dem Haavara-Abkommen (2) verbundene Versuch, nach dem Regierungsantritt Hitlers 1933 soviel Juden wie möglich die Ausreise aus Deutschland nach Palästina zu ermöglichen.

-Zweitens die Lösegeld-Verhandlungen 1942-43, die zu einer Unterbrechung der Deportationen aus der Slowakei in die Vernichtungslager führen sollten. Daraus entwickelte sich ein sehr naiver Plan einiger slowakischer Juden, mit einer Bestechungssumme von maximal einigen Millionen Dollar ein Ende des Völkermords an den europäischen Juden insgesamt zu erreichen.

- Drittens die Verhandlungsbemühungen und Auseinandersetzungen, die von dem "Eichmann-Angebot" 1944 ausgelöst wurden: Die Rettung und Freilassung von einer Million Juden im Tausch gegen 10.000 Lastkraftwagen.

- Und viertens die zahlreichen kleinen, und im Kleinen auch durchaus erfolgreichen, Bemühungen, zwischen Herbst 1944 und Kriegsende Mai 1945 einzelne Gruppen von einigen hundert oder tausend Juden durch Verhandlungen mit den Deutschen vor dem Tod zu retten.

Das "Eichmann- Angebot" ...

Bauers Verdienst besteht in der vermutlich erstmaligen Zusammenfassung aller Ereignisse, die unter dem Stichwort "deutsch-jüdische Verhandlungen" diskutiert werden. An neuen, bisher unbekannten oder unzureichend berücksichtigten Fakten und Quellen bietet er nur wenig und vermutlich überhaupt nichts Entscheidendes. Das ist dem Autor nicht anzulasten, sondern darauf zurückzuführen, daß erstens diese Vorgänge bereits sehr oft und gründlich bearbeitet wurden, und daß zweitens über die begrenzte Quellenlage wohl nicht mehr hinauszukommen ist.

Das entscheidende Problem dabei ist, daß die Absichten und Widersprüche auf der deutschen Seite nicht ausreichend aufzuklären sind, weil ohnehin vieles gar nicht erst schriftlich formuliert wurde und weil darüber hinaus wichtiges Aktenmaterial in den letzten Kriegsmonaten systematisch vernichtet wurde, um es nicht in die

Hände der Sieger fallen zu lassen. Vor allem bei der Erforschung und Einschätzung des "Eichmann-Angebots" sind wahrscheinlich keine nennenswerten Fortschritte mehr zu erreichen, obwohl gerade dies der interessanteste und umstrittenste Problemkreis im Zusammenhang der Verhandlungen ist.

Über die bereits vorliegenden Arbeiten hinaus geht Bauer in der Darstellung des geheimdienstlichen Milieus, in dem die Verhandlungen teilweise geführt oder angebahnt wurden. Auch mit einigen praktischen Aspekten der "Friedensfühler" maßgeblicher deutscher Kreise, in erster Linie Himmlers, seit der offensichtlichen Kriegswende Ende 1942 hat sich Bauer genauer beschäftigt als bisher geschehen. Eine umfassende Untersuchung zu diesem Thema fehlt allerdings immer noch.

Das "Eichmann-Angebot" steht zweifellos im Zentrum des Buchs von Yehuda Bauer, denn in diesem Vorgang bündeln sich die politischen und moralischen Streitfragen.

Deutschland hatte im Sommer 1941 den Völkermord an den Juden mit Massakern im besetzten Teil der UdSSR begonnen. Seit Herbst 1941 wurden die deutschen Juden zur Ermordung "nach Osten" abtransportiert. Im Spätherbst 1941 und im Verlauf des Jahres 1942 wurden die Vernichtungslager, vor allem in Polen, aufgebaut. Seit Frühjahr/Sommer 1942 wurden dorthin auch Juden aus dem übrigen besetzten Europa deportiert.

1944 waren die Juden Ungarns mit über 700.000 Menschen - nach deutscher Definition sogar 8.-900.000 - als letzte große Gruppe übrig geblieben. Ungarn war zwar mit Deutschland im Krieg verbündet und hatte ein halbfaschistisches Regime, besaß aber weitgehende innenpolitische Selbständigkeit. Diese wurde erheblich eingeschränkt durch die deutsche Besetzung am 19. März 1944. Zu den Zielen dieser Aktion gehörte, neben den militärischen Aspekten, auch die Einbeziehung der ungarischen Juden in die "Endlösung", in den Völkermord. Seit Anfang April wurden die Juden "ghettoisiert", das heißt in Übergangslagern und Städten entlang der Bahnlinien zusammengetrieben, um den Abtransport nach Auschwitz vorzubereiten.

Vermutlich am 25. April 1944 - die Angaben sind unterschiedlich und nicht mehr verifizierbar - machte Eichmann einem Vertreter der Budapester Juden, Joel Brand, das "Angebot", eine Million Juden freizugeben, wenn dafür von den USA und Großbritannien Waren geliefert würden. Als Hauptforderung kristallisierte sich die Forderung nach 10.000 "winterfesten" Lastkraftwagen heraus, die ausschließlich an der Ostfront eingesetzt werden sollten. Der Vorschlag zielte ganz offensichtlich darauf ab, Mißtrauen zwischen den Kriegsgegnern zu schüren und eine Verhandlungslinie zu den Westmächten herzustellen.

Wie zur Demonstration der Erpressung fuhren am 29. und 30. April erstmals zwei Züge mit insgesamt rund 3.800 Menschen nach Auschwitz. Am 17. Mai wurde Joel Brand nach Istanbul geschickt, um dort Verhandlungen mit dem "Weltjudentum", wie es nur in den Vorstellungen der Deutschen bestand, anzuknüpfen. In seiner Begleitung befand sich ein jüdischer V-Mann des ungarischen Geheimdienstes und der SS, dem anscheinend der eigentliche politische Geheimauftrag anvertraut war: die Erkundung von Möglichkeiten für einen Friedensschluß zwischen Deutschland und den Westmächten.

Zwei Tage vor Brands Abreise hatten die allgemeinen Deportationen der ungarischen Juden nach Auschwitz begonnen, mindestens drei Güterzüge täglich, ungefähr 4.000 Menschen in jedem Zug. Die Zionisten, zu denen Brand in Istanbul Kontakt aufnahm, forderten ihn auf, zu Gesprächen nach Palästina zu kommen, das damals britisches Mandatsgebiet war. Am 7. Juni wurde Brand beim Versuch der Einreise von englischer Polizei in Haft genommen und für die nächsten Monate aus dem Verkehr gezogen. Am 19./20. Juli wurde das "Eichmann-Angebot" in englischen und amerikanischen Tageszeitungen, denen das Material von ihren Regierungen zugespielt worden war, bekanntgegeben und schärfstens verurteilt. Damit war es endgültig erledigt.

... und die Westmächte

Inzwischen waren die Deportationen aus Ungarn Anfang Juli auf Anweisung des Diktators Horthy eingestellt worden. Das war offenbar in erster Linie auf den Druck der USA sowie die Proteste des Vatikan und mehrerer neutraler Regierungen zurückzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren rund 435.000 Juden nach Auschwitz geschafft worden. Die meisten wurden sofort in den Gaskammern ermordet oder starben an den Folgen von Zwangsarbeit, Unterernährung, mörderischen sanitären Verhältnissen und auf den "Todesmärschen" in den letzten Kriegsmonaten.

Niemand hat bisher die Ansicht vertreten, die Westmächte hätten über das deutsche "Angebot" ernsthaft verhandeln sollen. Einige Autoren entziehen sich der Problematik durch die rein hypothetische Argumentation, es sei Himmler mit diesem Vorschlag ohnehin nicht ernst gewesen. Bauer beschreitet diesen fragwürdigen Ausweg nicht. Er schreibt: "Die entscheidende Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen das Dritte Reich war die tragende Säule in der Strategie der Alliierten. [...] Ohne die Sowjets, ohne ihr unermeßliches Leiden und ihre unbeschreibliche Tapferkeit, hätte der Krieg vielleicht noch Jahre gedauert, vielleicht hätte er ohne sie gar nicht gewonnen werden können. Die Verantwortlichen im Westen wußten das. Niemals hätten sie ihre delikaten Beziehungen zu ihren sowjetischen Verbündeten durch Verhandlungen mit dem obersten Mörder des NS-Regimes [d.h. mit Heinrich Himmler] gefährdet. Und ganz bestimmt nicht durch Verhandlungen über Juden, diese problematische und unbeliebte Minderheit." (S. 401)

Diese Interpretation Bauers erfüllt die Wünsche nach verschiedenen Seiten: Sie legt einerseits, in ihrem ersten Teil, die Deutung nahe, daß die Entscheidung der Westmächte gegen Verhandlungen zwingend geboten war, weil eine andere Wahl die Nationalsozialisten möglicherweise für lange Zeit zu Herren über einen großen Teil Europas gemacht hätte. Zugleich suggeriert Bauer aber auch, die Ablehnung der Regierungen in Washington und London sei wesentlich dadurch beeinflußt worden, daß es sich bei den Geiseln um Juden handelte. Wäre sie demnach nicht so eindeutig ausgefallen, wenn es sich um eine andere Bevölkerungsgruppe gehandelt hätte? Und wäre eine andere Entscheidung vielleicht doch wünschenswert gewesen? Eine Ambivalenz bleibt; vielleicht ist sie unvermeidlich.

Frontal kritisiert die Entscheidung der Westmächte niemand. Es gibt aber eine Reihe von Autoren - darunter etliche, die damals in irgendeiner Form an den Verhandlungen zwischen Juden und Deutschen beteiligt waren -, die in vorsichtiger Form die These vertreten, daß eine alternative Taktik möglicherweise viele Juden hätte retten können. Dies deutet auch Bauer an, ohne der Frage sehr weit nachzugehen. Man hätte, so wird argumentiert, zum Schein eine grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen über das "Eichmann-Angebot" zu erkennen geben können, um erst einmal Zeit zu gewinnen und eine Unterbrechung der Deportationen zu erwirken.

Tatsächlich scheint es so, jedenfalls in den Erzählungen Joel Brands, als hätte Eichmann versprochen, die ersten 100.000 Juden mit Zügen an die spanische Grenze zu schaffen und freizugeben, sobald Verhandlungen mit den Westmächten und mit dem "Weltjudentum" begonnen hätten. Je nach dem Tempo der erzielten Fortschritte sollten weitere Juden ausreisen dürfen.

Hätte man also die Deutschen durch Finten irreführen und hinhalten können? Die Frage ist wiederum hypothetisch, aber mit diesem Vorbehalt meiner Ansicht nach zu verneinen. Die Deportationen aus Ungarn nach Auschwitz erfolgten in einem bis dahin beispiellosen Tempo, und daher liegt die Schlußfolgerung nahe, daß sehr schnell ein substantielles und hochrangig abgesichertes Verhandlungsangebot des Westens hätte vorliegen müssen, um die Züge noch aufzuhalten.

Was bisher bekannt ist - und wesentlich mehr wird das bei der schlechten Quellenlage wohl nicht werden -, läßt darauf schließen, daß zu dieser Zeit zwischen Himmler und Eichmann ein erheblicher Dissens bestand. Die Idee eines großen Tauschhandels mit den überlebenden Juden, um mit den Westmächten eine Verhandlungslinie aufzubauen, ging von SS-Chef Himmler aus. Er besaß dazu vermutlich nicht die direkte Zustimmung oder gar einen Auftrag Hitlers, sondern nur eine sehr allgemeine Konzession, die er sich schon Monate vorher verschafft hatte. Diese Anweisung Hitlers sagte lediglich aus, daß die Freigabe von Juden zur Erlangung materieller Vorteile prinzipiell zulässig sei.

Eichmann hingegen war in erster Linie vom Ehrgeiz motiviert, so viele Juden wie möglich ermorden zu lassen. Große politische Strategien interessierten ihn kaum, zumal er ihnen wahrscheinlich keine entscheidende Bedeutung und Erfolgsaussicht zumaß. Eichmanns Deportationsplan für Ungarn war darauf angelegt, den Zeitspielraum für die Brand-Mission gering zu halten und durch ein beispielloses Tempo des Mordens vollendete Tatsachen zu schaffen. Unter diesen Umständen wäre es für Himmler äußerst problematisch gewesen, nur aufgrund eines vorgetäuschten Verhandlungssignals der Westmächte hin die Einstellung der Deportationen anzuordnen und aufrecht zu erhalten.

Zentralität des Holocaust in der NS-Politik

Yehuda Bauer ist offenbar in extremer Weise Anhänger der Theorie von der Zentralität des Holocaust in der NS-Politik. Diese Theorie läuft darauf hinaus, daß der Mord an den Juden der Hauptzweck des Nationalsozialismus war und alles andere diesem einen Ziel untergeordnet war. Deutschland habe daher den Krieg "nicht aus pragmatischen, militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen und Interessen geführt, sondern aus rein ideologischen Gründen. [...] Der Krieg war letztendlich ein Krieg gegen die Juden." (S. 73)

So kategorisch und evident überzogen, wie Bauer diese Theorie vertritt, hat er Mühe, die Freilassung von Juden - real praktiziert oder als Tauschhandel angeboten - so zu interpretieren, daß sie nicht als Widerspruch zu seiner Grundbehauptung erscheint: Ja, räumt Bauer ein, "immer dann, wenn sich dadurch taktische Vorteile erzielen ließen", haben die Deutschen auch Juden laufen lassen. "Dazwischen sah man [...] keinen inneren Widerspruch. [...] Die NS-Schergen gingen davon aus, daß sie den Krieg gewinnen würden und dann die ‚Judenfrage` durch totale Vernichtung endgültig ‚lösen` könnten. Auch die Juden, die man entkommen ließ, würden am Ende gefangen und getötet." (S. 395)

Diese Deutung muß in Zusammenhang mit einer weiteren Aussage Bauers gelesen werden: "Die Politik der ‚Endlösung` stellte keinen vollständigen Bruch mit der Auswanderungs- und Austreibungspolitik dar, die ihr vorausging. Beide basierten auf dem gleichen Prinzip, das Hitler schon 1919 formuliert hatte: Es ging darum, die Juden allesamt zu ‚entfernen`." (S. 396, Hervorhebg. i. Orig.)

Aber selbstverständlich ist Vertreibung etwas grundsätzlich anderes als Ermordung, auch wenn man beides mit dem gleichen Wort "Entfernen" bezeichnet. Jemanden zu vertreiben, wird oft zur Folge haben, daß man ihn künftig nicht mehr ermorden kann. Vor diesem Dilemma stand die NS-Politik: In den ersten Jahren ihrer Herrschaft hatte die NSDAP die Vertreibung der Juden aus Deutschland forciert, selbst um den offensichtlichen Preis, daß damit das zionistische Staatsprojekt in Palästina gefördert wurde. 1937/38 setzte sich dagegen im NS-Apparat die Auffassung durch, daß die "Judenfrage" im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung durch Vertreibung der Juden aus Deutschland keineswegs zu lösen war.

Konnten denn die Nationalsozialisten damit rechnen, daß es bald einen Weltkrieg geben würde, den sie natürlich gewinnen würden, so daß man die vertriebenen Juden dann immer noch greifen und ermorden könnte? Etwa zwei Drittel der Juden, die Deutschland bis Kriegsbeginn verließen, wanderten nach Palästina oder nach Übersee aus. Zutreffend weist Bauer darauf hin, daß der Krieg, den Hitler nach dem deutschen Überfall auf Polen "bekam", durchaus nicht der war, den er gewollt hatte: Er hatte einen Krieg gegen England vermeiden wollen, er hat auch einen Krieg gegen die USA mit ihrem ungleich größeren Potential vermeiden wollen. Selbst ein militärischer "Sieg" über die Vereinigten Staaten konnte höchstens zu einer Pattsituation führen und hätte keineswegs zur Folge gehabt, daß man die dort lebenden Juden ermorden konnte. Soweit reichte auch der Verstand der meisten NS-Führer.

Wenn Himmler 1944 die Freigabe von einer Million Juden offerierte, um einen Frieden (und vielleicht ein Bündnis) mit den Westmächten auszuhandeln (und alle Kräfte auf den Osten konzentrieren zu können), so hätte das für die Fortführung der "Endlösung der Judenfrage" nicht nur eine kurzfristige Vertagung, sondern ihre Aufgabe in der bisherigen Form bedeuten müssen. Denn daß man sich einerseits mit den USA und Großbritannien verständigen, aber andererseits weiterhin die Juden im deutschen Machtbereich massakrieren könnte, glaubte vermutlich keiner der maßgeblichen deutschen Politiker.

Der deutsche Nationalsozialismus hat von Anfang an die physische "Vernichtung" der Juden als Gruppe, praktiziert als Ermordung von so viel Juden wie möglich, als eine zentrale Option betrachtet. Das geschah aber nicht mit der absoluten Ausschließlichkeit, jede davon abweichende Handlung nur als kurzfristigen taktischen Umweg zu dem einen und einzigen strategischen Endziel zu begreifen. Das monokausale Erklärungsmuster, das den Nationalsozialismus fast nur noch als Instrument zur "Judenvernichtung" begreift - und ihm oft auch kaum noch etwas anderes vorwirft - greift sichtlich ebenso zu kurz wie das ökonomistische Modell, das den Holocaust nur noch als Spezialfall imperialistischer Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Raumpolitik interpretiert.

Kt.

Anmerkungen

1) Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Deutsch von Jürgen Peter Krause und Maja Ueberle-Pfaff. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt) 1995. (Hebräische Originalausgabe 1991, englische Ausgabe 1993)

2) Haavara (hebr.) = Transfer, hier: Kapitaltransfer. - Transferabkommen, das 1933 im Namen der Jewish Agency (Quasi-Regierung der Juden in Palästina) mit dem deutschen Reichswirtschaftsministerium geschlossen wurde. Das Abkommen regelte den Transfer von Auswandervermögen durch Verrechnung deutscher Warenexporte nach Palästina.

Yehuda Bauer: Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945. Aus dem Englischen von Klaus Binder und Jeremy Gaines. Frankfurt am Main (Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag) 1996. 464 S., 56 DM.

30. Hessische Knastmauern - grün gestrichen

Autor: Carsten Bertram · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:20

Hessens Justizminister Rupert von Plottnitz (Bündnis90/Die Grünen) ist ein erfahrener Verteidiger. Die regelmäßigen Attacken der CDU-Opposition im Landtag gegen seine Person als "ehemaligen RAF-Anwalt" und "Sicherheitsrisiko für Hessen" wehrt der 55jährige Jurist gelassen mit dem Hinweis auf seine untadelige Amtsführung ab: Die Zahl der Ausbruchsversuche von Gefangenen aus hessischen Knästen liegt im Länderdurchschnitt, Abschiebehaft wird in seinem Zuständigkeitsbereich weisungsgemäß vollzogen und der von der RAF gesprengte Gefängnisneubau in Weiterstadt planmäßig fertiggestellt.

Kritik von links, etwa von engagierten Knastgruppen, weisen Hessens Bündnis-Grüne unter Verweis auf den Druck der CDU-Opposition gegen den fortschrittlich eingestellten Parteigenossen ab. Der Minister, der in Interviews gern für die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und Entkriminalisierung von Drogenkonsum und Ladendiebstahl eintritt ("Ich habe auch mal gekifft", Süddeutsche Zeitung, 6.4.95) würde demnach gern anders handeln - kann aber nicht. So gibt es in Hessen, nicht anders als in anderen Bundesländern, prügelnde Schließer, Abschiebehaft, Sicherungsverwahrung - wie gehabt.

Lange Jahre war "der Rupert" gern gesehener Gast beim Grünen-Arbeitskreis in der Kasseler Justizvollzugsanstalt (JVA) Wehlheiden gewesen, einer Gruppe mit wöchentlichen Treffen von Gefangenen und externen ehrenamtlichen Mitarbeitern. Vom Protest gegen miserable Arbeitsbedingungen bis hin zur Amnestieforderung anläßlich der Wiedervereinigung: auf alles war der damalige justizpolitische Sprecher der Landtagsfraktion ansprechbar.

"Verordneter Selbstmord"?

Inzwischen hat sich die Situation geändert. Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter der Gruppe bekam Hausverbot in der JVA, nachdem Informationen über die Hintergründe des Todes zweier algerischer Gefangener aus dem Knast nach außen gedrungen waren. Die Kasseler Grünen klagen über die angeblich mangelnde Kooperationsbereitschaft des parteilosen Arbeitskreismitglieds und verweigern ihm jegliche Unterstützung.

In der Nacht zum Pfingstsonntag 1996 waren zwei algerische Untersuchungshäftlinge bei einem Brand in ihrer Zelle im Krankenhaus (Station E) der JVA Wehlheiden umgekommen. Für den Anstaltsleiter Geißler war schon am Sonntagmorgen die Sachlage eindeutig geklärt: Selbstmord. Die Tür der Zelle sei von innen verbarrikadiert gewesen. Deshalb kam nach seiner Darstellung jede Hilfe zu spät, obwohl die Feuerwehr sehr rasch zur Stelle gewesen wäre. Auch der Justizminister nahm vor Ort öffentlich Stellung zum Tod der algerischen Gefangenen. "Justizminister Rupert von Plottnitz (Grüne), der am Sonntag in Kassel war, versicherte, daß die Station E so schnell wie möglich wiederhergestellt werden solle, um Engpässe im Vollzugskrankenhaus zu vermeiden. Das jüngste, ‚bedrückende` Ereignis zeige zudem, so Plottnitz, wie dramatisch Untersuchungsgefangene ihre Situation oft empfänden." (Frankfurter Rundschau, 28.5.96)

Mitgefangene der beiden Algerier haben tatsächlich Bedrückendes berichtet, nämlich daß

- die beiden Getöteten seit Tagen unter starken Beruhigungsmitteln standen, sehr apathisch waren und die Nächte durchgeschlafen haben sollen;

- sie einen Tag vorher nicht im Besitz von Streichhölzern oder Feuerzeugen waren;

- Mitgefangene 35 Minuten Hilferufe gehört haben, ohne daß sich auf der Station etwas getan hätte;

- die Zellentüren nach außen aufgehen, was eine wirksame Verbarrikadierung ausschließt;

- die Notrufanlage in der Zelle schon sechs Wochen defekt gewesen sein soll;

- Zeugen der Brandnacht verlegt oder massiv eingeschüchtert werden, um nichts außer der offiziellen Verlautbarung nach außen dringen zu lassen.

Diese Aussagen zitiert die Kasseler "Elwe-Prozeßbeobachtungsgruppe" in einem offenen Brief an den Justizminister und verschiedene bündnisgrüne Gremien in Hessen. Die Gruppe ist seit der Revolte in der

Kasseler Untersuchungs- und Abschiebehaftanstalt "Elwe" im Sommer 1994 aktiv. Im offenen Brief forderte sie Aufklärung über die jüngsten Todesfälle und die justizinternen Vertuschungsversuche.

Nach drei Wochen kam aus dem Wiesbadener Justizministerium folgende Mitteilung eines Herrn Knappik: "Auf Ihr Schreiben, das dem Leiter des Ministerbüros vorgelegen hat, kann ich Ihnen mitteilen, daß nach dem bisherigen Kenntnisstand keine Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten von Bediensteten oder Organisationsmängel vorliegen." Weitere Stellungnahme lassen auf sich warten.

Eine andere Kasseler Gruppe hat ebenfalls gute Gründe, den hessischen Justizminister an seine Versprechungen zu erinnern. Ihre Forderung ist zunächst überraschend, setzt sie sich doch seit einem Jahr für die Rückverlegung eines Gefangenen in einen hessischen Knast ein.

"Besonders gefährlicher Gefangener"

Lutz Balding wurde wegen mehrerer bewaffneter Banküberfälle in den 80er Jahren in verschiedenen Verfahren zu insgesamt 29 Jahren Haft und anschließend zehn Jahren Sicherungsverwahrung verurteilt.

Nach zwei fehlgeschlagenen Fluchtversuchen über die Mauer der hessischen JVA Schwalmstadt ließ das Wiesbadener Justizministerium Lutz Balding im November 1995 nach Baden-Württemberg verschleppen. In der JVA Bruchsal ist er als "besonders gefährlicher Gefangener" weitgehend isoliert. Außer zensierten Briefen bleiben für Kontakte nach draußen im Monat zwei einstündige, von Beamten überwachte, Besuche. Eine Woche nach der Verlegung begann Lutz Balding einen Hungerstreik, mit dem er die sofortige Rückverlegung nach Schwalmstadt forderte. Er brach nach zehn Tagen ab, um draußen Raum für Öffentlichkeitsarbeit zu lassen. Die BesucherInnen schrieben im Dezember an Plottnitz: "Wir wenden uns an Sie als den für die Haftbedingungen und die Zwangsverlegung verantwortlichen Justizminister mit der Forderung nach Rückverlegung und grundsätzlicher Prüfung der Haftsituation von Lutz Balding. Wir begründen diese Forderung mit dem Recht des Herrn Balding auf eine Lebensperspektive. Damit meinen wir zunächst Haftbedingungen, die nicht einzig und allein darauf ausgerichtet sind, ihn als Menschen zu brechen. Mit Lebensperspektive meinen wir aber vor allem die reale Aussicht auf ein zukünftiges Leben in Freiheit. Die derzeitige Situation von Lutz Balding ist eine andere. Er hat als heute 37jähriger den 8.5.2020 als Entlassungstermin. Er hat sich bislang dafür entschieden, selbstbestimmt den Weg in die Freiheit zu suchen, d.h. bei jeder sich bietenden Möglichkeit die Flucht zu versuchen. Wir erwarten von Ihnen aufgrund ihrer Erklärungen gegen die lebenslängliche Freiheitsstrafe und für eine Humanisierung des Strafvollzugs, daß Sie Ihre Möglichkeiten ausschöpfen, Gefangenen wie Lutz Balding eine Perspektive zu eröffnen."

Die schriftliche Antwort des Herrn Mühlberger aus dem Grünen-Ministerium: "Die Gründe der Verlegung liegen ausschließlich im Verhalten des Verurteilten Balding. ... Die Dauer, die Herr Balding noch im Vollzug zuzubringen hat, hängt demnach in besonderem Maße von seinem eigenen Verhalten ab. Es liegt somit an ihm selbst, welche Lebensperspektive er auf der Grundlage der bestehenden Umstände für sich entwickelt. Im übrigen verkenne ich nicht Ihr persönliches Engagement für den Verurteilten Balding ...".

Zur Aussicht auf vorzeitige Entlassung hatte Balding in seiner Hungerstreikerklärung vom 20.11.95 geschrieben: "Eine andere Perspektive als Knast bis zum Ende wird es seitens des Apparats nicht geben, weil ich sage: heute begreife ich mich - meine Vergangenheit, meine Situation - in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Diese kaputte Kiste, Identität über Konsum, Besitz, Macht zu finden, mit irre viel Kohle das Glamourleben der Upper-Class nachäffen zu wollen, waren Wegweiser und bestimmend. Das liegt heute hinter mir. Damit stehe ich diametral zu der Rolle, die der Apparat und breite Teile der Bevölkerung einem gefangenen ‚Verbrecher` zugedacht haben: er soll die auf Bereicherung und Besitz angelegten Gesellschaftsideale anstreben, nur, im Gegensatz zu früher, jetzt legal."

Mittlerweile sind wieder annähern 365 Knasttage vergangen.

Lutz Balding ist seit 30. September erneut im Hungerstreik. In seiner Erklärung schreibt er: "Vor einigen Monaten hatte ich ein Gespräch mit dem Knastleiter Rehring; ich hatte das beantragt, um über die Belastungen der Besuchs- und Anwaltskontakte zu reden und zu erklären, daß es wegen der großen räumlichen Entfernung zu meinem Lebensmittelpunkt kaum möglich ist, von hier aus an einer Entlassungsperspektive zu arbeiten. Sein dreckiges ‚Angebot` darauf: ich solle eine Zeitlang meine Mitgefangenen bespitzeln und bei entsprechender Qualität der zugetragenen Informationen könne man ohne

Probleme eine Rückverlegung aus Sicherheitsgründen, bzw. aufgrund persönlicher Gefährdung durchführen. Justizminister von Plottnitz versucht, in der Öffentlichkeit, mit einem "fortschrittlichen" Image zu glänzen. Tatsächlich aber bedient er sich des gesamten Instrumentariums der Repression, weil es darum geht, Auseinandersetzung zu vermeiden."

Carsten Bertram, Kassel

Wer die Forderung nach Aufklärung der Brandausbruchsursache und/oder die Rückverlegung unterstützen will: Rupert von Plottnitz ist dienstlich unter der Fax-Nummer 0611/32-2691 zu erreichen.

31. Self-Fulfilling Prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und Radikale Linke - Teil 2

Autor: Günther Jacob · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:14

In ak 394 veröffentlichten wir den ersten Teil des Artikels Self-Fulfilling Prophecy von Günther Jacob. Der Autor setzt sich kritisch mit dem von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (E/T) geschriebenen Buch "Die Offenbarung der Propheten" auseinander. In Teil 1 stellt Jacob heraus, daß E/T Schwierigkeiten mit Marxschen Kategorien haben ("Profit-rate") und daß sie die kapitalistische Gesellschaft allzu häufig mit vulgär-deterministischen Erklärungen zu interpretieren versuchen.

E/T stellen sich in ihrem Buch als entschiedene Gegner einer sogenannten Postmoderne vor. Daß sie nicht definieren, was das ist (Gegenkultur? Zeitgeist? Politischer Neokonservativismus? Aufstand der "Minderheiten"?), und ab wann sie beginnt (Baudelaire im letzten Jahrhundert? Sedlmayrs "Verlust der Mitte" in den 40er Jahren? US-amerikanische Literatur in den 50er Jahren? Pop-Art in den 60er Jahren? Architektur in den 70er Jahren? Neuer Journalismus in den 80er Jahren?), gehört zu ihrer Methode.

Indem sie statt Definitionen "Beispiele" aus der Tagespresse anführen, schaffen sie es, "Postmoderne" mit "Schickimicki", "Computer" oder "Handy" zu übersetzen, also die Feindbilder von bestimmten Linken mit Gerüchten zu bedienen. Doch das Ressentiment kann nicht davon ablenken, daß gerade sie zu den ersten "Postmodernen" der 70er Jahre-Linken gehörten und daß sie auch heute noch nach Regeln agieren und wahrgenommen werden, die in den Feuilletons als "postmodern" bezeichnet werden.

Akteure der Postmoderne

Ihr erster Schritt in diese Welt war ihr Beitritt zur Partei der Grünen. In Westdeutschland wurde das "postmoderne Wissen" gerade über die Politische Ökologie etabliert. Einer Anschauung, die in der Welt nicht mehr eine Einheit sieht, sondern ein Patchwork sozialer Relationen, in dem sich die Frage, ob jemand "links" oder "rechts" steht, erübrigt. Viele Stichworte, die - häufig unberechtigt - als solche der Postmoderne gelten, wurden in der BRD im Kontext der Öko-Bewegung popularisiert: Dezentralisierung, kleine Netze, Mikropolitik (Bürgerinitiativen), Alltag, Bei-Sich-Selber-Anfangen, das Private ist das Politische, Abschied von Proletariat und "Industriegesellschaft", "neue soziale Bewegungen", Raumorientierung, "Kulturrelativismus", "Krieg dem Ganzen" (Lyotard) etc. .

Bei Vilém Flußer heißt es zustimmend: "Das ist also die postmoderne Lebensstimmung, und in ihr ist die Ökologie, was in der Moderne die Physik war." Zygmunt Baumann sagt es noch pointierter: "Das Schlagwort der Moderne war Kreativität - das der Postmoderne ist Recycling. Die Moderne - eingelassen in Stahl und Beton. Die Postmoderne - verpackt in biologisch abbaubares Plastik."

Auch Autoren wie Foucault ("Dispositive der Macht") und Deleuze/Guattari ("Anti-Ödipus") wurden Ende der 70er Jahre vor allem in jenen Alternativszenen gelesen, die dann in der Grünen Partei aufgingen - als Handbücher der Lebenskunst. Zwar läßt sich mit absoluter Sicherheit unterstellen, daß E/T von diesen Autoren niemals gehört haben, aber man muß eben keine "postmoderne" Literatur gelesen haben, um so zu fühlen. Auch die meisten Autonomen haben nie Deleuze oder Derrida gelesen und sich trotzdem als dezentrierte Subjekte aufgeführt.

Als E/T damals zu den "postmodernen" Grünen gingen, waren sie ihren biederen KB-Genossen, die immer noch im Sinn der "Hochmoderne" an die Existenz einer bürgerlichen Öffentlichkeit und die Kraft des besseren Arguments glaubten, weit voraus. E/T hatten - darin (und nur darin) Cohn-Bendit und Joschka Fischer ähnlich - begriffen, daß es einen symbolischen Mehrwert gibt und politische Positionen sich über Images in der Warenöffentlichkeit besser plazieren lassen. Voller heimlicher Bewunderung mußte die Biederfraktion ansehen, wie aus unsichtbaren Politarbeitern medienwirksame Polit-Popstars wurden, die ihre Persönlichkeit (Charme, Witz, Hobbies, Eßgewohnheiten, Modevorlieben) als Argument ins Spiel brachten. Leute mit einem Medienimage, die sich in den sogenannten postmodernen Strukturen bewegen können und die heutigen Regeln des Wahrgenommen-Werdens beherrschen.

Obwohl ihr neues Buch, innen (der Stil) wie außen (Klappentext mit Popfoto und Hinweisen auf Prominentenstatus und Autorenfunktion beim "Rolling Stone") verrät, daß sie diese Regeln wirklich kennen, vermeiden sie es nicht nur, sie zu thematisieren, sondern sind sogar bemüht, sich als gegen jede Verführung resistent darzustellen. Bourdieu spricht in diesem Fall von einem "interessierten Schweigen", das es erlaubt, öffentliche Sichtbarkeit als eine Frage des (angeborenen) Talents erscheinen zu lassen. Auf diese Weise werden generell objektiv-materielle Positionen im sozialen Raum in distinktiv-symbolische Eigenschaften transformiert. Es läßt sich eben nur über die Kategorie des symbolischen Mehrwerts erklären, warum Bücher wie dieses auch in den etablierten Medien Besprechungen erhalten. Die antinationalen BasisarbeiterInnen hingegen, die sich mit solchen Themen meistens nicht beschäftigen, werden sich weiterhin mit ihrer Unsichtbarkeit abfinden und nicht begreifen, warum ihre Flugblätter, in denen ungefähr das steht, was auch in diesem Buch steht, nicht im Rundfunk verlesen und in der "Zeit" besprochen werden. Man muß schon etwas von Pop wissen, um verstehen zu können, unter welchen Voraussetzungen antinationale Stichworte zu einer Talk-Show zugelassen werden.

Stil-Spiele

Um es deutlich zu sagen: Nicht, daß E/T glamouröse Radikalsubjektivisten mit hohem Unterhaltungswert sind, ist das Problem. Nicht ihr Imagebewußtsein stört, sondern daß sie, obwohl sie das postmoderne hedonistische Individuum genau so repräsentieren, wie es in den "Modernes Leben"-Rubriken der Wochenzeitschriften entworfen wird - Freie Autoren mit Single-Haushalt im urbanen Raum etc. - , dennoch die empirische Existenz solcher Individuen bestreiten, statt zu fragen, was der Kapitalismus mit dieser Figur zu tun hat.

Und ganz so, wie die Autoren als "schillernde Individualisten" wahrgenommen werden, die sich in der Medienwelt souverän bewegen können, so gehorcht auch dieses Buch bis ins Detail den "postmodernen" Essentials: Es ist feuilletonistisch, atmosphärisch, collagenhaft, assoziativ, mehrdeutig, flüchtig montiert, besteht auf einem "absichtsvollen Wechsel der Stilmittel: Analyse, Erzählung, Satire" (Vorwort), samplet Baudrillard und Marx aus Sekundärquellen, springt zwischen den Referenzen, zitiert die Sprache des eigenen Milieus (Szenekneipe im linken Viertel), gleicht die persönliche Erfahrung ruckzuck mit Theoriefragmenten ab, spielt strategisch mit der Revolte und existentialistischen Issues ("Nicht-Mitmachen").

Genau so haben es "postmoderne" Autoren (Lyotard, Deleuze und Guattari vor allem) gefordert: Schluß mit den "Großen Erzählungen" - hin zur "kleinen Literatur", zum Essay und zum Fragment. Anhänger der Moderne erkennt man daran, daß sie - wissenschaftsgläubig - ein Buch von Deckel zu Deckel "durcharbeiten". Postmoderne Bücher hingegen, "sollte man aufschlagen, wie man Türen eines Theaters aufstößt". (Foucault über Deleuze) Man erkennt sie nicht nur am extensiven "Sampling", sondern vor allem daran, daß sie ohne Rücksicht auf große Autoritäten auch "illegitime" Quellen ("veraltete" wie Mattick, "wissenschaftlich fragwürdige" wie z.B. das "Eppendorfer Wochenblatt", "subkulturelle" wie z.B. "Bahamas", mündliche Überlieferungen, z.B. die Meinung des eigenen Großvaters etc.) zitieren.

Am bild- und jargonhaften Surfen auf den Metaphern können die Rezensenten dieses Buches also bemerken, daß der "antibürgerliche Dogmatismus" der "Fab Two" E/T als Stilvariante rezipiert werden kann, die im pluralistischen Szenario als Retro-Mode durchgeht, ähnlich wie z.B. die jüngste "Anthology" der Beatles, die ja auch keine Entwicklung umkehrt. Da E/T sich als die sympathischen, wuschelköpfigen, jeanstragenden Lausbuben des antinationalen Rock`n`Roll präsentieren, als Selbstgedrehte rauchende und "durch die Nacht in den Tag hinein tafelnde und trinkende" ("Rolling Stone") Viertel-Hemingways, verzeiht man ihnen auch die Ausfälle gegen die "Postmodernen". Das radikale und ohnmächtige Nein, das sie der Welt via staatlichem Rundfunk entgegenschleudern, wird als theatralischer Schoppenhauerscher Pessimismus gewertet, als ein maskulin-agitatorisches Mit-der-Faust-auf-den-Runden-Tisch-hauen, an dem man in der nächsten "Phase" (S.260) wieder sitzen will. Im Umgang mit Kunstschaffenden geübte Medienleute wissen schließlich: Wer sich einen derartigen Synkretismus (Vermischung) von schlampiger Begrifflichkeit und moralisch-norminativen Implikationen leistet, der muß es sich leisten können.

Auch die derbe Kneipensprache dieses Buches - verschiedene Akteure sind "impotent" (S. 235) oder "kastriert" (S. 167); der polnische Jude Zygmunt Baumann wird mit einem "Scheißhaus im Garten" (S. 261) in Zusammenhang gebracht etc. - muß man sich erst einmal leisten können. Der auffällige Kontrast zum sprachlichen und theoretischen Niveau des Feminismus ist kein Zufall. Nicht alle können zwischen "Momentan machen wir nicht mit" und "Demnächst geht`s wohl wieder" so willkürlich entscheiden. Das im Buchvorwort

postulierte taktische "Wann wieder "mehr geht" für Linksradikale, wissen wir nicht" enthält ein grundsätzliches Ja zu konstruktiven Vorschlägen (vgl. auch "Der Konkret-Kongreß", S.38: "Ich lasse mir die Verteidigung des kleineren Übels nicht nehmen."), dessen Umsetzung oder Nichtumsetzung ganz im Ermessen der Autoren steht. "Nichtzugehörige", also alle Menschen, die in diesem Land keinen wirklich sicheren Ort haben, können sich solche geschmäcklerische Reden überhaupt nicht erlauben.

"Identitäts"- Sorgen

Bezeichnend ist, wie großzügig in den Besprechungen mit der konservativen Kulturkritik des Buches umgegangen wird. Das prägende Feindbild ist hier immer noch die Massenkultur ("Vermassung", "Einpassung in eine Millionenschar", "vollkommen ferngesteuerte Wesen", "fremdgesteuerte Massenwesen"). Sie wird nach einem arbeiterbewegten und neuhumanistischen Hochkulturmuster rundweg als trivial, minderwertig, kulturell unwürdig, verdummend und als Agent der "Postmoderne" (die gesellschaftliche Discoatmosphäre!) beurteilt. Daß man so überhaupt nur sprechen kann, wenn man sich selbst für eine höchst individuelle Persönlichkeit hält, fällt E/T überhaupt nicht auf. Die Autoren sind so fest davon überzeugt, daß es Individualität nur dann geben kann, wenn nicht "Millionen Menschen auf allen Kontinenten" (S.136) die gleichen Leggings tragen, daß sie in ihrem Eifer übersehen, wie sie Individualität mit ästhetischer Differenz gleichsetzen, also genau jene sozialen Distinktionsstrategien bestätigen, die sie zu kritisieren vorgeben. Diese Freudsche Fehlleistung hat damit zu tun, daß sie ihren Sprechort nicht kennen (wollen), wie auch damit, daß sie "Individualität" als nur jenseits des Kapitalismus für möglich halten. Dabei geht es doch darum, die schon von Marx thematisierten kapitalistischen (und damit notwendig bornierten) Individualitätsformen zu analysieren. Da ist bei den Autoren aber das Stichwort "Kompensation" vor. An dieses Wort klammern sie sich, als würden sie befürchten, ihre Kapitalismuskritik könnte zusammenbrechen, wenn sie eine einzige positive Seite finden würden. (Ich denke etwa an den schönen Umstand, daß man im Kapitalismus seine Nachbarn nicht mehr lieben muß). Würden sie ihre diesbezüglichen Thesen wirklich ernst nehmen, müßten sie ihr eigenes Buch als durchschaubare Kompensationsleistung denunzieren, denn "im Kapitalismus" ist ihrer Meinung nach jeder private Handgriff und jeder Discobesuch vom "Produktionsprozeß determiniert" (S.121+136).

In Verwechslung der Kategorien "Individualismus" (die von den Autoren bevorzugte kulturkritisch-moralische Fassung) und "Individuierung", also unfähig, eine Parteinahme von einem soziologischen Befund zu unterscheiden, weisen sie den "angeblichen Trend zum Individualismus", den sie in meinem Text "Kapitalismus und Lebenswelt - Theorie des bürgerlichen Individuums bei Marx" befürwortet sehen, entschieden zurück. Ganz so, als würden sie an einer Volksbefragung teilnehmen, bei der die Alternative: "Sind Sie für oder gegen Individualismus?" zur Abstimmung steht. Doch die Auflösung von relativ homogenen Sozialmilieus, wie sie z.B. im Zusammenhang mit der Montanindustrie entstanden sind, ist nicht - wie die Grüne Partei - eine Sache, bei der man mitmachen kann oder nicht.

Die Autoren können mit ihren eigenen Lebensläufen als Beispiel dafür gelten, daß man(n) in der "Postmoderne" vorgestern Betriebsarbeiter, gestern Abgeordneter, heute Freier Autor und morgen wieder etwas ganz anderes sein kann. Sie haben den Beweis dafür angetreten, daß in "postmodernen" Zeiten mit einer Serie von medienwirksamen Bruchlandungen mehr zu erreichen ist, als mit einer brav ausgearbeiteten Argumentation. Auch konnten sie ihre höchst individuelle Experimentierphase, die in dieser Form früher einer sehr kurzen Jugendzeit vorbehalten war, bis ins reife Alter ausdehnen und damit lebende Beispiele für die überall diskutierte Zunahme der "biographischen Eigensteuerung" sein. Trotzdem halten sie an der Vorstellung von lebenslänglich stabilen Identitäten und damit am Subjektbegriff der Aufklärung und der bürgerlichen Soziologie fest.

Daß die Auflösung tradierter Sozialmilieus (darauf reagierten E/T bereits in den 80er Jahren mit einem spontanen "postmodernen" Bekenntnis zu "neuen sozialen Bewegungen"!) nicht das generelle Verschwinden von Gruppen, sondern die Herausbildung neuer Habitusgruppierungen zur Folge hat, versteht sich von selbst. Auch hier können die Autoren als Beispiel herangezogen werden: Ihr Geschmack und ihre Ressentiments sind unübersehbar sozial eingebettet und bestimmten konservativen Diskursen verpflichtet. Denn sie stehen nicht allein, wenn sie z.B. Walkman, Radio, TV, Film etc. als eine einzige Verschwörung wahrnehmen.

Sie werden, und dies von für sie vielleicht unerwarteter Seite, viel Zustimmung für Sätze wie diese erhalten: "Sprachlos und in maschinellem Rhythmus arbeiten sich Menschen durch die Techno-Disco. Die Kälte der Vergnügungssüchtigen untereinander spiegelt (!) die Kälte der modernen Produktionsästhetik." Auch mit der

Behauptung, die "Kids" würden sich das Geld für die optimalen Techno-Klamotten durch "Bettelei und Straßenraub" besorgen und ein Outfit anstreben, "das selbst die Ungesetzlichkeit integriert", werden sie Beifall finden.

When all the world is hype ...

Wie zuvor schon die romantische Literatur (Novalis, Schlegel) und die Öko-Ideologen (Amery), unterstellen E/T eine ursprüngliche, "ganzheitliche" und intakte Individualität, die durch den Kapitalismus "vor die Hunde" ging. Aber eigentlich finden sie (und da können sie sich auf die "Dialektik der Aufklärung" berufen, die den Beginn des Niedergangs allerdings früher ansetzt), daß es auch im Kapitalismus schon mal besser war - in den guten alten Zeiten, da die Rolling Stones noch eine frische Band waren, die Woodstock-Generation (angeblich: vgl. S. 128) noch keine Markenartikel kannte und die Arbeiterklasse noch unter einer Fahne marschierte: "Persönlichkeit und Autonomie, die eine große Zahl von Menschen in früheren, leidlich klassenbewußten Kollektiven (!) noch hatten, ist buchstäblich in die Hose gegangen." Und zwar, seit es nicht mehr nur einen, sondern "30 Musikstile" gibt. Wann immer das gewesen sein soll: Allein die Aufhebung regionalistischer Separationen führte dazu, daß tausende Musikstile, die immer schon existierten, plötzlich überall verfügbar wurden. Man fragt sich, wieso Antinationale für Verhältnisse plädieren, wo nur nach einer Pfeife getanzt wird?

Diese seltsame Kulturkritik, die offensichtlich auf die Entwertung des eigenen kulturellen Kapitals (Rock`n`Roll und 70er Jahre-Marxismus) reagiert, es so aber nicht sagen kann, ist bereits Moment des "postmodernen" Phänomens. Die unwirschen Einwände in diesem Buch reagieren lediglich bedauernd auf jene Erosion tradierter Milieus, die so sehr bestritten oder unterschätzt wird, daß ihre kapitalistische Dynamik aus dem Blick gerät. Auch der blühende Moralismus dieses Buches deckt sich längst, aber ohne es zu ahnen, mit dem bekannten "postmodernen" Interesse an "ethischen" Debatten, an denen übrigens ganz unterschiedliche Kräfte beteiligt sind: Die neokonservative Verurteilung des "postmodernen Nihilismus" (Daniel Bell) kann sich da mit einer rechtslastigen Befürwortung (Baudrillard) ebenso treffen, wie mit dem Ressentiment von Leuten, die nur politisch links stehen, kulturell aber eher auf Seiten des konservativen Feuilletons.

So haben E/T z.B. an Botho Strauß vieles kritisiert, aber nicht seine rechten Bannreden gegen die anything-goes-Kultur. Im Gegenteil, herrscht hier die volle Übereinstimmung. Wo Strauß in seinem Bocksgesangs-Essay mit Blick auf 10 Millionen RTL-Zuschauer sagt: "Die Intelligenz der Massen hat ihren Sättigungsgrad erreicht", heißt es bei E/T, die so tun, als wären die Leute gesetzlich zum TV-Konsum verpflichtet: "Das Fernsehen besorgt die Nivellierung des Denkens".

Das war schon vor zehn Jahren so: In ihrem Buch "Die Zukunft der Grünen" ziehen E/T seitenlang gegen die damals noch relativ neuen Videogeräte ("Videoten", "Der Horror-Konsum macht 43% des Video-Umsatzes aus."), Schachcomputer (" ... er ersetzt den menschlichen Kontakt.". Wirklich köstlich zu lesen!) und PCs ("Man drückt nur die Taste ‚Help` und er sagt, was man zu tun hat. Das System greift ständig korrigierend ein.") auf eine Weise zu Felde, die sich absolut nicht von den Kampagnen von CDU-Ministern oder dem "Spiegel" unterscheidet ("480 Morde pro Woche auf dem Bildschirm"). Weshalb Minister (‚Solches Schundzeug verschwindet vom Markt`, versprach Heiner Geißler ... .") und Nachrichtenmagazin ("Um was es bei Horror-Videos geht, macht die folgende vom "Spiegel" gegebene Schilderung deutlich ... .") auch zustimmend zitiert werden. Diese Gemeinsamkeiten existieren tatsächlich. Solange jedoch das Ressentiment gegen den "allgemeinen Werteverfall" sich noch auf Adorno beruft, bleibt es immerhin in den linken Diskurszusammenhang eingebunden und vor dem endgültigen Absturz bewahrt. Wo diese Anbindung jedoch wegbricht, wie z.B. bei Strauß, können sich Diskurskoppelungen mit grünkonservativen bis hin zu offen rechten Strömungen ergeben. Gerade solche, unterhalb der Ebene politischer Gegnerschaften angesiedelten, "kulturellen" Gemeinsamkeiten sind die Grundlage für Seitenwechsel, die dann vom restlinken Publikum völlig grundlos als "Verrat" wahrgenommen werden. Leute wie Botho Strauß oder Martin Walser sind sich nicht so untreu geworden, wie oft behauptet wird.

... honesty becomes exotic

So übt und gefällt sich ein linkes Buch darin, der Welt das Sollen vorzuschreiben, statt sie zu erklären. Man will von dem Dogma nicht lassen, daß Linke vor allem gute Menschen und Volkserzieher sind, die den Leuten "Vergnügungshallen" ausreden und "synthetische Drogen" wegnehmen sollten (vgl. auch die Zustimmung in der "junge Welt"-Besprechung). Alles, was über ein paar Biere hinausgeht, ist für sie "individuelles

Fluchtverhalten", und der Faschist, das weiß man von Wilhelm Reich, schlägt aus "Frustration" zu, denn er leidet an der Unterdrückung seiner "Triebe". (S. 344. Daß E/T Foucaults Kritik an der Gleichung Sex = Natur nicht kennen, beweisen sie mehrfach, nicht zuletzt, wenn sie sagen, Vergewaltiger würden sich an Frauen "abreagieren", vgl. S. 239)

Ganz in diesem Sinn und sozusagen als Gratifikation für dieses kritische Engagement leistet man sich das Gefühl einer moralischen Überlegenheit, statt Moral als Unterwerfung kenntlich zu machen. Nur daß diese Moral bei E/T heute nicht mehr weltgeschichtlich, sondern nur noch lebensgeschichtlich zusammengehalten wird.

Wegen der Unfähigkeit zur Selbstobjektivierung und zur Angabe des eigenen Sprechortes, ist es den Autoren auch unmöglich zu erkennen, daß es zwischen ihren aktuellen politischen Präferenzen und deren "theoretischen" sowie "kulturellen" Begründungen nur einen zufälligen (biographischen) und keineswegs einen zwingenden inhaltlichen Zusammenhang gibt. Die von ihnen beanspruchte antinationale Position begründen sie mit einem Siebziger-Jahre-Marxismus, der nicht einmal auf der Höhe des damals Erreichten (Weltmarkt- , Staatsableitungs- und "Kapital"-Debatten) steht.

Inzwischen läßt sich Antinationalismus möglicherweise viel besser mit Judith Butler, Robert Miles, Fredric Jameson, Etienne Balibar oder Michel Foucault begründen. Da E/T aber offenbar alle Diskussionen über soziale Konstruktionen und Ideologietheorie ignoriert haben, arbeiten sie ganz unbefangen mit einem vulgären Ideologiebegriff aus alten KB-Zeiten: Rassismus und Nationalismus halten sie für "Vorurteile" (S. 339). Durch das ganze Buch zieht sich die Einschätzung, daß den "Massen" die Machtbeziehungen äußerlich sind. Das "System" zwingt ihnen Musik-Clips und Spielfilme auf, "damit (!) in den eigenen vier Wänden nicht der Hauch der Entspannung aufkommt". (S. 120) "Warum lassen sich die Menschen so leicht täuschen?" (S. 327) und "überreden?" (S. 96) wird wiederholt gefragt.

Noch in der Feststellung, daß die Mehrheit der "Deutschen" im Nationalsozialismus von den "Anfangssiegen benebelt" (S. 238) war, klingt an, daß die Leute letztlich getäuscht wurden: Wäre da nicht die Propaganda gewesen, die "ausschließlich Siege verkündete" - vielleicht hätten die Leute es sich anders überlegt? Es mag sein, daß das faschistische Fußvolk, hätte es geahnt, daß aus den Bauernhöfen in Rußland nichts wird, auf eine andere Partei gesetzt hätte.

Weil die Autoren aus nostalgischer Gewohnheit, "den Menschen" zuerst einmal pauschal ein (anthropologisches) Interesse an "Widerstand" und "Freiheit" unterschieben, müssen sie deren konkrete Handlungen als "ferngesteuert" darstellen. Wo sich die "beiden unversöhnlichen Klassen" (S. 241) in nationaler Freundschaft begegnen, können nur "Ideologie", also Verkennung der "eigentlichen Interessen" oder "Unsicherheitsgefühle" (S. 238) am Werk sein. Auf diese Weise geht die Einsicht verloren, daß die Vorstellungen, die sich die Leute über ihre gesellschaftliche Stellung machen, ihr eigenes Werk sind.

Denn die "Massen" betrachten die Lohnarbeit (ihre Rolle als kleines "v", variables Kapital) als Mittel ihrer Reproduktion und wünschen sich deshalb den Weltmarkterfolg "ihrer Nation". Daß sie davon abhängig sind, spornt sie nur zu größeren Anstrengungen an. Mit der Behauptung, ihre "Interessen" befänden sich im antagonistischen Widerspruch zum Weltmarkterfolg, können sie nicht viel anfangen, und wenn, dann gibt es keine Garantie dafür, daß sie diese Idee nicht völlig falsch verstehen.

Nachdem heute Berge qualifizierter Literatur über "Nation", "Rasse" oder "Ethnie" zur Verfügung stehen, sind auch die diesbezüglichen Äußerungen in "Die Offenbarung der Propheten" eine Zumutung. Die Argumentation wechselt mit jeder Seite. Einmal werden der Begriff (deutsches) "Volk" in Kontrast zu "Juden und Jüdinnen" gesetzt und "Deutsche" als "Ethnie" (jeweils ohne Anführungszeichen, vgl. S. 171+158) bezeichnet. In anderen Kapiteln wird die Existenz von "Rassen" zwar verneint, allerdings ohne Bezug auf die Diskurstheorie, sondern unter Berufung auf die Naturwissenschaft (S. 347), die den Normalisierungsdiskurs begründet, den auch der Rassismus voraussetzt.

Dazwischen finden sich wiederum essentialistische (wesensmäßige) Bestimmungen: "Jeder über vier Generationen hinausreichende Bezug auf die Abstammung ist Betrug." (S. 321) Wo eine exakte Begrifflichkeit besonders wichtig wäre, kommt der linke Stammtisch (wie seinerzeit Christoph Türcke) mit seiner Überzeugung zu Wort, daß im Laufe der Zeit eine ursprüngliche "ethnische Reinheit" durch "Vermischung" verloren ging, und daß nur deswegen Rassismus unsinnig ist. Wie sonst ist die Behauptung zu verstehen, daß

"nach den vielen Menschenwanderungen", die zu "Ehen quer durch den Garten" führten, niemand mehr wissen könne, "wieviel ... Römer/innen, Juden und Jüdinnen, Pol/inn/en, Italiener/innen... bei den Vorfahren mitgemischt haben?" Wie sonst die (ironisch gemeinte) Bemerkung, "völkische Inzucht" sei in Deutschland glücklicherweise keine Realität? (S. 321)

Frei von jeder kritischen Reflexion ist auch der durchweg positive Bezug auf den bürgerlichen Universalismus. (z.B. "Emanzipation"/S. 244 ff, "Menschenrechte"/S. 249 ff) Eine Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Subjekt- und Identitätsbegriff findet ebenso wenig statt, wie mit den Versuchen von Marginalisierten, Differenz als Widerstand gegen einen anmaßenden Universalismus zu behaupten.

Die Dummheit

des Gescheitseins

Wer schon gelegentlich beim Zahnarzt oder beim Friseur, um die Wartezeit zu überbrücken, hintereinander "Stern", "Spiegel", "Focus" und die "ZEIT" durchgeblättert hat, kennt das Gefühl, daß man danach dringend eine bessere Lektüre benötigt, damit der Kopf wieder frei wird. Große Teile dieses Buches bestehen nur aus "Beispielen" aus solchen Presseerzeugnissen oder aus TV-Sendungen.

Fast jedes Kapitel beginnt mit Sätzen wie: "Berichten wir von einer Talk-Show des Senders Vox." Oder: "Werfen wir kurz einen Blick in die ‚Zeit`." Wurden die "Beispiele" dem Wirtschaftsteil entnommen, endet die Betrachtung meistens auftrumpfend mit Sätzen wie: "Das zeigt doch, daß ... ." Sind sie dem Feuilleton entnommen, heißt es entweder: "Ein ausgezeichneter Kommentar", oder: "Das Ziel dieser Propaganda liegt auf der Hand." Und als wäre das noch nicht genug, wird häufig noch die Formel: "Die Beispiele ließen sich fortsetzen" nachgeschoben.

Alles ist hier nur bloßes Meinen und somit, wie in den genannten Medien, isolierende Verdinglichung und Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Adorno nennt das "die Dummheit des Gescheitseins": "Mir ist ein Gespräch in Erinnerung, in welchem ein Nationalökonom aus den Interessen der bayerischen Bierbrauer die Unmöglichkeit der Uniformierung Deutschlands bewies. Es sind diese orientierten, weitblickenden Urteile, die auf Statistik und Erfahrung beruhenden Prognosen, es sind die abschließenden Urteile und soliden statements, die unwahr sind."

Weshalb von Büchern, wie "Die Zukunft der Grünen" oder - damals auch sehr populär - "Die neue internationale Arbeitsteilung" (Fröbel/Kreye), die aus den Interessen des Chemiekapitals oder aus dem allgemeinen Profitinteresse ("Niedriglöhne in Afrika führen zur Kapitalflucht aus Europa.") weitreichende Schlußfolgerungen glaubten ziehen zu können, schon nach kurzer Zeit nicht viel übrig bleibt. Sie werden aber rasch durch neue Titel ersetzt. Die Produktion von Gewißheit findet immer Kundschaft, auch in Gestalt eines gut gemeinten, aber schlecht begründeten Antikapitalismus, der irgendwann der eigenen Begriffslosigkeit zum Opfer fällt und dann zum Beispiel bei reaktionären Kategorien wie "schaffendes und raffendes Kapital" (S. 79) und Sozialkitsch (verzweifelte Männer "arbeiten die Hefte der ‚Stiftung Warentest` durch", S. 119) landet.

Dieses Buch sagt nur: "Wir glauben, daß für jeden, der sich verirrt, einer kommen wird, um den rechten Weg zu zeigen." Aber eigentlich sagt das Buch etwas ganz anderes: "Wir, die Autoren, haben der Welt nun in aller Offenheit die Meinung gesagt. Darauf werden wir uns einmal berufen können; denn die beste Voraussetzung für ein neues alternativ-realistisches Programm ist und bleibt ein solides radikales Image. Wir haben unseren Ort gefunden. Links sein, bedeutet identisch zu sein."

Sechs Jahre, nachdem Linke aus den verschiedensten Fraktionen in der Absicht zusammenrückten, gemeinsam gegen Superdeutschland anzutreten, zeigt sich, daß es so nicht geht. Nicht alle haben in diesen Jahren die gleiche Entwicklung durchgemacht. Einige haben sich dort eingerichtet, wo sie schon vor 1990 standen. Daß sie damit immer noch auf Zustimmung stoßen, muß als Auskunft über die Lage zur Kenntnis genommen werden. Antinationale Positionen werden nur zu halten sein, wenn sie mit dieser Art von "postmodernem" Alternativmilieu-Marxismus brechen, der im Bündnis mit den Kulturkonservativen Identitäten festschreiben möchte.

Günther Jacob

32. Versuch einer internationalen Debatte. Pietro Ingraos und und Rossana Rossandas Angebot an die europäische Linke

Pietro Ingraos und Rossana Rossandas Angebot an die europäische Linke

Autor: Js. · Rubrik: Diskussion; Internationale Solidarität; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:04

Knapp 150 Jahre nach seiner Erstveröffentlichung scheint das Kommunistische Manifest aktueller denn je. Der Herrschaft des Kapitals müsse der Zusammenschluß der "Proletarier aller Länder" entgegengesetzt werden - so lautete die Botschaft von 1848. Heute, da der Kapitalismus die Weltherrschaft errungen hat, sind selbst die Organisationen der Arbeitenden auf nationalstaatlicher Ebene geschwächt, von wirksamer internationaler Solidarität gar nicht zu reden. Anders gesagt: "Dem transnational operierenden Unternehmen steht kein wie auch immer vom Postfordismus geprägter transnationaler Widerpart der Lohnabhängigen gegenüber." Der Satz stammt von den italienischen Altlinken Pietro Ingrao und Rossana Rossanda, die diesen Zustand überwinden helfen wollen und zu diesem Zweck ein Buch geschrieben haben.

Am Anfang war Berlusconi. Pietro Ingrao und Rossana Rossanda begannen die Arbeit an ihrem Buch Appuntamenti di fine secolo unmittelbar nach dem Wahlsieg der italienischen Rechten im März 1994. Aus dem Versuch, zu verstehen, "was warum in Italien geschehen ist, das schließlich in den Sieg der Rechten mündete", entstand ein 100 Seiten langer Text zu einer Reihe von Fragen, die weit über italienische Besonderheiten hinausweisen. Der deutschen Übersetzung des im Sommer 1995 erschienenen Originals wurden zusätzlich neun Diskussionsbeiträge bekannter deutscher Linker beigefügt.

Im Mittelteil, der Auszüge aus dem umfangreichen Briefwechsel zwischen Ingrao und Rossanda enthält, wird der mühsame Entstehungsprozeß des Buches deutlich. Der Autor und die Autorin diskutieren in ihren Briefen nicht nur strittige Fragen, sie legen zugleich eine vorläufige Bilanz ihres politischen Lebens vor. "Wir sind dabei, unser Leben mit einer Niederlage zu beenden, die mehr als persönlich ist, aber auch in persönlicher Einsamkeit", schreibt Rossanda. Und Ingrao bekennt seinen Pessimismus, die Probleme des Alterns, entschuldigt sich gleichzeitig für einen vermeintlich "unproduktiven Gefühlsausbruch".

Das Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeit und vorübergehenden Mutlosigkeit bei der schwierigen Arbeit hat nichts Weinerliches. Schließlich siegte die Beharrlichkeit zweier Menschen, die jahrzehntelang gekämpft haben. Pietro Ingrao, Jahrgang 1915, wurde Ende der 30er Jahre Mitglied des illegalen PCI und kämpfte ab 1943 in der Resistenza. Von 1947 bis 1957 war er leitender Redakteur des kommunistischen Zentralorgans l'Unità . 1948 zog er erstmals für den PCI ins Parlament; 1976 wurde er Präsident der Abgeordnetenkammer. In den 80er Jahren war Ingrao Wortführer des "undogmatischen" PCI-Flügels, der ein Bündnis mit den sozialen Bewegungen und den Grünen anstrebte. Der 1991 abgeschlossenen Transformation des PCI in den PDS (Partito democratico della sinistra) widersetzte er sich; 1993 trat er aus dem PDS aus.

Rossana Rossanda ist deutschen LeserInnen vor allem als Vorkämpferin für die Befreiung der Frauen bekannt. Sie wurde 1924 geboren, trat 1943 in den PCI ein und kämpfte in der Resistenza. Mit 35 Jahren wurde sie als jüngstes Mitglied ins Zentralkomitee der Partei gewählt. 1969 war sie Mitbegründerin der Zeitung il manifesto und wurde als "Linksabweichlerin" aus dem PCI ausgeschlossen. Danach stand Rossanda, wie sie selbst schreibt, "vor allem im Kontakt mit 68ern und ihren Restbeständen, der 77er Bewegung und den Frauen". (vgl. auch Buchvorstellung in ak 379)

In der Einleitung skizzieren Ingrao und Rossanda ihren Untersuchungsgegenstand: Um die Niederlage der Linken - nicht nur in Italien - zu verstehen, blicken sie auf das gesamte 20. Jahrhundert zurück, das zwischen Oktober 1917 und November 1989 von dem bipolaren Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus geprägt war. Nach dem 1945 eingeläuteten Ende des "klassischen Imperialismus" und den Erschütterungen der 60er Jahre habe Anfang der 70er Jahre die "kapitalistische Gegenoffensive" begonnen. "Diese kapitalistische Rückeroberung und die Tendenzwende fanden im Kern nicht nur auf politisch-militärischem Terrain statt. Sie ereigneten sich im Herzen des Produktionsprozesses selbst...", ausgelöst durch eine "Revolution" der Technologien, der Arbeitsorganisation, der Finanzsysteme.

Die Einleitung schließt mit der These, "daß die Niederlage der Linken auch in Italien ihre Wurzeln in der Unfähigkeit hat, diese Prozesse rechtzeitig zu erkennen und sich ihnen zu stellen."

Szenarien

Der erste Teil des Buches behandelt "Szenarien der Globalisierung" (Überschrift), zunächst die Wandlung der Arbeit im Postfordismus. Die computergesteuerte Technologie erlaubt die Abkehr von der standardisierten Massenproduktion; Taylors "dressierter Gorilla", der am Band stehende, immer die gleichen Handgriffe ausführende Malocher, wird abgelöst durch den "Arbeiter-Handwerker", der sich beständig weiterbilden muß, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein. Sichere Arbeitsplätze gibt es nicht mehr. Immer mehr Arbeiter werden gänzlich "überflüssig", andere müssen ihre Arbeitskraft unter Wert verkaufen, illegal und ohne soziale Absicherung arbeiten (Prekarisierung). Widerstand wird mit der Drohung beantwortet, Teile des Unternehmens zu schließen und auszulagern. Neues Ideal ist das transnationale Unternehmen, dessen Teile an den jeweils günstigsten Standorten angesiedelt sind, im Extremfall auf sämtlichen Kontinenten (Globalisierung).

Schon am Anfang ihres Textes referieren Ingrao und Rossanda die gegensätzlichen Schlußfolgerungen, die Linke (im weiteren Sinne) aus der Analyse des Postfordismus ziehen. Der Position des langjährigen italienischen Gewerkschaftsführers Bruno Trentin, der in den wachsenden Anforderungen an die Arbeiter eine Chance zur Befreiung ausmacht, widersprechen Ingrao und Rossanda vehement. Sie sehen vielmehr in der postfordistischen Produktionsweise neue Versklavung: Das Unternehmen verlange vom Arbeiter nicht nur die "Verausgabung von Arbeitskraft", sondern wolle ihn zwingen, "mit Herz und Seele dabei zu sein".

In weiteren Szenarien zeigen Ingrao und Rossanda das Agieren der Mächtigen, u.a. die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals und die Macht des Fernsehens. Letzteres Thema hatte anläßlich Berlusconis Wahlsieg in der europäischen Linken für kurze Zeit Hochkonjunktur. Daß Ingrao und Rossanda uns heute daran erinnern, ist verdienstvoll. Die Meinungsmache durch das Fernsehen ist auch nach Berlusconi geblieben: "Die schnelle und geraffte Mediendarstellung führt zu einer radikalen Vereinfachung der Probleme und ihrer Lösungen. (...) Der Slogan siegt, je kürzer, trockener, oberflächlicher er ist. Die Argumentation wird abgelöst durch den Appell ans Gemüt, den Effekt."

Linke Kritik, die sich um Differenzierung, ja Wissenschaftlichkeit bemüht, ist mit dieser Art der Meinungsbildung nicht "kompatibel". Hinzu kommt das "Repräsentanz-Problem". Parteien als Trägerinnen klar definierter sozialer Interessen verschwinden zugunsten kaum unterscheidbarer Wahlvereine, die zupackende Führergestalt erscheint als attraktive Alternative zu Trägheit und Langeweile des Parlamentsbetriebes. Daß dieser Führer in Westeuropa generell nicht mehr als Krieger, sondern als "Manager" auftrete (wie Berlusconi), ist im übrigen noch nicht entschieden.

Nach 1989 -

neue Fragen an die Linke

Der Sieg des Kapitalismus wurde erleichtert durch eine handlungsunfähige europäische Linke. Es triumphierte die Politik der vollendeten Tatsachen: Die deutsche Einheit vollzog sich als Annexion der DDR, Deutschland wurde zur hegemonialen Macht in Europa. Internationale Organisationen wie die Sozialistische Internationale sahen dem tatenlos zu, die UNO konnte die weltweite Ausbreitung von Kriegen nicht stoppen. So wurde die Chance vertan, nach dem Ende der Blockkonfrontation einen "Prozeß der Befriedung, der Demokratisierung der globalen Entscheidungsmechanismen, der Abschaffung der Waffenarsenale" in Gang zu setzen. Auch auf nationaler Ebene konnte die demoralisierte und desorientierte Linke dem Brachialkurs des Kapitals nur wenig entgegensetzen. (Das lesenswerte Kapitel zum "Fall Italien" muß an dieser Stelle übersprungen werden; vgl. dazu den Beitrag von Karl Heinz Roth.)

Natürlich bleiben Ingrao und Rossanda bei Klagen über das Versäumte nicht stehen. Schließlich verliere die kapitalistische Produktionsweise "gerade zum Zeitpunkt ihres weltweiten Siegeszuges" einen "wesentlichen Grund ihres hegemonialen Geltungsanspruchs" - immer weniger kann sie den Arbeitenden bescheidenen Wohlstand und soziale Sicherung garantieren. Aus den neuen Widersprüchen entwickeln Ingrao und Rossanda einen Katalog von Fragen und Themen für einen Arbeitsplan der europäischen Linken. Zentral ist

für sie die Frage nach der Bedeutung der Arbeit: "Bedeutet auch im Jahre 2000 das Eintreten für die Arbeit und die Arbeitenden die Verteidigung des Subjekts der Emanzipation?"

Ingrao und Rossanda beantworten diese Frage implizit mit Ja. Der Verteilung der Arbeit auf möglichst viele messen sie ebenso "strategische Bedeutung" bei wie der "Errichtung eines vom eigentlichen Arbeitsmarkt abgekoppelten Bereichs ‚sozial nützlicher Arbeiten`". Die Linke sei nur dann auf der Höhe ihrer Aufgaben, "wenn es ihr gelingt, Sprachrohr auch jener Lebensbereiche zu sein, die weder in Produktion noch in Geld meßbar sind". Die Diskussion ökologischer und feministischer Kritiken an der industriellen Produktion sei "offen" und damit auch das Problem der "Verwendung der Zeit im menschlichen Leben, das Verhältnis zwischen Produktions- und Reproduktionszeit".

Am Schluß ihres Textes fassen Ingrao und Rossanda ihre zentrale Fragestellung noch einmal zusammen: "Den Kern dieser Aufzeichnungen bildet das Problem, wie und auf welchen Wegen, Gabelungen und Etappen sich eine Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus und eine antagonistische politische Subjektivität (re-)konstruieren lassen und wie sich gemeinschaftliche Formen finden lassen, die einen Prozeß der Befreiung der Arbeit, ein neues Entwicklungsmodell und Konzept für die Gestaltung der menschlichen Beziehungen tragen können." Die Thesen schließen mit einem Bekenntnis: An dem Begriff "Kommunismus" wollen Pietro Ingrao und Rossana Rossanda auch weiterhin festhalten - "für wie schändlich man das auch immer halten mag".

In der hier versuchten gerafften Zusammenfassung muß vieles bekannt, wenn nicht banal erscheinen. In der Tat haben Ingrao und Rossanda nicht etwa den Marxismus neu erfunden. Aber gerade die Erinnerung an Altbekanntes, vermeintlich "Selbstverständliches" macht einen wesentlichen Reiz ihrer Überlegungen aus. So fordern sie die Verständigung der Linken auf eine "oppositionelle Interpretation" der veränderten Realitäten und auf ein "Veränderungsprojekt": "Unabhängig davon, ob es diesem Subjekt gelingt, seine Vorstellungen durchzusetzen, verändert schon seine Existenz das Szenario." Beispielsweise sehen sie - im Unterschied zu den Gewerkschaften - überhaupt keinen Anlaß, die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung aufzugeben. Der Marxismus bleibt für sie ein Mittel gegen die antidemokratische Wende, die "substantielle Freiheits- und Gleichheitsrechte" negiert: "Der Marxismus ist realiter der konsequente Erbe dieses Ansatzes (in der Tradition der Menschenrechtserklärung; Anm. Js.), indem er die materiellen Bedingungen der Freiheit hervorhebt."

Enttäuschende Diskussionsbeiträge

Die hier besprochene deutsche Fassung des Buches besteht zu mehr als einem Drittel aus Diskussionsbeiträgen linker deutscher Intellektueller. Das Anliegen des VSA-Verlages, die Übersetzung eines italienischen Textes durch Beiträge namhafter Geistesgrößen "aufzupeppen", ist zweifellos legitim - allein die inhaltlichen Ergebnisse sind teilweise recht dürftig. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Ausgangstext findet kaum statt. Namentlich die Genossen Altvater, Deppe und Negt haben Beiträge geliefert, die - gekürzt um die höfliche Nennung der Namen Ingrao und Rossanda - auch in beliebigen anderen Aufsatzsammlungen stehen könnten.

Das Anliegen Ingraos und Rossandas, Subjekte gesellschaftlicher Veränderung zu benennen, fehlt in den Diskussionsbeiträgen weitgehend. Negt, der einiges über die Probleme von Lehrern und "jungen Managern" weiß, gesteht der von ihm bewußt ausgeklammerten "traditionellen Arbeiterschaft" immerhin zu, sie sei - wie er "vermute" - immer noch irgendwie wichtig für "mögliche sozialistische Konzeptionen". Altvater möchte gern eine "Kapitaltransaktionssteuer" und eine Energiesteuer einführen und sieht darin Elemente eines "veränderten ökologisch-sozialen gesellschaftlichen Regulierungsmodus". Als mögliche Akteure der Veränderung nennt er eine nebulöse "globale ‚civil society`", die ",vor Ort` in den nationalen Gesellschaften, aber auch auf internationalen Treffen in einer internationalen Debatte" zu finden sei. Auch Deppe stellt die "Arbeit der Kritik" in den Vordergrund: "Die Verflechtung disparater Diskurse (...) sollte daher nicht allein nach Maßgabe ihrer unmittelbaren politischen Wirksamkeit bewertet werden." Die Rolle des "organischen Intellektuellen" im Sinne Gramscis (1) sei "zutiefst problematisch geworden" - das klingt sympathisch bescheiden, ist aber auch als Rückzugsargument zu verstehen: Nicht die Politik, sondern die "Verflechtung der Diskurse" in "transnationalen Netzwerken" wird als Aufgabe des fortschrittlichen Intellektuellen definiert.

Karl Heinz Roth, dessen Diskussionsbeitrag wir dokumentieren, verfolgt da einen gänzlich anderen Ansatz: "Die Linke hat nur noch eine Chance, wenn sie einen Zugang zum neuen Proletariat findet und sich mit ihm zu einer neuen Periode der ‚militanten Untersuchung` zusammenschließt." Sie sollte bereit sein, "zu den ehrwürdigen Wurzeln der revolutionären Arbeiterbewegung zurückzukehren." Worüber ebenso zu diskutieren wäre wie über Roths Kritik an einigen Positionen Ingraos und Rossandas.

Js.

Pietro Ingrao/Rossana Rossanda: Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken; VSA-Verlag (Hamburg) 1996, 294 S., DM 48,-

Anmerkung

1) "Jede soziale Gruppe, deren Ursprung auf eine wesentliche Funktion in der Welt der materiellen Produktion zurückgeht, bringt gleichzeitig, organisch, eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen hervor, die ihr nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet Homogenität und das Bewußtsein ihrer eigenen Funktion verleihen." (Antonio Gramsci, Gefängnishefte)

33. Verabredungen mit wem? Ein Beitrag zur Diskussion der Thesen von Ingrao und Rossanda

Ein Beitrag zur Diskussion der Thesen von Ingrao und Rossanda - von Karl Heinz Roth

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Diskussion; Internationale Solidarität; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:05

Der folgende Aufsatz erschien zunächst als Beitrag zu dem Buch von Pietro Ingrao und Rossana Rossanda "Verabredungen zum Jahrhundertende" (siehe Rezension in dieser ak-Ausgabe). Er wurde vom Autor für den Nachdruck in ak aktualisiert; die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion. Wir danken dem VSA-Verlag für die Genehmigung zum Nachdruck.

Daß ihr im vergangenen Jahr veröffentlichter Essay über die Perspektive der Linken im ausgehenden 20. Jahrhundert auch in Deutschland auf breites Interesse stoßen würde, dessen konnten sich Rossana Rossanda und Pietro Ingrao gerade aufgrund ihrer Konzentration auf die spezifisch italienische Problemlage gewiß sein. (1) Italien war seit Ende der 1970er Jahre neben Japan das wichtigste Experimentierfeld zur Durchsetzung jenes epochal-systemimmanenten Wandels der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der mit dem Begriff "Postfordismus" inzwischen seine allgemein anerkannte Definition erfahren hat. Zudem ereignete sich diese Transformation in einem Land, in dem seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die stärksten und initiativreichsten Flügel der kommunistischen bzw. neuen Linken des Westens beheimatet waren. Wenn sich 1994/95 zwei besonders profilierte Exponenten dieser beiden Strömungen zusammentaten, um im gemeinsamen Insistieren auf die inzwischen allseits verketzerte kommunistische Utopie Bilanz zu ziehen, dann ist die Publikation der Ergebnisse zweifellos ein wichtiges Ereignis. Es ist wahrhaft überfällig geworden, selbstkritisch die Wertmaßstäbe, Rahmenbedingungen und strategischen Zielpunkte der Hauptströmungen der Linken zu überprüfen, denn sie haben alle in den vergangenen 20 Jahren weitreichende Niederlagen erlitten und spätestens seit dem Untergang des sogenannten realen Sozialismus und dem Golfkrieg ihren Einfluß auf Politik und Gesellschaft fast vollständig verloren.

Der Essay enthält wichtige Erkenntnisse und formuliert bedeutsame Hypothesen zum Verständnis der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Dynamik des zurückliegenden Vierteljahrhunderts. Der seit 1971/73 im Kontext der Aufkündigung des Gold-Dollarstandards in Gang gekommene globale Gegenangriff gegen die "Lohn- und Demokratie-Exzesse" der damaligen Sozialbewegungen wird präzis auf den Punkt gebracht. Er wird mit einer kenntnisreichen Analyse des internationalen machtpolitischen Strukturbruchs von 1989/90 verknüpft, der nicht nur die Bipolarität des Kalten Kriegs beendete, sondern Deutschland als europäische Vormacht restauriert und vor allem die endgültige Entfesselung des Postfordismus zur einzigen globalen Gesellschaftsformation bewirkt hat. Die seither entstandenen höchst labilen Beziehungen zwischen finanzkapitalistisch-machtpolitischer Globalisierung und sozioökonomischen Regionalisierungstendenzen werden herausgearbeitet und mit dem fortschreitenden Regulationsverlust der klassischen Nationalstaaten überzeugend erklärt. Auch ist den Verfassern uneingeschränkt zuzustimmen, wenn sie ihren politisch-publizistischen Zusammenhängen bescheinigen, daß sie den dramatischen Wandel der strategischen Rahmenbedingungen nicht erkannt haben und gegenüber den Rückwirkungen auf die italienische Klassenkonstellation blind geblieben sind.

Dieser internationale Blickwinkel hat sie denn auch befähigt, die seit dem Wahlsieg der italienischen Rechten vom März 1994 grassierende absurde Debatte über eine angebliche Rückkehr des Faschismus zu beenden. Zu recht bescheinigen Rossanda und Ingrao den medienkapitalistischen Exponenten der "konservativen Revolution", was sie in Wahrheit waren: Manager eines "verschlankten" Staatswesens, die die öffentlichen Angelegenheiten erstmalig als ein dem Postfordismus vollständig adäquates Regierungsexperiment betrieben. Es gibt somit eine Menge von Argumenten und Reflexionen, die den Beitrag Rossandas und Ingraos für all jene unverzichtbar machen, die sich um ein kritisches Verständnis des Epochenbruchs bemühen, der im vergangenen Vierteljahrhundert stattgefunden hat. Doch dies ist alles andere als ein akademisches Problem. Es geht den beiden Autoren letztlich um die Klärung der Frage, warum auch die italienische Linke, unter deren Einfluß seinerzeit wie in keinem anderen europäischen Land studentische und Arbeiterrevolten zu koordiniertem Handeln gefunden hatten, in eine ausweglos scheinende Krise geraten ist.

Der Niedergang

der italienischen Linken

Ambivalent und nicht aufhellend genug erscheinen mir die Überlegungen, die Rossanda und Ingrao über die trotz aller internationalen Rückwirkungen doch weitgehend hausgemachten Aspekte des Niedergangs der italienischen Linken vortragen. Was sie über die illusionären Praktiken des "historischen Kompromisses" der KPI und die damit gepaarte Intoleranz gegenüber der Jugendrevolte sowie der Arbeiterautonomie schreiben, ist durchaus schlüssig und nachvollziehbar (wenn man von einigen deutlich durchscheinenden Ressentiments gegen die rebellische T-Shirt-Generation von 1968 absieht). Dennoch skizzieren sie nur die "Überbau"- Seite jenes tragisch ausgegangenen Konflikts zwischen dem letztlich systemstabilisierenden kommunistischen Traditionalismus und den Kadern der jugendlichen Massenarbeiter bzw. Arbeiter-Techniker, der zum irreparablen inneren Vernichtungskampf führte: hier die Beharrungstendenzen eines seiner sozialen Verankerungen weitgehend verlustig gegangenen Parteiapparats, und dort die Exzesse der bewaffneten Gruppen, die schließlich unter aktiver Mitwirkung der KPI ausgelöscht wurden.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Der gravierende Fehler bestand darin, daß angesichts einer in ihrer strategischen Reichweite deutlich faßbar gewordenen kapitalistischen Gegenoffensive alle Brücken, die zwischen den Repräsentanten defensiver Reformstrategien und offensiver Revolutionserwartungen noch bestanden, von beiden Seiten her zerstört wurden. Einseitige Schuldzuweisungen sind fehl am Platz, zumal letztlich beide Seiten verloren haben. Zeitweilig waren mehr als 7000 Kader und Anhänger der Arbeiterautonomie inhaftiert, und diese aus dem legendären Operaismus hervorgegangene Sondererscheinung der Sozialrevolten der 1970er Jahre ist kläglich untergegangen. Die KPI aber zahlte für die von ihr mitgetragene repressiv-staatliche Lösung eines innerproletarischen Konflikts den Preis mittelfristiger mentaler Selbstzerstörung. Wenn heute, 15 Jahre später, über die Krise der antagonistischen Subjektivität auf der Seite der Arbeiterklasse und über die inzwischen absurd übersteigerte Realitätsflucht der Linken nachgedacht wird, dann müssen auch die Traumatisierungen zur Sprache kommen, die die Katastrophe von 1978 bis 1981 hervorrief. Sie haben nicht nur das Schicksal der italienischen Linken und der jugendlichen Arbeitermilitanten auf jener innersten Linie besiegelt, aus der alle emanzipatorischen Zukunftserwartungen herkamen. Auch auf die Sozialbewegungen der anderen europäischen Länder mit all ihren weniger weit zugespitzten Entsprechungen haben sie sich verheerend ausgewirkt und Wunden geschlagen, die wahrscheinlich nie mehr heilen werden.

Wir müssen ehrlich anerkennen, daß die resignierte Apathie, mit der heute viele ehemalige Militante die radikale Zuspitzung des kapitalistischen Umstrukturierungsangriffs hinnehmen, zu erheblichen Teilen aus zerstörten Hoffnungen herrührt, die das Ergebnis einer zumindest teilweise von ihren Organisationsansätzen verschuldeten strategischen Niederlage sind. Für diesen Zustand sind wir alle, die wir damals aktiv involviert waren, mitverantwortlich. Vielleicht ist gerade wegen dieses verdrängten Traumas die Frage des Neuanfangs einer in den gewandelten proletarischen Verhältnissen verankerten Linken in erster Linie zu einem Generationenproblem geworden.

Die größte Schwäche des Beitrags von Rossanda und Ingrao sehe ich jedoch auf dem für sie selbst entscheidenden Terrain ihrer Verabredungen für das Ende dieses Jahrtausends: in der Bestimmung des Verhältnisses der Linken zu den postfordistisch gewandelten Gesellschaftsstrukturen. Bei der Analyse der sozioökonomischen Funktionsweisen des Postfordismus kommen Rossanda und Ingrao kaum über allgemeine Einschätzungen, die vor allem die technologisch-strukturellen Aspekte der "verschlankten" und globalisierten Produktionsweise thematisieren, hinaus. Sie erwecken manchmal fast den Eindruck, als ob der Postfordismus das allerneueste Produkt der Berlusconi-Ära wäre, das das "Oliven-Bündnis" im übrigen inzwischen würdig beerbt hat. Und immer wieder führen sie Klage darüber, daß die italienische Linke es versäumt hätte, sich mit den Charakteristika des neuen Produktions- und Gesellschaftsmodells auseinanderzusetzen.

Vorzeigemodell Italien

Diese Argumentationsweise erscheint mir kaum nachvollziehbar und verschleiert entscheidende Aspekte des Problems. Erstens sind elementare Strukturen dessen, was wir heute als Postfordismus bezeichnen, seit Ende der 1970er Jahre in Italien entwickelt und ausgetestet worden. Ich meine vor allem die Miniaturisierung der Betriebe im industriellen Dreieck Mailand - Florenz - Bologna des sogenannten Dritten Italien. Sie war in einen

Prozeß der Kapitalzentralisation ohne Konzentration der Produktionsstrukturen eingebettet. Ausgehend vom kaufmännischen Primat des Umsatzerfolgs sollten die Klein- und Mittelbetriebe fortschreitend restrukturiert werden. Die Suche nach neuen Marktsegmenten wurde produktionsbestimmend, die instabile und unberechenbare Absatzsphäre beherrschte zunehmend die industriellen Beziehungen. Dies war das Benneton-Modell, das Kommando eines nur noch kaufmännisch qualifizierten zentralen Managements über Hunderte von Klein- und Mittelunternehmen. Nicht nur die Flexibilisierung der Produktion war die Folge, es kam zusätzlich zu einer zunehmenden Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Punkten der kaufmännisch vernetzten Produktionsketten. Dies wiederum führte zu einer enormen Aufwertung des Transports. Die (Wieder-) Entdeckung und Entfaltung des ausschließlich vom Markt dominierten kapitalistischen Verlags-Systems ruht seither auf zwei Säulen: auf immer kleiner werdenden Produktionseinheiten, die durch eine noch nie dagewesene Transportintensität miteinander vernetzt und kaufmännischen Managementzentralen unterworfen sind. (2)

Im Verlauf der 1980er Jahre ist diese spezifisch italienische Innovation durch die Anverwandlung der japanischen Produktions- und Distributionstechnologien (Toyotismus) zusätzlich dazu benutzt worden, um auch die Giganten der fordistisch-tayloristischen Massenproduktion in ihre Einzelteile zu zerlegen und den unberechenbaren Teufelsmühlen der zunehmend globalisierten Märkte auszuliefern. Über diesen Umbruch der Produktions- und Distributionsverhältnisse existiert seit den 1980er Jahren eine umfangreiche und vorzüglich dokumentierte internationale Debatte. Es ist mir unverständlich, warum sich Rossanda und Ingrao an keinem Punkt ihres Essays damit auseinandergesetzt haben und statt dessen von der paradoxen Annahme ausgehen, das internationale Vorzeigemodell Italien sei industriell noch immer ziemlich unterentwickelt.

Es erscheint mir zweitens unzutreffend, wenn Rossanda und Ingrao annehmen, die italienische Linke hätte diese Entwicklungen mehr oder weniger verschlafen. Ich glaube, daß eher das Gegenteil der Fall ist. Große Teile der Linken haben den Umschlag zum Postfordismus nicht nur kommentiert, sondern explizit gutgeheißen und gefördert. Die "schöpferische Zerstörung" des korrupt kommandierten und durch die Explosionen der Arbeiterautonomie in wilde Konflikte verstrickten Modells der standardisierten Massenproduktion schien eine friedliche sozialpartnerschaftliche Alternative gefunden zu haben. Die Parolen hießen jetzt flexible Spezialisierung in überschaubaren Produktionseinheiten mit ständiger Produkterneuerung. Hier würde es zu einer neuen Inwertsetzung von immer weniger entfremdeter Arbeit kommen, und zusätzlich würden die permanent gewordenen technologischen Innovationen immer mehr Arbeit für alternative Tätigkeiten entbinden.

Der Stein des Weisen schien entdeckt, ohne das kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationssystem selbst weiter in Frage stellen zu müssen. Wieder einmal blickte die internationale Linke auf Italien, wo sich ihre Diskussionspartner zu großen Teilen von den Wildheiten der Arbeiterautonomie abwandten, um im Prozeß der Demontage der großindustriell-militaristischen Fossile des Fordismus und eines korporatistisch erstarrten Sozialstaats zu den neuen Ufern einer "Befreiung von falscher Arbeit" aufzubrechen. Was haben Rossanda und Ingrao nur in den 1980er Jahren gemacht, daß sie diese sozioökonomische Involution nicht bemerkten, in deren Verlauf große Teile der alten und neuen italienischen Linken unter dem Applaus der internationalen intellektuellen Community ihre strategische Niederlage zu kompensieren suchten? Diese Frage muß gestellt werden, denn während viele Linksintellektuelle die Verheißungen ihrer Interpretationsvariante von Postfordismus ausmalten, gerieten im "Dritten Italien" Tausende prekär gewordener Basismilitanter sehr real in das neue Milieu der miniaturisierten Schwitzbudensphäre.

Verschuldungsökonomie und Austerität

Diese Unkenntnis der realen Umbrüche und der nicht weniger realen Verstrickungen der Linken führt die beiden Autoren drittens zu einer Fehleinschätzung des gesamtwirtschaftlichen Zyklus seit Mitte der 1970er Jahre. Dabei ist ihnen durchaus zuzustimmen, wenn sie sich bei dessen Analyse auf die Staatsverschuldung konzentrieren, die in Italien früher als in anderen europäischen Ländern und selbst den USA astronomische Dimensionen erreichte. Es ist sicher zutreffend, daß die Liberalisierung der Devisenmärkte und die internationale Finanzspekulation erheblich zum Budgetdefizit beitrugen und die klassischen monetär-fiskalischen Steuerungsfunktionen des Staats zunehmend aushebelten. Entscheidend ist jedoch, daß auf diese Weise zugleich ganz normale Weichen gestellt wurden, um mit Hilfe einer veritablen staatlichen Verschuldungsökonomie den Strukturwandel der italienischen Wirtschaft zu beschleunigen. Der italienische Staat nahm umfassender und früher als andere vergleichbare Fiskalregimes Kredite zur Finanzierung der postfordistischen Netzwerkunternehmen auf. Er alimentierte auch von der Nachfrageseite her einen besonders

frühen Durchbruch zur Absicherung dieses neuen Modells, blieb aber weiterhin den konkurrierenden Strukturen von Mediobanca, Großunternehmen und Wohlfahrtsregulierung verpflichtet. Als dieses duale Alimentierungssystem schließlich an seine Grenzen stieß, folgte darauf eine Abwertung der Lira und die endgültige Verlagerung des Schwerpunkts der debt economy auf den postfordistischen Strukturbruch. Das früh einsetzende und die damaligen Vergleichsmaßstäbe weit hinter sich lassende italienische Budgetdefizit steht somit in enger Beziehung mit der besonders früh begonnenen und weit vorangetriebenen Option auf das postfordistische Modell.

Die Tragweite dieses Wechselspiels von ökonomischer Restrukturierung und Verschuldungswirtschaft wurde schließlich seit Beginn der 1990er Jahre sichtbar, als das dadurch bewirkte und zunächst mit erheblichen internationalen Konkurrenzvorteilen einhergehende take off des "Standorts Italien" zu keinem sich selbst tragenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum führte. Jetzt - aber erst jetzt! - wurde die Schuldenkrise zu einem Strukturproblem. Und jetzt zeigte sich, daß nicht etwa die Staatsverschuldung "pathologisch", sondern das gesamte postfordistische (De-)Regulierungsmodell auf Sand gebaut ist. Es entpuppte sich mehr und mehr als spekulative Seifenblase, und seit 1992/93 mußten unter dem sich abzeichnenden Maastricht-Regime der Deutschen Bundesbank alle Register der deflationären Schuldenkonsolidierung gezogen werden. So haben die Protagonisten und Akteure des Postfordismus Schuldenrechnungen aufgehäuft, die die nachfolgenden Generationen werden bezahlen müssen, indem sie die eigenen Ansprüche an die öffentliche Absicherung der Wechselfälle ihres lohnabhängigen Daseins abschreiben.

Mit einer historisch durchaus typischen Verzögerung sind inzwischen auch jene zentralen Machtfraktionen der ersten Republik von der Bühne gefegt worden, die dem jetzt in Gang gebrachten öffentlichen Austeritätskurs noch im Weg standen. Dabei ist völlig offen, ob es gelingen wird, die so rasch an ihre Grenzen gestoßenen Produktions- und Distributionsverhältnisse des Postfordismus dadurch zu stabilisieren, daß nun zu ihren Gunsten unter "alternativen" Vorzeichen auch die Kernzonen antizyklischer sozialstaatlicher Umverteilung geschleift werden. Die Situation hat sich also enorm zugespitzt, und die neuen "Industriedistrikte" des neoliberalen Postfordismus werden zunehmend zur Fiktion. Aber die Lage ist ganz anders, als dies Rossanda und Ingrao aus den Besonderheiten der italienischen debt economy ableiten. Sie haben offensichtlich nicht wahrhaben wollen, daß die Struktur des italienischen Staatshaushalts sowohl in ihrer expansiven wie in ihrer neuesten restriktiven Phase vollkommen mit den Liquiditäts- und Ersparnisansprüchen des postfordistischen Modells übereinstimmt.

Wert der Arbeit, antagonistische Subjekte

Am meisten hat mich erstaunt, daß sich Rossanda und Ingrao fast vollständig über den durch den Postfordismus erzwungenen Wandel der Arbeitsverhältnisse ausschweigen. Sie beschränken sich auf bruchstückhafte Andeutungen über die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die sie aber für bedeutungslos halten, weil die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen Lebenden ihrer Meinung nach a priori nicht zur Konstituierung als antagonistische Subjekte fähig seien. Hier brechen ganz offensichtlich die negativen Erfahrungen durch, die die Arbeiterbewegung vergangener Epochen mit den sogenannten proletaroid-kleinbürgerlichen Existenzweisen des traditionellen Einzelhandels und Dienstleistungsgewerbes gemacht hat. Dies verstellt den beiden Autoren von vornherein den analytischen Zugang zu der außerordentlichen Komplexität des postfordistischen Arbeitsmarkts, der gerade in Italien die klassische Dichotomie von gesichert Beschäftigten und Arbeitslosen weit aufgesprengt hat.

Darüber hinaus fragen sich Rossanda und Ingrao aber auch grundsätzlich, ob die Arbeit überhaupt noch "Wert" habe und für ein linkes Rekonstruktionsprojekt als zentrale Bezugspunkt in Frage komme. Diese offensichtliche Kombination von Vorurteilen und Verzichterklärungen gegenüber den Wandlungen der Klassenverhältnisse hat, wie ich meine, ziemlich fatale Folgen. Die "subalternen Klassen" stellen keinen analytischen Bezugspunkt mehr für jene Verabredungen dar, die Rossanda und Ingrao für das Ende des Jahrhunderts vorschweben. Statt dessen haben sie sich auf eine pragmatische Mischung verständigt: Die Arbeitslosigkeit soll durch den Rückgriff auf gemischtwirtschaftliche Beschäftigungsmaßnahmen bekämpft, ein neuer Sektor gesellschaftlich nützlicher Arbeiten etabliert und ansonsten das jenseits der schmutzigen Wirklichkeit der aktuellen Arbeitsverhältnisse gelegene Szenario emanzipatorischer linker Politik gepflegt werden. Da sie die meines Erachtens zentrale Fragestellung einer jeden Kritik am real gewordenen Postfordismus ausgeklammert haben, bleibt ihnen am Ende nichts anderes übrig, als auf gängige wie fragwürdige Reformmodelle zurückzugreifen. Rossanda und Ingrao verbinden die postfordistischen

Interpretationsmythen der Linken mit den Hoffnungen einiger sozialdemokratischer Theoretiker auf eine neokeynesianische Korrektur der zunehmend wieder entfesselten kapitalistischen Klassengesellschaft. Dies ist auch keine ernstzunehmende Antwort auf den Austeritätskurs des Regimes Prodi, das inzwischen zwar die politischen Zumutungen der Berlusconi-Ära hinter sich gelassen hat, aber den postfordistischen Strukturwandel unter dem Diktat von Maastricht weiter fortsetzt.

Wie sehen dagegen heute die realen Arbeitsverhältnisse in Italien und Europa aus? (3) Durch das Zwischenschalten der marktförmig bestimmten Informationstechnologien hat der postfordistische Kapitalismus die Beziehungen zwischen Investitionen und Beschäftigungsverhältnissen aufgesprengt. Den klassischen dualen Arbeitsmarkt, auf dem die konjunkturellen Schwankungen zwischen mehr oder weniger gesicherter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit durch die Garantien des sozialen Keynesianismus antizyklisch reguliert waren, gibt es nicht mehr. An seine Stelle sind komplexe Segmentationen getreten, die zur Ausbildung spezifisch hierarchisierter Arbeitsverhältnisse geführt haben. Ihnen allen aber ist eine Rationalisierung der Arbeitsbeziehungen gemeinsam, die sich als Krise der Lohnformen ausdrückt und die bisher vorherrschend gewesene reguläre lohnabhängige Existenzweise zunehmend an den Rand drängt. Materiell drückt sich dieser Übergang vom vertraglich geregelten Lohnverhältnis zur "desalarisierten" Beziehung zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern in dramatisch sinkenden Realeinkommen aus, denen entsprechend verlängerte Arbeitszeiten gegenüberstehen. Im Gegensatz zur postfordistischen Theorie der Linken verschwindet somit keineswegs die Arbeit, und die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit wird in der Alltäglichkeit der proletarischen Lebenserfahrung genauso wie das gesicherte Arbeitsverhältnis der voraufgegangenen Epoche tendenziell zu einem Randphänomen, weil die dafür konstitutiven arbeitsrechtlichen Normen zunehmend verschwinden. Es gibt kaum garantiert Beschäftigte mehr, aber auch in der Sphäre wohlfahrtsstaatlich kompensierter Arbeitslosigkeit können sich immer weniger Entlassene über längere Zeit aufhalten. Ungesicherte und zugleich verschleierte Arbeitsverhältnisse sind dagegen überall auf dem Vormarsch, und ihr gemeinsames Charakteristikum ist trotz aller inneren Differenzierungen die Verlängerung der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Verlust der das Arbeitsleben insgesamt absichernden Reproduktionsgarantien für den Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität. Mit progressiv sinkenden variablen Kapitalbestandteilen verwertet der postfordistische Kapitalismus ein progressiv steigendes Arbeitsvolumen.

Das neue Proletariat

Dieser Befund läßt sich inzwischen in allen Segmenten des deregulierten Arbeitsmarkts nachweisen. Die Schicht der working poor, die wegen ihrer Hungerlöhne trotz überlanger Arbeitszeiten immer seltener an das standardisierte Existenzminimum herankommen, wird von Jahr zu Jahr größer. Mit ihr überschneiden sich die Segmente der jugendlichen, weiblichen und älteren chronisch Arbeitslosen, die sich in einer chaotischen Abfolge prekärer Beschäftigung bewegen und auf eine wie auch immer dingfest zu machende stabile Arbeitsperspektive verzichten müssen. Diese neuartigen ungeschützten Lebenswelten verzahnen sich wiederum mit der wachsenden Anzahl der selbständigen Arbeiter der Einmann-Betriebe, die den Archipel der miniaturisierten Unternehmenssphäre aufblähen. Und hier handelt es sich schließlich nur um die unterste Schicht der Netzwerk-Konglomerate mit ihren zentralen Kernen und den konzentrisch hierarchisierten Zulieferbetrieben, wo überlange Arbeitszeiten, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und sinkende Einkommen zur Peripherie hin zunehmen. Dabei ist inzwischen auch statistisch gesichert, daß die Erosion der allein noch tarifvertraglich gesicherten Kernbereiche von Jahr zu Jahr zunimmt.

So betritt ein vielfältig hierarchisiertes und zersplittertes neues Proletariat die Bühne, dem der postfordistische Kapitalismus als Hauptmerkmale seines Daseins ungesicherte Existenzperspektiven, entwertete Qualifikationen, steigende Arbeitszeiten, sinkende Realeinkommen und immer stärker eingeschränkte Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung feilbietet. Dort aber, wo er in seinen hard cores noch überschaubare Beschäftigungsgarantien bevorratet, hat er die arbeitsrechtlichen Normen durch ein neuartiges Konstrukt von Gehorsam, Betriebstreue und Servilität ersetzt, das an das Vasallentum des Feudalismus gemahnt und eine unbeschränkte Disponibilität und Unterwerfungsbereitschaft unter das Unternehmensziel für selbstverständlich erachtet. Statt die Lohnabhängigen von "falscher Arbeit" zu befreien, führt der Postfordismus sie in eine neuartige Dimension von proletarischer Knechtschaft. In Italien sind diese Entwicklungen besonders weit fortgeschritten.

In der Auseinandersetzung mit dem Postfordismus hat die Linke bisher weitgehend in den Wind geredet. Rossana Rossanda und Pietro Ingrao haben versucht, diese Tendenz zu brechen und wichtige Hinweise zur

Charakterisierung der neuen Epoche gegeben. An ihre zentrale Problematik haben aber auch sie nicht gerührt. Wer sich zu einer ernsthaften und begründeten Negation der postfordistischen Zustände verabreden will, sollte sich zuallererst auf die Beobachtung ihrer Arbeitsverhältnisse konzentrieren. Die Linke hat nur noch eine Chance, wenn sie einen Zugang zum neuen Proletariat findet, sich mit ihm zu einer neuen Periode der "militanten Untersuchung" zusammenschließt und an der Entwicklung neuer Kommunikationsstrukturen teilnimmt, die kollektives emanzipatorisches Handeln wieder möglich machen. Wie sehr sich die Restlinke dabei gegenwärtig noch selbst im Weg steht, zeigt sich beispielhaft daran, daß sich manche ihrer längst sozial abgestiegenen Exponenten sogar den ureigensten Proletarisierungserfahrungen verweigern. Wir sollten die Herausforderungen des Postfordismus annehmen und bereit sein, zu den historischen Wurzeln der revolutionären Arbeiterbewegung zurückzukehren.

Anmerkungen:

1) Dieses Interesse erstreckt sich aber auch auf die Aufsätze, in denen sich in der italienischen Originalpublikation drei weitere Autoren mit dem "Toyotismus", den Institutionen der Weltökonomie und der Entwicklung Rußlands auseinandersetzen. Insbesondere der Beitrag Marco Revellis über die Toyotisierung der italienischen Automobilindustrie hätte es verdient gehabt, auch den deutschsprachigen Lesern zugänglich gemacht zu werden.

2) Am klarsten hat Sergio Bologna diese neue Struktur des sternförmig miteinander vernetzten Unternehmenstyps auf den Begriff gebracht. Vgl. Sergio Bologna, Wenn immer mehr Menschen aus gesicherter Arbeit herausfallen. Ein Blick nach Italien und Frankreich: Das Unternehmen als Netzwerk, in: Frankfurter Rundschau v. 16.2.94, S. 10.

3) Die folgenden Überlegungen basieren vor allem auf den folgenden Arbeiten: Sergio Bologna, Orari di lavoro e postfordismo, Referat auf der Tagung "Il giusto lavoro per un mondo giusto", Milano, Camera del Lavoro, 8./9.7.1995; Europäische Kommission, Variazioni delloccupazione e della forza lavoro nella Comunità 1986-93, 1994; dies., Lavoratori autonomi nellindustria e nei servizi, secondo le ore settimanali abituali nella Comunità 1983 e 1992, 1994; Christian Marazzi, Il posto dei calzini. La svolta linguistica dell economia e i suoi effetti nella politica, Bellinzona 1994; Giovanni Sarpellon (Hg.), Secondo rapporto sulla povertà in Italia, Milano 1992. Ich danke Sergio Bologna und Primo Moroni, die mir bei der Beschaffung dieser Materialien behilflich waren.

Zum besseren Verständnis

Karl Heinz Roth kritisiert in seinem Artikel vor allem die Behauptung von Ingrao und Rossanda, die italienische Linke habe die Entwicklung zum Postfordismus "mehr oder weniger verschlafen". Seine Kritik richtet sich u.a. gegen folgende Aussagen Ingraos und Rossandas:

"Um so weniger schienen KPI und Gewerkschaften zur Kenntnis zu nehmen, welche Veränderungen sich in den Unternehmen und auf den internationalen Märkten abspielten."

"Die Linke begriff weder die strategische Bedeutung noch die grundlegende Motivation des kapitalistischen Kurswechsels ... Die Veränderung... veranlaßte die KPI ... nicht dazu , ihre Zielsetzungen zu radikalisieren, sondern jedes Risiko zu umgehen und - trotz des Wahlsieges von 1975/76 - eine Strategie der Mäßigung und des sogenannten ‚Pakts der Produzenten` zu verfolgen..." Aus dieser Formulierung ließe sich herauslesen, daß Ingrao und Rossanda die "Strategie der Mäßigung" auf mangelnde Klarheit über die "kapitalistische Gegenoffensive" zurückführen.

"Insgesamt stellt Italien nun (in den 80er Jahren; Anm. ak) eine merkwürdige Mischung aus Präfordismus und Postfordismus dar. In Europa gibt es sogar eine regelrechte Begeisterung für dieses Modell, das sich (bis zu einem gewissen Punkt) auf ausgedehnte Bereiche der Schattenwirtschaft stützt."

Roths Gegenthese: Auch in Italien hätten "große Teile der Linken" diese Entwicklung "nicht nur kommentiert, sondern explizit gutgeheißen und gefördert".

34. Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend. Zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Autor: Anti-EXPO-AG · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:23

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio. Besucher - das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 ha großen Ausstellungsgelände präsentieren.

Die Idee einer Weltausstellung in Hannover wurde 1987 von der Deutschen Messe AG Hannover ausgebrütet: "Die gezielte Entwicklung und Modernisierung des Messegeländes und die Bemühungen um eine entsprechende Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, daß der Messeplatz Hannover auch nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts seine führende Stellung unter den weltweit tätigen Messezentren halten kann." Dieses Anliegen des Messe-Managements war getragen vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Nachdem die einseitig auf Automobil-Produktion basierende Ökonomie Hannovers schwer in die Krise geraten ist, soll damit gleichermaßen die Dienstleistungs-Ökonomie der Stadt ausgebaut werden und ein Image-Zuwachs die Region für die ModernisierungsgewinnlerInnen und das Unternehmertum attraktiver machen.

Als derartige Planungen zwei Jahre später (!) öffentlich wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, z.T. radikaler Widerstand. Die EXPO wurde als Maßnahme interpretiert, drastische Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Hannover durchzusetzen bzw. zu beschleunigen und die Stadt den Interessen der Messe AG auszuliefern. Eine Verschärfung der Umweltsituation und der "sozialen Frage", die sozialsanitären Säuberung der Stadtbereiche von Armutsbevölkerung, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, eine weitere Polarisierung der Bevölkerung wurde erwartet. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die EXPO als Veranstaltung, um Akzeptanz für neue Technologien, insbesondere der Gentechnologie, zu schaffen.

Demonstrationen, Störaktionen, die Verwüstung des Weltausstellungsbüros B.I.E. in Paris verdeutlichten, daß die EXPO in Hannover nicht ohne weiteres geduldet würde. Eine breite Mehrheit innerhalb der Bevölkerung betrachtete die Planungen skeptisch bis widerwillig.

Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-"Philosophie" zu präsentieren. Griffige Worthülsen wie "EXPO neuen Typs" , "öko-sozialer Stadtumbau", "Bürgerbeteiligung" und nicht zuletzt das Allerweltsmotto "Mensch-Natur-Technik" sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Der grüne Umweltdezernent Hannovers fabulierte: "Eine zukunftsweisende ‚EXPO neuen Typs` könnte am Beispiel Hannovers aufzeigen, wie die Probleme solcher Ballungsräume mit den Rahmenbedingungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert gelöst werden können." (1)

Die EXPO als nationales Großprojekt

Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen 1972 in München werden. Als solches muß sie nicht nur aus formalen Gründen gelten, weil etwa die BRD als offizielle Veranstalterin fungiert oder mit 40% der Anteile an der mit der Durchführung beauftragten EXPO-GmbH größte Gesellschafterin ist und zusammen mit der Deutschen Wirtschaft (20%) die Mehrheit hält, sondern vor allem hinsichtlich ihres ideologischen Charakters. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: "Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen", brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. (2) Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die "Schwelle zum 3. Jahrtausend" zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbstdefinierten - Probleme gleich mit? Das "anspruchsvolle Motto Mensch-Natur-Technik" verpflichte dazu, "Lösungsansätze aufzuzeigen" für "die großen Weltprobleme" wie z.B. die Ernährung und Energieversorgung einer "sprunghaft anwachsenden Weltbevölkerung". Die Lösungen dafür haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft und Geburtenkontrolle im Trikont.

Zugegeben, das sind alles keine Novitäten, die Argumentationen sind hinlänglich bekannt. Selten jedoch konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben: "Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen", hieß es vor einigen Jahren in einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung (3), und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland "mit normalem nationalen Selbstbewußtsein" präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das "magische Datum" des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

"Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit"

Die deutsche Wirtschaft, die der EXPO und ihrem Motto anfangs nicht allzuviel abgewinnen konnte (alles viel zu "öko"), hat mittlerweile Lunte gerochen und ist nicht nur auf den Zug aufgesprungen, sondern stellt auch die Weichen. Die EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der BDI-Geschäftsführer von Wartenberg ist, hält zwar nur 20% der Anteile an der EXPO GmbH, doch verfügt das Kapital über die Hälfte der 10 Sitze im Aufsichtsrat, da der Bund zwei und das Land Niedersachsen einen Sitz an Spitzen-Manager abgetreten hat. Die Beteiligungsgesellschaft hat die Marschroute festgelegt: "Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftspolitische Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen." Die Wirtschaft müsse dazu:

"1. Problembewußtsein, z.B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch

2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß

3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit

4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.

Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden." (4)

Dargestellt werden soll das Ganze im sogenannten Themenpark, den sie selbst das "thematische Herzstück" der EXPO nennen. Die inhaltliche Ausgestaltung soll "Systemführern" obliegen. Dabei wurde ursprünglich an "neutrale Experten" gedacht. Die Wirtschaft sträubte sich massiv gegen diese Pläne. Sie befürchtete eine zu kritische Ausrichtung der Veranstaltung.

Mit Erfolg wurde das Ausbleiben von Sponsorengeldern und teilnehmenden Unternehmen angedroht. Der Wirtschaft wurde weitreichende Mitbestimmung bei der Benennung der "Systemführer" eingeräumt. Während in der Öffentlichkeit die EXPO nach wie vor zur ultimativen Weltrettungsveranstaltung hochstilisiert wird, jubeln die Szeneblätter des deutschen Kapitals: "Der wichtigste Schritt ist geschafft: Das Öko-Konzept, mit dem die Veranstalter der EXPO 2000 anfangs potentielle Partner aus der Industrie verunsichert hatten, ist vom Tisch." (5)

Fragen wie die nach der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder nach einem eventuell anderen politischen und ökonomischem System werden mit Sicherheit im Themenpark der EXPO nicht gestellt werden. Die EXPO 2000 wird genau das, was Weltausstellungen schon immer waren: Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht, die das Kulturverständnis der Herrschenden transportieren, und insofern Widerspiegelung des Zeitgeistes. Es werden "Technikakzeptanz" und "Zukunftsfähigkeit" propagiert, womit die EXPO genau den ideologischen Faden aufgreift, der u.a. auch in der aktuell diskutierten Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts gewoben wird. Der dort beschworene grün getünchte Kapitalismus wird in der EXPO 2000 sein Schaufenster und Sprachrohr finden.

So ist es auch kein Wunder, daß Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Mitautor des Buches "Faktor vier" und Leiter eben jenes Instituts, Mitglied im sogenannten International Advisory Board der EXPO ist. Die Aufgabe dieses Beratungsgremiums, dem der Präsident des Club of Rome, Ricardo Diez-Hochleitner, vorsitzt, ist u.a. "die spezifischen Probleme der Dritten Welt bei der Weltausstellung zu integrieren."

Dasselbe in Grün: Agenda 21

Um so erstaunlicher ist, daß die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 erst vor rund einem Jahr als propagandistischen Aufhänger entdeckt haben. Im Sinne einer "kritischen, umweltbewußten" Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der "nachhaltigen Entwicklung" zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, "Stärkung der Rolle der Unternehmen", "Förderung von Wettbewerbsmärkten" und Technologien wie z.B. Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösungen "drängender Menschheitsfragen" angesehen und als nachhaltig bezeichnet.

Gründe für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung werden dort so definiert, daß nicht die kapitalistischen Verhältnisse als Ursache benannt werden und gleichzeitig nur den Industrienationen und Konzernen des Nordens die Lösungskompetenz zufällt. Schuld an globalen Problemen wären "Bevölkerungsexplosion", ein zu niedriger technologischer Entwicklungsstand sowie zu geringe Kapitalausstattung in den Trikontländern. Nach dem Zusammenbruch der sogenannten sozialistischen Staaten scheint nunmehr außer Frage, daß der Kapitalismus das einzig "funktionierende" Gesellschaftssystem sei. Die Länder des Südens werden als Defizitländer in jeglicher Hinsicht definiert. Ihnen könne nur durch die Technologie, die Wirtschaftsweise und das Demokratieverständnis des Nordens geholfen werden. Die Schlußfolgerung: Nur ein "freier" Markt im neoliberalistischen Sinne, der die Großkonzerne zu Investitionen anreizt, könne den armen Ländern helfen, die Technologie zu erlangen, die ein umweltschonenderes Wirtschaften bei gleichzeitigem Wohlstandsanstieg zuläßt.

Die Agenda paßt demnach ausgezeichnet in das EXPO-Konzept. Und so wird für die Weltausstellung als eine Veranstaltung geworben, die die Rio-Konferenz fortführen und "konkrete Optionen" der Umsetzung einer "nachhaltigen Entwicklung" darstellen werde. Entsprechend weiß EXPO-Chef Diener zu sagen: "Die brisanten Themen für Sustainable Development, die nachhaltige Entwicklung, stehen alle in der Agenda 21. ... (Aus ihr) leiten wir die Legitimation ab, solche Themen zu behandeln." (6)

Das eigentliche Credo ist in einer Veröffentlichung der EXPO-GmbH nachzulesen. Die Weltausstellung biete die Chance "konkrete Optionen zur Verwirklichung des Leitbildes ‚Nachhaltigkeit` zu thematisieren und in Angriff zu nehmen." Die Industriestaaten hätten die Aufgabe, selbst "frühzeitig um(zu)steuern und zeitgleich nachhaltige Entwicklungsmuster in der dritten Welt massiv (zu) fördern. Schlichtweg entscheidend für die angezielte Kultur des vernünftigen Umgangs mit Knappheit aber ist die Wahl des richtigen Ordnungsrahmens. Dies kann nur ein marktwirtschaftlicher sein." (7)

Umarmungsstrategien: "Kritische Mitarbeit"

Die "Entdeckung" der Nachhaltigkeitsdebatte durch die EXPO-PlanerInnen blieb nicht ohne Wirkung. Sie ermöglichte die Integration "kritischer Stimmen".

Im Dezember 1995 fand auf Einladung der EXPO-Generalkommissarin Breuel ein Gespräch mit SpitzenvertreterInnen von Naturschutzbund, Klimabündnis, Forum Umwelt & Entwicklung, WWF, German Watch und Misereor statt. Die niedersächsischen Umweltverbände protestierten energisch gegen solche Gespräche (welchen Inhalts auch immer), an denen sich z.T. auch ihre Bundesverbände beteiligen wollten, und forderten die Einhaltung basisdemokratischer Prinzipien ein. Der Berliner BUND-Vorsitzende nahm daraufhin nur als "Beobachter" teil. Breuel bot den Verbänden eine "gewisse" Mitsprache bei der Gestaltung des Themenparks an.

Im Mai 1996 diskutierten Deutscher Naturschutzring (DNR), Forum Umwelt & Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) konkret über eine "Organisationsstruktur zur Koordinierung der Umfeldaktivitäten von U+E NRO (Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich) anläßlich der Weltausstellung EXPO 2000", wobei die Agenda 21 als EXPO-Thema hervorgehoben wurde.

Der DNR schlug einen "Koordinierungsrat" vor, an dem zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsgruppen teilnehmen sollen. Kurioserweise wurde auch das hannoversche Bündnis gegen die EXPO genannt, das von seinem Glück noch gar nichts wußte. Hier wird abermals deutlich, wie der lokale Widerstand, der jegliche Beteiligung an der Weltausstellung ablehnt, vereinnahmt und gebrochen werden soll. Gleiches gilt, wenn sich

der Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen (VEN) mit dem Gedanken trägt, in Hannover ein "EXPO-Watch-Büro" einzurichten, zu dessen Aufgaben auch "Kontakte zur EXPO-GmbH und dem Generalkommissariat" gehören sollen.

Während die diversen Gruppen noch diskutieren, war für das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) im April 1996 schon alles klar: In einem "Ausstellungskonzept für die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit bei der EXPO 2000" findet sich z.B. ein mit "Konsens" überschriebenes Schaubild, in dem EXPO-GmbH, Generalkommissariat, BMZ und Nichtregierungsorganisationen (NRO) einträchtig um das EXPO-Logo versammelt sind. Zu "NRO-Aufgaben" heißt es dort u.a.: "Präsentation eigener Vorschläge", "Themenschwerpunkte mitbilden", "Kernbotschaften in die Öffentlichkeit tragen (Expo-Kampagne!)". (8)

Ob die NRO diese Aufgaben tatsächlich übernehmen werden, ist noch offen, allerdings ist schon allein die Gesprächsbereitschaft der genannten Gruppen alarmierend, signalisiert sie doch grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft.

Warum sich kritische Gruppen durch solche Angebote ködern lassen, können wir nur vermuten. Ein Grund mag sein, daß einige in der Modernisierung des Kapitalismus inzwischen tatsächlich Lösungen sehen: "Für eine gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sollte nicht auf die Weltrevolution gewartet werden", denn "die Zustände auf diesem Planeten" erlaubten uns nicht mehr, "auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur unverzüglichen Umsetzung von Überlebensstrategien zu verzichten," so P. Schepelmann, Vorsitzender der BUNDjugend, in seiner Replik auf die BUKO-Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". (9) Bei einer solch apokalyptischen Realitätsauffassung erscheint dann vielleicht auch eine Weltausstellung als Wundermittel zur Herstellung des beschworenen Konsenses.

Auf lokaler Ebene war vor allem zu beobachten, daß Gruppen, die die EXPO eigentlich ablehnten, ihren Widerstand aufgaben, wenn ihnen für die Umsetzung einzelner Projekte die entsprechenden Finanzmittel in Aussicht gestellt wurden. Beliebteste Rechtfertigung einer "kritischen" EXPO-Beteiligung war dabei: "Die EXPO ist nicht mehr zu verhindern - also machen wir das Beste draus".

Mitmachen und verlieren

Die EXPO-PlanerInnen können "Kritik" tatsächlich gut gebrauchen und fordern sie sogar ein: Was könnte ihre Strategie glaubwürdiger machen, als die Einbeziehung von KritikerInnen? "Vielleicht ist die eine oder andere ‚alternative` Idee sogar verwertbar, in jedem Fall aber ungefährlich, solange an der gesellschaftlichen Entscheidungshierarchie nicht gerüttelt wird, letzlich also Kapitalinteressen bestimmen, was passiert", hieß es schon 1990 in einem Anti-EXPO-Flugblatt. "Kritische MitarbeiterInnen" tragen dazu bei, daß die Akzeptanz für profitable technokratische Scheinlösungen (eine der wesentlichen Funktionen der EXPO) erhöht wird, weil damit die gesamte EXPO an Glaubwürdigkeit gewinnt - und verhindern damit, daß sich die Lösungsvorschläge, die sie anstreben, gesellschaftlich durchsetzen können. Und je kritischer sie sich gebärden, desto besser für die EXPO-MacherInnen - nährt dies doch die Illusion, auf der Weltausstellung werde ganz pluralistisch um verschiedene Wege gerungen.

Daher wird "kritische Mitarbeit" die EXPO nicht besser machen, sondern verschleiert nur die dahinter stehenden Kapitalinteressen und erschwert es, auf Widersprüche und vernichtende Auswirkungen des bestehenden Systems hinzuweisen. Wer den EXPO-StrategInnen die Kreide reicht, die diese nur zu gerne fressen werden, verschafft ihnen die Tarnung, die sie brauchen. Das Feld der Auseinandersetzung mit den Zukunftsentwürfen der EXPO-MacherInnen kann nicht im Rahmen der EXPO liegen.

Deshalb sollten auch alle Mitglieder von Organisationen, die Anstalten machen, sich bei der EXPO einzuklinken, ihrer Funktionärsebene auf die Füße treten.

Perspektiven?

An unserer Position der grundsätzlichen Ablehnung der Weltausstellung, die sich in der Parole "EXPO verhindern" ausdrückt, halten wir weiterhin fest, obwohl eine Absage der Weltausstellung momentan unrealistisch ist - nicht nur wegen der derzeitigen Schwäche des Widerstandes gegen die EXPO, sondern auch wegen dessen lokaler Zentriertheit. Grund für unsere Position ist nicht der Glaube, eine Welt ohne die EXPO 2000 wäre wieder schön und wahr und gut. Auch ohne EXPO werden sich die Staaten und

Großkonzerne des Nordens zu globalen Weltenrettern aufspielen, auch ohne EXPO wird die Welt auf Zukunfts- und Leidensfähigkeit getrimmt werden.

Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO mehr als Widerstand gegen ein einmaliges fünfmonatiges Großereignis in Hannover, nämlich den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. Wir meinen, daß die EXPO für alle, die gegen die herrschenden Zustände kämpfen, einen Ansatzpunkt darstellen kann. Weil die EXPO sämtliche Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt, Technologie, Herrschen/Gehorchen und Zukunft thematisieren soll, bietet diese Veranstaltung zugleich die Chance ein Kristallisationspunkt der zu verschiedenen Themenschwerpunkten arbeitenden systemkritischen Kräfte zu sein, um so der geplanten Zwangsbeglückung der Welt entgegenzuwirken. Wie dies geschehen könnte, können und wollen wir nicht allein entwickeln, zumal wir nicht wissen, ob über Hannover hinaus Gruppen Bezüge zwischen ihrer Arbeit und der geplanten Weltausstellung herstellen können.

Vielleicht ist es uns mit diesem Artikel gelungen, diese Auseinandersetzung in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen und Publikationen anzuregen. An entsprechenden Ergebnissen wären wir sehr interessiert.

Anti-EXPO-AG

Quellen:

1) Mönninghoff, Hans (1991): Betonrausch oder eine EXPO neuen Typs mit Ökologie-Schwerpunkt? in: Brandt, Jüttner, Weil (Hg.): Das EXPO-Projekt - Weltausstellung und Stadtzukunft

2) Hannoversche Allgemeine Zeitung, 4.9.96

3) Niedersächsische Landesregierung (1991): EXPO 2000 - Das dritte Jahrtausend beginnt in Hannover

4) EXPO-Beteiligungsgesllschaft der Deutschen Wirtschaft mbH & Co. KG (1994): Gemeinschaftsprojekt der deutschen Wirtschaft zur EXPO 2000

5) w&v, Nr. 31, Juli 1996

6) EXPO direkt, Nr. 1, Januar 1996, hrsg. von EXPO 2000 Hannover GmbH

7) Dahlmanns, G.: Nachhaltigkeit - Chance für die Welt. Herausforderung für die Weltausstellung EXPO 2000, in: EXPO direkt, Nr. 3, Juni 1996

8) Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1996): EXPONATIONS - Ein Ausstellungskonzept für die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit bei der EXPO 2000 in Hannover

9) Schepelmann, P. (1995): Ein BUKO-Märchen. Zur Kritik des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", in Forum Wissenschaft, Nr. 4, Dezember 1995

Die Anti-EXPO-AG

... besteht seit 1990 und arbeitet seitdem gegen die geplante Weltausstellung in Hannover. Regionale Umstrukturierung durch derartige Großprojekte und ihre ideologische Funktion standen und stehen dabei im Mittelpunkt. Selbstverständlich können bei uns weitere Infos zum Thema EXPO 2000 angefordert werden.

Kontakt: Anti-EXPO-AG, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Telefon: 0511/762-5063, Fax: 0511/717441, Treff: jeden Freitag, 17.00 Uhr

35. Bries Rechenschaftsbericht

Autor: Peter Nowak · Rubrik: PDS; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:06

Andre Brie ist seit einigen Wochen in aller Munde (jedenfalls in PDS-Kreisen). Seine Äußerung in einem "Stern"-Interview vor einigen Wochen, daß die PDS nicht fest genug auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, brachte ihm viel Ärger ein. Erstaunlich allerdings: die KritikerInnen bekräftigten unisono, daß die PDS fest auf den Boden der FdGO stehe. Darin sind sich dann Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF) und Angela Marquardt von der AG Junge GenossInnen ausnahmsweise einig.

Brie will eine wesentliche Rolle in der Politik spielen. Das zeigt sich in seinem politischen Rechenschaftsbericht, den er unter dem Titel "Ich tauche nicht ab" veröffentlicht hat. Viel Spannung bietet die Lektüre des Buches nicht. Dafür enthält es zu viele Diskussionspapiere, Kommentare und Zeitungsartikel, mit denen Brie seinen politischen Weg illustrieren will.

Als Mitarbeiter am interdisziplinären Projekt "Philosophische Grundlagen des modernen Sozialismus" an der Humboldtuniversität gehörte er zu jenem Kreis von durch die Perestroika beeinflußten Reformsozialisten, die eine der wenigen SED-internen Oppositionsgruppen bildeten. Weil die Honecker-DDR aber von dem sowjetischen "Tapetenwechsel" nichts wissen wollte, blieb Brie neben seinen zahlreichen gesellschaftlichen Aufgaben, u.a. im Abrüstungsausschuß der DDR, nur das Schreiben von Beschwerdebriefen an das "Neue Deutschland" und die "junge Welt".

Nach der Massenausreise von DDR-BürgerInnen via Ungarn im Sommer 1989 nahmen die Mitglieder dieser Forschungsgruppe in einem Brief an das ZK der SED zu gesellschaftlichen Fragen Stellung. Am 9. Oktober 1989 gingen die Thesen schließlich beim Zentralkomitee ein. Nur wenige Wochen später saßen die Autoren in den Räumen des ZK und entwickelten die programmatischen Vorschläge der SED/PDS. Die ehemalige Staatspartei war mittlerweile zur angefeindeten Oppositionspartei geworden. Auch Bries ganzer Zorn richtete sich gegen die SED, deren Auflösung er im Dezember 1989 forderte.

In den von Brie mitformulierten Thesen aus dem Herbst 1989 heißt es: "Die DDR ist als der andere deutsche Staat entstanden. Seine Funktion im politischen Kräfteverhältnis in Europa - die Begrenzung der Expansionsfähigkeit des deutschen Imperialismus der BRD, die Verhinderung einer erneuten regionalen Übermacht ‚Deutschland` im Herzen Europas." Nur wenige Monate später mahnte er in einem Interview eine "wirkliche Vereinigung" statt einer bloßen Übernahme der DDR an.

Weil Brie ein flexibler Mann ist, der sich auf die wechselnden Bedürfnisse der Zielgruppen einstellen kann, fehlte in seinen Texten fortan nie ein Passus über die Rechte der Frauen, den Schutz der Umwelt und die Verantwortung für den Erhalt des Lebens auf der Erde. Da konnte er an alte Diskurse anknüpfen. Denn spätestens unter der Ägide Gorbatschows wurde ja in der Abrüstungsdebatte gerne das "Europäische Haus" oder gleich die ganze Menschheit bemüht.

Dem machtbewußten Pragmatiker Brie seine Flexibilität als Verrat vorzuwerfen, wie es Teile der KPF machen, geht aber in die Irre. Brie steht nämlich für einen Großteil der sich als ReformsozialistInnen begreifenden Intellektuellen in den ehemals nominalsozialistischen Staaten. Was damals zwischen Prager Frühling und Perestroika an inhaltlichen Positionen vertreten wurde, knüpfte oftmals an die Sozialdemokratie an.

In der realen PDS-Politik hat eine solche Position aber den Vorteil, daß feministische oder AKW-kritische Positionen Gehör finden, was bei der Dominanz traditionell-kommunistischer Positionen in der Mitgliedschaft nicht unbedingt der Fall sein müßte. Brie hat sich auch öfter gegen Verrats- und Verschwörungsthesen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Nominalsozialismus ausgesprochen. Er selber, bzw. das Projekt "Philosophische Grundlagen des modernen Sozialismus", wurde auch öfter als Hort eines solchen Verrats in der späten DDR hingestellt. Mit der Ablehnung solcher Thesen hat Brie zweifellos Recht, denn sie haben mit einer materialistischen Analyse wenig zu tun. Peter Nowak

Andre Brie: Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, edition ost, Berlin 1996, 286 Seiten, 24,80 DM

36. Ken Saro-Wiwa Woche in Köln

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität; Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:43

Im November 1995 ließ das Militärregime Nigerias neben zahlreichen anderen Oppositionellen auch den Schriftsteller Ken Saro-Wiwa trotz weltweiter Proteste hinrichten. Erst nach dieser Machtdemonstration begann die internationale Öffentlichkeit, sich für die seit 1958 anhaltende Zerstörung des Niger-Deltas durch die Ölförderung und die Kollaboration von Konzernen wie Shell mit der nigerianischen Militärdiktatur zu interessieren. Öl ist die Haupteinnahmequelle des Landes, und Shell mit einem Anteil von fast 50 Prozent der größte Produzent des Landes.

Die meisten Ölfelder von Shell liegen auf dem Gebiet der Ogoni. Die Ölförderung hat dort zu einer beispiellosen Umweltkatastrophe geführt. Aufgrund völlig veralteter Fördereinrichtungen gelangen jährlich 46 Millionen Liter Rohöl ins Meer und in die Flüsse. Da neun von zehn Ogoni vom Fischfang leben, wird durch diesen Ökozid ihre Lebensgrundlage zerstört. Viele Dörfer der Ogoni sind durch Lecks in den überirdisch verlegten Pipelines verseucht.

Anfang der neunziger Jahre wurden die Proteste der Ogoni gegen diese massive Zerstörung ihres Landes unüberhörbar und sie richteten sich vor allem gegen Shell. Inzwischen ist durch Dokumente belegt, daß die Konzernleitung daraufhin um Einsätze der berüchtigten Sondereinsatzkommandos der Militärdiktatur bat, die in Nigeria "Kill-and-Go"-Truppen genannt werden, und die daraufhin im Ogoni-Land Massaker an der Bevölkerung anrichteten. Shell lieferte Waffen für die nigerianische Polizei. Auch Ken Saro-Wiwa und seine Mitstreiter wurden ermordet, weil sie als Sprecher des Movement for the Survival of the Ogoni People zu Demonstrationen gegen Shell aufgerufen hatten. Zusammen mit den neun Hingerichteten wurden 1994 weitere 19 Ogoni verhaftet. Einer von ihnen ist seither nach Folterungen umgekommen. Den anderen 18, zwei davon sind lebensgefährlich erkrankt, droht ebenfalls die Hinrichtung.

Bis heute zeigt sich die nigerianische Militärregierung von den halbherzigen Protesten der westlichen Industriestaaten unberührt. Einen Boykott nigerianischen Öls, wie ihn die Oppositionsgruppen Nigerias fordern, wollen die EU-Staaten aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen nicht verhängen. Der Terror in Nigeria geht unvermindert weiter. Allein in der kleinen Provinz Ogoni (500.000 EinwohnerInnen) sind 10.000 Soldaten stationiert, ausgerüstet nicht zuletzt mit Material und Waffen aus Deutschland. 5000 Ogoni sind in den letzten Jahren ums Leben gekommen, 10.000 sind inhaftiert, 100.000 sind geflohen. Shell sah sich aufrund der Proteste in Nigeria zeitweilig gezwungen, seine Ölförderung im Ogoni-Land einzustellen. Da aber der Konzern dort neue profitable Ölfelder gefunden hat, hofft er auf "Befriedung" der Region durch das Militär. Nigerianische Oppositionsgruppen sagen dagegen: "Wer Shell-Produkte kauft, kauft das Blut der Ogoni!" Ein Hauptanliegen der bundesweiten Ken Saro-Wiwa-Woche und der zentralen Veranstaltungen in Köln besteht deshalb darin, dem Aufruf zum Shell-Boykott mehr Nachdruck zu verleihen.

4.11., 19.30 Uhr: Die 32köpfige nigerianische Theatergruppe "Moden" präsentiert ihr Stück "The Struggle of the Ogoni".

5.11., 20 Uhr: Film "Schmutzige Ölgeschäfte - Shell in Nigeria" und Diskussion mit einem Vertreter des Movement for the Survival of the Ogoni People und einer Vertreterin des Aktionsbündnisses Nigeria.

6.11., 20 Uhr: Der Umgang der deutschen Behörden mit nigerianischen Flüchtlingen - Diskussionsveranstaltung mit Betroffenen.

7.11., 20 Uhr: Ein Porträt über und Komödien von Ken Saro-Wiwa - Filmveranstaltung und Diskussion mit dem Filmemacher Thomas Giefer.

8.11., 20 Uhr: Ein Wald von Liedern - Dichterlesung und Theateraufführung in Erinnerung an Ken Saro-Wiwa.

- Alle vorstehenden Veranstaltungen finden statt im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Köln.

9.11., 11 Uhr: Shell-Boykott sofort! Aktion vor der Shell-Tankstelle auf der Dürener Straße.

9.11., 21 Uhr: Benefiz-Konzert der StadtRevue, im Anschluß African Dance Night. Rhenania (Bayernwerft).

10.11., 10 Uhr: Kundgebung zum Todestag von Ken Saro-Wiwa. Kölner Dom, Treffpunkt Klagemauer.

10.11., 13 Uhr: Film "Kasarmu Ce - Das Land gehört uns". Off-Broadway-Kino, Zülpicherstraße 24.

11.11., 20 Uhr: Die Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa - ein Jahr danach. Podiumsdiskussion mit VertreterInnen des Movement for the Survival of the Ogoni People, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, amnesty international. Volkshochschule, Forum, Neumarkt, Köln.

12.11., 19 Uhr: Der vergessene Kampf für die Demokratie in Nigeria und die Rolle der BRD. Vortrag und Diskussion mit Wole Soyinka, Nobelpreisträger für Literatur aus Nigeria. Universität Köln, Hörsaal A1, Albert-Magnus-Platz.

VeranstalterInnen der zentralen Aktionswoche in Köln: Movement for the Survival of the Ogoni People, United Democratic Front of Nigeria, Nigerian Centre for Human Rights, Democracy and Development. In Zusammenarbeit mit Association of Nigerian Authors, Movement for a Democratic Nigeria, National Liberation Council of Nigeria, Anti-Shell-Bündnis Köln, FilmInitiativ Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, AStA der Universität Köln, Antirassistische Zeitung "Morgengrauen". - Zu den zahlreichen UnterstützerInnen der Aktionswoche gehört auch das Rheinische JournalistInnenbüro, aus dessen Aufruf zur Aktionswoche dieser Text zusammengestellt wurde.

37. Einsprüche! Inge Vietts Briefe aus dem Gefängnis

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak395/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:18

Als ich mich im September 1994 auf die lange Reise von Berlin nach Zweibrücken machte, um dort wegen eines Interviews Inge Viett im Gefängnis zu besuchen, da hatte ich kaum eine Vorstellung davon, wem ich dort begegnen würde. Ich wußte nur, daß Inge Viett die einzige in der DDR untergetauchte und 1990 verhaftete RAF-Aussteigerin war, die sich geweigert hatte, Aussagen gegenüber den Verfolgungsbehörden zu machen, die frühere GenossInnen hätten belasten können. Als ich am nächsten Tag wieder im Zug saß und zurück nach Berlin fuhr, war ich fasziniert von Inge Viett. Zum einen wegen ihrer spannenden Biographie: 1969 stieß sie in Berlin zur Bewegung 2. Juni. 1972 und 1975 wurde sie verhaftet, brach aber jedes Mal nach nur einem Jahr wieder aus dem Gefängnis aus. Sie war 1975 an der Lorenz-Entführung beteiligt und 1978 an der Befreiung Till Meyers aus dem Knast und wurde bei der Flucht, die zunächst durch die DDR führte, in Prag von den Behörden der CSSR verhaftet, dann mit anderen GenossInnen zusammen an die DDR ausgeliefert. Dort durften sie sich 14 Tage ausruhen, bevor die Flucht über Bagdad weiterging. 1980 wechselte Inge Viett zur RAF, organisierte für neun RAF-Mitglieder das Exil in der DDR, stieg schließlich 1982 selbst aus und ging ebenfalls in die DDR. Dort bekam sie vom Ministerium für Staatssicherheit eine neue Identität und arbeitete in Dresden als Repro-Fotografin. 1987 entdeckte eine Bekannte aus Dresden bei einem Besuch in Westdeutschland ein Fahndungsplakat mit Vietts Bild. Daraufhin mußte Inge Viett mit einer neuen Identität in Magdeburg einen Neuanfang machen. Diesmal als Gruppenleiterin im Sozialwesen des Schwermaschinenkombinats "Karl Liebknecht". 1990 nach der Wende wurde sie wie die anderen neun RAF-AussteigerInnen in der DDR verhaftet und vom damaligen DDR-Innenminister Peter-Michael Distel an die BRD ausgeliefert. Dort wurde sie zu 13 Jahren Haft verurteilt. Sie hatte gestanden, 1981 in Paris an einer Schießerei mit Polizisten beteiligt gewesen zu sein.

Dieses bewegte und faszinierte mich und mich beeindruckte ihr nüchterner, realistischer und dennoch nicht resignierter Blick auf die heutigen Verhältnisse. Vor dem Hintergrund ihrer Geschichte bekamen ihre Einschätzungen für mich einen besonderen Wert. Sie sprach über die RAF - nicht abgeklärt, aber distanziert - ohne sich zu distanzieren. Sie sprach über die DDR idealistisch, aber nicht verklärt. Und auch hier distanzierte sie sich nicht. Denn auch das war ein Teil ihres Lebens.

Ich legte Inge Viett bei meinem Besuch 1994 nahe, unbedingt ein Buch über ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu schreiben. Sie entgegnete, daß sie bereits dabei sei. Vermutlich im Februar wird ihre Biographie erscheinen. Bereits im September erschien in der Edition Nautilus ein Briefband von Inge Viett, in dem sie nicht nur ihr Leben im Knast reflektiert. Es sind Briefe aus ihrer Zelle an FreundInnen, GenossInnen, an ehemalige MitkämpferInnen und an Prominente wie Gregor Gysi, Christa Wolf oder Gisela Steineckert. Die Briefe sind weder literarisches Glanzstück noch der Grundstein neuer politischer Theorien. Dennoch ist das Buch lesenswert. Die persönliche Geschichte Inge Vietts läßt ihre Wertung aktueller Entwicklungen in der PDS, in der radikalen Linken, der allgemeinen gesellschaftlichen Situation und ihre Sicht auf die DDR nicht nur authentisch werden und macht Inge Viett als beteiligte Zeugin linker Geschichte zu einer wichtigen Diskussionspartnerin. Manchmal sind ihre Briefe auch Abrechnungen: "Der bewaffnete Kampf kann keine Lebenshaltung sein, etwas, woran allein die revolutionäre und persönliche Moral gemessen werden darf, etwas was immer legitim und prinzipiell revolutionär ist. Das ist Quatsch! Er ist Mittel nicht Inhalt. Die Ideologisierung, die Verabsolutisierung als revolutionäres Nonplusultra, ist die Scheiße, die 20 Jahre durch uns und die Trabantenszene gelaufen ist, darum war auch die Überprüfung des Konzepts nicht möglich. Sie war bereits nach Schleyer fällig. Nicht, weil die Sache so verlaufen ist, sondern weil an ihr deutlich wurde, daß es keinen sozialen Druck und keinen politischen Willen für eine bewaffnete Option in der BRD gab." Oder die Abrechnung mit den anderen Ex-RAFlerInnen im DDR-Exil: "Ich sehe die Leute nicht als RAF-Aussteiger, sie waren eigentlich während ihrer radikalen Zeit Aussteiger aus ihren bürgerlichen Normalbahnen ..." Solche Abrechnungen gibt es derzeit viele. Werden sie jedoch nur von denen getroffen, die es schon immer besser wußten, bleiben sie Selbstbefriedigung für altlinke Zyniker und für theoretische Eminenzen in den Elfenbeintürmen der reinen Lehre. Daher sind die Beiträge, die zur Zeit von Beteiligten geleistet werden (z. B. von Ralf Reinders, Ronald Fritzsch, Irmgard Möller, Birgit Hogefeld und eben auch Inge Viett) für die Diskussion so bedeutsam.

Was Inge Viett von anderen ehemaligen RAFlerInnen unterscheidet, ist ihre Kenntnis und auch ihre Einschätzung der DDR. Sie redet voller Achtung von den erbrachten Leistungen und geht dabei nicht selten über Widersprüche etwas flapsig hinweg: "Frei von jeder Existenzbedrohung" sei die Bevölkerung gewesen. Meine Freunde, die wegen eines Graffitis oder wegen versuchter Ausreise aus der DDR im Knast gelandet sind, sehen das etwas anders. So bleiben Vietts Auseinandersetzungen mit dem Repressionsapparat an der Oberfläche. Doch auch diese Provokation öffnet für Westlinke, die allzuschnell den Stab brechen über den "Stasi-Staat", wichtige Ansätze für eine dringend notwendige Debatte. Und wenn Linksradikale Inge Viett heute ein kleinbürgerliches DDR-Leben vorwerfen, kontert sie mit harter Kritik an dem "linken kapitalistischen Nischenleben, in dem es keine reale gesellschaftliche Verantwortung gibt". Es gibt wenige, die so gute Vergleichsmöglichkeiten haben. Für ihre Zurückhaltung bei der DDR-Kritik hat Inge Viett zudem ein gutes Argument: "Ich war selbst oft genug wütend über bestimmte Erscheinungen und Tendenzen. Dazu sage ich sicher auch noch was. Aber im Moment wird so viel gelogen, verbogen und ausradiert mit dem Ziel, wahrhaftig nichts übrig zu lassen von der sozialistischen Gesellschaft und ihrem Schaffen, daß ich meine positiven Erfahrungen dagegensetzen muß."

Die heute 52jährige macht in ihrem Briefband den Eindruck einer Frau, die unumstößlich weiß, auf welcher Seite sie steht und die dennoch zugibt, Suchende zu sein; die nicht aufgeben wird, obwohl sie zutiefst verzweifelt ist; die sich an nichts mehr festhalten kann, außer an sich selbst.

Ivo Bozic

Inge Viett, "Einsprüche! - Briefe aus dem Gefängnis", Edition Nautilus, Hamburg 1996, 160 Seiten

38. Quelldatei 24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak395/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:24

Globalisierung

Ein neues Outfit ist bei der linken Presse in: die ak hat's, die Schweizer WoZ hat's, und nun sind auch die blätter des informationszentrums 3. welt in gänzlich neuem Gewand erschienen. Was dazu führte, daß der Redakteur dieser Rubrik erstmal nur ein Heft mit modernistischer Aufmachung sah und es - "was'n-das-schon-wieder?" - beiseitelegen wollte - bis ihn ein zweiter Blick belehrte, daß es sich um die (von ihm sehr geschätzten) blätter des iz3w handelt. Die blätter-Redaktion teilt mit, nach 25 Jahren und 215 Ausgaben sei ihre Publikation "dem Zeitgeschmack ein Stück entgegengekommen", und hofft, "daß die Steigerung des ästhetischen Leseerlebnisses zu einem Stopp des beängstigenden Abo-Rückgangs führen" möge. (Wir hoffen mit euch!) Keine Verbeugung vor besagtem Zeitgeschmack ist jedoch der Inhalt der aktuellen Ausgabe. Schwerpunkt ist das Thema "Globalisierung von Politik und Ökonomie". Geboten werden Beiträge zur Frage, was tatsächlich neu und was alt geblieben ist an der Struktur des Kapitalismus im ausgehenden Jahrhundert und welche Bedingungen damit für die (linke) Politik einhergehen.

blätter des informationszentrums 3. welt. H. 216, September 1996. A4, 52 S., Einzelheft 8 DM. ISSN 0933-7733.

Kuba

Angesichts all der Kräfte, die interessiert sind, auch die letzten Reste des kubanischen Wegs in eine sozialistische Gesellschaft zu zerstören, zögert man doch, die Frage zu stellen: Nutzt es der Insel, wenn die Freundschaftsgesellschaft BRD- Kuba e.V. unter Solidarität eine Haltung versteht, wie sie (jedenfalls nach außen hin) von den berühmt-berüchtigten Freundschaftsgesellschaften der ehem. DDR eingenommen wurde? In einer der Rezensionen in der Oktober-Ausgabe von Cuba libre wird ein Buch zum gründlichen Studium empfohlen, "auch wenn FreundInnen Kubas mit [den Thesen des Autors] manchmal nicht übereinstimmen", rege dies doch "eine produktive Auseinandersetzung mehr an, als wenn man allem nur zustimmen kann." Den meisten Beiträgen des Hefts ist von dieser Einsicht jedoch wenig anzumerken. Aufgemacht mit der Schlagzeile "70 Jahre Fidel" und demselben in seinem rund 30. Lebensjahr als Guerillero, wird auf Seite 2 ein Gratulationsschreiben des Bundesvorstands der Freundschaftsgesellschaft an Fidel Castro veröffentlicht, das in seinem Illusionismus an längst überwunden geglaubte Bewußtseinstrübungen erinnert: "Der cubanische Sozialismus bedeutet für die Völker in dieser heute so unipolar gewordenen Welt noch immer und sogar in zunehmenden Maße Hoffnung und Orientierung in ihrem Kampf um eine gerechte Weltordnung." Die Lachnummer zu dieser Einschätzung gibt der Vorsitzende der DKP (für die jüngeren unter unseren LeserInnen: Deutsche Kommunistische Partei), Heinz Stehr, in einem Interview: "Kuba ist die sozialistische Insel, die als roter Stachel im Sitzfleisch der USA wirkt. [...] Kuba ist und bleibt ein Leuchtfeuer" usw.usf. Recht schlechter Stil politischer Debatte ist es auch, wenn Cuba libre den Platz hat, zwei Seiten lang in der Süddeutschen Zeitung bzw. der Frankfurter Rundschau erschienene mißliebige Artikel zu kritisieren, den Gegenstand der Kritik aber nicht einmal auszugsweise dokumentiert, damit sich die LeserInnen selbst ein Bild machen können. Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft versichert in seinem Glückwunschschreiben Fidel Castro, mit dem Bemühen "unseren cubanischen FreundInnen [zu] dienen, nicht nachzulassen". Dienlich wäre diesem Ziel allerdings auch eine Kuba-Zeitschrift, die sich deutlich vom Organ eines Fan-Clubs abhebt.

Cuba libre. Hg. Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Nr. 4/96, Okt. 96. A4, 44 S., Einzelheft 6 DM.

Kolumbien

Kaum faßlich, aber wahr: In unsere Redaktionsstuben flattert eine seit Jahren erscheinende, uns bis dato aber nicht bekannte Südamerika-Zeitschrift - in diesem Falle der Kolumbien-Rundbrief mit seiner Nummer 40/41. Berichtet wird in der vorliegenden Ausgabe u.a. über den Klientelismus in der kolumbianischen Politik, Menschenrechtsverletzungen, die Situation der Flüchtlinge im eigenen Land, Landkonflikte, Massenproteste von Bauern.

Kolumbien-Rundbrief. Nr. 40/41, September 1996. A4, 36 S., Einzelheft 7 DM. - Jahresabo 25 DM, Bezug über Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 72603 Nürtingen.

In der Reihe der Dokumentationen des Evangelischen Pressedienst ist die Studie Menschenrechte in Kolumbien erschienen. Nach einer Klärung des Menschenrechtsbegriffs und einem knappen Aufriß des politischen Kontexts behandeln die folgenden Abschnitte: Akteure und Hintergründe der politischen Gewalt; die Hauptprobleme im Bereich der bürgerlichen und politischen Menschenrechte (hierin eingeschlossen die von Menschenrechtsverletzungen am meisten betroffenen Sektoren der Bevölkerung und Regionen); Probleme im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte; die staatliche Menschenrechtspolitik der Regierung Samper.

Gundula Neuscheler: Menschenrechte in Kolumbien. epd-Dokumentation, Nr. 32/96, 29. Juli 1996. A4, 28 S., 6 DM. - Bezug: GEP-Vertrieb, Postfach 500550, 60394 Frankfurt am Main.

Sexuelle Gewalt

Schien es vor allem in den siebziger und zum Teil auch noch in den achtziger Jahren, daß der Kampf um die Gleichberechtigung von Frauen vorankommt, hat sich in den neunziger Jahren dieser Trend umgekehrt. Frauen werden wieder verstärkt aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt, männliches Rollenverhalten wird in den Medien stärker betont. Die jüngste (europäische) Rechtsprechung zu den Bremer und nordrhein-westfälischen Gleichstellungsgesetzen und die Neuregelung des § 218 sind nur die bekanntesten Fälle des gesellschaftlichen Rollbacks. Um einmal erreichte Positionen zu verteidigen und neue zu erringen, muß die gesellschaftliche Auseinandersetzung also permanent geführt werden. Zu eben diesem Zweck hat die "Göttinger Offene Linke Liste-AStA für Alle" eine Broschüre über sexuelle Gewalt und andere Formen patriarchaler Unterdrückung erstellt. Behandelt werden u.a. die Themen: Patriarchat, Kapital und gesellschaftliche Reproduktion von sexueller Gewalt - Das Definitionsproblem: Was ist sexuelle Gewalt? - Mythen, Fakten und Ursachen - Sexuelle Gewalt gegen Kinder - Pornographie und Erotik - Sexuelle Belästigung an der Hochschule - Wie frau sich wehren kann - Aktuelle Entwicklungen im Sexualstrafrecht - Neuregelung des Abtreibungsrechts - Gesellschaftliche Aspekte moderner Reproduktionsmedizin. - Auch wenn die Themen und die verwendeten Begriffe es nicht annehmen lassen: Die gewinnbringende Lektüre des Hefts setzt keine mehrjährige Erfahrung in Sachen Frauenemanzipation und keine Kenntnis der Frauenbewegung voraus. Die Broschüre kann vielmehr den einen als Einstieg in die Problematik dienen, und wird anderen (die "schon alles" wissen?) manche neue und wichtige Information liefern.

Mein Körper gehört mir. Gegen sexuelle Gewalt und andere Formen patriarchaler Unterdrückung. Hg. Offene Linke Liste-AStA für Alle, Göttingen 1996. A4, 60 Seiten. - Bestelladresse: OLLAfA c/o Barbara Nohr, Rastenburger Weg 7, 37083 Göttingen. 5 DM + 3 DM Porto, Vorkasse.

Jüdischer Widerstand

Ein großer Teil des Spektrums jüdischen Widerstehens und Widerstands widerspiegelt sich im Leben von Simha Rotem ("Kazik") in den Jahren der deutschen Besetzung Polens. Er war fünfzehn, als die Nazi-Armee in Polen einfiel, und achtzehn, als der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 begann. In den Monaten zwischen diesem Aufstand und dem Polnischen Aufstand 1944 beschäftigten sich die Überlebenden der Zydowska Organizsacja Bojowa (ZOB, Jüdische Kampforganisation) neben anderen Aktivitäten vor allem mit der Dokumentation des seit 1939 Geschehenen. So auch Simha Rotem, der eine Art retrospektives Tagebuch verfaßte, das 1946 in Palästina erschien. "Aber der wichtigste Teil dieser Geschichte", schrieb er im Vorwort zu seinen 1984 in Israel erschienenen Erinnerungen eines Ghettokämpfers, "ist tief in mir vergraben geblieben." Das ihm wie vielen anderen Überlebenden entgegengebrachte Mißtrauen in Palästina/Israel vermittelte ihm "das Gefühl, schuldig zu sein, weil ich noch am Leben war" - und schloß ihm den Mund. Dank der Initiative des Verlags der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße liegen Rotems Erinnerungen nun auch in deutscher Sprache vor. Und mit ihnen jener "wichtigste Teil" - der in aller Schlichtheit erzählte Alltag, der über Jahre hinweg unter ständiger Todesdrohung gelebt werden mußte.

Simha Rotem: Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers. Berlin (Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße) 1996. 207 S., 25 DM. ISBN 3-924737-27-4.

39. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak395/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:32

Kalender - Kalender - Kalender

Anne Frank

Im Mittelpunkt der Ausstellung "Anne Frank - eine Geschichte für heute" steht die Lebensgeschichte von Anne Frank und wird durch Fotos und Zitate aus ihrem Tagebuch illustriert. Vom individuellen Schicksal der Anne Frank ausgehend werden über den historischen Kontext Bezüge zu gesellschaftlich relevanten Themen der Gegenwart hergestellt. Dazu wird es ein Begleitprogramm zur Ausstellung mit über 60 Einzelveranstaltungen unter Mottos wie "Verfolgte Kinder", "Verdrängung", "Gefallene Tabus" und "Interkulturalität" geben.

bis 30.10.1996, tägl. 10.00 bis 20.00 Uhr, Volkshalle, Wiener Rathaus 3, Wien

Gerta Taro - Fotoreporterin im Spanischen Bürgerkrieg

Die Geschichte der 1910 in Stuttgart geborenen Jüdin Gerta Taro ist hier wenig bekannt. Auf der Flucht vor den Nazis emigrierte sie 1933 zunächst nach Paris und ging dann mit ihrem Lebensgefährten, dem Fotografen Robert Capa, nach Spanien, um den Bürgerkrieg zu dokumentieren. Ihre Fotos aus dem Bürgerkrieg erschienen 1936-37 vor allem in französischen Zeitungen und Magazinen, aber auch im amerikanischen Magazin "Life", in der "Züricher Illustrierten" und in der Exilausgabe der legendären "Arbeiter-Illustrierten-Zeitung". 1937 kam Gerta Taro im Spanischen Bürgerkrieg ums Leben.

bis 3.11.1996, dienstags bis donnerstags jeweils 13-17 Uhr, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79, Hamburg.

Jakob Steinhardt

Jakob Steinhardt (1887-1968) hat die Welt des Ostjudentums in seinen expressionistischen Graphiken festgehalten. 1912 gründete er in Berlin zusammen mit seinen jüdischen Künstlerkollegen Ludwig Meidner und Richard Janthur die Gruppe der Pathetiker: Seine bis 1933 entstandenen Gemälde sind prophetische Visionen der von Gewalt und Zerstörung geprägten Metropolen. 1933 ist Steinhardt nach Israel emigriert. Im Exil hat er die Technik des Holzschnitts perfektioniert und ist als Graphiker zu internationalem Ansehen gelangt. Als Lehrer einer neuen Generation hat er die Basis für die moderne israelische Kunst geschaffen.

Die Ausstellung dauert an bis 24.11.1996, Di-So 10-17 Uhr, Mi 10-20 Uhr, Jüdisches Museum, Untermainkai 14-15, 60311 Frankfurt a.M.

Vernichtungskrieg

Parallel zur Linken Literaturmesse zeigt die Nürnberger Kunsthalle die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Die Ausstellung dokumentiert, daß die deutsche Wehrmacht keinen "normalen" Angriffskrieg führte, sondern planmäßig Juden, Kriegsgefangene, Partisanen und Zivilisten tötete.

bis 17.11.96., Noris-Halle Nürnberg, Lorenzer Str. 32.

Linke Literaturmesse in Nürnberg

Im KOMM (Selbstverwaltetes Kommunikationszentrum) in Nürnberg findet vom 18.-20.10.96 eine Linke Literaturmesse statt. Es soll, laut Veranstalter, keine "alternative" Messe werden (nix Esoterik!) oder Konkurrenz zu bestehenden Messen, sondern linken Verlagen und Kleinstverlagen die Möglichkeit zur Präsentation geben. Parallel zur Messe finden im KOMM Lesungen und Podiumsdiskussionen statt sowie eine Verkaufsausstellung mit Bildern kurdischer KünstlerInnen. Der ak wird auch auf der Messe vertreten sein.

18.10.96, 17 Uhr Eröffnung mit Liedern von Walter Mehring und Hanns Eisler; 19.30 Uhr Lesung und Diskussion "Lübecker Brandanschlag. Das Verfahren gegen Safwan Eid - ein Justizskandal?"

19.10., 14.00 Uhr, Podiumsdiskussion über "die allgegenwärtige Zensur in Deutschland". U.a. mit Oliver Tolmein und VertreterInnen der deutschen Jugendpresse e.V. und der IG-Medien.

20.10., 11.00 Uhr "Hitler war kein Betriebsunfall". Lesung mit Emil Carlebach aus seinem gleichnamigen Buch; parallel dazu liest der kurdisch-syrische Schriftsteller Ghassan Naasan im Gasthaus Arrarat aus seinem Buch "Die Äste der Träume hören nicht auf zu wachsen". 14.00 Uhr Lesung "Ein ganz normales Verfahren...", Texte von Birgit Hogefeld (Edition ID- Archiv).

KOMM, Königstr. 93, 90402 Nürnberg, Tel: 0911/223647.

KZ-Gedenkstätte Neuengamme

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme findet am 20.10.96 um 15.00 Uhr eine Veranstaltung zum Thema "Medizin im Konzentrationslager" statt. In Form eines kommentierten Rundganges mit Michael Grill gibt es Informationen zum Krankenrevier, zu Humanversuchen, Ärzten und Pflegern. Desweiteren ist in der Reihe "Sonntagsgespräch" Dr. Emil Lakatos aus Budapest zu Gast. Lakatos war Häftling im KZ Neuengamme und im Außenlager Schandelah. Die Veranstaltung findet am 27.10.1996 um 15.00 Uhr statt.

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg, 21039 Hamburg, Tel.: 040/ 7237403.

Guter Mensch, was tun ?!

Das fragt sich immer noch die Projektgruppe "Orientierung in Widersprüchen" aus Tübingen und möchte mittels mehrerer Vorträge und Diskussionen "Politik neu erfinden".

Klaus Viehmann, der am 22.10.96 über "Militanz - die verdrängte Seite des Internationalismus" spricht; Oliver Tolmein und Claudia Fregiehn, die ihre Gedanken zum Thema "Jugoslawien und das Dilemma des deutschen Antinationalismus" am 29.10.96 vorstellen; Joachim Hirsch, der am 6.11.96 über "Kapitalistische Globalisierung und die Perspektiven internationaler Solidarität" referiert; Erika Feyerabend, die am 12.11.96 "Technik als Weltzustand" untersucht und dabei insbesondere auf "Biotechnologien in den internationalen Verhältnissen" eingeht und ganz besonders Georgios Tsiakalos, der zum Abschluß am 17.11.96 einiges "vom Internationalismus, der Solidarität und der Nächstenliebe" zu erzählen weiß.

Alle Veranstaltungen finden statt im Adolf Schlatter Haus, Österbergstr. 2, in Tübingen und beginnen jeweils um 20.00 Uhr.

Demokratie international

Im Rahmen der Reihe "Die Europa-Diskussion aufbrechen", veranstaltet vom Frauenrat für Aussenpolitik, spricht The-resa Herzog-Zimmermann über Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in internationalen Verhandlungen. Theresa Herzog-Zimmermann ist NGO-Koordinatorin für "Umwelt für Europa".

23.10.96, 19.30 bis 22.00 Uhr, im Kongressraum des Bahnhofsbuffets Olten, Schweiz.

Geld ist genug da

Den Auftakt zu einer Reihe politischer Gespräche im Haus Drei in Altona macht am 24.10.96 der HWP-Professor Herbert Schui, der zusammen mit dem Hannoveraner Journalisten Eckart Spoo das Buch "Geld ist genug da" herausbrachte. In ihrem Buch wenden sich die Herausgeber gegen die "lächerliche Lüge, der Sozialstaat sei unbezahlbar geworden", und gegen den Sozialabbau.

24.10.96, 20 Uhr, Haus Drei, Hospitalstr. 107, Hamburg-Altona; Rückfragen unter: 040/388998

Völkermord an den europäischen Juden

Eine Vorlesungsreihe an der Universität Freiburg gibt den Stand der neueren Forschungen und Kontroversen zum Völkermord an den europäischen Juden wieder. Die Termine im einzelnen:

24.10., Prof. Dr. Ulrich Herbert: "Die Ermordung der europäischen Juden. Neue Forschung und Kontroversen"; 31.10., Dr. Götz Aly: "Deportation und Massenmord"; 7.11., Dr. Thomas Sandkühler: "Vernichtung und Arbeit: Die Ingangsetzung der ‚Endlösung` in Galizien"; 14.11., Dr. Dieter Pohl: "Die Ermordung der Juden im Generalgovernement".

Alle Veranstaltungen finden statt in der Universität Freiburg, KG I, Raum 1199, und beginnen jeweils um 18.00 Uhr. Infos beim Historischen Seminar, Uni Freiburg, Tel.: 0761/2030.

Nürnberger Ärzteprozeß

Unter dem Titel "Medizin und Gewissen - 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozeß" findet in diesem Jahr der internationale IPPNW-Kongreß in Nürnberg statt. Es gibt Führungen zu den ehemaligen nationalsozialistischen Stätten und zur Geschichte Nürnbergs.

25.-27.10.96, Nürnberg; Anmeldung: Kongreßbüro Berlin, Tel: 030/ 6930244; Info: IPPNW-Kongreßbüro, Dr. Horst Seithe, Tel: 0911/ 3780498.

RAF und 2. Juni

"Das Konzept Stadtguerilla ist gescheitert, der Versuch eines bewaffneten Kampfes war dennoch historisch legitim", das sagen die vier Ex-Mitglieder der RAF bzw. der "Bewegung 2. Juni" Monika Berberich, Ralf Reinders, Gabriele Rollnik und Karl-Heinz Dellwo. In dem Film "Wir hatten dem Staat den Krieg erklärt" von Lorenz Beckhardt und Ingolf Gritschneder kommen erstmalig vier Ex-Mitglieder zu Wort, die "weder Kronzeugen noch Verräter sein wollten und daher ihre Haftstrafen bis zum letzten Tag absaßen" (WDR-Info).

Der Film wird gezeigt am 27.10.96 um 22.30 Uhr im WDR-Fernsehen.

Aus der Geschichte lernen?

Im vergangenen Jahr erinnerten eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen an das Ende der NS-Herrschaft vor 51 Jahren. Dennoch spielt das Thema "Nationalsozialismus" in der allgemeinen politischen Bildung keine bedeutende Rolle, obwohl angesichts des sich verschärfenden Rechtsextremismus oder der erneut aufflammenden Euthanasiedebatte eine Beschäftigung mit dem Thema angebracht wäre. Auch in der Erwachsenenbildung kommt das Thema kaum vor. Ein Kontaktstudium unter dem Titel "Aus der Geschichte lernen?" will Anregungen geben, wie das Thema "Nationalsozialismus" in der Erwachsenenbildung didaktisch und methodisch vermittelt werden kann.

28.-30.10.96, Theologische Hochschule der Pallotiner, Vallendar; Anmeldung: IWW der Phil.Theol. Hochschule Vallendar-Koblenz, Pallottistr. 3, 56179 Vallendar, Tel.: 0261/ 6402-251.

Rote Ruhr-Uni

Unter dem Motto "Hört auf zu studieren, fangt an zu denken!" veranstaltet der AStA der Ruhruniversität Bochum vom 30.10. bis 8.11. die "Rote Ruhr-Uni 96". Die Rote Ruhr-Uni ist geplant als eine Art "Gegenuni" zum herrschenden Lehrbetrieb. Sie soll in mehreren Veranstaltungen gesellschafts- und wissenschaftskritischen Positionen ein Forum bieten, die von der akademischen und massenmedialen Wirklichkeit ausgeblendet werden. Einige ausgewählte Vorträge:

30.10., 17 Uhr, Manfred Grieger: Zwangsarbeit bei VW während der NS-Zeit; 31.10., 13 Uhr, Georg Seeßlen: Faschismus in der populären Kultur; 19.00 Uhr, Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat (findet statt im Bhf. Langendreer); 5.11., 14 Uhr, Siegfried Jäger: Diskurse des Rassismus; 17 Uhr, Christoph Jünke: Kritische Anmerkungen zur linken Politik; 6.11., Max Koch, Strukturwandel einer Klassengesellschaft; 7.11., 14 Uhr, Reinhardt Kühnl: Faschismusforschung und Antisemitismus; 20 Uhr, Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur; 8.11., 14 Uhr Günther Jacob: Ethnisierung des Sozialen (G. Jacob legt am Abend auch als Hip-Hop-DJ bei der Abschlußparty auf).

Alle Veranstaltungen finden in Hörsaalgebäuden der Geisteswissenschaften der Ruhruni Bochum bzw. im Bhf. Langendreer statt. Nähere Informationen gibt es beim AStA der Ruhruni, AK Rote Ruhruni, Tel.: 0234/ 7007 86 56, Internet: http://www.free.de/rru.

Jüdische "Displaced Persons"

150.000 jüdische Flüchtlinge, sog. Displaced Persons (DPs) aus Mittel- und Osteuropa, lebten zwischen 1945 und 1949 in Lagern der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Die Ausstellung "Ein Leben aufs Neu- Jüdische Displaced Persons auf deutschem Boden 1945-1948" des Fritz Bauer Instituts (in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum München) zeigt Fotografien vom Leben in diesen Lagern.

6.11.-15.12.96, Rathaus Landsberg am Lech, Ausstellungseröffnung am 5.11.96, 19 Uhr mit jiddischen Liedern. Info: Stadtarchiv Landsberg am Lech, Frau Elke Kiefer, Tel.: 08191/128-169.

Mädchen, Frauen und Rechtsextremismus

Das gleichnamige Seminar untersucht u.a. die mögliche Attraktivität rechtsextremistischer Orientierungsmuster für junge Mädchen und Frauen und wie feministische Mädchenarbeit dagegensteuern kann. Zum anderen soll auf dem Hintergrund feministischer Analysen das Thema "Frauen und Rechtsextremismus" betrachtet werden sowie eine Diskussion zum Begriff "Dominanzkultur" stattfinden. Desweiteren werden Perspektiven zum Umgang mit Rechtsextremismus mit Frauenpolitikerinnen erörtert.

7.-9.11.96, Volkshochschule Saarbrücken, Altes Rathaus am Schloßplatz, 66119 Saarbrücken. Anmeldung und Information: Frauenbibliothek und Dokumentationszentrum Frauenforschung, Kaiserstr. 8, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681/ 93633-23.

Frauenbewegung und Antisemitismus

Eine Fachtagung des Archivs der deutschen Frauenbewegung untersucht die Rolle der Frauenbewegung in der Entwicklung des modernen Antisemitismus 1900-1918.

8.-9.11.96, Archiv der deutschen Frauenbewegung, Gottschalkstr. 57, 34127 Kassel; Info/Anmeldung: ebd., bis gestern! bei Alexandra Engel, Tel.: 0561/ 98936.

Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien

Im April 1941 begann die "Unternehmen Strafgericht" betitelte Invasion der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien. Sofort nach der Installierung der deutschen Militärverwaltung begann die Wehrmacht mit der systematischen Verfolgung, Folter und Ermordung von mutmaßlichen Kommunisten, Partisanen und Juden. Mit historischen Fotos und Dokumenten vom Militärgeschichtlichen Museum Belgrad und dem Historischen Archiv der Republik Serbien dokumentiert die Ausstellung die Verbrechen der Wehrmacht.

8.11.-1.12.96, Do. u. Fr. 16-19 Uhr, Sa. u. So. 12-17 Uhr, Internationales Begegnungszentrum, Kaiserallee 12d, Karsruhe. Info: Geschichtswerkstatt Karlsruhe, Tel.: 0721/26352.

Die Ermittlung

Zwischen Dezember 1963 und August 1965 fand in Frankfurt a.M. der Auschwitz-Prozeß statt, in dem die für das Funktionieren der Tötungsmaschine Verantwortlichen ausfindig gemacht werden sollten. Peter Weiß hat die Aufzeichnungen von diesem Prozeß als Material für sein dokumentarisches Stück "Die Ermittlung" (Uraufführung 1965) benutzt. Weiß verzichtet dabei auf die Darstellung individueller Einzelschicksale; er läßt die Zeugen auftreten und nüchtern von den Abläufen in Auschwitz berichten und stellt diese Zeugen den Tätern gegenüber. Werkstatt 3 und das Hamburger Forum zeigen eine Videofassung des Stückes.

11.11.96, 19.30 Uhr, Lichtmeß, Gaußstr. 25, beim Café Dreibein, Hamburg Altona.

Demo gegen Nazizentrum

Leipziger Antifa-Bündnisse rufen auf zu einer Demo am 16.11.1996 gegen ein Nazi-Zentrum in der Stadt Wurzen bei Leipzig. Wurzen ist zum Sammelbecken vornehmlich jugendlicher Faschos geworden. Diese haben in Wurzen ein Haus besetzt, in dem nicht nur vorübergehend bis zu 300 Nazis wohnen und in dem neonazistisches Propagandamaterial gelagert wird. Erschwerend für die Antifa-Arbeit kommt die hohe Akzeptanz der Nazis durch die Bevölkerung hinzu. Die Nazis treten verstärkt in Schulen und Jugendzentren auf und bedrohen Mitschüler, Lehrer und andersgesinnte Jugendliche. Die Demo soll ein deutliches Zeichen gegen die Verharmlosung der Nazi-Dominanz in Wurzen setzen.

16.11.1996 in Wurzen bei Leipzig. Info: 0341/4777829.

Um die Demo publik zu machen, befinden sich die Organisatoren gerade auf Info-Tour und zeigen Videos und Dias aus Wurzen. Station machen sie u.a. am 22.10. im KOMM in Nürnberg, am 23.10. in Cottbus in der Straße der Jugend 100. Weitere Stationen bitte unter obiger Tel.-Nummer erfragen.

40. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak395/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:35

LeserInnenbriefe

"Rotes Tuch"

Betr.: 25 Jahre nach dem Sieg der Unidad Popular (ak 394)

In dem Artikel zum 26. Jahrestag des Sieges der Unidad Popular in Chile am 4.9.1970 (in der Überschrift steht 25. Jahrestag?) lese ich einen Satz, der mir unbegreiflich ist. Der Autor Bernhard Schmid schreibt: "Die KP spielte zusammen mit dem rechten Flügel der Sozialisten den Bremser für radikale Reformen, um nicht länger ein rotes Tuch für das Bürgertum darzustellen."

Sind die Nationalisierung des Kupfergroßbergbaus, die Verstaatlichung von Großunternehmen, die Umwandlung der Banken in staatliche Institutionen, die Aktivierung der Agrarreform, die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Werktätigen, die Stärkung der Gewerkschaften, die Fortschritte bei den Wohnungs-, Bildungs- und Gesundheitsfragen einschließlich der Schulmilchversorung der Kinder keine radikalen Reformen gewesen? Diese Maßnahmen wurden in den drei Jahren der Regierungszeit Allende gegen den Widerstand der Reaktion durchgesetzt. Was es allerdings auch gegeben hat, ist eine Kritik von "links", deren Sprechern diese Maßnahmen nicht weit genug gegangen waren. Es gab deshalb z.B. Betriebsbesetzungen kleiner und mittlerer Betriebe, die bei bürgerlichen Kräften, die nicht zur vormals herrschenden Oligarchie gehörten und auch nicht direkt mit dem US-Imperialismus verbunden waren, zu ganz erheblichen Verunsicherungen geführt hatten.

Als Pinochet geputscht hatte, war das Land in eine wirtschaftliche und politische Krise geraten, die mit dem Streik der (wie wir wissen vom CIA bezahlten) Fuhrunternehmer ihre Zuspitzung gefunden hatte. Zu diesem Zeitpunkt war das Bündnis von Arbeiterklasse, Bauern und Kleinunternehmern, für das die Unidad Popular stand, zerbrochen. Diese Krise führte dann dazu, daß sich innerhalb des Militärs die Kräfte der äußersten Reaktion durchsetzen konnten (was ihnen drei Jahre lang nicht gelungen war) und so den Putsch organisieren konnten.

Rene Castillo hatte in einem Brief aus Chile diese Zusammenhänge gründlich analysiert (veröffentlicht in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 7/74 S. 950ff.) und geschrieben: "Unsere militärische Niederlage war vor allem deshalb möglich, weil wir politisch besiegt wurden. Unsere Niederlage war eine Folge der Isolierung der Arbeiterklasse von ihren Verbündeten." (S. 959) Wahrscheinlich muß man sogar noch weiter gehen und Enrico Berlinguer Recht geben, der die Parteien der Unidad Popular dafür kritisiert hatte, daß sie die Christdemokraten nicht an der Macht beteiligt hatten. Eine Regierung Allende hätte dann eine breitere Grundlage gehabt, sie hatte ja auch nach den Parlamentswahlen noch nicht die Mehrheit der Volksvertretung hinter sich gehabt. Wer heute noch von "rotes Tuch für das Bürgertum" schreibt, läuft Gefahr, alte Fehler des Sektierertums zu wiederholen.

Mit solidarischen Grüßen

H.-H. A.

Drohende Verblödung

Betr.: Abo-Kündigung

Liebe Leute, nach Eurer Ankündigung im letzten ak, daß die Artikel nicht länger als zwei Seiten sein sollen, kündige ich nach mehr als zehn Jahren lesen den ak. Blöd kann ich auch alleine werden, da brauch ich keine kurzen Artikel von Euch.

K. W.

41. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak395/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:395:39

Hier gibt's ak:

Aachen

* Buchladen 39, Pontstr. 39

Berlin

* Antiquariatsbuchhandlung, Oranienstr. 45

* Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

* Buchhandlung am Savignyplatz,

Carmerstr. 12, B 12

* Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

* Buchhandlung Schwarze Risse,

Gneisenaustr. 2, B 61

* Buchladen N.N., Raumer Str. 38

* Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

* Infoladen, Sparrstr. 21

* Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

* Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96

* O-Buchhladen, Oranienstr. 21, B 36

* Zeitungsladen, Adalbertstr. 97

* Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

* Zeitungsladen, Karl-Marx-Platz 1

* Zeitungsladen, Leonhardtstr. 13

* Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

* Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

* Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

* Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

* Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

* Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum

* Notstand, Universitätsstr. 150

* im Mensafoyer der Uni Mo-Fr 11-14 Uhr

* Buchladen Ubu, Universitätsstr. 16

Bonn

* Buchladen 46, Kaiserstr. 46

* Le sabot, Breitestr. 76

* Che & Chandler, Breitestr. 47

Braunschweig

* Magni Buchladen, Langdammstr.

* Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen

* Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

* Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

* BBA Laden/Umschlagplatz St. Pauli Str. 10-12

Bremerhaven

* Der andere Buchladen,

Bürgermeister-Smidt-Str. 198

Darmstadt

* Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dessau

* Infoladen, Schlachthofstr. 25

Dortmund

* Antiquariat Lesbar, Schillerstr. 58

* Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

* Infoladen Osterholzstraße 88

Dresden

* Der kleine Buchladen, Naumannstr. 8

* Infoladen "Schlagloch", Kamenzer Str. 17

Düsseldorf

* Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

* AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Duisburg

* Antiquariat, Pulverweg 33

Essen

* Karl Liebknecht Buchhandlung,

Viehofer Platz 15

* H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg

* Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.

* Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4

* Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

* Uni Buch, Jügelstr. 1

* Land in Sicht, Rotteckstr. 13

* Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Freiburg i.Br.

* Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Gelsenkirchen

* Buch im Revier, Klosterstr. 21

Göttingen

* Buchladen Rote Strasse, Rote Str. 10

Hagen

* Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Halle

* Infoladen Glimpflich, Kellnerstr. 10a

Hamburg

* Cafe und Buch, Marktstr. 114

* Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

* Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156

* Buchhandlung Nautilus, In den Zeisehallen

* Heinrich-Heine-Buchhandlung,

Schlüterstr. 1

* Tabakladen, Spritzenplatz

* Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Hanau

* Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

* Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

* Buchladen Annabee, Gerberstr. 5

Heidelberg

* Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 46a

Herford

* Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Hildesheim

* Ameis Buchladen, Goschenstr. 31

Karlsruhe

* Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

* Der Rabe, Zunftstr. 8

* Kassiopeia, Augartenstr. 49

Kassel

* Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

* Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln

* Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

* Der Andere, Wahlenstr. 1

* Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36

Konstanz

* Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg

* Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

* Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Lübeck

* Pressezentrum, Breite Str. 79

Mainz

* Cardabela, Frauenlobstr. 40

Mannheim

* Buchladen M2, M 2,6

Marburg

* Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

Moers

* Buchladen Aragon, Hombergerstr. 30

Mönchengladbach

* Prolibri, Regentstr. 120

München

* Buchhandlung, Amalienstr. 67

* Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster

* Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

* Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg

* Bücherkiste, Schlehengasse 6

* Libresso, Peter-Vischer-Str. 25

Offenbach

* Tucholsky Buchhandlung, Mittelseestr. 14

Oldenburg

* Buchhandlung Carl von Ossietzky,

Bergstr. 1

* Alhambra, Hermannstr. 83

Osnabrück

* Infoladen Zett, Alte Münze 12

Potsdam

* Der kleine Buchladen, Alleestr. 3

Recklinghausen

* Attatroll, Paulusstr. 2

Regensburg

* Buchhandlung U. Dombrowsky,

Wollwirkergasse 4

Reutlingen

* Café Nepomuk, Foyer Unter den Linden 3

* Buchhandlung Fetzer, Weingärtnerstr. 7

Saarbrücken

* Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

* Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Speyer

* Lese-Laube, Ludwigstr. 15

Stuttgart

* Buchhandlung Niedlich, Schmale Str. 8

* Infoladen Heslach, Mörikestr. 69

Trier

* Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

* Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15

* Buchladen Die Gruppe, Marktgasse 13

Wiesbaden

* Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

* Otto Harrassowitz, Taunusstr. 5

Würzburg

* Buchladen Neuer Weg, Sandenstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

* Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus, Postfach 173, Wielandgasse 2-4

* Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

Basel

* Theaterpassage, Theaterstr. 7

St. Gallen

* Comedia, Katharinengasse 20

Zürich

* Pinkusgenossenschaft, Froschaugasse 7

BELGIEN, Antwerpen

De Groene Watermann, Woolstraat 7

NIEDERLANDE

Amsterdam

* Het Fort van Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage

* Buitenom 215 a

Groningen

* Buchladen Rosa, Folkingdwarstraat 16

Utrecht

* De Rooie Rat, Oudegracht 65

SCHWEDEN,

Lund

* Aufrechter Gang, Box 10008